



# GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

BERLIN, 21. MAI 1976

SONDERDRUCK NR. 791

## **Konvention über den Straßenverkehr**

vom 8. November 1968

## **Konvention über Verkehrszeichen und -signale**

vom 8. November 1968

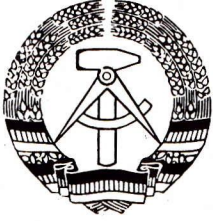
## **auf der Grundlage der Bekanntmachung über den Beitritt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dazu**

vom 13. März 1975









# GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

BERLIN, 21. MAI 1976

SONDERDRUCK NR. 791

## **Konvention** **über den Straßenverkehr**

vom 8. November 1968

## **Konvention** **über Verkehrszeichen und -signale**

vom 8. November 1968

auf der Grundlage der Bekanntmachung  
über den Beitritt der Regierung  
der Deutschen Demokratischen Republik dazu

vom 13. März 1975

Q 455X  
#



(610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik  
Lizenz-Nr. 75-9006/76 Sp  
Satz: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza  
Druck: Druckerei „Fortschritt“, Erfurt  
Buchbinder: Staatsdruckerei der DDR, Betriebsteil II, Leipzig

SDr. 791

77/9781 0

**Bekanntmachung\*)**  
**über den Beitritt**  
**der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik**  
**zur Konvention vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr**  
**und zur Konvention vom 8. November 1968**  
**über Verkehrszeichen und -signale**

vom 13. März 1975

Es wird hierdurch bekanntgemacht, daß am 11. Oktober 1973 die Beitrittsurkunde der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu der Konvention über den Straßenverkehr vom 8. November 1968 und zu der Konvention über Verkehrszeichen und -signale vom 8. November 1968 hinterlegt wurde.

Bei der Übergabe der Beitrittsurkunde wurde von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt, daß sie sich an Artikel 52 der Konvention über den Straßenverkehr und an Artikel 44 der Konvention über Verkehrszeichen und -signale nicht als gebunden betrachtet.

Der Tag, an dem die obengenannten Konventionen für die Deutsche Demokratische Republik in Kraft treten, wird im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik bekanntgemacht.

Berlin, den 13. März 1975

**Der Leiter**  
**des Büros des Ministerrates**

Dr. Rost  
Staatssekretär

---

\*) Erschienen im Gbl. II Nr. 3/1975 S. 67.





# Konvention über den Straßenverkehr

DIE VERTRAGSPARTEIEN,  
IN DEM WUNSCH, den internationalen Straßenverkehr zu erleichtern und die Sicherheit auf den Straßen durch die Annahme einheitlicher Verkehrsregeln zu erhöhen,  
HABEN die folgenden Bestimmungen VEREINBART:

## KAPITEL I

### Allgemeines

#### Artikel 1

##### Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Konvention haben die nachstehenden Begriffe die ihnen in diesem Artikel zugeordneten Bedeutungen:

a) „Innerstaatliche Rechtsvorschriften“ einer Vertragspartei sind alle im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei in Kraft befindlichen nationalen oder örtlichen Gesetze und Regelungen;

b) ein Fahrzeug gilt als „im internationalen Verkehr“ im Hoheitsgebiet eines Staates, wenn

- i) es einer natürlichen oder juristischen Person gehört, die ihren ordentlichen Wohnsitz außerhalb dieses Staates hat;
- ii) es in diesem Staat nicht zugelassen ist, und
- iii) es vorübergehend in diesen Staat eingeführt wird;

dabei steht es jedoch jeder Vertragspartei frei, es abzulehnen, ein Fahrzeug als „im internationalen Verkehr“ befindlich anzusehen, das ohne nennenswerte Unterbrechung, deren Dauer sie festsetzen kann, länger als ein Jahr in ihrem Hoheitsgebiet geblieben ist.

Miteinander verbundene Fahrzeuge gelten als „im internationalen Verkehr“, wenn wenigstens eines dieser Fahrzeuge der Begriffsbestimmung entspricht.

c) „Ortschaft“ ist ein Gebiet, das bebauete Grundstücke umfaßt und dessen Ein- und Ausfahrten als solche besonders gekennzeichnet sind oder das in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften in anderer Weise bestimmt ist;

d) „Straße“ ist die gesamte Fläche jedes dem öffentlichen Verkehr dienenden Weges;

e) „Fahrbahn“ ist der Teil der Straße, der üblicherweise von den Fahrzeugen benutzt wird; eine Straße kann mehrere Fahrbahnen haben, die insbesondere durch einen Mittelstreifen oder einen Höhenunterschied deutlich voneinander getrennt sind;

f) auf Fahrbahnen, wo ein seitlicher Fahrstreifen oder ein Weg oder mehrere seitliche Fahrstreifen oder Wege dem Verkehr bestimmter Fahrzeuge vorbehalten sind, ist „Fahrbahnrand“ für die anderen Verkehrsteilnehmer der Rand des übrigen Teils der Fahrbahn;

g) „Fahrspur“ ist jeder der Längsstreifen, in welche die Fahrbahn unterteilt werden kann, mag er durch Fahrbahnmarkierungen in der Längsrichtung gekennzeichnet sein oder nicht, dessen Breite für die Fortbewegung einer Kolonne mehrspuriger Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) ausreicht;

h) „Kreuzung“ ist jede höhengleiche Kreuzung, Einmündung oder Gabelung von Straßen einschließlich der durch solche Kreuzungen, Einmündungen oder Gabelungen gebildeten Plätze;

i) „Bahnübergang“ ist jede höhengleiche Kreuzung zwischen einer Straße und Eisenbahn- oder Straßenbahnschienen auf eigenem Schienenkörper;

j) „Autobahn“ ist eine Straße, die für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen besonders bestimmt und gebaut ist, zu der von den angrenzenden Grundstücken aus keine unmittelbare Zufahrt besteht und die:

- i) außer an einzelnen Stellen oder vorübergehend — für beide Verkehrsrichtungen besondere Fahrbahnen hat, die durch einen nicht für den Verkehr bestimmten Geländestreifen oder in Ausnahmefällen durch andere Mittel voneinander getrennt sind;
- ii) keine höhengleiche Kreuzung mit Straßen, Eisenbahn- oder Straßenbahnschienen oder Gehwegen hat;
- iii) als Autobahn besonders gekennzeichnet ist;

k) ein Fahrzeug gilt als:

- i) „haltendes Fahrzeug“, wenn es während der Zeit, die zum Ein- oder Aussteigen oder zum Be- und Entladen erforderlich ist, hält;
- ii) „parkendes Fahrzeug“, wenn es aus einem anderen Grunde als zur Vermeidung eines Zusammentreffens mit einem anderen Verkehrsteilnehmer oder mit einem Hindernis oder zur Einhaltung von Verkehrsvorschriften hält und wenn sich sein Halten nicht auf die Zeit beschränkt, die zum Ein- oder Aussteigen oder zum Be- und Entladen erforderlich ist.

Die Vertragsparteien können jedoch die nach Ziffer ii stillstehenden Fahrzeuge als „haltende Fahrzeuge“ ansehen, wenn die Dauer dieses Stillstehens eine durch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgesetzte zeitliche Beschränkung nicht überschreitet, und sie können die nach Ziffer i stillstehenden Fahrzeuge als „parkende Fahrzeuge“ ansehen, wenn die Dauer dieses Stillstehens eine durch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgesetzte zeitliche Beschränkung überschreitet;

l) „Fahrrad“ ist jedes Fahrzeug mit wenigstens zwei Rädern, das ausschließlich durch die Muskelkraft auf ihm befindlicher Personen, insbesondere mit Hilfe von Pedalen oder Handkurbeln, angetrieben wird;

m) „Motorfahrräder“ sind zwei- oder dreirädrige Fahrzeuge mit einem Verbrennungsmotor, dessen Zylinderinhalt 50 cm<sup>3</sup> (3,05 Kubikzoll) und dessen durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit 50 km (30 Meilen) in der Stunde nicht übersteigt. Die Vertragsparteien haben jedoch das Recht, in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften solche Fahrzeuge nicht als Motorfahrräder anzusehen, die nicht hinsichtlich ihrer Verwendungsmöglichkeiten die Merkmale von Fahrrädern haben — insbesondere das Merkmal, durch Pedale angetrieben werden zu können — oder deren durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit, deren Gewicht oder gewisse Merkmale des Motors gegebene Grenzen übersteigen. Nichts in dieser Begriffsbestimmung ist so auszulegen, als hindere es die Vertragsparteien hinsichtlich der Anwendung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften für den Straßenverkehr die Motorfahrräder völlig den Fahrrädern gleichzustellen;

n) „Kraftrad“ ist jedes zweirädrige Fahrzeug mit oder ohne Seitenwagen, das einen Antriebsmotor hat. Die Vertragsparteien können in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften dreirädrige Fahrzeuge mit einem Leergewicht von nicht mehr als 400 kg (900 Pfund) den Krafträdern gleichstellen. Der Begriff „Kraftrad“ schließt die Motorfahrräder nicht ein; die Vertragsparteien können jedoch unter der Bedingung, daß sie nach Artikel 54 Absatz 2 eine entsprechende Erklärung abgeben, für die Anwendung dieser Konvention die Motorfahrräder den Krafträdern gleichstellen;

o) „Kraftfahrzeug“\*) ist jedes auf der Straße mit eigener Kraft verkehrende Fahrzeug mit Antriebsmotor mit Ausnahme der Motorfahrräder in dem Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, die sie nicht den Krafträdern gleichgestellt haben, und mit Ausnahme der Schienenfahrzeuge;

p) „Kraftfahrzeuge“\*) im Sinne dieses Buchstabens sind nur die Kraftfahrzeuge, die üblicherweise auf der Straße zur Beförderung von Personen oder Gütern oder zum Ziehen von Fahrzeugen, die für die Personen- oder Güterbeförderung benutzt werden, dienen. Dieser Begriff schließt die Oberleitungsomnibusse — das heißt die mit einer elektrischen Leitung verbundenen und nicht auf Schienen fahrenden Fahrzeuge — ein. Er umfaßt nicht Fahrzeuge, die auf der Straße nur gelegentlich zur Beförderung von Personen oder Gütern oder zum Ziehen von Fahrzeugen, die der Personen- oder Güterbeförderung dienen, benutzt werden, wie landwirtschaftliche Zugmaschinen;

q) „Anhänger“ ist jedes Fahrzeug, das dazu bestimmt ist, an ein Kraftfahrzeug angehängt zu werden; dieser Begriff schließt die Sattelanhänger ein;

r) „Sattelanhänger“ ist jeder Anhänger, der dazu bestimmt ist, mit einem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) so verbunden zu werden, daß er teilweise auf diesem aufliegt und daß ein wesentlicher Teil seines Gewichts und des Gewichts seiner Ladung von diesem getragen wird;

s) „leichter Anhänger“ ist jeder Anhänger, dessen höchstes zulässiges Gesamtgewicht 750 kg (1650 Pfund) nicht übersteigt;

t) „miteinander verbundene Fahrzeuge“ sind solche miteinander verbundenen Fahrzeuge, die am Straßenverkehr als eine Einheit teilnehmen;

u) „Sattelkraftfahrzeuge“ sind miteinander verbundene Fahrzeuge, die aus einem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) und einem damit verbundenen Sattelanhänger bestehen;

---

\*) Der Begriff „Kraftfahrzeug“ wird in zwei verschiedenen Bedeutungen gebraucht. Wird er ohne Zusatz gebraucht, so hat er die ihm unter Buchstabe o zugeordnete Bedeutung. Wird er mit dem Zusatz „(Artikel 1 Buchstabe p)“ gebraucht, so hat er die ihm unter Buchstabe p zugeordnete Bedeutung.

v) „Führer“ ist jede Person, die ein Kraftfahrzeug oder ein anderes Fahrzeug (Fahrräder eingeschlossen) lenkt oder die auf einer Straße Vieh, einzeln oder in Herden, oder Zug-, Last- oder Reittiere leitet;

w) „höchstes zulässiges Gesamtgewicht“ ist das Höchstgewicht des beladenen Fahrzeugs, das von der zuständigen Stelle des Zulassungsstaates als zulässig erklärt wurde;

x) „Leergewicht“ ist das Gewicht des Fahrzeugs ohne Besatzung, Fahrgäste oder Ladung, aber mit seinem gesamten Kraftstoffvorrat und seinem üblichen Bordwerkzeug;

y) „Gesamtgewicht“ ist das tatsächliche Gewicht des beladenen Fahrzeugs einschließlich der Besatzung und der Fahrgäste;

z) „Verkehrsrichtung“ und „entsprechend der Verkehrsrichtung“ bedeuten rechts, wenn nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Fahrzeugführer ein entgegenkommendes Fahrzeug links vorbeilassen muß; im umgekehrten Falle bedeuten diese Ausdrücke links.

aa) die Pflicht für den Fahrzeugführer, gegenüber anderen Fahrzeugen „die Vorfahrt zu gewähren“ bedeutet, daß er seine Fahrt oder seine Fahrbewegung nicht fortsetzen oder wiederaufnehmen darf, wenn dies andere Fahrzeugführer dazu zwingen könnte, die Richtung oder die Geschwindigkeit ihrer Fahrzeuge unvermittelt zu ändern.

## **Artikel 2**

### **Anhänge zu der Konvention**

Die Anhänge zu dieser Konvention, nämlich:

Anhang 1: Abweichungen von der Verpflichtung zur Zulassung von Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhängern zum internationalen Verkehr;

Anhang 2: Kennzeichen der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger im internationalen Verkehr;

Anhang 3: Unterscheidungszeichen der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger im internationalen Verkehr;

Anhang 4: Erkennungsmerkmale der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger im internationalen Verkehr;

Anhang 5: Technische Anforderungen an die Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger;

Anhang 6: Nationaler Führerschein und

Anhang 7: Internationaler Führerschein

sind Bestandteile dieser Konvention.

## **Artikel 3**

### **Verpflichtungen der Vertragsparteien**

(1) a) Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen Maßnahmen, damit die in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Verkehrsregeln in ihrem sachlichen Gehalt mit den in Kapitel II enthaltenen Bestimmungen übereinstimmen. Unter der Bedingung, daß sie in keinem Punkte mit den genannten Bestimmungen unvereinbar sind,

i) brauchen diese Regeln jene Bestimmungen nicht zu übernehmen, die für Verhältnisse gelten, die im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragsparteien nicht vorkommen;

ii) können diese Regeln Bestimmungen enthalten, die in Kapitel II nicht vorgesehen sind.

b) Dieser Absatz verpflichtet die Vertragsparteien nicht, Strafmaßnahmen für jede Verletzung der Bestimmungen des Kapitels II, die in ihre Verkehrsregeln übernommen wurde, vorzusehen.

(2) a) Die Vertragsparteien treffen auch die erforderlichen Maßnahmen, damit die in ihrem Hoheitsgebiet geltenden Regeln für die von den Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) und den Anhängern zu erfüllenden technischen Bedingungen mit Anhang 5 übereinstimmen; unter der Bedingung, daß sie in keinem Punkte den diesen Bestimmungen zugrunde liegenden Sicherheitsgrundsätzen widersprechen, können diese Regeln Bestimmungen enthalten, die in diesem Anhang nicht vorgesehen sind. Die Vertragsparteien treffen darüber hinaus die erforderlichen Maßnahmen, damit die in ihrem Hoheitsgebiet zugelassenen Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger mit Anhang 5 übereinstimmen, wenn diese im internationalen Verkehr eingesetzt werden.

b) Dieser Absatz bindet die Vertragsparteien nicht in bezug auf die in ihrem Hoheitsgebiet geltenden technischen Bedingungen für diejenigen Kraftfahrzeuge, die keine Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) im Sinne dieser Konvention sind.

(3) Vorbehaltlich der im Anhang 1 vorgesehenen Abweichungen sind die Vertragsparteien gehalten, zum internationalen Verkehr in ihrem Hoheitsgebiet die Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und die Anhänger zuzulassen, welche den in Kapitel III festgelegten Bedingungen entsprechen und deren Führer die in Kapitel IV festgelegten Bedingungen erfüllen; sie sind auch gehalten, die nach Kapitel III ausgestellten Zulassungsscheine bis zum Nachweis des Gegenteils als Beweis dafür anzuerkennen, daß die Fahrzeuge, auf die sich diese Zulassungsscheine beziehen, die den in Kapitel III festgelegten Bedingungen entsprechen.

(4) Maßnahmen, welche die Vertragsparteien entweder einseitig oder durch zwei- oder mehrseitige Übereinkommen getroffen haben oder treffen werden, um in ihrem Hoheitsgebiet Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger, die nicht allen in Kapitel III festgelegten Anforderungen entsprechen, zum internationalen Verkehr zuzulassen und um, außer den in Kapitel IV vorgesehenen Fällen, die Gültigkeit von Führerscheinen in ihrem Hoheitsgebiet anzuerkennen, die von einer anderen Vertragspartei ausgestellt wurden, werden als dem Sinn und Zweck dieser Konvention entsprechend angesehen.

(5) Die Vertragsparteien sind gehalten, zum internationalen Verkehr in ihrem Hoheitsgebiet die Fahrräder und die Motorfahrräder zuzulassen, welche den in Kapitel V festgelegten technischen Bedingungen entsprechen und deren Führer ihren ordentlichen Wohnsitz im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei haben. Eine Vertragspartei kann nicht verlangen, daß die Führer von Fahrrädern oder Motorfahrrädern im internationalen Verkehr Besitzer eines Führerscheines sind; jedoch können die Vertragsparteien, die nach Artikel 54 Absatz 2 eine Erklärung abgegeben haben, welche die Motorfahrräder den Kraftfahrrädern gleichstellt, von den Führern von Motorfahrrädern im internationalen Verkehr einen Führerschein verlangen.

(6) Die Vertragsparteien sind verpflichtet, jeder darum ersuchenden Vertragspartei die notwendigen Auskünfte zur Ermittlung der Person zu geben, auf deren Namen ein Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) oder ein mit einem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) verbundener Anhänger in ihrem Hoheitsgebiet zugelassen ist, wenn aus dem vorgelegten Ersuchen hervorgeht, daß dieses Fahrzeug im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei in einen Unfall verwickelt war.

(7) Maßnahmen, welche die Vertragsparteien entweder einseitig oder über zwei- oder mehrseitige Übereinkommen getroffen haben oder treffen werden, um den internationalen Straßenverkehr durch Vereinfachung der Vorschriften für das Zoll-, Polizei- oder Gesundheitswesen oder auf anderen ähnlichen Gebieten zu erleichtern sowie Maßnahmen, die gewährleisten sollen, daß Zollämter an ein und derselben Grenzübergangsstelle dieselben Zuständigkeiten und dieselben Öffnungszeiten haben, werden als dem Sinn und Zweck dieser Konvention entsprechend angesehen.

(8) Die Absätze 3, 5 und 7 stehen dem Recht jeder Vertragspartei nicht entgegen, die Zulassung von Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhängern, von Fahrrädern und Motorfahrrädern sowie deren Führern und Mitfahrern zum internationalen Verkehr in ihrem Hoheitsgebiet ihrer Regelung über den gewerblichen Personen- und Güterverkehr, ihrer Regelung über die Haftpflichtversicherung der Führer, ihrer Regelung bezüglich der Verzollung sowie ganz allgemein ihren Vorschriften außerhalb des Bereiches des Straßenverkehrs zu unterwerfen.

#### **Artikel 4**

##### **Verkehrszeichen und -signale**

Die Vertragsparteien dieser Konvention, die nicht Vertragsparteien der Konvention über Verkehrszeichen und -signale sind, die am selben Tag wie diese Konvention in Wien zur Unterschrift aufgelegt worden ist, verpflichten sich,

a) dafür zu sorgen, daß alle Verkehrszeichen, Lichtsignale und Fahrbahnmarkierungen, die in ihrem Hoheitsgebiet angebracht sind, ein zusammenhängendes System bilden;

b) die Zahl der Arten der Verkehrszeichen zu beschränken und diese nur an den Stellen anzubringen, wo sie als nützlich angesehen werden;

c) Gefahrenwarnzeichen in genügendem Abstand vor der Gefahrenstelle anzubringen, um die Führer rechtzeitig zu warnen; und

d) zu verbieten, daß

i) an einem Verkehrszeichen, an dessen Träger oder an irgendeiner anderen Einrichtung zur Verkehrsregelung irgendetwas angebracht wird, was nicht in Beziehung zum Sinn und Zweck

dieses Verkehrszeichens oder dieser Einrichtung steht; wenn jedoch die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe eine Gesellschaft ohne Zweck des Gewinns ermächtigen, Hinweiszeichen aufzustellen, können sie gestatten, daß das Emblem dieser Gesellschaft auf dem Zeichen oder dessen Träger erscheint, sofern das Verständnis des Zeichens dadurch nicht erschwert wird;

- ii) Tafeln, Schilder, Kennzeichen oder Einrichtungen angebracht werden, die zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen oder anderen Einrichtungen zur Verkehrsregelung führen, deren Sichtbarkeit oder Wirksamkeit verringern oder die Verkehrsteilnehmer blenden oder ihre Aufmerksamkeit in für die Sicherheit des Verkehrs gefährlicher Weise ablenken könnten.

## KAPITEL II

### Verkehrsregeln

#### Artikel 5

##### Geltung der Verkehrszeichen

(1) Die Verkehrsteilnehmer müssen sich nach den durch die Verkehrszeichen, die Lichtsignale oder die Fahrbahnmarkierungen angezeigten Vorschriften richten, selbst wenn die betreffenden Vorschriften im Widerspruch zu anderen Verkehrsregeln zu stehen scheinen.

(2) Die durch Lichtsignale angezeigten Vorschriften gehen jenen, die durch vorfahrtregelnde Verkehrszeichen angezeigt sind, vor.

#### Artikel 6

##### Zeichen und Weisungen der Verkehrspolizisten

(1) Die den Verkehr regelnden Polizisten müssen bei Tag und Nacht leicht erkennbar und aus angemessener Entfernung sichtbar sein.

(2) Die Verkehrsteilnehmer müssen unverzüglich den Zeichen und Weisungen der den Verkehr regelnden Polizisten nachkommen.

(3) Es wird empfohlen, in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften insbesondere als Zeichen der den Verkehr regelnden Polizisten anzusehen:

a) den senkrecht erhobenen Arm; dieses Zeichen bedeutet „Achtung, Halt“ für alle Verkehrsteilnehmer mit Ausnahme jener Führer, die nicht mehr unter ausreichenden Sicherheitsbedingungen anhalten können; wird dieses Zeichen an einer Kreuzung gegeben, verpflichtet es die bereits in der Kreuzung befindlichen Führer nicht zum Anhalten;

b) den oder die waagrecht ausgestreckten Arme; dieses Zeichen bedeutet „Halt“ für alle Verkehrsteilnehmer, die aus Richtungen kommen, welche die durch den oder die ausgestreckten Arme angezeigte Richtung schneiden; nach diesem Zeichen kann der den Verkehr regelnde Polizist den oder die Arme senken; das bedeutet für die vor oder hinter dem Polizisten befindlichen Führer ebenfalls „Halt“;

c) das Schwenken einer Lampe mit rotem Licht; dieses Zeichen bedeutet „Halt“ für die Verkehrsteilnehmer, gegen die das Licht gerichtet ist.

(4) Die Zeichen und Weisungen der den Verkehr regelnden Polizisten gehen den durch Verkehrszeichen, Lichtsignalen oder Fahrbahnmarkierungen angezeigten Vorschriften sowie den Verkehrsregeln vor.

#### Artikel 7

##### Allgemeine Regeln

(1) Die Verkehrsteilnehmer müssen jedes Verhalten vermeiden, das eine Gefährdung oder Behinderung des Verkehrs mit sich bringen sowie Personen gefährden oder öffentliches oder privates Eigentum beschädigen könnte.

(2) Es wird empfohlen, in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorzusehen, daß die Verkehrsteilnehmer den Verkehr nicht dadurch behindern oder gefährden dürfen, daß sie Gegenstände oder Stoffe

auf die Straße werfen, hinlegen oder dort zurücklassen oder irgendein anderes Hindernis auf der Straße schaffen. Die Verkehrsteilnehmer, denen es nicht möglich war, das Auftreten eines Hindernisses oder einer Gefahr zu vermeiden, müssen die nötigen Maßnahmen treffen, um das Hindernis oder die Gefahr so schnell wie möglich zu beseitigen oder, sofern dies nicht sofort möglich ist, andere Verkehrsteilnehmer davor zu warnen.

## **Artikel 8**

### **Führer**

(1) Jedes Fahrzeug und miteinander verbundene Fahrzeuge müssen, wenn sie in Bewegung sind, einen Führer haben.

(2) Es wird empfohlen, in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorzusehen, daß Zug-, Last- und Reittiere und, außer in Gebieten, die an ihrem Zugang besonders gekennzeichnet sind, Vieh, einzeln oder in Herden, einen Führer haben müssen.

(3) Jeder Führer muß die erforderlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften haben und körperlich und geistig in der Lage sein zu führen.

(4) Jeder Führer eines Kraftfahrzeugs muß die für die Führung des Fahrzeugs erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten haben; diese Bestimmung bildet jedoch kein Hindernis für den Fahrunterricht nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

(5) Jeder Führer muß dauernd sein Fahrzeug beherrschen oder seine Tiere führen können.

## **Artikel 9**

### **Herden**

Es wird empfohlen, in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorzusehen, daß Viehherden zur Erleichterung des Verkehrs in kleinere Gruppen mit genügend großen Abständen unterteilt werden müssen, sofern nicht Abweichungen zugelassen werden, um die Herdenwanderungen zu erleichtern.

## **Artikel 10**

### **Platz auf der Straße**

(1) Die Verkehrsrichtung muß auf allen Straßen desselben Staates gleich sein, mit Ausnahme gegebenenfalls der Straßen, die ausschließlich oder überwiegend dem Durchgangsverkehr zwischen zwei anderen Staaten dienen.

(2) Tiere auf der Fahrbahn müssen so nahe wie möglich an dem der Verkehrsrichtung entsprechenden Fahrbahnrand geführt werden.

(3) Unbeschadet der gegenteiligen Bestimmungen in Artikel 7 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 6 und der sonstigen gegenteiligen Bestimmungen dieser Konvention muß jeder Fahrzeugführer, soweit es ihm die Umstände erlauben, sein Fahrzeug nahe dem der Verkehrsrichtung entsprechenden Fahrbahnrand halten. Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können jedoch genauere Regeln für Güterfahrzeuge zur Benutzung der Fahrbahn vorschreiben.

(4) Wenn eine Straße zwei oder drei Fahrbahnen hat, darf kein Führer die Fahrbahn benutzen, die der der Verkehrsrichtung entsprechenden Fahrbahn gegenüberliegt.

(5) a) Auf Fahrbahnen mit Gegenverkehr und wenigstens vier Fahrspuren darf kein Führer die Fahrspuren benutzen, die sich ganz auf der Fahrbahnhälfte befinden, die der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite gegenüberliegt.

b) Auf Fahrbahnen mit Gegenverkehr und drei Fahrspuren darf kein Führer die Fahrspur benutzen, die sich an dem Fahrbahnrand befindet, welcher der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite gegenüberliegt.

## **Artikel 11**

### **Überholen und Fahren in Kolonnen**

(1) a) Es ist auf der der Verkehrsrichtung entgegengesetzten Seite zu überholen.

b) Es ist jedoch auf der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite zu überholen, wenn der überholende Führer nach Anzeigen seiner Absicht, sich nach der der Verkehrsrichtung entgegengesetzten Seite

zu begeben, sein Fahrzeug oder seine Tiere auf diese Seite der Fahrbahn gebracht hat, um auf dieser Seite in eine andere Straße oder in ein Grundstück einzubiegen oder um auf dieser Seite zu halten.

(2) Vor dem Überholen muß sich jeder Führer unbeschadet des Artikels 7 Absatz 1 und des Artikels 14 vergewissern,

a) daß kein ihm folgender Führer zum Überholen angesetzt hat;

b) daß derjenige, der auf derselben Fahrspur vor ihm ist, nicht seine Absicht angezeigt hat, einen Dritten zu überholen;

c) daß die von ihm zu benutzende Fahrspur auf eine ausreichende Entfernung frei ist, damit er unter Berücksichtigung des Unterschieds zwischen der Geschwindigkeit seines Fahrzeugs beim Überholen und der des zu überholenden Verkehrsteilnehmers den Gegenverkehr weder gefährdet noch behindert; und

d) daß er, außer wenn er eine für den Gegenverkehr verbotene Fahrspur benutzt, ohne Behinderung des oder der von ihm überholten Verkehrsteilnehmer den nach Artikel 10 Absatz 3 vorgeschriebenen Platz wieder einnehmen kann.

(3) Entsprechend Absatz 2 ist auf Fahrbahnen mit Gegenverkehr das Überholen insbesondere bei Annäherung an den Scheitelpunkt einer Kuppe und, bei ungenügender Sicht, in den Kurven, verboten, es sei denn, daß dort die Fahrspuren mit Längsmarkierungen versehen sind und so überholt wird, daß die Fahrspur, auf dem die Markierung Gegenverkehr verbietet, nicht verlassen wird.

(4) Während er überholt, muß jeder Führer von dem oder den überholten Verkehrsteilnehmern einen ausreichenden Seitenabstand halten.

(5) a) Auf Fahrbahnen, die mindestens zwei dem Verkehr in der von ihm befahrenen Richtung vorbehaltene Fahrspuren haben, darf ein Führer, der unmittelbar oder kurz nachdem er den nach Artikel 10 Absatz 3 vorgeschriebenen Platz wieder hätte einnehmen sollen, sich zu erneutem Überholen veranlaßt sieht, auf der von ihm für die erste Überholung benutzten Fahrspur bleiben, um diese Überholung auszuführen, unter der Bedingung, daß er sich vergewissert, daß dies für die Führer von hinter ihm herankommenden schnelleren Fahrzeugen keine nennenswerte Behinderung zur Folge hat.

b) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe brauchen jedoch diesen Absatz nicht anzuwenden auf die Führer von Fahrrädern, Motorfahrrädern, Krafträdern, von Fahrzeugen, die im Sinne dieser Konvention keine Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) sind, sowie auf die Führer von Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p), deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht 3500 kg (7700 Pfund) übersteigt oder deren durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit 40 km (25 Meilen) in der Stunde nicht übersteigt.

(6) Ist Absatz 5 Buchstabe a anwendbar und ist der Verkehr so dicht, daß die Fahrzeuge nicht nur die ganze ihrer Verkehrsrichtung vorbehaltene Fahrbahnhälfte einnehmen, sondern auch nur mit einer Geschwindigkeit fahren, die von der Geschwindigkeit des ihnen in ihrer Kolonne vorausfahrenden Fahrzeugs abhängt,

a) so gilt, unbeschadet des Absatzes 9 nicht als Überholen im Sinne dieses Artikels, wenn die Fahrzeuge einer Kolonne schneller als die einer anderen Kolonne fahren;

b) so darf ein Führer, der sich nicht auf der Fahrspur befindet, die in seiner Verkehrsrichtung dem Fahrbahnrand am nächsten liegt, die Fahrspur nur wechseln, um sich auf das Rechts- oder Linksabbiegen vorzubereiten oder zu parken, abgesehen von dem Fahrspurwechsel, der von den Führern entsprechend der innerstaatlichen Rechtsvorschriften durchgeführt wird, die sich aus der Anwendung des Absatzes 5 Buchstabe b ergeben würden.

(7) Bei dem in den Absätzen 5 und 6 beschriebenen Fahren in Kolonnen ist es den Führern untersagt, wenn die Fahrspuren auf der Fahrbahn durch Längsmarkierungen begrenzt sind, über diese zu fahren.

(8) Unbeschadet des Absatzes 2 und sonstiger Einschränkungen, die die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe für das Überholen an Kreuzungen und an Bahnübergängen bestimmen können, darf kein Fahrzeugführer ein Fahrzeug außer einem zweirädrigen Kraftrad ohne Seitenwagen überholen:

a) unmittelbar vor und in einer Kreuzung ohne Kreisverkehr, außer

i) in dem in Absatz 1 Buchstabe b vorgesehenen Fall;

ii) wo die Straße, auf der das Überholen stattfindet, die Vorfahrt an der Kreuzung hat;

iii) wo der Verkehr an der Kreuzung durch einen Verkehrspolizisten oder durch Lichtsignale geregelt wird;

b) unmittelbar vor und während des Überquerens von Bahnübergängen ohne Schranken oder Halbschranken, wobei die Vertragspartei oder ihre nachgeordneten Organe jedoch dieses Überholen an Bahnübergängen zulassen können, wo der Straßenverkehr durch Lichtsignale geregelt ist, die ein Signal enthalten, das den Fahrzeugen die Fahrt freigibt.

(9) Ein Fahrzeug darf ein anderes Fahrzeug, das sich einem durch Markierungen auf der Fahrbahn begrenzten oder als solchen gekennzeichneten Fußgängerüberweg nähert oder unmittelbar davor hält, nur mit ausreichend verminderter Geschwindigkeit überholen, um sofort anhalten zu können, wenn sich darauf ein Fußgänger befindet. Dieser Absatz ist nicht so auszulegen, als hindere er die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe, das Überholen innerhalb einer bestimmten Entfernung von einem Fußgängerüberweg zu untersagen oder strengere Vorschriften für einen Fahrzeugführer zu erlassen, der ein anderes unmittelbar vor dem Überweg anhaltendes Fahrzeug zu überholen beabsichtigt.

(10) Ein Führer, der bemerkt, daß ein ihm folgender Führer ihn zu überholen wünscht, muß, außer in dem nach Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b vorgesehenen Fall, sich dicht an den der Verkehrsrichtung entsprechenden Rand der Fahrbahn halten, ohne die Geschwindigkeit zu steigern. Wenn die ungenügende Breite, der Querschnitt oder der Zustand der Fahrbahn es unter Berücksichtigung der Dichte des Gegenverkehrs nicht erlauben, mit Leichtigkeit und ohne Gefahr ein langsames, sperriges oder zur Beachtung einer Geschwindigkeitsgrenze verpflichtetes Fahrzeug zu überholen, muß der Führer dieses Fahrzeugs seine Geschwindigkeit vermindern und erforderlichenfalls so bald wie möglich zur Seite fahren, um die ihm folgenden Fahrzeuge vorbeifahren zu lassen.

(11) a) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können auf Einbahnstraßen oder auf Fahrbahnen mit Gegenverkehr, wenn wenigstens zwei Fahrspuren innerhalb von Ortschaften und drei Fahrspuren außerhalb von Ortschaften dem Verkehr in der gleichen Richtung vorbehalten und von Längsmarkierungen begrenzt sind,

i) den auf einer Fahrspur fahrenden Fahrzeugen erlauben, Fahrzeuge, die auf einer anderen Fahrspur fahren, auf der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite zu überholen;

ii) Artikel 10 Absatz 3 außer Kraft setzen

unter der Voraussetzung, daß sie Bestimmungen erlassen, welche die Möglichkeit des Fahrspurwechsels einschränken.

b) In dem unter Buchstabe a vorgesehenen Fall stellt das Fahrverhalten kein Überholen im Sinne dieser Konvention dar; Absatz 9 bleibt jedoch anwendbar.

## **Artikel 12**

### **Ausweichen**

(1) Beim Ausweichen muß jeder Führer einen ausreichenden Seitenabstand freilassen und, wenn nötig, sich dicht an dem der Verkehrsrichtung entsprechenden Fahrbahnrand halten; wenn dabei seine Weiterfahrt durch ein Hindernis oder durch andere Verkehrsteilnehmer gehemmt wird, muß er langsamer fahren, und, wenn nötig, anhalten, um den oder die entgegenkommenden Verkehrsteilnehmer vorbeizulassen.

(2) Auf Gebirgsstraßen und auf steilen Straßen mit gleichartigen Merkmalen, wo das Ausweichen unmöglich oder schwierig ist, obliegt es dem Führer des bergabfahrenden Fahrzeugs, sein Fahrzeug zur Seite zu fahren, um jedes bergauffahrende Fahrzeug vorbeifahren zu lassen außer da, wo längs der Fahrbahn Ausweichstellen, die es den Fahrzeugen ermöglichen, zur Seite zu fahren, so angeordnet sind, daß unter Berücksichtigung der Geschwindigkeit und des Standorts der Fahrzeuge dem bergauffahrenden Fahrzeug eine vor ihm liegende Ausweichstelle zur Verfügung steht und rückwärts fahren müßte, wenn das bergauffahrende Fahrzeug jene Ausweichstelle nicht benutzte. Wenn eines der beiden Fahrzeuge, die einander ausweichen wollen, zu diesem Zweck rückwärts fahren muß, muß dies der Führer des bergabfahrenden Fahrzeugs tun, es sei denn, daß dies für den bergauffahrenden Führer einfacher ist.

Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können jedoch für bestimmte Fahrzeuge oder bestimmte Straßen oder Straßenabschnitte Sonderregeln vorschreiben, die von denen dieses Absatzes abweichen.

## **Artikel 13**

### **Geschwindigkeit und Abstand zwischen Fahrzeugen**

(1) Jeder Fahrzeugführer muß unter allen Umständen sein Fahrzeug beherrschen, um den Sorgfaltspflichten genügen zu können und um ständig in der Lage zu sein, alle ihm obliegenden Fahrbewegungen auszuführen. Er muß bei der Wahl der Geschwindigkeit seines Fahrzeugs ständig die Umstände berücksichtigen, insbesondere die örtlichen Verhältnisse, den Straßenzustand, den Zustand und die Beladung seines Fahrzeugs, die Witterungsverhältnisse und die Dichte des Verkehrs, um innerhalb der nach



vorn übersehbaren Strecke und vor jedem vorhersehbaren Hindernis sein Fahrzeug anhalten zu können. Er muß langsamer fahren und, wenn nötig, anhalten, sobald die Umstände es verlangen, namentlich wenn die Sicht nicht gut ist.

(2) Ein Führer darf die normale Fahrt der anderen Fahrzeuge nicht dadurch behindern, daß er ohne triftigen Grund mit ungewöhnlich niedriger Geschwindigkeit fährt.

(3) Der Führer eines Fahrzeugs, der hinter einem anderen Fahrzeug fährt, muß einen ausreichenden Sicherheitsabstand von diesem wahren, um bei dessen plötzlichem Bremsen oder Anhalten einen Zusammenstoß zu vermeiden.

(4) Um das Überholen zu erleichtern, müssen außerhalb von Ortschaften die Führer von Fahrzeugen oder von miteinander verbundenen Fahrzeugen mit mehr als 3500 kg (7700 Pfund) höchstem zulässigen Gesamtgewicht oder mehr als 10 m (33 Fuß) Gesamtlänge — außer wenn sie überholen oder sich anschicken, dies zu tun — zwischen ihren Fahrzeugen zu vorausfahrenden Kraftfahrzeugen einen so großen Abstand halten, daß sich ein überholendes Fahrzeug gefahrlos vor das überholte einordnen kann. Dies gilt jedoch nicht, wenn der Verkehr sehr dicht oder das Überholen verboten ist. Außerdem

a) können die zuständigen Stellen für bestimmte Fahrzeugkolonnen Abweichungen von dieser Bestimmung zulassen oder sie auch auf Straßen, auf denen dem Verkehr in der betreffenden Richtung zwei Fahrspuren zur Verfügung stehen, für unanwendbar erklären;

b) können die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe andere Werte als die in diesem Absatz genannten für die betroffenen Fahrzeuge bestimmen.

(5) Nichts in dieser Konvention ist so auszulegen, als hindere es die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe, für alle Fahrzeuge oder für bestimmte Fahrzeugarten allgemeine oder örtliche Geschwindigkeitsbeschränkungen vorzuschreiben oder auf bestimmten Straßen oder bestimmten Straßenarten Mindest- und Höchstgeschwindigkeiten oder nur Höchst- oder nur Mindestgeschwindigkeiten vorzuschreiben, oder Mindestabstände vorzuschreiben, die mit der Anwesenheit von verschiedenen Fahrzeugarten auf der Straße, die insbesondere auf Grund ihres Gewichts oder ihrer Ladung eine besondere Gefahr darstellen, zu rechtfertigen sind.

## **Artikel 14**

### **Allgemeine Vorschriften für die Fahrbewegungen**

(1) Jeder Fahrzeugführer, der eine Fahrbewegung ausführen will, wie Herausfahren aus einer oder Einfahren in eine Parkreihe, Wechseln nach rechts oder nach links auf der Fahrbahn, Abbiegen nach links oder rechts in eine andere Straße oder in ein angrenzendes Grundstück, muß sich zuvor vergewissern, daß er es ohne Gefährdung der anderen Verkehrsteilnehmer tun kann, die hinter ihm oder vor ihm sind oder die ihm begegnen, und zwar unter Berücksichtigung ihres Standorts, ihrer Richtung und ihrer Geschwindigkeit.

(2) Jeder Führer, der wenden oder rückwärts fahren will, muß sich zuvor vergewissern, daß er es ohne Gefährdung oder Behinderung der anderen Verkehrsteilnehmer tun kann.

(3) Vor dem Abbiegen oder vor einer Fahrbewegung, die mit einer seitlichen Verschiebung verbunden ist, muß jeder Führer seine Absicht deutlich und rechtzeitig mit dem oder den Fahrtrichtungsanzeigern seines Fahrzeugs oder, falls solche nicht vorhanden sind, wenn möglich durch ein mit dem Arm gegebenes geeignetes Zeichen anzeigen. Das durch den oder die Fahrtrichtungsanzeiger gegebene Zeichen muß während der ganzen Dauer der Fahrbewegung fortgesetzt werden und aufhören, sobald diese beendet ist.

## **Artikel 15**

### **Sondervorschriften bezüglich der Fahrzeuge des öffentlichen Linienverkehrs**

Es wird empfohlen, in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorzusehen, daß in Ortschaften, um den Verkehr der Fahrzeuge des öffentlichen Linienverkehrs zu erleichtern, die Führer der anderen Fahrzeuge, vorbehaltlich des Artikels 17 Absatz 1, ihre Fahrt verlangsamen und, wenn nötig, anhalten, um diese Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs die erforderliche Fahrbewegung ausführen zu lassen, damit sie sich bei der Abfahrt von den als solche gekennzeichneten Haltestellen wieder in Bewegung setzen können. Die von den Vertragsparteien oder ihren nachgeordneten Organen zu diesem Zweck erlassenen Bestimmungen ändern in keiner Weise die für die Führer der Fahrzeuge des öffentlichen Linienverkehrs bestehende Verpflichtung, die zur Vermeidung irgendeiner Gefährdung nötigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, nachdem sie ihre Absicht des Wiederanfahrens mit ihren Fahrtrichtungsanzeigern angezeigt haben.

## **Artikel 16**

### **Fahrtrichtungsänderung**

(1) Ein Führer, der nach rechts oder links in eine andere Straße oder in ein angrenzendes Grundstück abbiegen will, muß unbeschadet des Artikels 7 Absatz 1 und des Artikels 14,

a) wenn er die Straße nach der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite verlassen will, sich so nahe wie möglich an den dieser Richtung entsprechenden Fahrbahnrand halten und seine Fahrbewegung in einem kleinstmöglichen Raum ausführen;

b) wenn er die Straße nach der anderen Seite verlassen will, vorbehaltlich der Möglichkeit für die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe, abweichende Bestimmungen für Fahrräder und Motorfahrräder zu erlassen, sich auf Fahrbahnen mit Gegenverkehr so nahe wie möglich an die Mittellinie der Fahrbahn oder auf Einbahnstraßen an den der Verkehrsrichtung entgegengesetzten Fahrbahnrand halten und, wenn er in eine andere Straße mit Gegenverkehr abbiegen will, seine Fahrbewegung so ausführen, daß er auf der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite auf die Fahrbahn dieser anderen Straße gelangt.

(2) Während der Fahrtrichtungsänderung muß der Führer, unbeschadet des Artikels 21 bezüglich der Fußgänger, ihm auf der Fahrbahn, die er verlassen will, entgegenkommende Fahrzeuge sowie Radfahrer und Führer von Motorfahrrädern, die auf den die Fahrbahn, auf die er sich begeben will, kreuzenden Radwegen fahren, vorbeifahren lassen.

## **Artikel 17**

### **Verminderung der Geschwindigkeit**

(1) Kein Führer darf eine nicht aus Sicherheitsgründen erforderliche plötzliche Bremsung vornehmen.

(2) Jeder Führer, der die Geschwindigkeit seines Fahrzeugs wesentlich vermindern will, muß, außer wenn diese Verminderung durch eine drohende Gefahr begründet ist, sich zuvor vergewissern, daß er es ohne Gefahr oder ungewöhnliche Behinderung für andere Führer tun kann. Er muß ferner, außer wenn er sich vergewissert hat, daß ihm ein anderes Fahrzeug nicht oder nur in weitem Abstand folgt, seine Absicht deutlich und rechtzeitig durch ein geeignetes Zeichen mit dem Arm anzeigen; diese Vorschrift gilt jedoch nicht, wenn die Anzeige der Geschwindigkeitsverminderung durch das Aufleuchten der in Anhang 5 Absatz 31 angeführten Bremsleuchten am Fahrzeug gegeben wird.

## **Artikel 18**

### **Kreuzungen und Pflicht, die Vorfahrt zu gewähren**

(1) Jeder Führer, der sich einer Kreuzung nähert, muß die besondere Vorsicht walten lassen, die den örtlichen Verhältnissen angemessen ist. Fahrzeugführer müssen insbesondere mit einer solchen Geschwindigkeit fahren, daß sie die Möglichkeit haben, anzuhalten, um die Fahrzeuge durchfahren zu lassen, die Vorfahrt haben.

(2) Jeder Führer, der aus einem Fuß- oder Feldweg auf eine Straße gelangt, die kein Fuß- oder Feldweg ist, muß den auf dieser Straße verkehrenden Fahrzeugen die Vorfahrt gewähren. Für die Zwecke dieses Artikels können die Begriffe „Fußweg“ oder „Feldweg“ in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften bestimmt werden.

(3) Jeder Fahrzeugführer, der aus einem angrenzenden Grundstück auf eine Straße einfährt, muß den auf dieser Straße fahrenden Fahrzeugen die Vorfahrt gewähren.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 7

a) muß in Staaten mit Rechtsverkehr an anderen Kreuzungen als denen nach Absatz 2 und nach Artikel 25 Absätze 2 und 4 der Führer eines Fahrzeugs den von rechts kommenden Fahrzeugen die Vorfahrt gewähren;

b) steht es den Vertragsparteien oder ihren nachgeordneten Organen, auf deren Gebiet Linksverkehr besteht, frei, die Vorfahrtregeln an Kreuzungen nach Belieben festzulegen.

(5) Selbst wenn die Lichtsignale ihm dazu die Ermächtigung geben, darf sich ein Führer nicht in eine Kreuzung begeben, wenn der Verkehr so dicht ist, daß er wahrscheinlich auf der Kreuzung anhalten müßte und so den Querverkehr behindern oder blockieren würde.

(6) Ein Führer, der sich auf einer Kreuzung befindet, wo der Verkehr durch Lichtsignale geregelt ist, darf die Kreuzung verlassen, ohne abzuwarten, bis der Verkehr in der Richtung freigegeben wird, in die er sich zu begeben wünscht, wenn dadurch die Bewegung anderer Verkehrsteilnehmer in Richtung des freigegebenen Verkehrs nicht behindert wird.

(7) An Kreuzungen müssen die Führer nicht schienengebundener Fahrzeuge den Schienenfahrzeugen die Vorfahrt gewähren.

## **Artikel 19**

### **Bahnübergänge**

Jeder Verkehrsteilnehmer muß bei der Annäherung an einen Bahnübergang und bei dessen Überquerung besondere Vorsicht walten lassen. Insbesondere

a) muß jeder Fahrzeugführer mit mäßiger Geschwindigkeit fahren;

b) darf unbeschadet der Verpflichtung, das durch ein Lichtsignal oder ein akustisches Zeichen gegebene Haltgebot zu befolgen, sich kein Verkehrsteilnehmer auf einen Bahnübergang begeben, dessen Schranken oder Halbschranken geschlossen sind oder sich senken oder dessen Halbschranken sich heben;

c) darf, wenn ein Bahnübergang keine Schranken, Halbschranken oder Lichtsignale hat, sich kein Verkehrsteilnehmer darauf begeben, ohne sich vergewissert zu haben, daß sich kein Schienenfahrzeug nähert;

d) darf kein Verkehrsteilnehmer die Überquerung eines Bahnübergangs unangemessen verlängern; bleibt ein Fahrzeug liegen, so muß sich sein Führer bemühen, es außerhalb des Schienenbereichs zu bringen und, wenn er das nicht kann, sofort alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen ergreifen, damit die Führer der Schienenfahrzeuge rechtzeitig vor der Gefahr gewarnt werden.

## **Artikel 20**

### **Vorschriften für Fußgänger**

(1) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe brauchen diese Artikel nur in den Fällen für anwendbar zu erklären, wo der Fußgängerverkehr auf der Fahrbahn gefährlich oder für den Fahrzeugverkehr hinderlich wäre.

(2) Gibt es an der Seite der Fahrbahn Gehwege oder von Fußgängern begehbare Seitenstreifen, so müssen Fußgänger diese benutzen. Jedoch, wenn sie die nötigen Vorsichtsmaßnahmen ergreifen

a) dürfen Fußgänger, die sperrige Gegenstände schieben oder tragen, die Fahrbahn benutzen, wenn die Benutzung des Gehweges oder des Seitenstreifens andere Fußgänger erheblich behindern würde;

b) dürfen Fußgängergruppen, die von einer Aufsichtsperson geführt werden oder eine geschlossene Kolonne bilden, auf der Fahrbahn gehen.

(3) Wenn es nicht möglich ist, Gehwege oder Seitenstreifen zu benutzen, oder wenn solche fehlen, dürfen die Fußgänger auf der Fahrbahn gehen; wenn ein Radweg vorhanden ist und die Verkehrsdichte es ihnen erlaubt, dürfen sie auf dem Radweg gehen, aber ohne den Verkehr der Radfahrer und der Führer von Motorfahrrädern zu behindern.

(4) Wenn Fußgänger entsprechend den Absätzen 2 und 3 die Fahrbahn benutzen, müssen sie sich so dicht wie möglich an den Fahrbahnrand halten.

(5) Es wird empfohlen, in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften folgendes vorzusehen: wenn Fußgänger die Fahrbahn benutzen, müssen sie, außer wenn dies ihre Sicherheit gefährden würde, auf der der Verkehrsrichtung entgegengesetzten Seite gehen. Jedoch müssen Personen, die ein Fahrrad, ein Motorfahrrad oder ein Kraftrad schieben, sowie Fußgängergruppen, die von einer Aufsichtsperson geführt werden oder eine geschlossene Kolonne bilden, sich an die Fahrbahnseite halten, die der Verkehrsrichtung entspricht. Außer wenn sie eine geschlossene Kolonne bilden, müssen die die Fahrbahn benutzenden Fußgänger bei Nacht oder schlechter Sicht sowie am Tage, wenn es die Dichte des Fahrzeugverkehrs erfordert, nach Möglichkeit in einer Reihe gehen.

(6) a) Fußgänger dürfen nur mit Vorsicht eine Fahrbahn betreten, um sie zu überschreiten; sie müssen hierzu einen Fußgängerüberweg benutzen, wenn ein solcher in der Nähe ist.

b) Um eine Fahrbahn auf einem Fußgängerüberweg zu überschreiten, der als solcher gekennzeichnet oder durch Markierungen auf der Fahrbahn begrenzt ist,

- i) müssen die Fußgänger, wenn der Überweg mit Fußgängerlichtsignalen ausgestattet ist, die durch diese Lichtsignale angezeigten Vorschriften beachten;
- ii) dürfen die Fußgänger, wenn der Überweg nicht mit einer solchen Lichtsignalanlage ausgestattet ist, aber der Fahrzeugverkehr durch Lichtsignale oder einen Verkehrspolizisten geregelt wird, die Fahrbahn nicht betreten, solange das Lichtsignal oder das Handzeichen des Verkehrspolizisten den Fahrzeugen die Fahrt freigibt;
- iii) dürfen die Fußgänger an anderen Fußgängerüberwegen die Fahrbahn nicht betreten, ohne dabei die Entfernung und die Geschwindigkeit der herannahenden Fahrzeuge zu berücksichtigen.

c) Um außerhalb eines als solchen gekennzeichneten oder durch Markierungen auf der Fahrbahn begrenzten Fußgängerüberweges die Fahrbahn zu überschreiten, dürfen die Fußgänger diese nicht betreten, bevor sie sich vergewissert haben, daß sie es ohne Behinderung des Fahrzeugverkehrs tun können.

d) Beim Überschreiten der Fahrbahn dürfen die Fußgänger ihren Weg nicht unnötig verlängern, sich nicht unnötig dabei aufhalten oder stehenbleiben.

(7) Jedoch können die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe strengere Bestimmungen für das Überschreiten der Fahrbahn durch Fußgänger erlassen.

## **Artikel 21**

### **Verhalten der Führer gegenüber Fußgängern**

(1) Unbeschadet des Artikels 7 Absatz 1, des Artikels 11 Absatz 9 und des Artikels 13 Absatz 1, wenn ein als solcher gekennzeichnet oder durch Markierungen auf der Fahrbahn begrenzter Fußgängerüberweg vorhanden ist,

a) müssen die Fahrzeugführer, wenn der Fahrzeugverkehr an diesem Überweg durch Lichtsignale oder durch einen Verkehrspolizisten geregelt wird und ihnen die Weiterfahrt nicht gestattet ist, vor dem Überweg anhalten, und wenn ihnen die Weiterfahrt gestattet ist, dürfen sie das Überschreiten der Fußgänger, die sich auf den Überweg begeben haben und ihn unter den in Artikel 20 vorgesehenen Bedingungen überschreiten, nicht behindern oder belästigen; beim Abbiegen in eine andere Straße, an deren Einfahrt sich ein Fußgängerüberweg befindet, müssen die Fahrzeugführer langsam fahren und nötigenfalls anhalten, um die Fußgänger, die sich unter den in Artikel 20 Absatz 6 vorgesehenen Bedingungen auf den Überweg begeben haben oder begeben, vorbeizulassen;

b) wenn der Fahrzeugverkehr an diesem Überweg nicht durch Lichtsignale oder einen Verkehrspolizisten geregelt wird, dürfen sich die Führer dem Überweg nur mit so mäßiger Geschwindigkeit nähern, daß die Fußgänger, die sich auf diesen begeben haben oder begeben, nicht gefährdet werden, nötigenfalls müssen sie anhalten, um diese vorbeizulassen.

(2) Fahrzeugführer, die auf der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite an einer als solche gekennzeichneten Haltestelle an einem öffentlichen Verkehrsmittel vorbeifahren wollen, müssen ihre Geschwindigkeit vermindern und nötigenfalls anhalten, um den Fahrgästen das Ein- und Aussteigen zu ermöglichen.

(3) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als hindere er die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe

- den Fahrzeugführern jedesmal das Anhalten zu gebieten, wenn sich Fußgänger auf einen als solchen gekennzeichneten oder durch Markierungen auf der Fahrbahn begrenzten Überweg unter den in Artikel 20 vorgesehenen Bedingungen begeben haben oder begeben, oder
- ihnen zu verbieten, Fußgänger, die die Fahrbahn an einer Kreuzung oder dicht an einer Kreuzung überschreiten, auch wenn an dieser Stelle kein Fußgängerüberweg als solcher gekennzeichnet oder durch Markierungen auf der Fahrbahn begrenzt ist, zu behindern oder zu belästigen.

## **Artikel 22**

### **Verkehrinseln auf der Fahrbahn**

Unbeschadet des Artikels 10 darf jeder Führer Verkehrinseln, Pfosten und andere auf seiner Fahrbahn angebrachte Einrichtungen rechts oder links lassen, außer in den folgenden Fällen:

a) wenn die Seite, die zu benutzen ist, durch ein Verkehrszeichen vorgeschrieben ist;

b) wenn sich die Insel, der Pfosten oder die Einrichtung auf der Mittellinie einer Fahrbahn für beide Richtungen befindet; der Führer muß dann die Insel, den Pfosten oder die Einrichtung auf der der Verkehrsrichtung entgegengesetzten Seite lassen.

## Artikel 23

### Halten und Parken

(1) Außerhalb von Ortschaften müssen haltende oder parkende Fahrzeuge und stillstehende Tiere, wenn irgend möglich, außerhalb der Fahrbahn abgestellt werden. Sie dürfen weder auf Radwegen noch — es sei denn, die innerstaatlichen Rechtsvorschriften lassen dies zu — auf den Gehwegen oder den für den Fußgängerverkehr vorgesehenen Seitenstreifen abgestellt werden.

(2) a) Auf der Fahrbahn haltende oder parkende Fahrzeuge und stillstehende Tiere müssen möglichst nahe am Fahrbahnrand abgestellt werden. Ein Führer darf mit seinem Fahrzeug nur auf der seiner Verkehrsrichtung entsprechenden Seite der Fahrbahn halten oder parken; wenn jedoch das Halten oder Parken auf der Seite der Verkehrsrichtung wegen dort verlegter Schienen nicht möglich ist, ist es auf der anderen Seite erlaubt. Im übrigen können die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe:

- i) das Halten und Parken auf der einen oder anderen Seite unter bestimmten Bedingungen erlauben, insbesondere wenn Verkehrszeichen das Halten auf der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite verbieten;
- ii) auf Fahrbahnen für nur eine Richtung das Halten und Parken auf der anderen Seite erlauben, und zwar auch gleichzeitig mit dem Halten und Parken auf der der Verkehrsrichtung entsprechenden Seite;
- iii) das Halten und Parken in der Mitte der Fahrbahn an besonders gekennzeichneten Stellen erlauben.

b) Vorbehaltlich gegenteiliger innerstaatlicher Rechtsvorschriften dürfen Fahrzeuge außer zweirädrigen Fahrrädern, zweirädrigen Motorfahrrädern oder zweirädrigen Kraffrädern ohne Seitenwagen auf der Fahrbahn in doppelter Reihe weder halten noch parken. Haltende oder parkende Fahrzeuge müssen, außer wo die örtlichen Verhältnisse etwas anderes erlauben, parallel zum Fahrbahnrand aufgestellt werden.

(3) a) Jedes Halten und Parken eines Fahrzeuges auf der Fahrbahn ist verboten

- i) auf Fußgängerüberwegen, auf Radfahrüberwegen und auf Bahnübergängen;
- ii) auf den Schienen von Straßenbahnen oder Eisenbahnen auf der Straße oder so dicht an den Schienen, daß der Verkehr dieser Straßenbahnen oder Eisenbahnen behindert werden könnte, sowie, vorbehaltlich der Möglichkeit für die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe, gegenteilige Bestimmungen zu erlassen, auf Gehwegen und Radwegen;

b) Jedes Halten und Parken eines Fahrzeuges ist an allen Stellen verboten, wo es eine Gefahr bilden könnte, insbesondere

- i) unter Überführungen oder in Tunneln außer an besonders gekennzeichneten Stellen;
- ii) auf der Fahrbahn in der Nähe der Scheitelpunkte von Kuppen sowie in Kurven, wenn die Sicht zur völlig sicheren Vorbeifahrt an dem Fahrzeug unter Berücksichtigung der Geschwindigkeit der Fahrzeuge auf dem betreffenden Straßenabschnitt unzureichend ist;
- iii) auf der Fahrbahn in Höhe einer Längsmarkierung, wenn Buchstabe b Ziffer ii nicht zutrifft, aber die Fahrbahnbreite zwischen der Markierung und dem Fahrzeug weniger als 3 m (10 Fuß) beträgt und wenn es sich um eine Markierung handelt, deren Überfahren den aus derselben Richtung kommenden Fahrzeugen verboten ist;

c) Jedes Parken eines Fahrzeuges auf der Fahrbahn ist verboten:

- i) an Bahnübergängen, Kreuzungen, Omnibus-, Oberleitungsomnibus- und Schienenfahrzeug-Haltestellen innerhalb der in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgelegten Entfernungen;
- ii) vor Grundstückseinfahrten;
- iii) an jeder Stelle, wo das parkende Fahrzeug den Zugang zu einem anderen ordnungsgemäß parkenden Fahrzeug oder das Herausfahren eines solchen Fahrzeuges verhindern würde;
- iv) auf der mittleren Fahrbahn der Straßen mit drei Fahrbahnen und außerhalb von Ortschaften auf den Fahrbahnen der Straßen, die durch ein geeignetes Verkehrszeichen als Vorfahrtsstraße gekennzeichnet sind;
- v) an Stellen, wo das parkende Fahrzeug den Verkehrsteilnehmern Verkehrszeichen oder Lichtsignale verdecken würde.

(4) Ein Führer darf sein Fahrzeug oder seine Tiere nicht verlassen, ohne alle zweckdienlichen Vorkehrungen getroffen zu haben, um jeden Unfall, und sofern es sich um ein Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) handelt, dessen unerlaubte Verwendung zu verhüten.

(5) Es wird empfohlen, in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorzusehen, daß jedes Kraftfahrzeug außer einem zweirädrigen Motorfahrrad oder einem zweirädrigen Kraffrad ohne Seitenwagen und jeder angekuppelte oder nicht angekuppelte Anhänger, die außerhalb einer Ortschaft auf der Fahrbahn

abgestellt wurden, mittels mindestens einer in ausreichender Entfernung vom Fahrzeug an günstigster Stelle aufgestellten geeigneten Vorrichtung zu kennzeichnen sind, um herankommende Führer rechtzeitig zu warnen:

a) wenn das Fahrzeug nachts unter solchen Bedingungen auf der Fahrbahn abgestellt wurde, daß die herankommenden Führer das dadurch gebildete Hindernis nicht erkennen können;

b) wenn ein Führer, in anderen Fällen, gezwungen war, sein Fahrzeug an einer Stelle anzuhalten, wo das Halten verboten ist.

(6) Nichts in diesem Absatz ist so auszulegen, als hindere es die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe, andere Park- und Halteverbote zu erlassen.

## **Artikel 24**

### **Öffnen der Fahrzeigtüren**

Es ist verboten, die Tür eines Fahrzeugs zu öffnen, sie offenzulassen oder aus dem Fahrzeug auszu steigen, ohne sich vergewissert zu haben, daß daraus keine Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer entstehen kann.

## **Artikel 25**

### **Autobahnen und ähnliche Straßen**

(1) Auf den Autobahnen und, wenn die innerstaatlichen Rechtsvorschriften dies bestimmen, auf den besonderen Zu- und Abfahrtsstraßen der Autobahnen:

a) ist der Verkehr verboten für Fußgänger, Tiere und Fahrräder, für Motorfahrräder, wenn sie nicht den Krafträdern gleichgestellt sind, und für alle anderen Fahrzeuge, die nicht Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) oder deren Anhänger sind, sowie für Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) oder ihre Anhänger, die auf ebener Straße eine in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgesetzte durch die Bauart bestimmte Geschwindigkeit nicht erreichen können;

b) ist es den Führern verboten,

i) mit ihren Fahrzeugen anderswo als auf den gekennzeichneten Parkplätzen zu halten oder zu parken; der Führer eines liegengebliebenen Fahrzeugs muß sich bemühen, sein Fahrzeug von der Fahrbahn und auch von dem befestigten Seitenstreifen zu entfernen, und wenn er dies nicht kann, sofort das Fahrzeug in ausreichender Entfernung kennzeichnen, um herankommende Führer rechtzeitig zu warnen;

ii) zu wenden, rückwärts zu fahren oder den Mittelstreifen einschließlich der die beiden Fahrbahnen verbindenden Überfahrten zu benutzen.

(2) Bei der Einfahrt in eine Autobahn müssen die Führer,

a) wenn eine die Zufahrtsstraße verlängernde Beschleunigungsspur nicht vorhanden ist, den auf der Autobahn verkehrenden Fahrzeugen die Vorfahrt gewähren;

b) wenn eine Beschleunigungsspur vorhanden ist, diese benutzen und sich unter Beachtung des Artikels 14 Absätze 1 und 3 in den Autobahnverkehr einordnen.

(3) Ein Führer, der die Autobahn verläßt, muß rechtzeitig die Fahrspur, die der Autobahnausfahrt entspricht, benutzen und so bald wie möglich auf die Verzögerungsspur fahren, wenn eine vorhanden ist.

(4) Hinsichtlich der Anwendung der Absätze 1, 2 und 3 sind den Autobahnen die anderen dem Verkehr mit Kraftfahrzeugen vorbehaltenen Straßen gleichgestellt, die als solche ordnungsmäßig gekennzeichnet sind und zu denen von den angrenzenden Grundstücken aus keine Zufahrt besteht.

## **Artikel 26**

### **Sondervorschriften für geschlossene Kolonnen und Körperbehinderte**

(1) Den Verkehrsteilnehmern ist verboten, Militärkolonnen, Gruppen von Schülern in geschlossenen Abteilungen unter Leitung eines Lehrers und andere Umzüge zu unterbrechen.

(2) Körperbehinderte, die in einem Krankenfahrstuhl fahren, der von ihnen selbst angetrieben wird oder der mit Schrittgeschwindigkeit fährt, dürfen die Gehwege und befahrbaren Seitenstreifen benutzen.

## **Artikel 27**

### **Besondere Vorschriften für Radfahrer, Führer von Motorfahrrädern und von Krafträdern**

(1) Ungeachtet des Artikels 10 Absatz 3 brauchen die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe den Radfahrern nicht zu verbieten, zu mehreren nebeneinander zu fahren.

(2) Den Radfahrern ist es verboten zu fahren, ohne zumindest mit einer Hand die Lenkstange zu halten, sich von einem anderen Fahrzeug ziehen zu lassen oder Gegenstände zu befördern, zu ziehen oder zu schieben, die sie beim Fahren behindern oder die andere Verkehrsteilnehmer gefährden. Dieselben Bestimmungen gelten für die Führer von Motorfahrrädern und von Krafträdern; diese müssen aber die Lenkstange mit beiden Händen halten, außer um die in Artikel 14 Absatz 3 beschriebene Fahrbewegung anzuzeigen.

(3) Den Radfahrern und den Führern von Motorfahrrädern ist verboten, auf ihrem Fahrzeug andere Personen zu befördern; die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können jedoch Ausnahmen davon bewilligen, insbesondere die Personenbeförderung auf dem oder den an dem Fahrrad angebrachten zusätzlichen Sitzen. Führer von Krafträdern dürfen andere Personen nur in einem Seitenwagen und auf einem hinter dem Führer angebrachten zusätzlichen Sitz befördern.

(4) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können den Radfahrern verbieten, wenn ein Radweg vorhanden ist, den übrigen Teil der Fahrbahn zu benutzen. Im selben Falle können sie den Führern von Motorfahrrädern erlauben, den Radweg zu benutzen und, wenn sie es für zweckmäßig halten, ihnen verbieten, den übrigen Teil der Fahrbahn zu benutzen.

## **Artikel 28**

### **Optische und akustische Warnzeichen**

- (1) Vorrichtungen zum Abgeben akustischer Warnzeichen dürfen nur benutzt werden,
- a) um die notwendigen Warnzeichen zur Verhütung eines Unfalls zu geben;
  - b) um außerhalb von Ortschaften einem Führer anzuzeigen, daß er überholt werden soll.
- Akustische Warnzeichen dürfen nicht länger als nötig dauern.

(2) Führer von Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) dürfen zwischen dem Hereinbrechen der Nacht und dem Anbruch des Tages anstelle der akustischen Warnzeichen die in Artikel 33 Absatz 5 bestimmten optischen Warnzeichen geben. Sie dürfen das auch bei Tage zu den in Absatz 1 Buchstabe b genannten Zwecken tun, wenn das unter den gegebenen Verhältnissen zweckmäßiger ist.

(3) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können die Abgabe von optischen Warnzeichen zu dem in Absatz 1 Buchstabe b genannten Zwecken auch in Ortschaften erlauben.

## **Artikel 29**

### **Schienenfahrzeuge**

(1) Wenn sich Schienen auf einer Fahrbahn befinden, muß jeder Verkehrsteilnehmer bei Annäherung einer Straßenbahn oder eines anderen Schienenfahrzeugs die Schienen so bald wie möglich räumen, um dem Schienenfahrzeug die Durchfahrt zu ermöglichen.

(2) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können von diesem Kapitel abweichende besondere Verkehrsvorschriften für Schienenfahrzeuge auf der Straße sowie darüber erlassen, wie ihnen auszuweichen ist und wie sie zu überholen sind.

Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können jedoch keine Vorschriften erlassen, die den in Artikel 18 Absatz 7 enthaltenen zuwiderlaufen.

## **Artikel 30**

### **Ladung der Fahrzeuge**

(1) Wenn für ein Fahrzeug ein höchstes zulässiges Gesamtgewicht bestimmt ist, darf das Gesamtgewicht dieses Fahrzeugs niemals das höchste zulässige Gesamtgewicht überschreiten.

- (2) Jede Ladung eines Fahrzeugs muß so verstaut und, wenn nötig, so befestigt sein, daß sie
- a) Personen nicht gefährden oder öffentliches oder privates Eigentum nicht beschädigen, insbesondere nicht auf der Straße schleifen oder auf sie fallen kann;

b) nicht die Sicht des Führers beschränken oder das Gleichgewicht oder die Führung des Fahrzeugs beeinträchtigen kann;

c) weder vermeidbaren Lärm oder Staub noch sonstige vermeidbare Belästigungen verursachen kann;

d) die nach dieser Konvention oder nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgeschriebenen Leuchten einschließlich der Bremsleuchten und der Fahrtrichtungsanzeiger, Rückstrahler, Kennzeichen, und das danach vorgeschriebene Unterscheidungszeichen des Zulassungsstaates oder die nach Artikel 14 Absatz 3 oder Artikel 17 Absatz 2 mit dem Arm gegebenen Zeichen nicht verdecken kann.

(3) Alle Zubehörteile wie Seile, Ketten, Decken, die dazu dienen, die Ladung zu befestigen oder zu schützen, müssen ihr dicht anliegen und gut befestigt sein. Alle Zubehörteile, die dazu dienen, die Ladung zu schützen, müssen den in Absatz 2 für die Ladung vorgesehenen Bedingungen entsprechen.

(4) Die nach vorn, nach hinten oder seitlich über das Fahrzeug hinausragenden Ladungen müssen in allen Fällen, wo ihre Umrisse von den Führern anderer Fahrzeuge nicht bemerkt werden könnten, gut sichtbar gekennzeichnet sein; nachts muß diese Kennzeichnung vorn durch ein weißes Licht und eine weiße Rückstrahlvorrichtung und hinten durch ein rotes Licht und eine rote Rückstrahlvorrichtung erfolgen. Insbesondere müssen auf Kraftfahrzeugen

a) Ladungen, die mehr als 1 m (3 Fuß, 4 Zoll) nach hinten oder nach vorn über das äußerste Ende des Fahrzeugs hinausragen, stets gekennzeichnet sein;

b) Ladungen, die seitlich über den Umriß des Fahrzeugs so hinausragen, daß ihr äußerster seitlicher Punkt mehr als 0,40 m (16 Zoll) vom äußersten Rand der Begrenzungsleuchte des Fahrzeugs entfernt ist, bei Nacht nach vorn gekennzeichnet sein; das gleiche gilt nach hinten für Ladungen, die so hinausragen, daß sich ihr äußerster seitlicher Punkt mehr als 0,40 m (16 Zoll) vom äußersten Rand der roten Schlußleuchte des Fahrzeugs entfernt ist.

(5) Nichts in Absatz 4 ist so auszulegen, als hindere es die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe, das in diesem Absatz erwähnte Hinausragen der Ladung zu verbieten, zu beschränken oder einer Sondergenehmigung zu unterwerfen.

## **Artikel 31**

### **Verhalten bei Unfällen**

(1) Unbeschadet der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Verpflichtung zur Hilfeleistung für Verletzte muß jeder an einem Verkehrsunfall beteiligte Führer oder andere Verkehrsteilnehmer

a) anhalten, sobald es ihm möglich ist, ohne dadurch eine zusätzliche Gefahr für den Verkehr zu schaffen;

b) sich bemühen, die Sicherheit des Verkehrs an der Unfallstelle zu gewährleisten und, wenn durch den Unfall eine Person getötet oder schwer verletzt wurde, eine Veränderung des Zustandes an der Unfallstelle und die Beseitigung von Spuren, die zur Feststellung der Verantwortlichkeit nützlich sein können, zu vermeiden, sofern dies die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt;

c) auf Verlangen anderer am Unfall beteiligter Personen ihnen die zur Feststellung seiner Person erforderlichen Angaben machen;

d) wenn durch den Unfall eine Person verletzt oder getötet wurde, die Polizei benachrichtigen und bis zu ihrem Eintreffen an Ort und Stelle bleiben oder dorthin zurückkehren und die Ankunft der Polizei abwarten, sofern diese ihm nicht erlaubt hat, die Unfallstelle zu verlassen oder er dem Verletzten Hilfe leisten oder selbst behandelt werden muß.

(2) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften davon absehen, Absatz 1 Buchstabe d anzuwenden, wenn keine schwere Verletzung verursacht wurde und keiner der am Unfall Beteiligten die Benachrichtigung der Polizei verlangt.

## **Artikel 32**

### **Beleuchtung: Allgemeine Bestimmungen**

(1) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „Nacht“ den Zeitraum zwischen dem Einbruch der Nacht und dem Tagesanbruch sowie andere Zeiten, wenn die Sicht beispielsweise infolge von Nebel, Schneefall, starkem Regen oder beim Durchfahren eines Tunnels ungenügend ist.



(2) Bei Nacht

a) muß jedes sich auf einer Straße befindende Kraftfahrzeug mit Ausnahme von Motorfahrrädern und zweirädrigen Kraffrädern ohne Seitenwagen nach vorn mindestens zwei weiße oder hellgelbe Lichter und nach hinten eine gerade Zahl von roten Lichtern zeigen, entsprechend den für Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) geltenden Absätze 23 und 24 des Anhangs 5; die innerstaatlichen Rechtsvorschriften können jedoch nach vorn gelbe Begrenzungsleuchten zulassen. Diese Bestimmungen gelten auch für die Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und die mit ihnen verbundenen Anhänger, wobei die roten Lichter sich hinten am letzten Anhänger befinden müssen; die Anhänger, für die Absatz 30 des Anhangs 5 gilt, müssen nach vorn die zwei weißen Lichter zeigen, mit welchen sie nach Absatz 30 versehen sein müssen;

b) muß jedes Fahrzeug und müssen alle miteinander verbundenen Fahrzeuge, für welche der vorstehende Buchstabe a nicht gilt und die sich auf einer Straße befinden, wenigstens nach vorn ein weißes oder hellgelbes Licht und nach hinten ein rotes Licht zeigen; ist nur ein Licht nach hinten vorhanden, muß dieses in der Fahrzeuglängsachse oder an der der Verkehrsrichtung gegenüberliegenden Seite des Fahrzeugs angebracht sein; bei Gespannfahrzeugen und Handwagen kann dieses Licht von dem Führer oder einem an dieser Fahrzeugseite gehenden Begleiter getragen werden.

(3) Die Lichter nach Absatz 2 müssen so sein, daß sie das Fahrzeug den übrigen Verkehrsteilnehmern deutlich erkennbar machen; das vordere Licht und das hintere Licht dürfen nur dann von derselben Vorrichtung ausgestrahlt werden, wenn die Merkmale des Fahrzeugs, insbesondere seine geringe Länge, so sind, daß unter diesen Bedingungen diese Vorschrift erfüllt werden kann.

(4) a) Abweichend von Absatz 2

- i) findet Absatz 2 keine Anwendung auf Fahrzeuge, die auf einer beleuchteten Straße so halten oder parken, daß sie aus ausreichender Entfernung deutlich sichtbar sind;
- ii) brauchen Kraftfahrzeuge, deren Länge 6 m (20 Fuß) und deren Breite 2 m (6 Fuß, 6 Zoll) nicht übersteigt und an die kein Fahrzeug angehängt ist, beim Halten oder Parken auf einer Straße in einer Ortschaft nur ein Licht zu zeigen, und zwar an der dem Fahrbahnrand, an dem das Fahrzeug hält oder parkt, gegenüberliegenden Fahrzeugseite; dieses Licht muß nach vorn weiß oder gelb und nach hinten rot oder gelb sein;
- iii) gilt Absatz 2 Buchstabe b weder für zweirädrige Kraffräder ohne Seitenwagen und ohne Batterie, wenn sie in einer Ortschaft ganz dicht am Fahrbahnrand halten oder parken;

b) außerdem können die innerstaatlichen Rechtsvorschriften Abweichungen von diesem Artikel zulassen für

- i) Fahrzeuge, die auf besonderen Plätzen außerhalb der Fahrbahn halten oder parken;
- ii) Fahrzeuge, die in Straßen von Wohngebieten mit sehr schwachem Verkehr halten oder parken.

(5) In keinem Falle darf ein Fahrzeug nach vorn rote Lichter, Rückstrahlvorrichtungen oder -stoffe, nach hinten weiße oder hellgelbe Lichter, Rückstrahlvorrichtungen oder -stoffe zeigen; diese Bestimmung gilt weder für die Verwendung von weißen oder hellgelben Rückfahrscheinwerfern noch für das Rückstrahlen der hellfarbigen Ziffern oder Buchstaben der hinteren Kennzeichen, der Unterscheidungszeichen oder anderer in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgeschriebener Unterscheidungsmerkmale oder des hellen Hintergrundes dieser Schilder oder Zeichen, noch für die roten Rundum- oder Blinklichter gewisser bevorrechtigter Fahrzeuge.

(6) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können, soweit sie es ohne Gefahr für die Verkehrssicherheit für möglich halten, in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften Abweichungen von diesem Artikel zulassen für:

a) Gespannfahrzeuge und Handwagen;

b) Fahrzeuge besonderer Form oder Art oder für solche, die für besondere Zwecke und unter besonderen Bedingungen benutzt werden.

(7) Nichts in dieser Konvention ist so auszulegen, als mindere es die Vertragsparteien in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Fußgängergruppen, die von einer Aufsichtsperson geführt werden oder eine geschlossene Kolonne bilden, sowie die Führer von Vieh, einzeln oder in Herden oder von Zug-, Last- oder Reittieren, wenn sie beim Verkehr unter den in Absatz 2 Buchstabe b bestimmten Bedingungen die Fahrbahn benutzen, zu verpflichten, eine Rückstrahlvorrichtung oder ein Licht zu zeigen; das aus- oder rückgestrahlte Licht muß dann nach vorn weiß oder hellgelb und nach hinten rot oder nach beiden Richtungen gelb sein.

## Artikel 33

### **Beleuchtung: Bestimmungen für die Verwendung der in Anhang 5 vorgesehenen Beleuchtungseinrichtungen**

(1) Der Führer eines Fahrzeugs, das mit Scheinwerfern für Fernlicht, für Abblendlicht nach Anhang 5 ausgerüstet ist, muß diese Beleuchtungseinrichtungen nach den folgenden Bestimmungen verwenden, wenn das Fahrzeug nach Artikel 32 wenigstens ein oder zwei weiße oder hellgelbe Lichter nach vorn zeigen muß:

a) das Fernlicht darf nicht eingeschaltet werden in Ortschaften bei ausreichender Straßenbeleuchtung, außerhalb von Ortschaften, wenn die Fahrbahn durchgehend beleuchtet ist und diese Beleuchtung dem Fahrer gestattet, auf ausreichende Entfernung deutlich zu sehen, oder wenn das Fahrzeug hält;

b) vorbehaltlich der Möglichkeit für die innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die Verwendung des Fernlichts während der Tagesstunden bei ungenügender Sicht beispielsweise infolge von Nebel, Schneefall, starkem Regen oder beim Durchfahren eines Tunnels zuzulassen, darf das Fernlicht nicht eingeschaltet oder muß es in seiner Wirkung so verändert werden, daß eine Blendung vermieden wird:

i) wenn ein Führer einem anderen Fahrzeug begegnet; das Fernlicht muß dann, sofern es verwendet wird, ausgeschaltet oder in seiner Wirkung so verändert werden, daß auf ausreichende Entfernung eine Blendung vermieden wird, damit der Führer dieses anderen Fahrzeugs seine Fahrt unbehindert und ungefährdet fortsetzen kann;

ii) wenn ein Fahrzeug einem andern in geringem Abstand folgt; jedoch darf das Fernlicht nach Absatz 5 eingeschaltet werden, um die Absicht des Überholens unter den in Artikel 28 angegebenen Bedingungen anzuzeigen;

iii) unter allen andern Umständen, wenn es erforderlich ist, die übrigen Verkehrsteilnehmer oder die Benutzer einer Wasserstraße oder eines Schienenweges, die an der Straße entlangführen, nicht zu blenden;

c) vorbehaltlich des Buchstabens d muß das Abblendlicht eingeschaltet sein, wenn die Verwendung des Fernlichts aufgrund der unter den Buchstaben a und b aufgeführten Bestimmungen verboten ist; es darf an Stelle des Fernlichts verwendet werden, wenn es dem Führer deutliche Sicht auf ausreichende Entfernung ermöglicht und den übrigen Verkehrsteilnehmern gestattet, das Fahrzeug auf ausreichende Entfernung wahrzunehmen;

d) die Begrenzungsleuchten und die Schlußleuchten müssen gleichzeitig mit dem Fernlicht, dem Abblendlicht oder den Nebelscheinwerfern verwendet werden. Sie können allein verwendet werden, wenn das Fahrzeug hält oder parkt oder wenn auf anderen Straßen als Autobahnen und den in Artikel 25 Absatz 4 genannten Straßen die Beleuchtungsverhältnisse so sind, daß der Führer deutlich auf ausreichende Entfernung sehen kann und die übrigen Verkehrsteilnehmer das Fahrzeug auf ausreichende Entfernung wahrnehmen können.

(2) Ist ein Fahrzeug mit Nebelscheinwerfern nach Anhang 5 ausgestattet, so dürfen diese nur bei Nebel, Schneefall oder starkem Regen verwendet werden. Abweichend von Absatz 1 Buchstabe c ersetzt das Einschalten der Nebelscheinwerfer dann das des Abblendlichts, wobei die innerstaatlichen Rechtsvorschriften jedoch die gleichzeitige Verwendung der Nebelscheinwerfer und des Abblendlichts zulassen können.

(3) Abweichend von Absatz 2 können die innerstaatlichen Rechtsvorschriften auch beim Fehlen von Nebel, Schneefall oder starkem Regen die Verwendung der Nebelscheinwerfer auf engen kurvenreichen Straßen zulassen.

(4) Nichts in dieser Konvention ist so auszulegen, als hindere es die innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die Verwendung des Abblendlichts innerhalb von Ortschaften vorzuschreiben.

(5) Die in Artikel 28 Absatz 2 genannten optischen Warnzeichen bestehen im intermittierenden Einschalten des Abblendlichts in kurzen Intervallen oder im intermittierenden Einschalten des Fernlichts oder im abwechselnden Einschalten des Abblendlichts und des Fernlichts in kurzen Intervallen.

## Artikel 34

### **Ausnahmen**

(1) Sobald das Herannahen eines bevorrechtigten Fahrzeugs durch die besonderen optischen und akustischen Warnvorrichtungen angekündigt wird, muß jeder Verkehrsteilnehmer die Durchfahrt auf der Fahrbahn freigeben und notfalls anhalten.

(2) Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften können vorsehen, daß die Führer von bevorrechtigten Fahrzeugen alle oder einen Teil der Bestimmungen dieses Kapitels II außer denen in Artikel 6 Absatz 2 nicht zu beachten brauchen, wenn sie ihre Fahrt mit den besonderen Warnvorrichtungen des Fahrzeugs ankündigen, und unter der Voraussetzung, daß sie die anderen Verkehrsteilnehmer nicht gefährden.

(3) Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften können bestimmen, in welchem Umfang die mit dem Bau, der Instandsetzung oder Instandhaltung der Straße beschäftigten Personen einschließlich der Führer der für die Arbeiten benutzten Maschinen während ihrer Arbeit dieses Kapitel II nicht zu beachten brauchen, unter der Voraussetzung, daß sie alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen ergreifen.

(4) Um die in Absatz 3 genannten Maschinen zu überholen oder um ihnen auszuweichen, während diese für Arbeiten auf der Straße verwendet werden, brauchen die Führer der anderen Fahrzeuge, soweit nötig und unter der Bedingung, daß sie alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, die Artikel 11 und 12 nicht zu beachten.

### KAPITEL III

## **Bedingungen für die Zulassung der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger zum internationalen Verkehr**

### **Artikel 35**

#### **Zulassung**

(1) a) Um unter die Vergünstigungen dieser Konvention zu fallen, muß im internationalen Verkehr jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) und jeder mit einem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) verbundene Anhänger mit Ausnahme eines leichten Anhängers von einer Vertragspartei oder einem ihrer nachgeordneten Organe zugelassen sein, und der Führer des Kraftfahrzeugs (Artikel 1 Buchstabe p) muß eine gültige Bescheinigung über diese Zulassung haben, die entweder von einer zuständigen Stelle dieser Vertragspartei oder ihres nachgeordneten Organs oder im Namen der Vertragspartei oder ihres nachgeordneten Organs von einem Verband ausgestellt worden ist, der dazu von dieser Vertragspartei oder ihrem nachgeordneten Organ ermächtigt wurde. Diese Bescheinigung, Zulassungsschein genannt, muß wenigstens enthalten:

- ein Kennzeichen, dessen Zusammensetzung in Anhang 2 angegeben ist;
- den Tag der ersten Zulassung des Fahrzeugs;
- den vollständigen Namen und den Wohnsitz desjenigen, für den die Bescheinigung ausgestellt ist;
- den Namen oder die Fabrikmarke des Fahrzeugherstellers;
- die Fahrgestellnummer (Fabrik- oder Seriennummer des Herstellers);
- wenn es sich um ein Fahrzeug zur Güterbeförderung handelt, das höchste zulässige Gesamtgewicht,
- die Gültigkeitsdauer, wenn diese nicht unbegrenzt ist.

Die Eintragungen in dieser Bescheinigung müssen entweder in lateinischen Buchstaben oder in der sogenannten englischen Kursivschrift vorgenommen oder so wiederholt werden.

b) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können jedoch bestimmen, daß auf den in ihrem Hoheitsgebiet ausgestellten Bescheinigungen anstelle des Tages der ersten Zulassung das Herstellungsjahr angegeben wird.

(2) Abweichend von Absatz 1 soll ein nicht getrenntes Sattelkraftfahrzeug, während es sich im internationalen Verkehr befindet, selbst dann unter die Vergünstigungen dieser Konvention fallen, wenn für den Sattelschlepper und den Sattelanhänger, aus denen das Fahrzeug besteht, nur eine einzige Zulassung und eine einzige Bescheinigung vorliegen.

(3) Nichts in dieser Konvention ist so auszulegen, als beschränke es das Recht der Vertragsparteien oder ihrer nachgeordneten Organe, bei einem Fahrzeug im internationalen Verkehr, das nicht für eine im Fahrzeug befindliche Person zugelassen ist, den Nachweis der Berechtigung des Führers zur Benutzung des Fahrzeugs zu verlangen.

(4) Es wird empfohlen, daß die Vertragsparteien, sofern dies noch nicht geschehen ist, eine Stelle schaffen, die beauftragt ist, auf nationaler oder regionaler Ebene die im Verkehr befindlichen Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) zu erfassen und die in jedem Zulassungsschein für jedes Fahrzeug enthaltenen Angaben zentral zu sammeln.

## **Artikel 36**

### **Kennzeichen**

(1) Im internationalen Verkehr muß jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) an der Vorderseite und an der Rückseite sein Kennzeichen führen, Krafträder brauchen jedoch nur ein hinteres Kennzeichen.

(2) Jeder zugelassene Anhänger muß im internationalen Verkehr an der Rückseite sein Kennzeichen führen. Zieht ein Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) einen oder mehrere Anhänger, so muß der einzige oder der letzte Anhänger, wenn er nicht zugelassen ist, das Kennzeichen des Zugfahrzeugs führen.

(3) Ausgestaltung und Anbringung des in diesem Artikel genannten Kennzeichens müssen dem Anhang 2 entsprechen.

## **Artikel 37**

### **Unterscheidungszeichen des Zulassungsstaates**

(1) Außer dem Kennzeichen muß jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) im internationalen Verkehr hinten ein Unterscheidungszeichen des Staates führen, in dem es zugelassen ist.

(2) Jeder Anhänger, der mit einem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) verbunden ist und nach Artikel 36 an der Rückseite ein Kennzeichen führen muß, muß hinten auch das Unterscheidungszeichen des Staates, wo dieses Kennzeichen ausgegeben worden ist, führen. Dieser Absatz gilt auch, wenn der Anhänger in einem anderen Staat als dem Zulassungsstaat des Kraftfahrzeugs (Artikel 1 Buchstabe p), mit dem er verbunden ist, zugelassen ist; ist der Anhänger nicht zugelassen, so muß er hinten das Unterscheidungszeichen des Staates führen, in dem das Zugfahrzeug zugelassen ist, außer wenn er in diesem Staat verkehrt.

(3) Ausgestaltung und Anbringung des in diesem Artikel genannten Unterscheidungszeichens müssen dem Anhang 3 entsprechen.

## **Artikel 38**

### **Erkennungsmerkmale**

Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) und jeder Anhänger im internationalen Verkehr müssen die Erkennungsmerkmale nach Anhang 4 tragen.

## **Artikel 39**

### **Technische Vorschriften**

Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p), jeder Anhänger und alle miteinander verbundenen Fahrzeuge im internationalen Verkehr müssen dem Anhang 5 entsprechen. Sie müssen ferner betriebs-sicher sein.

## **Artikel 40**

### **Übergangsbestimmung**

Auf die Dauer von zehn Jahren vom Inkrafttreten dieser Konvention nach Artikel 47 Absatz 1 an sollen die Anhänger im internationalen Verkehr ohne Rücksicht auf ihr höchstes zulässiges Gesamtgewicht selbst dann unter die Vergünstigungen dieser Konvention fallen, wenn sie nicht zugelassen sind.

## KAPITEL IV

### Führer von Kraftfahrzeugen

#### Artikel 41

##### Geltung der Führerscheine

(1) Die Vertragsparteien erkennen an:

a) jeden nationalen Führerschein, der in ihrer Landessprache oder einer ihrer Landessprachen abgefaßt ist, oder, falls er nicht in einer solchen Sprache abgefaßt ist, wenn eine beglaubigte Übersetzung beiliegt,

b) jeden nationalen Führerschein, der dem Anhang 6 entspricht, und

c) jeden internationalen Führerschein, der dem Anhang 7 entspricht,

als gültig, um auf ihrem Gebiet ein Fahrzeug zu führen, das zu den Klassen gehört, für die der Führerschein gilt, vorausgesetzt, daß der Führerschein noch gültig ist und von einer anderen Vertragspartei oder einem ihrer nachgeordneten Organe oder von einem Verband ausgestellt worden ist, der dazu von dieser anderen Vertragspartei oder einem ihrer nachgeordneten Organe ermächtigt wurde. Dieser Absatz gilt nicht für Lernführerscheine.

(2) Ungeachtet des vorstehenden Absatzes:

a) wenn die Geltung des Führerscheins durch einen besonderen Vermerk davon abhängig gemacht wird, daß der Besitzer sich gewisser Geräte bedienen oder daß das Fahrzeug in bestimmter Weise ausgestattet sein muß, um der Körperbehinderung des Führers Rechnung zu tragen, wird der Führerschein nur dann als gültig anerkannt, wenn diese Auflagen beachtet werden;

b) können die Vertragsparteien in ihrem Hoheitsgebiet die Anerkennung jedes Führerscheines verweigern, dessen Besitzer das 18. Lebensjahr nicht vollendet hat;

c) können die Vertragsparteien in ihrem Hoheitsgebiet die Anerkennung von Führerscheinen zum Führen von Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) oder miteinander verbundenen Fahrzeugen der Klassen C, D und E nach den Anhängen 6 und 7 verweigern, wenn die Besitzer dieser Führerscheine das 21. Lebensjahr nicht vollendet haben.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die in Absatz 1 Buchstaben a, b und c angeführten nationalen und internationalen Führerscheine in ihrem Hoheitsgebiet nicht ohne eine vernünftige Gewähr für die Befähigung des Führers und seiner körperlichen Eignung ausgestellt werden.

(4) Für die Anwendung des Absatzes 1 und des Absatzes 2 Buchstabe c

a) kann mit Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) der in den Anhängen 6 und 7 angeführten Klasse B ein leichter Anhänger verbunden werden; damit kann auch ein Anhänger, dessen höchstes zulässiges Gesamtgewicht 750 kg (1650 Pfund), aber nicht das Leergewicht des Kraftfahrzeugs (Artikel 1 Buchstabe p) übersteigt, verbunden werden, wenn die Summe der höchsten zulässigen Gesamtgewichte der so verbundenen Fahrzeuge 3500 kg (6600 Pfund) nicht übersteigt;

b) kann mit Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) der in den Anhängen 6 und 7 genannten Klassen C und D ein leichter Anhänger verbunden werden, ohne daß die so miteinander verbundenen Fahrzeuge ihre Zugehörigkeit zur Klasse C oder D verlieren.

(5) Ein internationaler Führerschein darf nur dem Besitzer eines nationalen Führerscheins ausgestellt werden, für dessen Erwerb die in dieser Konvention bestimmten Mindestanforderungen erfüllt wurden. Die Gültigkeitsdauer darf nicht über die entsprechende Dauer des nationalen Führerscheins hinausgehen; dessen Nummer muß auf dem internationalen Führerschein vermerkt sein.

(6) Dieser Artikel verpflichtet die Vertragsparteien nicht:

a) nationale oder internationale Führerscheine anzuerkennen, die im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei für Personen ausgestellt worden sind, die im Augenblick dieser Ausstellung ihren ordentlichen Wohnsitz in ihrem Hoheitsgebiet hatten oder deren ordentlicher Wohnsitz seit dieser Ausstellung in ihr Hoheitsgebiet verlegt worden ist;

b) die vorgenannten Führerscheine anzuerkennen, die für Personen ausgestellt worden sind, die zur Zeit der Ausstellung ihren ordentlichen Wohnsitz nicht im Hoheitsgebiet hatten, in dem der Führerschein ausgestellt wurde oder deren Wohnsitz seit dieser Ausstellung in ein anderes Hoheitsgebiet verlegt worden ist.

## Artikel 42

### Vorübergehende Aufhebung der Geltung der Führerscheine

(1) Die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe können einen Führer, der in ihrem Hoheitsgebiet eine Zuwiderhandlung begeht, die nach ihren Rechtsvorschriften den Entzug des Führerscheins zur Folge haben kann, das Recht aberkennen, in ihrem Hoheitsgebiet seinen nationalen oder internationalen Führerschein zu verwenden. In diesem Fall kann die zuständige Stelle der Vertragspartei oder ihres nachgeordneten Organs, die das Recht auf Verwendung des Führerscheins aberkannt hat,

a) den Führerschein einziehen und ihn bis zum Ablauf der Aberkennungsfrist oder, wenn der Führer ihr Hoheitsgebiet früher verläßt, bis zu seiner Ausreise zurückbehalten;

b) die Stelle, die den Führerschein ausgestellt hat oder in deren Namen er ausgestellt wurde, von der Aberkennung benachrichtigen;

c) wenn es sich um einen internationalen Führerschein handelt, in dem hierzu vorgesehenen Raum vermerken, daß der Führerschein in ihrem Hoheitsgebiet nicht mehr gilt;

d) wenn sie nicht nach Buchstabe a verfahren hat, die unter Buchstabe b angeführte Benachrichtigung dahin ergänzen, daß sie die Stelle, die den Führerschein ausgestellt hat oder in deren Namen er ausgestellt wurde, bittet, dem Betroffenen die in bezug auf ihn getroffene Entscheidung mitzuteilen.

(2) Die Vertragsparteien bemühen sich, die ihnen entsprechend dem Verfahren nach Absatz 1 Buchstabe d mitgeteilten Entscheidungen den Betroffenen mitzuteilen.

(3) Nichts in dieser Konvention ist so auszulegen, daß es die Vertragsparteien oder eines ihrer nachgeordneten Organe der Möglichkeit beraubt, einen Führer, der Besitzer eines nationalen oder internationalen Führerscheins ist, daran zu hindern, ein Fahrzeug zu führen, wenn es offensichtlich oder erwiesen ist, daß sein Zustand es ihm nicht erlaubt, ein Fahrzeug sicher zu führen oder wenn ihm das Recht, ein Fahrzeug zu führen in dem Staat aberkannt wurde, in dem er seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

## Artikel 43

### Übergangsbestimmung

Die der Genfer Konvention über den Straßenverkehr vom 19. September 1949 entsprechenden und innerhalb von fünf Jahren, nachdem diese Konvention entsprechend seinem Artikel 47 Absatz 1 in Kraft getreten ist, ausgestellten internationalen Führerscheine werden hinsichtlich der Anwendung der Artikel 41 und 42 den in dieser Konvention vorgesehenen internationalen Führerscheinen gleichgestellt.

## KAPITEL V

### Bedingungen für die Zulassung der Fahrräder und Motorfahrräder zum internationalen Verkehr

#### Artikel 44

(1) Fahrräder ohne Motor im internationalen Verkehr müssen:

a) eine wirksame Bremse haben;

b) mit einer Klingel versehen sein, die auf ausreichende Entfernung zu hören ist, und dürfen keine andere akustische Warnvorrichtung haben;

c) mit einer roten Rückstrahlvorrichtung nach hinten und mit Vorrichtungen versehen sein, die es ermöglichen, ein weißes oder hellgelbes Licht nach vorn und ein rotes Licht nach hinten zu zeigen.

(2) Im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, die nicht nach Artikel 54 Absatz 2 eine Erklärung abgegeben haben, daß sie die Motorfahrräder den Krafträdern gleichstellen, müssen die Motorfahrräder im internationalen Verkehr:

a) zwei voneinander unabhängige Bremsen haben;

b) mit einer Klingel oder einer anderen akustischen Warnvorrichtung versehen sein, die auf ausreichende Entfernung zu hören ist;

- c) mit einem wirksamen Auspuffschalldämpfer versehen sein;
- d) mit Vorrichtungen versehen sein, die es ermöglichen, ein weißes oder hellgelbes Licht nach vorn und ein rotes Licht nach hinten zu zeigen, sowie hinten einen roten Rückstrahler haben;
- e) das in Anhang 4 bestimmte Erkennungsmerkmal tragen.

(3) Im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, die nach Artikel 54 Absatz 2 eine Erklärung abgegeben haben, daß sie die Motorfahräder den Krafrädern gleichstellen, müssen die Motorfahräder für die Zulassung zum internationalen Verkehr den Bestimmungen genügen, die in Anhang 5 für die Krafräder festgelegt sind.

## KAPITEL VI

### Schlußbestimmungen

#### Artikel 45

(1) Diese Konvention liegt am Sitz der Vereinten Nationen in New York bis zum 31. Dezember 1969 allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder Mitgliedern einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation oder den Partnerstaaten des Statuts des Internationalen Gerichtshofes und jedem anderen Staat, der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingeladen wird, der Konvention beizutreten, zur Unterzeichnung auf.

(2) Diese Konvention bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

(3) Diese Konvention bleibt für jeden der in Absatz 1 bezeichneten Staaten zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär zu hinterlegen.

(4) Bei der Unterzeichnung dieser Konvention oder der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde notifiziert jeder Staat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen das entsprechend Anhang 3 gewählte Unterscheidungszeichen, das die von ihm zugelassenen Fahrzeuge im internationalen Verkehr zu führen haben. Durch eine weitere an den Generalsekretär gerichtete Notifikation kann jeder Staat ein von ihm vorher gewähltes Unterscheidungszeichen ändern.

#### Artikel 46

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, der Ratifikation, dem Beitritt oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation erklären, daß diese Konvention auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete anwendbar ist, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Die Konvention wird in den in der Notifikation genannten Gebieten dreißig Tage nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär anwendbar oder am Tage des Inkrafttretens der Konvention für den notifizierenden Staat, wenn dieser Tag später ist.

(2) Jeder Staat, der nach Absatz 1 eine Erklärung abgegeben hat, kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation erklären, daß diese Konvention auf das in der Notifikation genannte Hoheitsgebiet keine Anwendung mehr finden soll, und die Konvention tritt sodann ein Jahr nach dem Eingang dieser Notifikation beim Generalsekretär für das betreffende Hoheitsgebiet außer Kraft.

(3) Jeder Staat, der eine Notifikation nach Absatz 1 abgibt, notifiziert dem Generalsekretär die entsprechend Anhang 3 gewählten Unterscheidungszeichen, welche die in den in Betracht kommenden Hoheitsgebieten zugelassenen Fahrzeuge im internationalen Verkehr zu führen haben. Durch eine weitere an den Generalsekretär gerichtete Notifikation kann jeder Staat ein von ihm vorher gewähltes Unterscheidungszeichen ändern.

#### Artikel 47

(1) Diese Konvention tritt zwölf Monate nach der Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der diese Konvention nach der Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihr beitrifft, tritt sie zwölf Monate nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

#### Artikel 48

Im Verhältnis unter den Vertragsparteien hebt diese Konvention bei ihrem Inkrafttreten die Internationale Konvention über Kraftfahrzeugverkehr und die Internationale Konvention über Straßenverkehr, beide unterzeichnet am 24. April 1926 in Paris, die am 15. Dezember 1943 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention über die Regelung des interamerikanischen Kraftfahrzeugverkehrs sowie die am 9. September 1949 in Genf zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention über den Straßenverkehr auf und ersetzt sie.

#### Artikel 49

(1) Ist diese Konvention ein Jahr in Kraft gewesen, so kann jede Vertragspartei eine oder mehrere Änderungen der Konvention vorschlagen. Der Wortlaut jedes Änderungsvorschlags ist mit einer Begründung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitzuteilen, der ihn allen Vertragsparteien übermittelt. Diese können dem Generalsekretär binnen zwölf Monaten nach dem Tage dieser Übermittlung mitteilen, ob sie: a) die Änderung annehmen; oder b) die Änderung ablehnen; oder c) die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung dieser Änderung wünschen. Der Generalsekretär übermittelt den Text der vorgeschlagenen Änderung auch allen anderen in Artikel 45 Absatz 1 bezeichneten Staaten.

(2) a) Jeder Änderungsvorschlag, der nach Absatz 1 übermittelt wurde, gilt als angenommen, wenn während der vorerwähnten Zwölfmonatsfrist weniger als ein Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär mitteilt, daß sie entweder die Änderung ablehnen oder die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung dieser Änderung wünschen. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsparteien alle Annahmen und Ablehnungen der vorgeschlagenen Änderung und alle Wünsche nach Einberufung einer Konferenz. Wenn die Gesamtzahl der innerhalb der genannten Zwölfmonatsfrist eingegangenen Ablehnungen oder Wünsche nach Einberufung einer Konferenz weniger als ein Drittel aller Vertragsparteien beträgt, notifiziert der Generalsekretär allen Vertragsparteien, daß die Änderung sechs Monate nach Ablauf der im Absatz 1 festgesetzten Zwölfmonatsfrist für alle Vertragsparteien in Kraft tritt, ausgenommen für jene, die binnen der festgesetzten Frist die Änderung abgelehnt oder die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung gewünscht haben.

b) Jede Vertragspartei, die während der erwähnten Zwölfmonatsfrist einen Änderungsvorschlag abgelehnt oder die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung gewünscht hat, kann jederzeit nach Ablauf dieser Frist dem Generalsekretär notifizieren, daß sie die Änderung annimmt; der Generalsekretär übermittelt diese Notifikation allen anderen Vertragsparteien. Die Änderung tritt für die Vertragsparteien, die ihre Annahme notifiziert haben, sechs Monate nach Eingang ihrer Notifikation beim Generalsekretär in Kraft.

(3) Wenn ein Änderungsvorschlag nicht nach Absatz 2 angenommen wurde und während der im Absatz 1 festgesetzten Zwölfmonatsfrist weniger als die Hälfte der Gesamtzahl der Vertragsparteien dem Generalsekretär notifizieren, daß sie den Vorschlag ablehnen, und wenn wenigstens ein Drittel der Gesamtzahl der Vertragsparteien, aber nicht weniger als zehn, ihm mitteilen, daß sie den Vorschlag annehmen oder daß sie die Einberufung einer Konferenz wünschen, um die Änderung zu prüfen, beruft der Generalsekretär eine Konferenz zur Prüfung der vorgeschlagenen Änderung oder jedes anderen Vorschlags ein, der ihm gegebenenfalls aufgrund von Absatz 4 vorgelegt wird.

(4) Wenn nach Absatz 3 eine Konferenz einberufen wird, lädt der Generalsekretär alle in Artikel 45 Absatz 1 erwähnten Staaten dazu ein. Er bittet alle zur Konferenz eingeladenen Staaten, ihm spätestens sechs Monate vor deren Eröffnung alle Vorschläge zu unterbreiten, die sie außer der vorgeschlagenen Änderung auf der Konferenz geprüft zu sehen wünschen, und übermittelt diese Vorschläge mindestens drei Monate vor der Eröffnung der Konferenz allen zur Konferenz eingeladenen Staaten.

(5) a) Jede Änderung dieser Konvention gilt als angenommen, wenn sie durch eine Zweidrittelmehrheit der auf der Konferenz vertretenen Staaten gebilligt wird, sofern diese Mehrheit mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der auf der Konferenz vertretenen Vertragsparteien umfaßt. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsparteien die Annahme der Änderung, und diese tritt für alle Vertragsparteien zwölf Monate nach dem Zeitpunkt dieser Notifizierung in Kraft, ausgenommen für jene, die binnen dieser Frist dem Generalsekretär notifizieren, daß sie die Änderung ablehnen.



b) Jede Vertragspartei, die während der erwähnten Zwölfmonatsfrist eine Änderung abgelehnt hat, kann jederzeit dem Generalsekretär notifizieren, daß sie die Änderung annimmt, und der Generalsekretär übermittelt diese Notifikation allen anderen Vertragsparteien. Die Änderung tritt für die Vertragspartei, die ihre Annahme notifiziert hat, sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär oder nach Ablauf der genannten Zwölfmonatsfrist, wenn dieser Zeitpunkt später ist, in Kraft.

(6) Gilt der Änderungsvorschlag nach Absatz 2 als nicht angenommen und sind die in Absatz 3 vorgeschriebenen Bedingungen für die Einberufung einer Konferenz nicht erfüllt, so gilt der Änderungsvorschlag als abgelehnt.

#### **Artikel 50**

Jede Vertragspartei kann dieser Konvention durch eine an den Generalsekretär gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

#### **Artikel 51**

Diese Konvention tritt außer Kraft, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt die Zahl der Vertragsparteien während zwölf aufeinanderfolgender Monate weniger als fünf beträgt.

#### **Artikel 52**

Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehreren Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention, die die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf andere Weise beilegen konnten, wird auf Antrag einer der beteiligten Vertragsparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt.

#### **Artikel 53**

Diese Konvention ist nicht so auszulegen, als hindere sie eine Vertragspartei, Maßnahmen zu ergreifen, die sie für ihre innere oder äußere Sicherheit als notwendig erachtet und die mit der Charta der Vereinten Nationen vereinbar und auf die Erfordernisse der Lage beschränkt sind.

#### **Artikel 54**

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung dieser Konvention oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er sich durch Artikel 52 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber einer Vertragspartei, die eine solche Erklärung abgegeben hat, durch Artikel 52 nicht gebunden.

(2) Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation erklären, daß er für die Anwendung dieser Konvention die Motorfahrzeuge den Kraftfahrzeugen gleichstellt (Artikel 1 Buchstabe n).

Jeder Staat kann jederzeit danach seine Erklärung durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückziehen.

(3) Die Erklärungen nach Absatz 2 werden sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär oder am Tage des Inkrafttretens der Konvention für den die Erklärung abgebenden Staat wirksam, wenn dieser Zeitpunkt später ist.

(4) Jede Änderung eines vorher gewählten Unterscheidungszeichens, die nach Artikel 45 Absatz 4 oder Artikel 46 Absatz 3 notifiziert wurde, tritt drei Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär in Kraft.

(5) Andere Vorbehalte zu dieser Konvention und seinen Anhängen als die nach Absatz 1 sind zulässig, wenn sie schriftlich erklärt und, wenn sie vor der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklärt wurden, in dieser Urkunde bestätigt werden. Der Generalsekretär teilt diese Vorbehalte allen in Artikel 45 Absatz 1 bezeichneten Staaten mit.

(6) Jede Vertragspartei, die nach Absatz 2 oder 4 einen Vorbehalt gemacht oder eine Erklärung abgegeben hat, kann diese jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückziehen.

(7) Jeder Vorbehalt nach Absatz 5

a) ändert für die Vertragspartei, die diesen Vorbehalt gemacht hat, die Bestimmungen der Konvention, auf die sich der Vorbehalt bezieht, nur in den Grenzen des Vorbehalts;

b) ändert diese Bestimmungen in den gleichen Grenzen für die anderen Vertragsparteien hinsichtlich ihrer Beziehungen zu der Vertragspartei, die den Vorbehalt notifiziert hat.

#### **Artikel 55**

Außer den nach den Artikeln 49 und 54 vorgesehenen Erklärungen, Notifikationen und Mitteilungen notifiziert der Generalsekretär allen in Artikel 45 Absatz 1 bezeichneten Staaten

a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte nach Artikel 45;

b) die Notifikationen und Erklärungen nach Artikel 45 Absatz 4 und Artikel 46;

c) die Zeitpunkte des Inkrafttretens dieser Konvention nach Artikel 47;

d) den Zeitpunkt des Inkrafttretens von Änderungen zu dieser Konvention nach Artikel 49 Absätze 2 und 5;

e) die Kündigungen nach Artikel 50;

f) das Außerkrafttreten dieser Konvention nach Artikel 51.

#### **Artikel 56**

Die Urschrift dieser Konvention, hergestellt in einfacher Ausfertigung in chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der allen in Artikel 45 Absatz 1 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften übersendet.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN zu Wien am heutigen achten Tag des Monats November eintausendneuhundert-undachtundsechzig.

## ANHANG 1

### **Abweichungen von der Verpflichtung zur Zulassung von Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhängern zum internationalen Verkehr**

(1) Die Vertragsparteien brauchen in ihrem Hoheitsgebiet Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p), Anhänger und miteinander verbundene Fahrzeuge, deren Gesamtgewicht, Achslasten oder Abmessungen die in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften für die in ihrem Hoheitsgebiet zugelassenen Fahrzeuge festgesetzten Grenzen übersteigen, zum internationalen Verkehr nicht zuzulassen. Die Vertragsparteien, in deren Hoheitsgebiet sich schwere Fahrzeuge im internationalen Verkehr befinden, bemühen sich, regionale Vereinbarungen abzuschließen, um den Fahrzeugen und den miteinander verbundenen Fahrzeugen, deren Maße und Gewichte die in diesen Vereinbarungen festgelegten Werte nicht übersteigen, im internationalen Verkehr die Benutzung der Straßen des Gebietes, mit Ausnahme der Nebenstraßen, zu gestatten.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 gilt nicht als Überschreitung der höchsten zulässigen Breite das Hinausragen

a) der Luftreifen in der Nähe ihrer Berührungsfläche mit dem Boden sowie der Verbindungen der Druckanzeiger der Luftreifen;

b) der an den Rädern angebrachten Gleitschutzvorrichtungen;

c) der Rückspiegel, die in beiden Richtungen unter mäßigem Druck nachgeben können, so daß sie dann nicht mehr über die höchste zulässige Breite hinausragen;

d) der seitlichen Fahrtrichtungsanzeiger und der Begrenzungsleuchten, wenn das Hinausragen nicht mehr als einige Zentimeter beträgt;

e) der an der Ladung angebrachten Zollsiegel und der Schutz- und Befestigungsvorrichtungen für diese Zollsiegel.

(3) Die Vertragsparteien brauchen in ihrem Hoheitsgebiet die nachstehend genannten miteinander verbundenen Fahrzeuge, soweit als ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften den Verkehr solcher miteinander verbundenen Fahrzeuge verbieten, nicht zum internationalen Verkehr zuzulassen:

a) Krafträder mit Anhängern;

b) miteinander verbundene Fahrzeuge bestehend aus einem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) und mehreren Anhängern;

c) Sattelfkraftfahrzeuge zur Personenbeförderung.

(4) Die Vertragsparteien brauchen in ihrem Hoheitsgebiet keine Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger zum internationalen Verkehr zuzulassen, denen nach Absatz 60 des Anhangs 5 Ausnahmen zugestanden worden sind.

(5) Die Vertragsparteien brauchen in ihrem Hoheitsgebiet keine Motorfahräder und Krafträder zum internationalen Verkehr zuzulassen, deren Führer und Beifahrer keinen Schutzhelm tragen.

(6) Die Vertragsparteien können die Zulassung aller Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) mit Ausnahme zweirädriger Motorfahräder oder zweirädriger Krafträder ohne Seitenwagen zum internationalen Verkehr in ihrem Hoheitsgebiet von der Mitführung einer Vorrichtung nach Absatz 56 des Anhangs 5 abhängig machen, die dazu dient, im Falle eines Haltens auf der Fahrbahn auf die durch das haltende Fahrzeug bestehende Gefahr hinzuweisen.

(7) Die Vertragsparteien können die Zulassung von Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p), deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht 3500 kg (7700 Pfund) übersteigt, zum internationalen Verkehr auf bestimmten schwierigen Straßen oder in bestimmten Gegenden ihres Hoheitsgebietes mit schwierigem Gelände davon abhängig machen, daß diese den durch ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften für die Zulassung der von ihnen zugelassenen Fahrzeuge des gleichen höchsten zulässigen Gesamtgewichts zum Verkehr auf diesen Straßen oder in diesen Gegenden bestimmten Sondervorschriften entsprechen.

(8) Die Vertragsparteien brauchen in ihrem Hoheitsgebiet keine Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) zum internationalen Verkehr zuzulassen, die mit Scheinwerfern für asymmetrisches Abblendlicht versehen sind, wenn deren Einstellung nicht der Verkehrsrichtung in ihrem Lande entspricht.

(9) Die Vertragsparteien brauchen in ihrem Hoheitsgebiet keine Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) oder damit verbundene Anhänger zum internationalen Verkehr zuzulassen, die ein anderes als das für dieses Fahrzeug nach Artikel 37 vorgeschriebene Unterscheidungszeichen führen.

## ANHANG 2

### **Kennzeichen der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger im internationalen Verkehr**

(1) Das in den Artikeln 35 und 36 erwähnte Kennzeichen muß sich entweder aus Ziffern oder aus Ziffern und Buchstaben zusammensetzen. Es sind arabische Ziffern und lateinische große Buchstaben zu verwenden. Andere Ziffern oder Buchstaben sind zulässig, wenn das Kennzeichen in arabischen Ziffern und lateinischen großen Buchstaben wiederholt wird.

(2) Das Kennzeichen muß so ausgestaltet und angebracht sein, daß es am Tage bei klarem Wetter und stehendem Fahrzeug auf mindestens 40 m (130 Fuß) für einen in der Verlängerung der Fahrzeuglängsachse stehenden Beobachter lesbar ist; die Vertragsparteien können jedoch bei den von ihnen zugelassenen Fahrzeugen diese Mindestentfernung für die Lesbarkeit bei Krafrädern und bei besonderen Kraftfahrzeugarten herabsetzen, bei denen es schwierig wäre, Kennzeichen in solcher Größe anzubringen, daß sie noch aus 40 m (130 Fuß) Entfernung lesbar sind.

(3) Befindet sich das Kennzeichen auf einem besonderen Schild, so muß das Schild eben und lotrecht oder annähernd lotrecht und senkrecht zur Längsmittlebene des Fahrzeugs angebracht sein. Ist das Kennzeichen auf dem Fahrzeug angebracht oder aufgemalt, so muß es sich auf einer ebenen oder annähernd ebenen und lotrechten oder annähernd lotrechten, senkrecht zur Längsmittlebene des Fahrzeugs stehenden Fläche befinden.

(4) Vorbehaltlich des Artikels 32 Absatz 5 darf das Schild oder die Fläche, worauf das Kennzeichen angebracht oder aufgemalt ist, aus rückstrahlendem Material bestehen.

## ANHANG 3

### **Unterscheidungszeichen der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger im internationalen Verkehr**

(1) Das Unterscheidungszeichen nach Artikel 37 muß sich aus einem bis drei lateinischen großen Buchstaben zusammensetzen. Die Buchstaben müssen mindestens 0,08 m (3,1 Zoll) hoch sein und eine Strichbreite von mindestens 0,01 m (0,4 Zoll) haben. Die Buchstaben müssen in schwarzer Farbe auf einer weißen elliptischen Fläche aufgemalt sein, deren lange Achse waagrecht liegt.

(2) Besteht das Unterscheidungszeichen nur aus einem Buchstaben, so darf die lange Achse der Ellipse lotrecht stehen.

(3) Das Unterscheidungszeichen darf weder in das Kennzeichen einbezogen noch so angebracht werden, daß es mit dem Kennzeichen verwechselt werden oder dessen Lesbarkeit beeinträchtigen kann.

(4) An Krafrädern und ihren Anhängern müssen die Ellipsenachsen mindestens 0,175 m (6,9 Zoll) und 0,115 m (4,5 Zoll) lang sein. An anderen Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) und ihren Anhängern müssen die Achsen der Ellipsen mindestens:

a) 0,24 m (9,4 Zoll) und 0,145 m (5,7 Zoll) lang sein, wenn das Unterscheidungszeichen aus drei Buchstaben besteht, und

b) 0,175 m (6,9 Zoll) und 0,115 m (4,5 Zoll), wenn das Unterscheidungszeichen aus weniger als drei Buchstaben besteht.

(5) Für die Anbringung des Unterscheidungszeichens an den Fahrzeugen gilt Absatz 3 des Anhangs 2.

## ANHANG 4

### **Erkennungsmerkmale der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger im internationalen Verkehr**

- (1) Die Erkennungsmerkmale müssen umfassen:
  - a) für Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p):
    - i) den Namen oder die Fabrikmarke des Fahrzeugherstellers;
    - ii) auf dem Fahrgestell oder beim Fehlen eines Fahrgestells auf der Karosserie die Fabrik- oder Seriennummer des Herstellers;
    - iii) auf dem Motor die Fabriknummer des Motors, wenn der Hersteller eine solche Nummer anbringt;
  - b) für Anhänger die unter den Ziffern i und ii erwähnten Angaben;
  - c) für Motorfahräder die Angabe des Hubraums und das Zeichen „CM“.
- (2) Die in Absatz 1 erwähnten Merkmale müssen an zugänglicher Stelle gut lesbar angebracht und so gestaltet sein, daß sie nicht leicht entfernt oder geändert werden können. Die in den Merkmalen enthaltenen Buchstaben und Ziffern müssen entweder in lateinischen Buchstaben oder in der sogenannten englischen Kursivschrift und in arabischen Ziffern ausgeführt oder so wiederholt werden.

## ANHANG 5

### Technische Anforderungen an die Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und die Anhänger

(1) Die Vertragsparteien, die nach Artikel 1 Buchstabe n erklärt haben, daß sie dreirädrige Fahrzeuge mit einem Leergewicht von nicht mehr als 400 kg (900 Pfund) den Krafträdern gleichstellen wollen, müssen solche Fahrzeuge entweder den für Krafträder oder den für andere Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) geltenden Bestimmungen dieses Anhangs unterwerfen.

(2) Im Sinne dieses Anhangs findet der Ausdruck „Anhänger“ nur auf solche Anhänger Anwendung, die dazu bestimmt sind, an ein Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) angehängt zu werden.

(3) Unbeschadet des Artikels 3 Absatz 2 Buchstabe a kann jede Vertragspartei für die Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p), die sie zuläßt, und für die Anhänger, die entsprechend ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften verkehren dürfen, Vorschriften erlassen, die die Bestimmungen dieses Anhangs ergänzen oder verschärfen.

## KAPITEL I

### Bremsen

(4) Im Sinne dieses Kapitels bedeuten:

- a) „Räder einer Achse“ die zur Längsmittlebene des Fahrzeugs symmetrischen oder nahezu symmetrischen Räder, selbst wenn sie nicht auf derselben Achse angebracht sind (eine Doppelachse zählt als zwei Achsen);
- b) „Betriebsbremse“ die üblicherweise verwendete Vorrichtung, um das Fahrzeug zu verlangsamen und zum Stillstand zu bringen.
- c) „Feststellbremse“ die üblicherweise verwendete Vorrichtung, um bei Abwesenheit des Führers das Fahrzeug oder den abgehängten Anhänger im Stillstand zu halten;
- d) „Hilfsbremse“ die Vorrichtung, um beim Versagen der Betriebsbremse das Fahrzeug zu verlangsamen und zum Stillstand zu bringen.

#### A. Bremsen der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) außer den Krafträdern

(5) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen Krafträder — muß Bremsen haben, die der Führer von seinem Sitz aus leicht betätigen kann. Diese Bremsen müssen die folgenden drei Bremsfunktionen gewährleisten:

- a) eine Betriebsbremse, mit der das Fahrzeug bei jeder Beladung auf allen Steigungen und Gefällen der von ihm befahrenen Straße verlangsamt und sicher, schnell und wirksam zum Stillstand gebracht werden kann;
- b) eine Feststellbremse, mit der das Fahrzeug bei jeder Beladung auf einer Steigung oder einem Gefälle von 16% im Stillstand gehalten werden kann, wobei die wirksamen Bremsflächen auf rein mechanische Weise in der Bremsstellung gehalten werden;
- c) eine Hilfsbremse, mit der das Fahrzeug bei jeder Beladung auf eine genügend kurze Strecke verlangsamt und zum Stillstand gebracht werden kann, auch wenn die Betriebsbremse versagt.

(6) Vorbehaltlich des Absatzes 5 dürfen die Vorrichtungen, welche die drei Bremsfunktionen gewährleisten (Betriebs-, Hilfs- und Feststellbremse), gemeinsame Teile haben; die Zusammenfassung der Betätigungsvorrichtungen ist nur unter der Bedingung zulässig, daß wenigstens zwei getrennte Betätigungsvorrichtungen bleiben.

(7) Die Betriebsbremse muß auf alle Räder des Fahrzeugs wirken; bei Fahrzeugen mit mehr als zwei Achsen dürfen die Räder einer Achse jedoch ungebremst sein.

(8) Die Hilfsbremse muß auf wenigstens ein Rad auf jeder Seite der Längsmittlebene des Fahrzeugs wirken; gleiches gilt für die Feststellbremse.

(9) Die Betriebsbremse und die Feststellbremse müssen auf Bremsflächen wirken, die durch ausreichend widerstandsfähige Teile dauerhaft mit den Rädern verbunden sind.

(10) Keine Bremsfläche darf von den Rädern getrennt werden können. Eine solche Trennung ist jedoch für einige der Bremsflächen zulässig unter der Bedingung, daß

a) sie nur kurz, zum Beispiel während des Gangwechsels, erfolgt;

b) sie, soweit es sich um die Feststellbremse handelt, nicht ohne Betätigung durch den Führer möglich ist;

c) soweit es sich um die Betriebs- oder die Hilfsbremse handelt, die Bremsung weiter mit der in Absatz 5 vorgeschriebenen Wirkung ausgeübt werden kann.

## **B. Bremsen der Anhänger**

(11) Unbeschadet des Absatzes 17 Buchstabe c muß jeder Anhänger — ausgenommen leichte Anhänger — Bremsen haben, und zwar

a) eine Betriebsbremse, mit der das Fahrzeug bei jeder Beladung auf allen Steigungen und Gefällen der von ihm befahrenen Straße verlangsamt und sicher, schnell und wirksam zum Stillstand gebracht werden kann;

b) eine Feststellbremse, mit der das Fahrzeug bei jeder Beladung auf einer Steigung oder einem Gefälle von 16% im Stillstand gehalten werden kann, wobei die wirksamen Bremsflächen auf rein mechanische Weise in der Bremsstellung gehalten werden. Diese Bestimmung gilt nicht für Anhänger, die nur mittels Werkzeugen vom Zugfahrzeug getrennt werden können, vorausgesetzt, daß die Anforderungen an die Feststellbremse von den miteinander verbundenen Fahrzeugen erfüllt werden.

(12) Die Vorrichtungen, die beide Bremsfunktionen gewährleisten (Betriebs- und Feststellbremse), dürfen gemeinsame Teile haben.

(13) Die Betriebsbremse muß auf alle Räder des Anhängers wirken.

(14) Die Betriebsbremse muß über die Betriebsbremse des Zugfahrzeugs betätigt werden können; wenn jedoch das höchste zulässige Gesamtgewicht des Anhängers 3500 kg (7700 Pfund) nicht übersteigt, darf die Betriebsbremse so ausgestaltet sein, daß sie während der Fahrt durch die bloße Annäherung des Anhängers an das Zugfahrzeug betätigt wird (Auflaufbremse).

(15) Die Betriebsbremse und die Feststellbremse müssen auf Bremsflächen wirken, die durch ausreichend widerstandsfähige Teile dauerhaft mit den Rädern verbunden sind.

(16) Die Bremsanlagen müssen so ausgestaltet sein, daß sie beim Bruch der Anhängervorrichtung während der Fahrt den Anhänger selbsttätig zum Stehen bringen. Das gilt jedoch nicht für einachsige Anhänger oder für zweiachsige mit einem Achsabstand von weniger als 1 m (40 Zoll), wenn ihr höchstes zulässiges Gesamtgewicht 1500 kg (3300 Pfund) nicht übersteigt und wenn sie — ausgenommen Sattelanhänger — neben der üblichen Anhängervorrichtung die in Absatz 58 vorgesehene Hilfsverbindung haben.

## **C. Bremsen der miteinander verbundenen Fahrzeuge**

(17) Außer den Bestimmungen der Teile A und B in bezug auf die Einzelfahrzeuge (Kraftfahrzeuge [Artikel 1 Buchstabe p] und Anhänger) gelten für miteinander verbundene Fahrzeuge folgende Bestimmungen:

a) die Bremsanlagen jedes dieser miteinander verbundenen Fahrzeuge müssen zueinander passen;

b) die Wirkung der Betriebsbremse muß zwischen den miteinander verbundenen Fahrzeugen angemessen verteilt und synchronisiert sein;

c) das höchste zulässige Gesamtgewicht eines nicht mit einer Betriebsbremse ausgerüsteten Anhängers darf die Hälfte der Summe des Leergewichts des Zugfahrzeugs und des Gewichts des Führers nicht übersteigen.

## **D. Bremsen der Krafträder**

(18) a) Jedes Kraftrad muß zwei Bremsen haben, von denen die eine mindestens auf das oder die Hinterräder und die andere mindestens auf das oder die Vorderräder wirkt; hat ein Kraftrad einen Seitenwagen, so ist die Bremsung des Seitenwagenrades nicht erforderlich. Mit diesen Bremsen muß das Fahrzeug bei jeder Beladung auf allen Steigungen und Gefällen der von ihm befahrenen Straße verlangsamt und sicher, schnell und wirksam angehalten werden können;

b) außer den unter Buchstabe a vorgesehenen Bremsen müssen Krafträder mit drei symmetrisch zur Längsmittlebene des Fahrzeugs angeordneten Rädern eine Absatz 5 Buchstabe b entsprechende Feststellbremse haben.



## KAPITEL II

### Beleuchtungseinrichtungen und Rückstrahler

(19) Im Sinne dieses Kapitels bedeuten:

„**Scheinwerfer für Fernlicht**“ die Scheinwerfer des Fahrzeugs, die der Beleuchtung der Straße vor dem Fahrzeug auf große Entfernung dienen;

„**Scheinwerfer für Abblendlicht**“ die Scheinwerfer des Fahrzeugs, die der Beleuchtung der Straße vor dem Fahrzeug dienen, ohne entgegenkommende Führer und andere Verkehrsteilnehmer in unzumutbarer Weise zu blenden oder zu belästigen;

„**Begrenzungsleuchten**“ die Leuchten des Fahrzeugs, die der Kenntlichmachung des Fahrzeugs und seiner Breite nach vorn dienen;

„**Schlußleuchten**“ die Leuchten des Fahrzeugs, die der Kenntlichmachung des Fahrzeugs und seiner Breite nach hinten dienen;

„**Bremsleuchten**“ die Leuchten des Fahrzeugs, die dazu dienen, anderen Verkehrsteilnehmern hinter dem Fahrzeug anzuzeigen, daß sein Führer die Betriebsbremse betätigt;

„**Nebelscheinwerfer**“ die Scheinwerfer des Fahrzeugs, die dazu dienen, die Beleuchtung der Straße bei Nebel, Schneefall, starkem Regen oder Staubwolken zu verbessern;

„**Rückfahrcheinwerfer**“ die Scheinwerfer des Fahrzeugs, die dazu dienen, die Straße hinter dem Fahrzeug zu beleuchten und andere Verkehrsteilnehmer davor zu warnen, daß das Fahrzeug rückwärts fährt oder im Begriff ist, rückwärts zu fahren;

„**Blinkleuchten**“ die Leuchten des Fahrzeugs, die dazu dienen, anderen Verkehrsteilnehmern anzuzeigen, daß der Führer seine Fahrtrichtung nach rechts oder links ändern will;

„**Rückstrahler**“ Vorrichtungen, die der Kenntlichmachung eines Fahrzeugs durch Rückstrahlung des Lichtes dienen, das von einer nicht mit diesem Fahrzeug verbundenen Lichtquelle ausgeht, für einen Beobachter, der sich in der Nähe dieser Lichtquelle befindet;

„**Lichtaustrittsflächen**“ für Scheinwerfer und Leuchten die sichtbaren Austrittsflächen des ausgestrahlten Lichtes und für Rückstrahler die sichtbaren Rückstrahlflächen.

(20) Die in diesem Kapitel angeführten Farben des Lichtes müssen soweit wie möglich den in der Anlage dieses Anhangs angeführten Begriffsbestimmungen entsprechen.

(21) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p), das auf ebener Straße eine Geschwindigkeit von 40 km (25 Meilen) in der Stunde überschreiten kann — ausgenommen Krafräder — muß vorn eine gerade Zahl von Scheinwerfern für weißes oder hellgelbes Fernlicht haben, die nachts bei klarem Wetter die Straße vor dem Fahrzeug auf mindestens 100 m (325 Fuß) wirksam beleuchten können. Die äußeren Ränder der Lichtaustrittsflächen der Scheinwerfer für Fernlicht dürfen in keinem Falle näher der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses liegen als die äußeren Ränder der Lichtaustrittsflächen der Scheinwerfer für Abblendlicht.

(22) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p), das auf ebener Straße eine Geschwindigkeit von 10 km (6 Meilen) in der Stunde überschreiten kann — ausgenommen Krafräder — muß vorn zwei Scheinwerfer für weißes oder hellgelbes Abblendlicht haben, die nachts bei klarem Wetter die Straße vor dem Fahrzeug auf mindestens 40 m (130 Fuß) wirksam beleuchten können. Auf keiner Seite darf der von der Längsmittlebene des Fahrzeugs am weitesten entfernte Punkt der Lichtaustrittsfläche von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses weiter als 0,40 m (16 Zoll) entfernt sein. Ein Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) darf nicht mehr als zwei Scheinwerfer für Abblendlicht haben. Die Scheinwerfer für Abblendlicht müssen so eingestellt sein, daß sie der Begriffsbestimmung in Absatz 19 entsprechen.

(23) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen zweirädrige Krafräder ohne Seitenwagen — muß vorn zwei Begrenzungsleuchten für weißes Licht haben. Jedoch ist hellgelbes Licht für Begrenzungsleuchten zugelassen, die in Scheinwerfer für hellgelbes Fern- oder Abblendlicht eingebaut sind. Diese Begrenzungsleuchten müssen, wenn sie die einzigen eingeschalteten vorderen Leuchten des Fahrzeugs sind, nachts bei klarem Wetter auf mindestens 300 m (1000 Fuß) sichtbar sein, ohne andere Verkehrsteilnehmer in unzumutbarer Weise zu blenden oder zu belästigen. Auf keiner Seite darf der von der Längsmittlebene des Fahrzeugs am weitesten entfernte Punkt der Lichtaustrittsfläche von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses weiter als 0,40 m (16 Zoll) entfernt sein.

(24) a) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen zweirädrige Krafräder ohne Seitenwagen — muß hinten eine gerade Zahl von roten Schlußleuchten haben, die nachts bei klarem Wetter auf mindestens 300 m (1000 Fuß) sichtbar sind, ohne andere Verkehrsteilnehmer in unzumutbarer Weise zu blenden oder zu belästigen. Auf keiner Seite darf der von der Längsmittlebene des Fahrzeugs am

weitesten entfernte Punkt der Lichtaustrittsfläche von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses weiter als 0,40 m (16 Zoll) entfernt sein.

b) Jeder Anhänger muß hinten eine gerade Zahl von roten Schlußleuchten haben, die nachts bei klarem Wetter auf mindestens 300 m (1000 Fuß) sichtbar sind, ohne andere Verkehrsteilnehmer in unzumutbarer Weise zu blenden oder zu belästigen. Auf keiner Seite darf der von der Längsmittlebene des Fahrzeugs am weitesten entfernte Punkt der Lichtaustrittsfläche von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses weiter als 0,40 m (16 Zoll) entfernt sein. Jedoch brauchen Anhänger, deren Gesamtbreite 0,80 m (32 Zoll) nicht übersteigt, nur eine dieser Leuchten zu haben, wenn sie mit einem zweirädrigen Kraftrad ohne Seitenwagen verbunden sind.

(25) Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger, die hinten ein Kennzeichen führen, müssen eine Kennzeichenbeleuchtung haben, die das damit beleuchtete Kennzeichen nachts bei klarem Wetter und stehendem Fahrzeug auf 20 m (65 Fuß) hinter dem Fahrzeug lesbar macht; die Vertragsparteien können jedoch für die Fahrzeuge, für die sie nach Anhang 2 Absatz 2 die Mindestentfernung für die Lesbarkeit bei Tage herabgesetzt haben, die Mindestentfernung für die Lesbarkeit bei Nacht im gleichen Verhältnis herabsetzen.

(26) Bei jedem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) — einschließlich der Krafträder — und bei allen miteinander verbundenen Fahrzeugen — Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) und ein oder mehrere Anhänger — muß die elektrische Schaltung so sein, daß die Scheinwerfer für Fernlicht, für Abblendlicht, die Nebelscheinwerfer, die Begrenzungsleuchten und die Kennzeichenbeleuchtung nach Absatz 25 nur zusammen mit den am weitesten hinten gelegenen Schlußleuchten des Kraftfahrzeugs (Artikel 1 Buchstabe p) oder der miteinander verbundenen Fahrzeuge eingeschaltet werden können.

Das gilt jedoch nicht für Scheinwerfer für Fern- oder für Abblendlicht, wenn diese zur Abgabe von optischen Warnzeichen nach Artikel 33 Absatz 5 verwendet werden. Außerdem muß die elektrische Schaltung so sein, daß die Begrenzungsleuchten des Kraftfahrzeugs (Artikel 1 Buchstabe p) immer zusammen mit den Scheinwerfern für Abblendlicht oder für Fernlicht oder den Nebelscheinwerfern eingeschaltet sind.

(27) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen zweirädrige Krafträder ohne Seitenwagen — muß hinten mindestens zwei rote nicht dreieckige Rückstrahler haben. Auf keiner Seite darf der von der Längsmittlebene des Fahrzeugs am weitesten entfernte Punkt der Lichtaustrittsfläche von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses weiter als 0,40 m (16 Zoll) entfernt sein. Die Rückstrahler müssen nachts bei klarem Wetter auf mindestens 150 m (500 Fuß) für einen Fahrzeugführer sichtbar sein, wenn sie vom Fernlicht seines Fahrzeugs getroffen werden.

(28) Jeder Anhänger muß hinten mindestens zwei rote Rückstrahler haben. Diese Rückstrahler müssen die Form eines gleichseitigen Dreiecks haben, von dem eine Spitze nach oben zeigt, eine Seite waagrecht liegt und die Seiten mindestens 0,15 m ( 6 Zoll) und höchstens 0,20 m ( 8 Zoll) lang sind; im Dreieck darf keine Beleuchtungseinrichtung sein. Diese Rückstrahler müssen den Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 27 genügen. Auf keiner Seite darf der von der Längsmittlebene des Fahrzeugs am weitesten entfernte Punkt der Lichtaustrittsfläche von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses weiter als 0,40 m (16 Zoll) entfernt sein. Jedoch brauchen Anhänger, deren Gesamtbreite 0,80 m (32 Zoll) nicht übersteigt, nur einen Rückstrahler zu haben, wenn sie mit einem zweirädrigen Kraftrad ohne Seitenwagen verbunden sind.

(29) Jeder Anhänger muß vorn zwei weiße nicht dreieckige Rückstrahler haben. Diese Rückstrahler müssen den Anbringungs- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 27 genügen.

(30) Anhänger, deren Breite 1,60 m (64 Zoll) übersteigt, müssen vorn zwei Begrenzungsleuchten haben. Diese müssen möglichst nahe dem Seitenrand des Anhängers und auf jeden Fall so angebracht sein, daß der von der Längsmittlebene des Fahrzeugs am weitesten entfernte Punkt der Lichtaustrittsfläche von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses nicht weiter als 0,15 m (6 Zoll) entfernt ist.

(31) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p), das auf ebener Straße eine Geschwindigkeit von 25 km (15 Meilen) in der Stunde überschreiten kann — ausgenommen zweirädrige Krafträder mit oder ohne Seitenwagen — muß hinten zwei rote Bremsleuchten haben, deren Lichtstärke deutlich größer ist als die der Schlußleuchten. Das gilt auch für jeden Anhänger, der das letzte von miteinander verbundenen Fahrzeugen ist; keine Bremsleuchten sind jedoch erforderlich bei kleinen Anhängern, deren Abmessungen so sind, daß die Bremsleuchten des Zugfahrzeugs sichtbar bleiben.

(32) Vorbehaltlich des Rechts der Vertragsparteien, die nach Artikel 54 Absatz 2 eine Erklärung abgegeben haben, daß sie die Motorfahräder den Krafträdern gleichstellen, die Motorfahräder von allen oder einem Teile dieser Vorschrift zu befreien:

a) muß jedes zweirädrige Kraftrad mit oder ohne Seitenwagen einen Scheinwerfer für Abblendlicht haben, das den Farb- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 22 genügt;

b) muß jedes zweirädrige Kraftrad mit oder ohne Seitenwagen, das auf ebener Straße eine Geschwindigkeit von 40 km (25 Meilen) in der Stunde überschreiten kann, zusätzlich zum Scheinwerfer für Abblendlicht mindestens einen Scheinwerfer für Fernlicht haben, das den Farb- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 21 genügt. Haben solche Krafträder mehr als einen Scheinwerfer für Fernlicht, so müssen diese so nahe wie möglich beieinander liegen;

c) darf ein zweirädriges Kraftrad mit oder ohne Seitenwagen nicht mehr als einen Scheinwerfer für Abblendlicht und nicht mehr als zwei Scheinwerfer für Fernlicht haben.

(33) Jedes zweirädrige Kraftrad ohne Seitenwagen darf vorn eine oder zwei Begrenzungsleuchten haben, deren Licht den Farb- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 23 genügt. Haben solche Krafträder zwei Begrenzungsleuchten, so müssen diese so nahe wie möglich beieinander liegen. Zweirädrige Krafträder ohne Seitenwagen dürfen nicht mehr als zwei Begrenzungsleuchten haben.

(34) Jedes zweirädrige Kraftrad ohne Seitenwagen muß hinten eine Schlußleuchte haben, deren Licht den Farb- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 24 Buchstabe a genügt.

(35) Jedes zweirädrige Kraftrad ohne Seitenwagen muß hinten einen Rückstrahler haben, der den Farb- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 27 genügt.

(36) Vorbehaltlich des Rechts der Vertragsparteien, die nach Artikel 54 Absatz 2 eine Erklärung abgegeben haben, daß sie die Motorfahräder den Krafträdern gleichstellen, die zweirädrigen Motorfahräder mit oder ohne Seitenwagen von dieser Vorschrift zu befreien, muß jedes zweirädrige Kraftrad mit oder ohne Seitenwagen eine Bremsleuchte haben, die den Bestimmungen nach Absatz 31 genügt.

(37) Unbeschadet der Bestimmungen über die Beleuchtungseinrichtungen und Rückstrahler für Krafträder ohne Seitenwagen muß jeder mit einem zweirädrigen Kraftrad verbundene Seitenwagen vorn eine Begrenzungsleuchte haben, deren Licht den Farb- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 23 genügt, und hinten eine Schlußleuchte, deren Licht den Farb- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 24 Buchstabe a genügt, sowie einen Rückstrahler, der den Farb- und Sichtbarkeitsbestimmungen nach Absatz 27 genügt. Die elektrische Schaltung muß so sein, daß die Begrenzungsleuchte und die Schlußleuchte des Kraftrades gleichzeitig eingeschaltet sind. In keinem Fall dürfen Seitenwagen Scheinwerfer für Fern- oder Abblendlicht haben.

(38) Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) mit drei symmetrisch zur Längsmittlebene des Fahrzeugs angeordneten Rädern, die nach Artikel 1 Buchstabe n den Krafträdern gleichgestellt sind, müssen die in den Absätzen 21, 22, 23, 24 Buchstabe a, 27 und 31 vorgeschriebenen Einrichtungen haben. Übersteigt jedoch die Breite eines solchen Fahrzeugs nicht 1,30 m (4 Fuß 3 Zoll), so genügen ein Scheinwerfer für Fernlicht und ein Scheinwerfer für Abblendlicht. Die Vorschriften über den Abstand der Lichtaustrittsflächen von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses gelten dann nicht.

(39) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen solche, deren Fahrer mit dem Arm Richtungsänderungen anzeigen können, die nach allen Seiten für andere Verkehrsteilnehmer sichtbar sind — muß eine gerade Zahl von fest am Fahrzeug angebrachten Blinkleuchten für gelbes Licht haben, die bei Tag und bei Nacht für die Verkehrsteilnehmer sichtbar sind, für welche die Bewegung des Fahrzeugs von Bedeutung ist. Die Blinkfrequenz beträgt  $90 \pm 30$  in der Minute.

(40) Haben Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen zweirädrige Krafträder mit oder ohne Seitenwagen — Nebelscheinwerfer, so dürfen diese nur weißes oder hellgelbes Licht ausstrahlen und müssen, zwei an der Zahl, so angebracht sein, daß kein Punkt ihrer Lichtaustrittsflächen höher liegt als der höchste Punkt der Lichtaustrittsflächen der Scheinwerfer für Abblendlicht und daß auf keiner Seite der von der Längsmittlebene des Fahrzeugs am weitesten entfernte Punkt der Lichtaustrittsflächen von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses weiter als 0,40 m (16 Zoll) entfernt ist.

(41) Kein Rückfahrscheinwerfer darf andere Verkehrsteilnehmer in unzumutbarer Weise blenden oder belästigen. An Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) angebrachte Rückfahrscheinwerfer dürfen nur weißes, gelbes oder hellgelbes Licht ausstrahlen. Dieser Scheinwerfer darf nur bei eingelegtem Rückwärtsgang eingeschaltet sein können.

(42) Keine Beleuchtungseinrichtung an einem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) oder an einem Anhänger darf Blinklicht ausstrahlen, ausgenommen Blinkleuchten und Leuchten, die in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien verwendet werden, um einzelne oder miteinander verbundene Fahrzeuge anzukündigen, die nicht verpflichtet sind, die allgemeinen Verkehrsregeln zu beachten, oder deren Anwesenheit auf der Straße anderen Verkehrsteilnehmern besondere Vorsichtsmaßnahmen auferlegt, insbesondere bevorrechtigte Fahrzeuge, Fahrzeugkolonnen, Fahrzeuge mit außergewöhnlichen Abmessungen und Fahrzeuge oder Maschinen für Straßenbau und Instand-

haltung. Die Vertragsparteien können jedoch zulassen oder vorschreiben, daß bestimmte Beleuchtungseinrichtungen — ausgenommen solche für rotes Licht — alle zusammen oder ein Teil von ihnen, Blinklicht ausstrahlen, um auf die besondere Gefahr hinzuweisen, die das Fahrzeug im Augenblick darstellt.

(43) Für die Anwendung der Bestimmungen dieses Anhangs gilt:

a) als eine einzige Beleuchtungseinrichtung jede Verbindung von zwei oder mehr gleichen oder verschiedenen Beleuchtungseinrichtungen mit gleicher Aufgabe und gleicher Farbe des Lichtes, wenn die Projektionen ihrer Lichtaustrittsflächen auf eine lotrechte, senkrecht zur Längsmittlebene des Fahrzeugs stehende Ebene mindestens 50 % des kleinsten Rechtecks bedecken, das die Projektionen dieser Lichtaustrittsflächen umschreibt;

b) als zwei oder eine andere gerade Zahl von Beleuchtungseinrichtungen eine solche Einrichtung mit bandförmiger Lichtaustrittsfläche, wenn sie symmetrisch zur Längsmittlebene des Fahrzeugs liegt, an keiner Seite von der breitesten Stelle des Fahrzeugumrisses weiter als 0,40 m (16 Zoll) entfernt und mindestens 0,80 m (32 Zoll) lang ist. Eine solche Lichtaustrittsfläche muß durch mindestens zwei möglichst nahe ihren äußersten Teilen liegende Lichtquellen ausgeleuchtet sein. Die Lichtaustrittsfläche darf aus einer Einheit von nebeneinanderliegenden Teilen bestehen, sofern die Projektionen der Lichtaustrittsflächen der einzelnen Teile auf eine lotrechte, senkrecht zur Längsmittlebene des Fahrzeugs stehende Ebene mindestens 50 % des kleinsten Rechtecks bedecken, das die Projektionen der einzelnen Teile umschreibt.

(44) Bei einem Fahrzeug muß das Licht der Beleuchtungseinrichtungen, die dieselbe Aufgabe haben und in dieselbe Richtung wirken, dieselbe Farbe haben. Außer bei Fahrzeugen, deren äußere Form asymmetrisch ist, müssen in gerader Zahl vorhandene Scheinwerfer, Leuchten und Rückstrahler symmetrisch zur Längsmittlebene des Fahrzeugs angeordnet sein. Paarweise zusammengehörende Beleuchtungseinrichtungen müssen nahezu die gleiche Lichtstärke haben.

(45) Beleuchtungseinrichtungen verschiedener Art und, vorbehaltlich der anderen Absätze dieses Kapitels, Beleuchtungseinrichtungen zusammen mit Rückstrahlern dürfen in einer Einrichtung zusammen- oder ineinandergebaut werden, wenn jede Beleuchtungseinrichtung und jeder Rückstrahler den auf sie anwendbaren Bestimmungen dieses Anhangs entsprechen.

## KAPITEL III

### Weitere Vorschriften

#### Lenkvorrichtung

(46) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) muß eine widerstandsfähige Lenkvorrichtung haben, mit der der Führer die Richtung seines Fahrzeugs leicht, schnell und sicher ändern kann.

#### Rückspiegel

(47) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen zweirädrige Krafträder mit oder ohne Seitenwagen — muß einen oder mehrere Spiegel haben; Zahl, Größe und Anbringung dieser Spiegel müssen es dem Führer ermöglichen, den Verkehr hinter seinem Fahrzeug zu überblicken.

#### Akustische Warnvorrichtung

(48) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) muß mindestens eine akustische Warnvorrichtung von genügender Wirksamkeit haben. Der Klang muß gleichbleibend und einheitlich und darf nicht schrill sein. Die bevorrechtigten Fahrzeuge und die Fahrzeuge, die der öffentlichen Personenbeförderung dienen, dürfen zusätzliche akustische Warnvorrichtungen haben, die diesen Bestimmungen nicht unterliegen.

#### Scheibenwischer

(49) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) mit so großen und so gestalteten Windschutzscheiben, daß der Führer von seinem Sitz aus die Straße nur durch die durchsichtigen Teile dieser Scheibe nach vorn überblicken kann, muß mindestens einen wirksamen und widerstandsfähigen, an geeigneter Stelle angebrachten Scheibenwischer haben, der keine dauernde Bedienung durch den Führer erfordert.

#### Scheibenwaschanlage

(50) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p), das mindestens einen Scheibenwischer haben muß, muß auch eine Scheibenwaschanlage haben.

### **Windschutzscheibe und andere Scheiben**

(51) An jedem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) und an jedem Anhänger

a) müssen die durchsichtigen Stoffe, die Teile der Außenwand des Fahrzeugs einschließlich der Windschutzscheibe oder einer inneren Trennwand bilden, so beschaffen sein, daß bei Bruch die Gefahr von Körperverletzungen so gering wie möglich ist.

b) müssen die Windschutzscheiben aus einem Stoff hergestellt sein, dessen Durchsichtigkeit sich nicht verändert, und so beschaffen sein, daß sie keine erheblichen Verzerrungen der durch sie hindurch gesehenen Gegenstände hervorrufen und daß bei Bruch der Führer die Straße noch in ausreichendem Maße überblicken kann.

### **Rückwärtsgang**

(52) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) muß eine vom Fahrersitz aus bedienbare Einrichtung zum Rückwärtsfahren haben. Jedoch brauchen Krafträder und Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) mit drei symmetrisch zur Längsmittlebene des Fahrzeugs angeordneten Rädern, diese Einrichtung nur zu haben, wenn ihr höchstes zulässiges Gesamtgewicht 400 kg (900 Pfund) übersteigt.

### **Schalldämpfer**

(53) Jeder Verbrennungsmotor zum Antrieb eines Kraftfahrzeugs (Artikel 1 Buchstabe p) muß mit einem wirksamen Auspuffschalldämpfer versehen sein; diese Vorrichtung muß so beschaffen sein, daß sie der Führer von seinem Sitz aus nicht außer Betrieb setzen kann.

### **Reifen**

(54) Die Räder der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und ihrer Anhänger müssen mit Luftreifen versehen sein, deren Zustand so sein muß, daß die Sicherheit einschließlich der Bodenhaftung selbst auf nasser Fahrbahn gewährleistet ist. Diese Bestimmung hindert jedoch die Vertragsparteien nicht, die Verwendung von Vorrichtungen zu gestatten, deren Wirkungen denen der Luftreifen mindestens gleichwertig sind.

### **Geschwindigkeitsmesser**

(55) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p), das auf ebener Straße eine Geschwindigkeit von 40 km (25 Meilen) in der Stunde überschreiten kann, muß einen Geschwindigkeitsmesser haben, wobei die Vertragsparteien jedoch bestimmte Arten von Krafträdern und anderen leichten Fahrzeugen hiervon befreien können.

### **Warnvorrichtung, die in Kraftfahrzeugen (Artikel 1 Buchstabe p) mitgeführt werden muß**

(56) Die Vorrichtung nach Artikel 23 Absatz 5 und Anhang 1 Absatz 6 muß sein

a) entweder ein gleichseitiges Warndreieck von mindestens 0,40 m (16 Zoll) Seitenlänge und mit mindestens 0,05 m (2 Zoll) breiter roter Umrandung, mit ausgesparter oder hellfarbiger Innenfläche; die rote Umrandung muß entweder von innen beleuchtet oder mit einem rückstrahlenden Streifen versehen sein; das Dreieck muß fest in lotrechter Stellung aufgestellt werden können;

b) oder eine andere gleichwertige Vorrichtung, die durch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Landes bestimmt wird, in der das Fahrzeug zugelassen ist.

### **Diebstahlsicherung**

(57) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) muß mit einer Diebstahlsicherung ausgerüstet sein, die beim Parken die Außerbetriebsetzung oder die Blockierung eines wesentlichen Teils des Fahrzeugs ermöglicht.

### **Anhängevorrichtungen für leichte Anhänger**

(58) Anhänger außer Sattelanhängern müssen, wenn sie nicht die nach Absatz 16 vorgesehene selbsttätige Bremse haben, zusätzlich zur Anhängevorrichtung eine Hilfsverbindung (Kette, Seil und dergleichen) haben, die beim Bruch der Anhängevorrichtung verhindert, daß die Deichsel den Erdboden berührt, und die eine gewisse Führung des Anhängers aufrechterhält.

### **Allgemeine Bestimmungen**

(59) a) Soweit wie möglich dürfen die mechanischen Teile und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) nicht feuer- oder explosionsgefährlich sein; sie dürfen weder schädliche Gase noch dichten Qualm, Gerüche oder Lärm im Übermaß erzeugen.

b) Soweit wie möglich dürfen die Hochspannungs-Zündanlagen von Fahrzeugmotoren keine belästigenden Funkstörungen im Übermaß erzeugen.

c) Jedes Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe p) muß so gebaut sein, daß das Sichtfeld des Führers nach vorn, rechts und links ihm ein sicheres Führen erlaubt.

d) Soweit wie möglich müssen Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger so gebaut und ausgerüstet sein, daß für ihre Insassen und andere Verkehrsteilnehmer die Gefahr bei Unfällen so gering wie möglich ist. Insbesondere dürfen sich an den Fahrzeugen innen und außen keine Verzierungen und andere entbehrliche, Kanten bildende oder vorspringende Teile befinden, die für die Insassen und andere Verkehrsteilnehmer gefährlich werden könnten.

## KAPITEL IV

### Ausnahmen

(60) Die Vertragsparteien können im innerstaatlichen Bereich in den folgenden Fällen von den Bestimmungen dieses Anhangs abweichen:

a) für Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) und Anhänger, deren durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit auf ebener Straße 25 km (15 Meilen) in der Stunde nicht übersteigt oder für die durch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften die Geschwindigkeit auf 25 km in der Stunde beschränkt ist;

b) für Krankenfahrstühle, das sind kleine Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p), die für den Gebrauch durch eine gebrechliche oder körperbehinderte Person besonders bestimmt und gebaut — nicht nur hergerichtet — sind und üblicherweise nur von dieser Person verwendet werden;

c) für Fahrzeuge zur Durchführung von Versuchen zur technischen Weiterentwicklung und Hebung der Verkehrssicherheit;

d) für Fahrzeuge besonderer Form oder Art oder für solche, die unter besonderen Bedingungen für besondere Zwecke verwendet werden.

(61) Die Vertragsparteien können außerdem von den Bestimmungen dieses Anhangs für die von ihnen zugelassenen Fahrzeuge, die am internationalen Verkehr teilnehmen dürfen, abweichen,

a) indem sie für die in den Absätzen 23 und 30 genannten Begrenzungsleuchten und für die in Absatz 29 genannten Rückstrahler gelbe Farbe zulassen;

b) indem sie für die in Absatz 39 genannten Blinkleuchten, die hinten am Fahrzeug angebracht sind, rote Farbe zulassen;

c) indem sie für die im letzten Satz des Absatzes 42 genannten Beleuchtungseinrichtungen, die hinten am Fahrzeug angebracht sind, rote Farbe zulassen;

d) hinsichtlich der Anbringung der Beleuchtungseinrichtungen an besonderen Fahrzeugen, deren Form die Beachtung dieser Bestimmungen nicht ohne Zuhilfenahme von Befestigungsvorrichtungen ermöglicht, die leicht beschädigt oder abgerissen werden könnten;

e) indem sie die Anbringung einer ungeraden Zahl von mehr als zwei Scheinwerfern für Fernlicht an den von ihnen zugelassenen Fahrzeugen zulassen; und

f) hinsichtlich der zur Beförderung von Langgut (Baumstämmen, Rohren und dergleichen) dienenden Anhänger, die während der Fahrt nur durch die Ladung mit dem Zugfahrzeug verbunden sind.

## KAPITEL V

### Übergangsbestimmungen

(62) Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p), die vor oder binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Konvention im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei erstmals zugelassen und Anhänger, die zu einem solchen Zeitpunkt im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei erstmals im Verkehr verwendet worden sind, unterliegen nicht diesem Anhang vorausgesetzt, daß sie den Kapiteln I, II und III des Anhangs 6 der Konvention über den Straßenverkehr von 1949 entsprechen.

## Anlage

### Festlegung der Farbfilter für die in diesem Anhang genannten Farben (Farbwertanteile)

ROT:	Grenze gegen gelb:	$y \leq 0,335$
	Grenze gegen purpur <sup>1)</sup> :	$z \leq 0,008$
WEISS:	Grenze gegen blau:	$x \leq 0,310$
	Grenze gegen gelb:	$x \leq 0,500$
	Grenze gegen grün:	$y \leq 0,150 + 0,640 x$
	Grenze gegen grün:	$y \leq 0,440$
	Grenze gegen purpur:	$y \leq 0,050 + 0,750 x$
GELB <sup>2)</sup> :	Grenze gegen rot:	$y \leq 0,382$
	Grenze gegen gelb <sup>1)</sup> :	$y \leq 0,429$
	Grenze gegen rot <sup>1)</sup> :	$y \leq 0,398$
HELLGELB <sup>3)</sup> :	Grenze gegen weiß <sup>1)</sup> :	$z \leq 0,007$
	Grenze gegen rot <sup>1)</sup> :	$y \leq 0,138 + 0,580 x$
	Grenze gegen grün <sup>1)</sup> :	$y \leq 1,29 x - 0,100$
	Grenze gegen weiß <sup>1)</sup> :	$y \leq -x + 0,966$
	Grenze gegen Spektralfarbenzug <sup>1)</sup> :	$y \leq -x + 0,992$

Zur Feststellung der Farbmerkmale dieser Filter ist eine Lichtquelle der Farbtemperatur von 2854 °K (entsprechend der Normlichtart A der Internationalen Beleuchtungskommission [CIE]) zu verwenden.

- <sup>1)</sup> In diesen Fällen wurden andere Grenzen als die von der CIE empfohlenen angenommen, da die Spannungen an den Klemmen der Lampen, mit denen die Leuchten ausgerüstet sind, sehr stark schwanken.
- <sup>2)</sup> Gilt für die Farbe jener Beleuchtungseinrichtungen und Rückstrahler, die bisher geläufig als „orange“ oder „gelborange“ bezeichnet wurden. Entspricht einem genau festgelegten Teil des Bereichs „gelb“ des Farbdreiecks der CIE.
- <sup>3)</sup> Gilt nur für das Fern- und Ablendlicht. In dem besonderen Fall des Nebellichts gilt die Farbselektivität als ausreichend, vorausgesetzt, daß der Reinheitsfaktor mindestens 0,820 beträgt, wobei die Grenze gegen weiß  $y \geq -x + 0,966$  dann  $y \geq -x + 0,940$  und  $y = 0,440$  ist.

## ANHANG 6

### Nationaler Führerschein

(1) Der nationale Führerschein muß aus einem Blatt im Format A7 (74 × 105 mm, 2,91 × 4,13 Zoll) bestehen oder aus einem Blatt im doppelten (148 × 105 mm, 5,82 × 4,13 Zoll) oder im dreifachen (222 × 105 mm, 8,78 × 4,13 Zoll) Format A7, jeweils auf das Format A7 zusammenfaltbar. Die Farbe des Führerscheins muß rosa sein.

(2) Der Führerschein ist in der Sprache zu drucken, die die Stelle, die ihn ausstellt oder zu seiner Ausstellung ermächtigt, vorschreibt; er muß jedoch die französische Überschrift „Permis de conduire“ tragen, mit oder ohne Übersetzung in andere Sprachen.

(3) Eintragungen in Hand- oder Maschinenschrift in den Führerschein müssen entweder nur in lateinischen Buchstaben oder der sogenannten englischen Kursivschrift vorgenommen oder so wiederholt sein.

(4) Zwei der Seiten des Führerscheins müssen den nachstehenden Musterseiten 1 und 2 entsprechen. Vorausgesetzt, daß unter Berücksichtigung des Artikels 41 Absatz 4 weder die Rubriken A, B, C, D und E einschließlich dieser Buchstaben selbst, noch der wesentliche Inhalt der die Angaben zur Person des Besitzers des Führerscheins betreffenden Rubrik geändert werden, gilt diese Vorschrift auch dann als erfüllt, wenn gegenüber diesen Mustern Änderungen an Einzelheiten vorgenommen worden sind; insbesondere werden die nationalen Führerscheine nach dem Muster des Anhangs 9 der Genfer Konvention über den Straßenverkehr vom 19. September 1949 als den Bestimmungen dieses Anhangs genügend angesehen.

(5) Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften bestimmen, ob die Musterseite 3 Teil des Führerscheins sein und ob dieser zusätzliche Angaben enthalten soll; wenn ein Raum zum Eintragen von Wohnsitzänderungen vorgesehen wird, muß sich dieser, außer auf dem Führerschein nach dem Muster des Anhangs 9 der Konvention von 1949, oben auf der Rückseite von Blatt 3 des Führerscheins befinden.



<b>Musterseite Nr. 1</b> <b>PERMIS DE CONDUIRE<sup>1)</sup></b> <b>FÜHRERSCHEIN<sup>1)</sup></b>	
1. Name .....	.....
2. Vornamen <sup>3)</sup> .....	.....
3. Geburtstag <sup>4)</sup> und -ort <sup>5)</sup> .....	.....
4. Wohnsitz .....	.....
Unterschrift des Besitzers <sup>6)</sup> .....	<div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 100px; margin: 0 auto;"></div> <p style="text-align: center;">Lichtbild 35 × 45 mm (1,37 × 1,75 Zoll)</p>
5. Ausgestellt durch .....	.....
6. in .....	am .....
7. gültig bis <sup>7)</sup> .....	.....
Nr. ....	.....
Unterschrift usw. <sup>8)</sup>	

<b>Musterseite Nr. 2<sup>2)</sup></b>		
Fahrzeugklassen, für die der Führerschein gültig ist		
A	Krafträder	9)
B	Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen jene der Klasse A — mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 3,5 t (7700 Pfund) und mit nicht mehr als 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz	
C	Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) zur Güterbeförderung mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t (7700 Pfund)	
D	Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) zur Personenbeförderung mit mehr als 8 Sitzen außer dem Fahrersitz	9)
E	Miteinander verbundene Fahrzeuge, deren Zugfahrzeug in die Klasse B, C oder D fällt, zu dessen Führung der Fahrzeugführer berechtigt ist, die aber selbst nicht in diese Klasse(n) fallen	9)
		10)
		11)

<b>Musterseite Nr. 3</b>	
Gültig bis: .....	Verlängert bis: .....
ausgestellt am .....	am .....
Gültig bis: .....	Verlängert bis: .....
ausgestellt am .....	am .....
Gültig bis: .....	Verlängert bis: .....
ausgestellt am .....	am .....
Gültig bis: .....	Verlängert bis: .....
ausgestellt am .....	am .....
Gültig bis: .....	Verlängert bis: .....
ausgestellt am .....	am .....
	10)

- 1) Auf den in zwei Teile faltbaren Mustern (wenn sie so gefaltet werden, daß die erste Umschlagseite keine Musterseite ist) und auf den in drei Teile faltbaren Mustern kann diese Angabe auf der ersten Umschlagseite erscheinen.
- 2) Hier ist der Name oder das Unterscheidungszeichen des Staates anzugeben entsprechend dem Anhang 3 dieser Konvention. Die vorstehende Anmerkung 1 gilt auch für diese Rubrik.
- 3) Hier können die Namen des Vaters oder des Ehegatten eingetragen werden.
- 4) Wenn das Geburtsdatum nicht bekannt ist, ist das ungefähre Alter am Tage der Ausstellung des Führerscheins anzugeben.
- 5) Nicht ausfüllen, wenn der Geburtsort nicht bekannt ist.
- 6) „oder Daumenabdruck“. Unterschrift oder Daumenabdruck und der Raum dafür können fehlen.
- 7) Auf den Führerscheinen, die eine Musterseite 3 enthalten, kann diese Zeile fehlen.
- 8) Unterschrift und/oder Siegel oder Stempel der ausstellenden Stelle oder des zur Ausstellung ermächtigten Verbandes. Auf den in zwei Teile faltbaren Mustern (wenn sie so gefaltet werden, daß die erste Umschlagseite keine Musterseite ist) und auf den in drei Teile faltbaren Mustern kann das Siegel oder der Stempel auf der ersten Umschlagseite angebracht werden.
- 9) Siegel oder Stempel der ausstellenden Stelle und gegebenenfalls Tag der Anbringung des Stempels oder des Siegels. Dieses Siegel oder dieser Stempel wird in der rechten Spalte der Musterseite 2 gegenüber den Begriffsbestimmungen der Fahrzeugklassen, für die der Führerschein gilt, und nur gegenüber diesen Feldern angebracht; das gilt auch für die Angaben, die in der rechten Spalte der Musterseite 3 hinsichtlich der Verlängerungen anzubringen sind.  
Die Vertragsparteien können, statt in der rechten Spalte der Musterseite 2 das Siegel oder den Stempel der Stelle anzubringen, auf der Musterseite 1 in einer neuen Zeile 8: „Klassen“ oder die Buchstaben der Klassen, für die der Führerschein gilt, und einen für jede Klasse für die er nicht gilt (z. B. „8. Klasse A, B“) eintragen.
- 10) Raum für andere Fahrzeugklassen entsprechend den innerstaatlichen Rechtsvorschriften.
- 11) Raum für etwaige zusätzliche Vermerke der zuständigen Stellen des Staates, der den Führerschein ausstellt, einschließlich einschränkender Auflagen (z. B. „Muß Brille tragen“, „Nur gültig für das Führen des Fahrzeugs Nr. ....“, „Vorbehaltlich der Ausrüstung des Fahrzeugs für das Führen durch einen Beinamputierten“). Für den im zweiten Absatz der Anmerkung 9 vorgesehenen Fall empfiehlt es sich, diese zusätzlichen Vermerke auf die Musterseite 1 zu setzen.  
Weitere Vermerke können auf Seiten angebracht werden, die keine Musterseiten sind.

## ANHANG 7

### Internationaler Führerschein

(1) Der Führerschein muß ein Heft im Format A6 (148 × 105 mm, 5,82 × 4,13 Zoll) sein. Sein Umschlag ist grau, seine Innenseiten sind weiß.

(2) Vorder- und Rückseite des ersten Umschlagblattes müssen den nachstehenden Musterseiten 1 und 2 entsprechen; sie sind in der Landessprache oder mindestens in einer der Landessprachen des Ausstellungsstaates zu drucken. Am Schluß der Innenseiten müssen zwei einander gegenüberliegende Seiten dem nachstehenden Muster 3 entsprechen und in französischer Sprache gedruckt sein. Die Innenseiten davor geben in mehreren Sprachen, darunter auf jeden Fall in Englisch, Russisch und Spanisch, die erste der erwähnten beiden Seiten wieder.

(3) Eintragungen in Hand- oder Maschinenschrift in den Führerschein müssen in lateinischen Buchstaben oder in der sogenannten englischen Kursivschrift vorgenommen werden.

(4) Die Vertragsparteien, die internationale Führerscheine ausstellen oder zu deren Ausstellung ermächtigen, deren Umschlagblatt in einer Sprache gedruckt ist, die weder Englisch noch Französisch, Russisch oder Spanisch ist, teilen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Übersetzung des Textes des nachstehenden Musters 3 in diese Sprache mit.

## Musterseite 1

(Vorderseite des ersten Umschlagblattes)

.....<sup>1)</sup>

Internationaler Kraftfahrzeugverkehr

**INTERNATIONALER FÜHRERSCHEIN**

Nr. ....

Konvention über den Straßenverkehr vom 8. November 1968

Gültig bis .....<sup>2)</sup>

Ausgestellt durch .....<sup>2)</sup>

in .....<sup>2)</sup>

am .....<sup>2)</sup>

Nummer des nationalen Führerscheins .....<sup>3)</sup>

.....<sup>4)</sup>

- 1) Name und Unterscheidungszeichen des Ausstellungsstaates nach Anhang 3.
- 2) Drei Jahre nach dem Ausstellungstag oder Tag des Erlöschens der Gültigkeit des nationalen Führerscheins, wobei der frühere Zeitpunkt maßgebend ist.
- 3) Unterschrift der ausstellenden Stelle oder des ausstellenden Verbandes.
- 4) Siegel oder Stempel der ausstellenden Stelle oder des ausstellenden Verbandes.

## Musterseite 2

(Rückseite des ersten Umschlagblattes)

Dieser Führerschein ist nicht gültig für den Verkehr im Hoheitsgebiet von .....<sup>1)</sup>

Er ist gültig in den Hoheitsgebieten aller anderen Vertragsparteien. Die Fahrzeugklassen, für die er gültig ist, sind am Schluß des Heftes angegeben.

.....<sup>2)</sup>

Dieser Führerschein entbindet den Besitzer in keiner Weise von der Pflicht, in jedem Land, in dem er ein Fahrzeug führt, die dort geltenden Gesetze und Vorschriften über Niederlassung und Berufsausübung zu beachten. Insbesondere verliert der Schein seine Gültigkeit in einem Lande, in dem der Besitzer seinen ordentlichen Wohnsitz nimmt.

- 1) Hier ist der Name der Vertragspartei einzusetzen, wo der Besitzer seinen ordentlichen Wohnsitz hat.
- 2) Raum für etwaige Eintragung der Liste der Vertragsstaaten.

### Muster 3

Linke Seite

<b>ANGABEN ZUR PERSON DES FÜHRERS</b>	
Name .....	1.
Vornamen <sup>1)</sup> .....	2.
Geburtsort <sup>2)</sup> .....	3.
Geburtsdatum <sup>3)</sup> .....	4.
Wohnort .....	5.
FAHRZEUGKLASSE, FÜR DIE DER FÜHRERSCHEIN GILT	
Krafträder	A
Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) — ausgenommen jene der Klasse A — mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von nicht mehr als 3,5 t (7700 Pfund) und mit nicht mehr als 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz	B
Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) zur Güterbeförderung mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t (7700 Pfund)	C
Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe p) zur Personenbeförderung mit mehr als 8 Sitzen außer dem Fahrersitz	D
Miteinander verbundene Fahrzeuge, deren Zugfahrzeug in die Klasse B, C oder D fällt, zu dessen Führung der Fahrzeugführer berechtigt ist, die aber selbst nicht in diese Klasse(n) fallen	E
EINSCHRÄNKENDE AUFLAGEN <sup>5)</sup>	
.....	
.....	

- 1) Hier können die Namen des Vaters oder des Ehegatten eingetragen werden.
- 2) Nicht auszufüllen, wenn der Geburtsort unbekannt ist.
- 3) Wenn das Geburtsdatum nicht bekannt ist, ist das ungefähre Alter am Tage der Ausstellung des Führerscheines anzugeben.
- 4) Siegel oder Stempel der ausstellenden Stelle oder des ausstellenden Verbandes. Dieses Siegel oder dieser Stempel wird nur gegenüber den Klassen A, B, C, D und E angebracht, wenn der Besitzer zum Führen von Fahrzeugen der betreffenden Klasse berechtigt ist.
- 5) Z. B.: „Muß Brille tragen“, „Nur gültig für das Führen des Fahrzeugs Nr. ....“, „Vorbehaltlich der Ausrüstung des Fahrzeugs für das Führen durch einen Beinamputierten“.

### Muster 3

Rechte Seite

1. ....	
2. ....	
3. ....	
4. ....	
5. ....	
A      4)	<div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 100px; margin: 0 auto; display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <span>Lichtbild</span> </div>
B      4)	
C      4)	
D      4)	
E      4)	
	<sup>4)</sup> Unterschrift des Besitzers <sup>6)</sup> .....
UNGÜLTIGKEITSERKLÄRUNGEN:	
Der Besitzer hat keine Fahrerlaubnis auf dem Hoheitsgebiet von .....	<sup>7)</sup> bis ..... den ..... ..... <sup>8)</sup> <sup>8)</sup>
Der Besitzer hat keine Fahrerlaubnis auf dem Hoheitsgebiet von .....	<sup>7)</sup> bis ..... den ..... ..... <sup>8)</sup> <sup>8)</sup>

- 6) Oder Daumenabdruck.
- 7) Name des Staates.
- 8) Siegel oder Stempel der Stelle, welche den Führerschein für ihr Hoheitsgebiet als ungültig erklärt hat. Falls der auf dieser Seite für die Ungültigkeitserklärungen vorgesehene Platz nicht ausreicht, können weitere auf der Rückseite eingetragen werden.

# Convention on road traffic

THE CONTRACTING PARTIES,  
DESIRING to facilitate international road traffic and to increase road safety through the adoption  
of uniform traffic rules,  
HAVE AGREED upon the following provisions:

## CHAPTER I

### General Provisions

#### Article 1

##### Definitions

For the purpose of this Convention the following expressions shall have the meanings hereby assigned to them:

(a) The “domestic legislation” of a Contracting Party means the entire body of national or local laws and regulations in force in the territory of that Contracting Party;

(b) A vehicle is said to be “in international traffic” in the territory of a State if:

- (i) it is owned by a natural or legal person normally resident outside that State;
- (ii) it is not registered in that State; and
- (iii) it is temporarily imported into that State;

provided, however, that a Contracting Party may refuse to regard as being “in international traffic” a vehicle which has remained in its territory for more than one year without a substantial interruption, the duration of which may be fixed by that Contracting Party.

A combination of vehicles is said to be “in international traffic” if at least one of the vehicles in the combination conforms to the above definition:

(c) “Built-up area” means an area with entries and exits specially sign-posted as such, or otherwise defined in domestic legislation;

(d) “Road” means the entire surface of any way or street open to public traffic;

(e) “Carriageway” means the part of a road normally used by vehicular traffic; a road may comprise several carriageways clearly separated from one another by, for example, a dividing strip or a difference of level;

(f) On carriageways where one or more side lanes or tracks are reserved for use by certain vehicles, “edge of the carriageway” means, for other road-users, the edge of the remainder of the carriageway;

(g) “Lane” means any one of the longitudinal strips into which the carriageway is divisible, whether or not defined by longitudinal road markings, which is wide enough for one moving line of motor vehicles other than motor cycles;

(h) “Intersection” means any level crossroad, junction or fork, including the open areas formed by such crossroads, junctions or forks;

(i) “Level-crossing” means any level intersection between a road and a railway or tramway track with its own track formation;

(j) “Motorway” means a road specially designed and built for motor traffic, which does not serve properties bordering on it, and which

- (i) is provided, except at special points or temporarily, with separate carriageways for the two directions of traffic, separated from each other either by a dividing strip not intended for traffic or, exceptionally, by other means;
- (ii) does not cross at level with any road, railway or tramway track, or footpath; and
- (iii) is specially sign-posted as a motorway;

(k) A vehicle is said to be:

- (i) “standing” if it is stationary for the time needed to pick up or set down persons or to load or unload goods; and
- (ii) “parked” if it is stationary for any reason other than the need to avoid interference with another road-user or collision with an obstruction or to comply with traffic regulations, and if the period during which the vehicle is stationary is not limited to the time needed to pick up or set down persons or goods:

Nevertheless, it shall be open to Contracting Parties to regard as “standing” any vehicle which is stationary within the meaning of subparagraph (ii) above for a period not exceeding that fixed by domestic legislation, and to regard as “parked” any vehicle which is stationary within the meaning of subparagraph (i) above for a period exceeding that fixed by domestic legislation;

(l) “Cycle” means any vehicle which has at least two wheels and is propelled solely by the muscular energy of the persons on that vehicle, in particular by means of pedals or hand-cranks;

(m) “Moped” means any two-wheeled or three-wheeled vehicle which is fitted with an internal combustion engine having a cylinder capacity not exceeding 50 cc (3.05 cu. in.) and a maximum design speed not exceeding 50 km (30 miles) per hour. Contracting Parties are free, however, not to regard as mopeds, under their domestic legislation, vehicles which do not have the characteristics of a cycle with respect to their use, in particular the characteristic that they can be propelled by pedals, or whose maximum design speed, whose weight, or certain of whose engine characteristics exceed certain limits.

Nothing in this definition shall be construed as preventing Contracting Parties from treating mopeds exactly as cycles in applying the provisions of their domestic legislation regarding road traffic;

(n) “Motor cycle” means any two-wheeled vehicle, with or without a side-car, which is equipped with a propelling engine. Contracting Parties may also treat as motor cycles in their domestic legislation three-wheeled vehicles whose unladen weight does not exceed 400 kg (900 lb). The term “motor cycle” does not include mopeds, although Contracting Parties may, provided they make a declaration to this effect in conformity with Article 54, paragraph 2, of this Convention, treat mopeds as motor cycles for the purposes of the Convention;

(o) “Power-driven vehicle” means any self-propelled road vehicle, other than a moped in the territories of Contracting Parties which do not treat mopeds as motor cycles, and other than a rail-borne vehicle;

(p) “Motor vehicle” means any power-driven vehicle which is normally used for carrying persons or goods by road or for drawing, on the road, vehicles used for the carriage of persons or goods. This term embraces trolley-buses, that is to say, vehicles connected to an electric conductor and not rail-borne. It does not cover vehicles, such as agricultural tractors, which are only incidentally used for carrying persons or goods by road or for drawing, on the road, vehicles used for the carriage of persons or goods;

(q) “Trailer” means any vehicle designed to be drawn by a power-driven vehicle and includes semi-trailers;

(r) “Semi-trailer” means any trailer designed to be coupled to a motor vehicle in such a way that part of it rests on the motor vehicle and that a substantial part of its weight and of the weight of its load is borne by the motor vehicle;

(s) “Light trailer” means any trailer of a permissible maximum weight not exceeding 750 kg (1,650 lb);

(t) “Combination of vehicles” means coupled vehicles which travel on the road as a unit;

(u) “Articulated vehicle” means a combination of vehicles comprising a motor vehicle and a semi-trailer coupled to the motor vehicle;

(v) “Driver” means any person who drives a motor vehicle or other vehicle (including a cycle), or who guides cattle, singly or in herds, or flocks, or draught, pack or saddle animals on a road;

(w) “Permissible maximum weight” means the maximum weight of the laden vehicle declared permissible by the competent authority of the State in which the vehicle is registered;

(x) “Unladen weight” means the weight of the vehicle without crew, passengers or load, but with a full supply of fuel and with the tools which the vehicle normally carries;

(y) “Laden weight” means the actual weight of the vehicle as loaded, with the crew and passengers on board;

(z) “Direction of traffic” and “appropriate to the direction of traffic” mean the right-hand side if, under domestic legislation, the driver of a vehicle must allow an oncoming vehicle to pass on his left; otherwise these expressions mean the left-hand side;

(aa) The requirement that a driver shall “give way” to other vehicles means that he must not continue or resume his advance or manoeuvre if by so doing he might complete the drivers of other vehicles to change the direction or speed of their vehicles abruptly.

## Article 2

### Annexes to the Convention

The Annexes to this Convention, namely,

Annex 1: “Exceptions to the obligation to admit motor vehicles and trailers in international traffic”;

Annex 2: “Registration number of motor vehicles and trailers in international traffic”;

Annex 3: “Distinguishing sign of motor vehicles and trailers in international traffic”;

Annex 4: “Identification marks of motor vehicles and trailers in international traffic”;

Annex 5: “Technical conditions concerning motor vehicles and trailers”;

Annex 6: “Domestic driving permit”; and

Annex 7: “International driving permit”;

are integral parts of this Convention.

## Article 3

### Obligations of the Contracting Parties

1. (a) Contracting Parties shall take appropriate measures to ensure that the rules of the road in force in their territories conform in substance to the provisions of chapter II of this Convention. Provided that the said rules are in no way incompatible with the said provisions:

- (i) the said rules need not reproduce any of the said provisions which are applicable to situations that do not arise in the territories of the Contracting Parties in question;
- (ii) the said rules may include provisions not contained in the said chapter II.

b) The provisions of this paragraph do not require Contracting Parties to provide penalties for any violation of those provisions of chapter II which are reproduced in their rules of the road.

2. (a) Contracting Parties shall also take appropriate measures to ensure that the rules in force in their territories concerning the technical requirements to be satisfied by motor vehicles and trailers conform to the provisions of Annex 5 to this Convention; provided that they are in no way contrary to the safety principles governing the provisions of Annex 5, the said rules may contain provisions not contained in Annex 5. Contracting Parties shall also take appropriate measures to ensure that motor vehicles and trailers registered in their territories conform to the provisions of Annex 5 to this Convention when entering international traffic.

(b) The provisions of this paragraph do not impose any obligations on the Contracting Parties with respect to the rules in force in their territories concerning the technical requirements to be satisfied by power-driven vehicles which are not motor vehicles within the meaning of this Convention.

3. Subject to the exceptions provided for in Annex 1 to this Convention, Contracting Parties shall be bound to admit to their territories in international traffic motor vehicles and trailers which fulfil the conditions laid down in Chapter III of this Convention and whose drivers fulfil the conditions laid down in Chapter IV; they shall also be bound to recognize registration certificates issued in accordance with the provisions of Chapter III as *prima facie* evidence that the vehicles to which they refer fulfil the conditions laid down in the said Chapter III.

4. Measures which the Contracting Parties have taken or may take either unilaterally or under bilateral or multilateral agreements to admit to their territories in international traffic motor vehicles and trailers that do not satisfy all the conditions stated in Chapter III of this Convention and to recognize, in cases other than those specified in Chapter IV, the validity in their territories of driving permits issued in the territory of another Contracting Party shall be deemed to be in conformity with the object of this Convention.

5. Contracting Parties shall be bound to admit to their territories in international traffic cycles and mopeds which fulfil the technical conditions laid down in Chapter V of this Convention and whose drivers have their normal residence in the territory of another Contracting Party. No Contracting Party shall

require the drivers of cycles or mopeds in international traffic to hold a driving permit; however, Contracting Parties which have declared in conformity with Article 54, paragraph 2, of this Convention that they treat mopeds as motor cycles may require the drivers of mopeds in international traffic to hold a driving permit.

6. Contracting Parties undertake to communicate to any Contracting Party which requests them to do so the information necessary to determine the identity of the person in whose name a motor vehicle, or a trailer coupled to a motor vehicle, is registered in their territories if the request submitted shows that this vehicle has been involved in an accident in the territory of the Contracting Party making the request.

7. Measures which the Contracting Parties have taken or may take either unilaterally or under bilateral or multilateral agreements to facilitate international road traffic by simplifying Customs, police, health and other similar formalities or to ensure that Customs offices and posts at a given frontier point have the same competence and are kept open during the same hours shall be deemed to be in conformity with the object of this Convention.

8. Nothing in paragraph 3, 5 and 7 of this Article shall affect the right of a Contracting Party to make the admission to its territory in international traffic of motor vehicles, trailers, mopeds and cycles, and of their drivers and occupants, subject to its regulations concerning the commercial carriage of passengers and goods, to its regulations concerning insurance of drivers against third-party risks, to its Customs regulations and, in general, to its regulations on matters other than road traffic.

#### **Article 4**

##### **Signs and signals**

Contracting Parties to this Convention which are not Contracting Parties to the Convention on Road Signs and Signals opened for signature at Vienna on the same day as this Convention undertake that:

(a) all road signs, traffic light signals and road markings installed in their territory shall form a coherent system;

(b) the number of types of sign shall be limited and signs shall be placed only at points where they are deemed useful;

(c) danger warning signs shall be installed at a sufficient distance from obstructions to give drivers adequate warning;

(d) it shall be prohibited:

(i) to affix to a sign, to its support or to any other traffic control device anything not related to the purpose of such sign or device; if, however, Contracting Parties or sub-divisions thereof authorize a non-profit making association to install informative signs, they may permit the emblem of that association to appear on the sign or on its support provided this does not make it less easy to understand the sign;

(ii) to install any board, notice marking or device which might be confused with signs or other traffic control devices, might render them less visible or effective, or might dazzle road-users or distract their attention in a way prejudicial to traffic safety.

## **CHAPTER II**

### **Rules of the road**

#### **Article 5**

##### **Status of signs and signals**

1. Road-users shall comply with the instructions conveyed by road signs, traffic light signals and road markings even if the said instructions appear to contradict other traffic regulations.

2. Instructions conveyed by traffic light signals shall take precedence over those conveyed by road signs regulating priority.



## **Article 6**

### **Instructions given by authorized officials**

1. When they are directing traffic, authorized officials shall be easily identifiable at a distance, at night as well as by day.

2. Road-users shall promptly obey all instructions given by authorized officials directing traffic.

3. It is recommended that domestic legislation should provide that directions given by authorized officials directing traffic shall include the following:

(a) arm raised upright; this gesture shall mean "attention, stop" for all road-users except drivers who are no longer able to stop with sufficient safety; further, if made at an intersection, this gesture shall not require drivers already on the intersection to stop;

(b) arm or arms outstretched horizontally; this gesture shall constitute a stop signal for all road-users approaching from any direction which would cut across that indicated by the outstretched arm or arms; after making this gesture, the authorized official directing traffic may lower his arm or arms; this gesture shall likewise constitute a stop signal for drivers in front of or behind the official;

(c) swinging red light; this gesture shall constitute a stop signal for road-users towards whom the light is directed.

4. The instructions given by authorized officials directing traffic shall take precedence over those conveyed by road signs, traffic light signals and road markings, and over traffic regulations.

## **Article 7**

### **General rules**

1. Road-users shall avoid any behaviour likely to endanger or obstruct traffic, to endanger persons, or to cause damage to public or private property.

2. It is recommended that domestic legislation should provide that road-users shall not obstruct traffic or risk making it dangerous by throwing, depositing or leaving any object or substance on the road or by creating any other obstruction on the road. If road-users have been unable to avoid creating an obstruction or danger in that way, they shall take the necessary steps to remove it as soon as possible and, if they cannot remove it immediately, to warn other road-users of its presence.

## **Article 8**

### **Drivers**

1. Every moving vehicle or combination of vehicles shall have a driver.

2. It is recommended that domestic legislation should provide that pack, draught or saddle animals, and, except in such special areas as may be marked at the entry, cattle, singly or in herds, or flocks, shall have a driver.

3. Every driver shall possess the necessary physical and mental ability and be in a fit physical and mental condition to drive.

4. Every driver of a power-driven vehicle shall possess the knowledge and skill necessary for driving the vehicle; however, this requirement shall not be a bar to driving practice by learner-drivers in conformity with domestic legislation.

5. Every driver shall at all times be able to control his vehicle or to guide his animals.

## **Article 9**

### **Flocks and herds**

It is recommended that domestic legislation should provide that, save where exception are granted to facilitate their mass movement, flocks and herds should be divided into sections of moderate length spaced sufficiently far apart for the convenience of traffic.

## **Article 10**

### **Position on the carriageway**

1. The direction of traffic shall be the same on all roads in a State except, where appropriate, on roads used solely or principally by through traffic between two other States.

2. Animals moving along the carriageway shall be kept as close as possible to the edge of the carriageway appropriate to the direction of traffic.

3. Without prejudice to the provisions to the contrary of Article 7, paragraph 1, Article 11, paragraph 6, and to other provisions of this Convention to the contrary, every driver of a vehicle shall, to the extent permitted by circumstances, keep his vehicle near the edge of the carriageway appropriate to the direction of traffic. However, Contracting Parties or sub-divisions thereof may lay down more precise rules concerning the position of goods vehicles on the carriageway.

4. Where a road comprises two or three carriageways, no driver shall take the carriageway situated on the side opposite to that appropriate to the direction of traffic.

5. (a) On two-way carriageways having four or more lanes, no driver shall take the lanes situated entirely on the half of the carriageway opposite to the side appropriate to the direction of traffic.

(b) On two-way carriageways having three lanes, no driver shall take the lane situated at the edge of the carriageway opposite to that appropriate to the direction of traffic.

## Article 11

### Overtaking and movement of traffic in lines

1. (a) Drivers overtaking shall do so on the side opposite to that appropriate to the direction of traffic.

(b) However, drivers shall overtake on the side appropriate to the direction of traffic if the driver to be overtaken has signalled his intention to turn to the side of the carriageway opposite to that appropriate to the direction of traffic and has moved his vehicle or animals over towards that side in order to turn to that side for the purpose of taking another road, to enter a property bordering on the road, or to stop on that side.

2. Before overtaking, every driver shall, without prejudice to the provisions of Article 7, paragraph 1, or to those of Article 14, of this Convention, make sure:

(a) that no driver who is following him has begun to overtake him;

(b) that the driver ahead of him in the same lane has not given warning of his intention to overtake another;

(c) that the lane he is about to take is clear far enough ahead, having regard to the difference between the speed of his vehicle while overtaking and that of the road-users to be overtaken, for him not to endanger or impede oncoming traffic; and

(d) that, except when using a lane closed to oncoming traffic, he will be able, without inconvenience to the road-user or road-users overtaken, to resume the position prescribed in Article 10, paragraph 3, of this Convention.

3. In pursuance of the provisions of paragraph 2 of this Article, overtaking on two-way carriageways is in particular prohibited when approaching the crest of a hill and, if visibility is inadequate, on bends, unless there are at these points lanes defined by longitudinal road markings and overtaking is carried out without leaving the lanes marked as closed to oncoming traffic.

4. When overtaking, a driver shall give the road-user or road-users overtaken a sufficiently wide berth.

5. (a) On carriageways with at least two lanes reserved for traffic moving in the direction in which he is proceeding, a driver who would be obliged, immediately or shortly after moving back to the position prescribed by Article 10, paragraph 3, of this Convention, to overtake again may, in order to perform that manoeuvre, and provided he makes sure he can do so without undue inconvenience to the drivers of faster vehicles approaching from behind, remain in the lane he has occupied for the first overtaking manoeuvre.

(b) However, Contracting Parties or sub-divisions thereof shall be free not to apply the provisions of this paragraph to the drivers of cycles, mopeds, motor cycles and vehicles which are not motor vehicles within the meaning of this Convention, or to the drivers of motor vehicles whose permissible maximum weight exceeds 3,500 kg (7,700 lb) or whose maximum speed, by design, cannot exceed 40 km (25 miles) per hour.

6. Where the provisions of sub-paragraph 5 (a) of this Article are applicable and the density of traffic is such that vehicles not only occupy the entire width of the carriageway reserved for traffic taking the direction in which they are moving but also are moving only at a speed which is governed by that of the vehicle preceding them in the line:

(a) without prejudice to the provisions of paragraph 9 of this Article, the movement of the vehicles in one line at a higher speed than that of those in another shall not be deemed to constitute overtaking within the meaning of this Article;

(b) a driver not in the lane nearest to the edge of the carriageway appropriate to the direction of traffic may change lanes only in order to prepare to turn right or left or to park; however, this requirement shall not apply to changes of lane effected by drivers in accordance with domestic legislation resulting from the application of the provisions of paragraph 5(b) of this Article.

7. When moving in lines as described in paragraphs 5 and 6 of this Article, drivers are forbidden, if the lanes are indicated on the carriageway by longitudinal markings, to straddle these markings.

8. Without prejudice to the provisions of paragraph 2 of this Article and to other restrictions which Contracting Parties or sub-divisions thereof may lay down concerning overtaking at intersections and at level-crossings, no driver of a vehicle shall overtake a vehicle other than a two-wheeled cycle, a two-wheeled moped or a two-wheeled motor cycle without side-car:

(a) immediately before or on an intersection other than a roundabout, except:

(i) in the case provided for in paragraph 1(b) of this Article;

(ii) where the road on which overtaking takes place has priority at the intersection;

(iii) where traffic is directed at the intersection by an authorized official or by traffic light signals;

(b) immediately before or on a level-crossing not equipped with gates or half-gates, provided however that Contracting Parties or sub-divisions thereof shall be free to permit such overtaking at a level-crossing where road traffic is regulated by traffic light signals incorporating a positive signal authorizing vehicles to proceed.

9. A vehicle shall not overtake another vehicle which is approaching a pedestrian crossing marked on the carriageway or sign-posted as such, or which is stopped immediately before the crossing, otherwise than at a speed low enough to enable it to stop immediately if a pedestrian is on the crossing. Nothing in this paragraph shall be construed as preventing Contracting Parties or sub-divisions thereof from prohibiting overtaking within a prescribed distance from a pedestrian crossing, or from imposing stricter requirements on a driver of a vehicle proposing to overtake another vehicle stopped immediately before such a crossing.

10. A driver who perceives that a driver following him wishes to overtake him shall, except in the case provided for in Article 16, paragraph 1(b), of this Convention, keep close to the edge of the carriageway appropriate to the direction of traffic and refrain from accelerating. If, owing to the narrowness, profile or condition of the carriageway, taken in conjunction with the density of oncoming traffic, a vehicle which is slow or bulky or is required to observe a speed limit cannot be easily and safely overtaken, the driver of such vehicle shall slow down and if necessary pull in to the side as soon as possible in order to allow vehicles following him to overtake.

11. (a) Contracting Parties or sub-divisions thereof may, on one-way carriageways and on two-way carriageways where at least two lanes in built-up areas and three lanes outside built-up areas are reserved for traffic in the same direction and are indicated by longitudinal markings:

(i) allow vehicles in one lane to overtake on the side appropriate to the direction of traffic vehicles in another lane; and

(ii) make inapplicable the provisions of Article 10, paragraph 3, of this Convention; provided that there are adequate restrictions on the possibility of changing lanes;

(b) In the case referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph, without prejudice to the provisions of paragraph 9 of this Article, the manner of driving provided for shall not be deemed to constitute overtaking within the meaning of this Convention.

## **Article 12**

### **Passing of oncoming traffic**

1. When passing oncoming traffic, a driver shall leave sufficient lateral space and, if necessary, move close to the edge of the carriageway appropriate to the direction of traffic. If in so doing he finds his progress impeded by an obstruction or by the presence of other road-users, he shall slow down and if necessary stop to allow the oncoming road-user or road-users to pass.

2. On mountain roads and steep roads with characteristics similar to those of mountain roads, where the passing of oncoming traffic is impossible or difficult, it is the driver of the vehicle travelling downhill who should pull in to the side of the road in order to allow any vehicle proceeding uphill to pass,

except where the arrangement of lay-bys to enable vehicles to pull in to the side of the road is such that, having regard to the speed and position of the vehicles, the vehicle proceeding uphill has a lay-by ahead of it and the need for one of the vehicles to reverse could be avoided if the vehicle proceeding uphill pulled in to that lay-by. Where one of the two vehicles which are about to pass is obliged to reverse in order to make passing possible, this manoeuvre shall be performed by the driver of the vehicle proceeding downhill unless it can manifestly be more easily performed by the driver of the vehicle proceeding uphill. However, Contracting Parties or sub-divisions thereof may prescribe for certain vehicles or certain roads or sections of roads special rules differing from those laid down in this paragraph.

### **Article 13**

#### **Speed and distance between vehicles**

1. Every driver of a vehicle shall in all circumstances have his vehicle under control so as to be able to exercise due and proper care and to be at all times in a position to perform all manoeuvres required of him. He shall, when adjusting the speed of his vehicle, pay constant regard to the circumstances, in particular the lie of the land, the state of the road, the condition and load of his vehicle, the weather conditions and the density of traffic, so as to be able to stop his vehicle within his range of forward vision and short of any foreseeable obstruction. He shall slow down and if necessary stop whenever circumstances so require, and particularly when visibility is not good.

2. No driver shall impede the normal progress of other vehicles by travelling abnormally slowly without proper cause.

3. The driver of a vehicle moving behind another vehicle shall keep at a sufficient distance from that other vehicle to avoid collision if the vehicle in front should suddenly slow down or stop.

4. Outside built-up areas, in order to facilitate overtaking, drivers of vehicles or combinations of vehicles of more than 3,500 kg (7,700 lb) permissible maximum weight, or of more than 10 m (33 feet) over-all length, shall, except when they are overtaking or preparing to overtake, keep at such distance from power-driven vehicles ahead of them that other vehicles overtaking them can without danger move into the space in front of the overtaken vehicle. However, this provision shall not apply in very dense traffic or in circumstances where overtaking is prohibited. In addition:

(a) the competent authorities may exempt certain convoys of vehicles from this provision, or may similarly make it inapplicable on roads where two lanes are allotted to traffic in the direction concerned;

(b) Contracting Parties and sub-divisions thereof may prescribe different figures from those given in this paragraph with respect to the vehicle characteristics concerned.

5. Nothing in this Convention shall be construed as preventing Contracting Parties or sub-divisions thereof from prescribing general or local speed limits for all vehicles or for certain categories of vehicles or from prescribing minimum and maximum speeds or either a maximum or a minimum speed on certain roads or on certain types of road or from prescribing minimum intervals because of the presence on the road of certain categories of vehicles presenting a special danger, in particular by reason of their weight or their load.

### **Article 14**

#### **General requirements governing manoeuvres**

1. Any driver wishing to perform a manoeuvre such as pulling out of or into a line of parked vehicles, moving over to the right or to the left on the carriageway, or turning left or right into another road or into a property bordering on the road, shall first make sure that he can do so without risk of endangering other road-users travelling behind or ahead of him or about to pass him, having regard to their position, direction and speed.

2. Any driver wishing to make a U-turn or to reverse shall first make sure that he can do so without endangering or impeding other road-users.

3. Before turning or before a manoeuvre which involves moving laterally, the driver shall give clear and sufficient warning of his intention by means of the direction-indicator or direction-indicators on his vehicle, or, failing this, by giving if possible an appropriate signal with his arm. The warning given by the direction-indicator or direction-indicators shall continue to be given throughout the manoeuvre and shall cease as soon as the manoeuvre is completed.

## **Article 15**

### **Special regulations relating to regular public-transport service vehicles**

It is recommended that domestic legislation should provide that in built-up areas, in order to facilitate the movement of regular public-transport service vehicles, the drivers of other vehicles shall, subject to the provisions of Article 17, paragraph 1, of this Convention, slow down and if necessary stop in order to allow the public-transport vehicles to perform the manoeuvre required for moving off from stops marked as such. The provisions thus laid down by Contracting Parties or sub-divisions thereof shall in no way affect the duty incumbent on drivers of public-transport vehicles to take, after having given warning by means of their direction-indicators of their intention to move off, the precautions necessary to avoid any risk of accident.

## **Article 16**

### **Change of direction**

1. Before turning right or left for the purpose of entering another road or entering a property bordering on the road, a driver shall without prejudice to the provisions of Article 7, paragraph 1, and of Article 14, of this Convention:

(a) if he wishes to turn off on the side appropriate to the direction of traffic, keep as close as possible to the edge of the carriageway appropriate to that direction and make as tight a turn as possible;

(b) if he wishes to turn off on the other side, and subject to such other provisions as Contracting Parties or sub-divisions thereof may enact for cycles and mopeds, move as close as possible to the centre-line of the carriageway if it is a two-way carriageway or to the edge opposite to the side appropriate to the direction of traffic if it is a one-way carriageway and, if he wishes to enter another two-way road, make his turn so as to enter the carriageway of such other road on the side appropriate to the direction of traffic.

2. While changing direction, the driver shall, without prejudice to the provisions of Article 21 of this Convention regarding pedestrians, allow oncoming vehicles on the carriageway he is preparing to leave, and cycles and mopeds moving on cycle tracks crossing the carriageway he is about to enter, to pass.

## **Article 17**

### **Slowing down**

1. No driver of a vehicle shall brake abruptly unless it is necessary to do so for safety reasons.

2. Every driver intending to slow down to an appreciable extent shall, except where his slowing down is in response to an imminent danger, first make sure that he can do so without danger or undue inconvenience to other drivers. He shall also, unless he has made sure that there is no vehicle following him or that any following vehicle is a long way behind, give clear and timely warning of his intention by making an appropriate signal with his arm. However, this provision shall not apply if warning of slowing down is given by the vehicle's stop lights, referred to in Annex 5, paragraph 31, of this Convention.

## **Article 18**

### **Intersections and obligation to give way**

1. Every driver approaching an intersection shall exercise such extra care as may be appropriate to local conditions. Drivers of vehicles shall, in particular, drive at such a speed as to be able to stop to allow vehicles having the right of way to pass.

2. Every driver emerging from a path or an earth-track (dirt road) on to a road other than a path or an earth-track shall give way to vehicles travelling on that road. For the purposes of this Article the terms "path" and "earth-track" ("dirt road") may be defined in domestic legislation.

3. Every driver emerging on to a road from a property bordering thereon shall give way to vehicles travelling on that road.

4. Subject to the provisions of paragraph 7 of this Article:

(a) in States where traffic keeps to the right the driver of a vehicle shall give way, at intersections other than those specified in paragraph 2 of this Article and in Article 25, paragraphs 2 and 4 of this Convention, to vehicles approaching from his right;

(b) Contracting Parties or sub-divisions thereof in whose territories traffic keeps to the left shall be free to regulate the right of way at intersections as they see fit.

5. Even if traffic light signals authorize him to do so, a driver shall not enter an intersection if the density of traffic is such that he will probably be obliged to stop on the intersection, thereby obstructing or preventing the passage of cross traffic.

6. A driver who has entered an intersection where traffic is regulated by traffic light signals may clear the intersection without waiting for the way to be opened in the direction in which he wishes to proceed, provided that this does not impede the progress of other road-users moving in the open direction.

7. At intersections, drivers of vehicles not moving on rails shall give way to rail-borne vehicles.

## **Article 19**

### **Level-crossings**

Road-users shall exercise extra care in approaching and traversing level-crossings. In particular:

(a) every driver of a vehicle shall drive at a moderate speed;

(b) without prejudice to the obligation to obey an instruction to stop given by a light signal or a sound signal, no road-user shall enter a level-crossing at which the gates or half-gates are across the road or in process of being placed across the road, or at which the half-gates are in process of being raised:

(c) if a level-crossing is not equipped with gates, half-gates or light signals, no road-user shall enter it without making sure that no rail-borne vehicle is approaching;

(d) no road-user shall linger while traversing a level-crossing; if a vehicle is compelled to stop, its driver shall endeavour to move it off the track and, if he is unable to do so, immediately do everything he can to ensure that the drivers of rail-borne vehicles are warned of the danger in time.

## **Article 20**

### **Rules applicable to pedestrians**

1. Contracting Parties or sub-divisions thereof shall be free not to enforce the provisions of this Article except in cases where pedestrian traffic on the carriageway would be dangerous or would obstruct vehicular traffic.

2. If, at the side of the carriageway, there are pavements (side-walks) or suitable verges for pedestrians, pedestrians shall use them. Nevertheless, if they take the necessary precautions:

(a) pedestrians pushing or carrying bulky objects may use the carriageway if they would seriously inconvenience other pedestrians by walking on the pavement (side-walk) or verge;

(b) groups of pedestrians led by a person in charge or forming a procession may walk on the carriageway.

3. If it is not possible to use pavements (side-walks) or verges, or if none is provided, pedestrians may walk on the carriageway; where there is a cycle track and the density of traffic so permits, they may walk on the cycle track, but shall not obstruct cycle and moped traffic in doing so.

4. Pedestrians walking on the carriageway in accordance with paragraphs 2 and 3 of this Article shall keep as close as possible to the edge of the carriageway.

5. It is recommended that domestic legislation should provide as follows; pedestrians walking on the carriageway shall keep to the side opposite to that appropriate to the direction of traffic except where to do so places them in danger. However, persons pushing a cycle, a moped or a motor cycle, and groups of pedestrians led by a person in charge or forming a procession shall in all cases keep to the side of the carriageway appropriate to the direction of traffic. Unless they form a procession, pedestrians walking on the carriageway shall, by night or when visibility is poor and, by day, if the density of vehicular traffic so requires, walk in single file wherever possible.

6. (a) Pedestrians wishing to cross a carriageway shall not step on to it without exercising care; they shall use a pedestrian crossing whenever there is one nearby.

(b) In order to cross the carriageway at a pedestrian crossing sign-posted as such or indicated by markings on the carriageway,

(i) if the crossing is equipped with light signals for pedestrians, the latter shall obey the instructions given by such lights;

- (ii) if the crossing is not equipped with such lights, but vehicular traffic is regulated by traffic light signals or by an authorized official, pedestrians shall not step on to the carriageway while the traffic light signal or the signal given by the authorized official indicates that vehicles may proceed along it;
  - (iii) at other pedestrian crossings, pedestrians shall not step on to the carriageway without taking the distance and speed of approaching vehicles into account.
- (c) In order to cross the carriageway elsewhere than at a pedestrian crossing sign-posted as such or indicated by markings on the carriageway, pedestrians shall not step on to the carriageway without first making sure that they can do so without impeding vehicular traffic.
- (d) Once they have started to cross a carriageway, pedestrians shall not take an unnecessarily long route, and shall not linger or stop on the carriageway unnecessarily.
7. However, Contracting Parties or sub-divisions thereof may impose stricter requirements on pedestrians crossing the carriageway.

## **Article 21**

### **Behaviour of drivers towards pedestrians**

1. Without prejudice to the provisions of Article 7, paragraph 1, Article 11, paragraph 9, and Article 13, paragraph 1 of this Convention, where there is on the carriageway a pedestrian crossing sign-posted as such or indicated by markings on the carriageway,

(a) if vehicular traffic is regulated at that crossing by traffic light signals or by an authorized official, drivers forbidden to proceed shall stop short of the crossing and, when they are permitted to proceed, shall not prevent or obstruct the passage of pedestrians who have stepped on to and are proceeding over the crossing in the conditions laid down in Article 20 of this Convention; drivers turning into another road at the entrance to which there is a pedestrian crossing shall do so slowly and give way, if necessary stopping for this purpose, to pedestrians already using or about to use the crossing in the conditions laid down in Article 20, paragraph 6, of this Convention;

(b) if vehicular traffic is not regulated at that crossing by traffic light signals or by an authorized official, drivers shall approach the crossing only at a speed low enough not to endanger pedestrians using, or about to use, it; if necessary, they shall stop to allow such pedestrians to cross.

2. Drivers intending to overtake, on the side appropriate to the direction of traffic, a public transport vehicle at a stop marked as such shall slow down and if necessary stop to allow passengers to board or alight from that vehicle.

3. No provision of this Article shall be construed as preventing Contracting Parties or sub-divisions thereof from:

- requiring drivers of vehicles to stop in all cases when pedestrians are proceeding over or stepping on to a pedestrian crossing sign-posted as such or indicated by markings on the carriageway in the conditions laid down in Article 20 of this Convention, or
- from prohibiting them from preventing or obstructing the passage of pedestrians who are crossing the carriageway at or very near an intersection even if there is at that point no pedestrian crossing sign-posted as such or indicated by markings on the carriageway.

## **Article 22**

### **Islands on the carriageway**

Without prejudice to the provisions of Article 10 of this Convention, a driver may pass to the left or to the right of islands, posts and other devices set up on the carriageway on which he is travelling, except in the following cases:

- (a) where the side on which the island, post or device shall be passed is indicated by a sign;
- (b) where the island, post or device is on the centering of a two-way carriageway; in this case the driver shall keep to the side of the island, post or device corresponding to the direction of traffic.

## Article 23

### Standing and parking

1. Outside built-up areas, standing or parked vehicles and halted animals shall so far as possible be stationed elsewhere than on the carriageway. They shall not be stationed on cycle tracks or, save where applicable domestic legislation so permits, on pavements or on verges specially provided for pedestrian traffic.

2. (a) Animals halted and vehicles standing or parked on the carriageway shall be kept as close as possible to the edge of the carriageway. A driver shall not stand or park his vehicle on a carriageway save on the side appropriate, for him, to the direction of traffic; nevertheless, standing or parking on the other side shall be permitted where standing or parking on the side appropriate to the direction of traffic is prevented by the presence of rail tracks. Moreover, Contracting Parties or sub-divisions thereof may:

- (i) refrain from prohibiting standing and parking on one side or the other in certain conditions, for instance where standing on the side appropriate to the direction of traffic is prohibited by road signs;
- (ii) on one-way carriageways, authorize standing and parking on the other side as well as or instead of on the side appropriate to the direction of traffic;
- (iii) authorize standing and parking in the middle of the carriageway at places specially marked.

(b) Save where domestic legislation provides otherwise, vehicles other than two-wheeled cycles, two-wheeled mopeds and two-wheeled motor cycles without side-car shall not stand or be parked two abreast on the carriageway. Standing or parked vehicles shall, unless the lay-out of the area permits otherwise, be placed parallel to the edge of the carriageway.

3. (a) The standing or parking of a vehicle on the carriageway shall be prohibited:

- (i) on pedestrian crossings, on crossings for cyclists, and on level-crossings;
- (ii) on tramway or railway tracks on a road or so close to such tracks that the movement of trams or trains might be impeded, and also, subject to the possibility for Contracting Parties or sub-divisions thereof to provide otherwise, on pavements and cycle tracks;

(b) The standing or parking of a vehicle at any point where it would constitute a danger shall be prohibited, more particularly:

- (i) save in such spaces as may be specially marked, under flyovers and in tunnels;
- (ii) on the carriageway, close to the crests of hills, and on bends where visibility is not sufficient for the vehicle to be overtaken in complete safety, having regard to the speed of vehicles on the section of the road in question;
- (iii) on a carriageway beside a longitudinal road marking, where sub-paragraph (b) (ii) of this paragraph does not apply but the width of the carriageway between the marking and the vehicle is less than 3 m (10 feet) and the marking is such that vehicles approaching it on the same side are forbidden to cross it;

(c) The parking of a vehicle on the carriageway shall be prohibited:

- (i) on approaches to level-crossings, to intersections, and to bus, trolley-bus or rail-vehicle stops: within the distances prescribed by domestic legislation;
- (ii) in front of the vehicle entries to properties;
- (iii) at any point where the parked vehicle would prevent access to another vehicle properly parked or prevent such other vehicle from moving out;
- (iv) on the central carriageway of three-carriageway roads and, outside built-up areas, on the carriageways of roads marked as priority roads by appropriate signs; and
- (v) at any place where the parked vehicle would conceal road signs or traffic light signals from the view of road-users.

4. A driver shall not leave his vehicle or his animals without having taken all suitable precautions to avoid any accident and, in the case of a motor vehicle, to prevent its unauthorized use.

5. It is recommended that domestic legislation should provide as follows: every power-driven vehicle other than a two-wheeled moped or a two-wheeled motor cycle without sidecar, and every trailer coupled or uncoupled, shall when stationary on the carriageway outside a built-up area be signalled to approaching drivers at a sufficient distance by means of at least one appropriate device placed at the most suitable point to give them adequate advance warning;

(a) if the vehicle is stationary at night on the carriageway in circumstances such that approaching drivers cannot be aware of the obstacle which the vehicle constitutes;



(b) if the driver, in other cases, has been compelled to halt his vehicle at a place where standing is prohibited.

6. Nothing in this Article shall be construed as preventing Contracting Parties or sub-divisions thereof from introducing other prohibitions on parking and standing.

#### **Article 24**

##### **Opening of doors**

It shall be prohibited to open the door of a vehicle, to leave it open, or to alight from the vehicle without having made sure that to do so cannot endanger other road-users.

#### **Article 25**

##### **Motorways and similar roads**

1. On motorways and, if so provided in domestic legislation, on special approach roads to and exit roads from motorways:

(a) the use of the road shall be prohibited to pedestrians, animals, cycles, mopeds unless they are treated as motor cycles, and all vehicles other than motor vehicles and their trailers, and to motor vehicles or motor-vehicle trailers which are incapable, by virtue of their design, of attaining on a flat road a speed specified by domestic legislation;

(b) drivers shall be forbidden:

(i) to have their vehicles standing or parked elsewhere than at marked parking sites; if a vehicle is compelled to stop, its driver shall endeavour to move it off the carriageway and also off the flush verge and, if he is unable to do so, immediately signal the presence of the vehicle at a distance so as to warn approaching drivers in time;

(ii) to make U-turns, to travel in reverse, and to drive on to the central dividing strip, including the crossovers linking the two carriageways.

2. Drivers emerging on to a motorway shall:

(a) if the approach road is not continued by an acceleration lane, give way to vehicles travelling on the motorway;

(b) if there is an acceleration lane, use it and, when merging into the motorway traffic, do so in conformity with the requirements of Article 14, paragraphs 1 and 3, of this Convention.

3. A driver leaving a motorway shall move into the traffic lane appropriate to the motorway exit in good time and enter the deceleration lane, if there is one, as soon as he can.

4. For the purpose of the application of paragraph 1, 2 and 3 of this Article, other roads reserved for motor vehicle traffic, duly sign-posted as such and not affording access to or from properties alongside, shall be treated as motorways.

#### **Article 26**

##### **Special rules applicable to processions and handicapped persons**

1. It shall be prohibited for road-users to cut across troop columns, files of school-children accompanied by a person in charge, and other processions.

2. Handicapped persons travelling in invalid chairs propelled by themselves or moving at a walking pace may use pavements (side-walks) and suitable verges.

#### **Article 27**

##### **Special rules applicable to cyclists, moped drivers and motor cyclists**

1. Notwithstanding the provisions of Article 10, paragraph 3, of this Convention, Contracting Parties or sub-divisions thereof shall be free not to prohibit cyclists from travelling two or more abreast.

2. It shall be prohibited for cyclists to ride without holding the handlebars with at least one hand, to allow themselves to be towed by another vehicle, or to carry, tow or push objects which hamper their

cycling or endanger other road-users. The same provisions shall apply to moped drivers and motor cyclists; in addition, however, moped drivers and motor cyclists shall hold the handlebars with both-hands except when signalling the manoeuvre described in Article 14, paragraph 3, of this Convention.

3. It shall be prohibited for cyclists and moped drivers to carry passengers on their vehicle; however, Contracting Parties or sub-divisions thereof may authorize exceptions to this provision and, in particular, authorize the transport of passengers on such additional saddle or saddles as may be fitted on the vehicle. Motor cyclists shall not be permitted to carry passengers except in the side-car, if there is one, and on the additional saddle (pillion), if any, fitted behind the driver.

4. Where cycle tracks exist, Contracting Parties or sub-divisions thereof may forbid cyclists to use the rest of the carriageway. In the same circumstances they may authorize moped drivers to use the cycle track and, if they consider it advisable, prohibit them from using the rest of the carriageway.

## **Article 28**

### **Audible and luminous warnings**

1. Audible warning devices may be used only:

- (a) to give due warning with a view to avoiding an accident;
  - (b) outside built-up areas when it is desirable to warn a driver that he is about to be overtaken.
- The sounds emitted by audible warning devices shall not be prolonged more than necessary.

2. Motor-vehicle drivers may give the luminous warnings specified in Article 33, paragraph 5, of this Convention, instead of audible warnings, between nightfall and dawn. They may also do so in daylight hours for the purpose indicated in paragraph 1(b) of this Article, if to do so is more appropriate in the prevailing circumstances.

3. Contracting Parties or sub-divisions thereof may authorize the use of luminous warnings in built-up areas also for the purpose referred to in paragraph 1(b) of this Article.

## **Article 29**

### **Rail-borne vehicles**

1. Where a railway uses a carriageway, every road-user shall, on the approach of a tram or other rail-borne vehicle, clear the track as soon as possible to allow the rail-borne vehicle to pass.

2. Contracting Parties or sub-divisions thereof may adopt special rules, differing from those laid down in this Chapter, for the movement of rail-borne vehicles on the road and for passing or overtaking such vehicles. However, Contracting Parties or sub-divisions thereof may not adopt provisions which conflict with those of Article 18, paragraph 7, of this Convention.

## **Article 30**

### **Loading of vehicles**

1. If a permissible maximum weight is laid down for a vehicle, the laden weight of the vehicle shall never exceed the permissible maximum weight.

2. Every load on a vehicle shall be so arranged and, if necessary, stowed as to prevent it from:

- (a) endangering persons or causing damage to public or private property, more particularly by trailing on or falling on to the road;
- (b) obstructing the driver's view or impairing the stability or driving of the vehicle;
- (c) causing noise, raising dust, or creating any other nuisance which can be avoided;
- (d) masking lights, including stop lights and direction-indicators, reflex reflectors, registration numbers and the distinguishing sign of the State of registration with which, under this Convention or under domestic legislation, the vehicle is required to be equipped, or masking signals given by arm in accordance with Article 14, paragraph 3 or Article 17, paragraph 2, of this Convention.

3. All accessories, such as cables, chains and sheets, used to secure or protect the load shall be drawn tight around the load and be firmly fastened. All accessories used to protect the load shall satisfy the requirements laid down for the load in paragraph 2 of this Article.

4. Loads projecting beyond the front, rear or sides of the vehicle shall be clearly marked in all cases where their projection might not be noticed by the drivers of other vehicles; at night, a white light and a

white reflecting device shall be used for such marking at the front and a red light and a red reflecting device at the rear. More particularly, on power-driven vehicles:

(a) loads projecting more than one metre (3 feet 4 inches) beyond the front or rear of the vehicle shall always be marked;

(b) loads projecting laterally beyond the outer edge of the vehicle in such a way that their lateral outer edge is more than 0.40 m (16 inches) from the outer edge of the vehicle's front position (side) light shall be marked at the front at night, and loads projecting in such a way that their lateral outer edge is more than 0.40 m (16 inches) from the outer edge of the vehicle's rear position (side) light shall be similarly marked at the rear at night.

5. Nothing in paragraph 4 of this Article shall be construed as preventing Contracting Parties or sub-divisions thereof from prohibiting, restricting, or subjecting to special authorization, load projections as referred to in the aforesaid paragraph 4.

## **Article 31**

### **Behaviour in case of accident**

1. Without prejudice to the provisions of domestic legislation concerning the obligation to assist the injured, every driver or other road-user involved in a traffic accident shall:

(a) stop as soon as he can do so without causing an additional danger to traffic;

(b) endeavour to ensure traffic safety at the site of the accident and, if a person has been killed or seriously injured in the accident, to prevent, insofar as such action does not affect traffic safety, any change in conditions at the site, including the disappearance of traces which might be useful for determining responsibilities;

(c) if so requested by other persons involved in the accident, identify himself to them;

(d) if a person has been injured or killed in the accident, notify the police and remain on the scene of the accident or return to it and wait there until the arrival of the police, unless he has been authorized by the police to leave or has to assist the injured or to receive attention himself.

2. Contracting Parties or sub-divisions thereof may, under their domestic legislation, refrain from imposing the provision of paragraph 1(d) of this Article in cases where no serious injury has been caused and none of the persons involved requests that the police should be notified.

## **Article 32**

### **Lighting: General requirements**

1. Within the meaning of this Article, "night" means the period between nightfall and dawn, and also other times when visibility is inadequate on account, for example, of fog, snowfall, heavy rain, or passage through a tunnel.

2. At night:

(a) every power-driven vehicle on a road, other than a moped or a two-wheeled motor cycle without side-car, shall show not less than two white or selective yellow lights to the front and an even number of red lights to the rear, in conformity with the provisions for motor vehicles given in Annex 5, paragraph 23 and 24; domestic legislation may, however, permit amber position (side) lights towards the front. The provisions of this sub-paragraph shall apply to combinations of a motor vehicle with one or more trailers, and in such a case the red lights shall be fitted at the rear of the rearmost trailer; trailers to which the provisions of Annex 5, paragraph 30, of this Convention are applicable shall show at the front the two white lights with which they are required to be equipped in accordance with the provisions of the said paragraph 30;

(b) every vehicle or combination of vehicles to which the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph do not apply shall, when on a road, show at least one white or selective-yellow light to the front and at least one red light to the rear; where there is only one light at the front or only one light at the rear, the light shall be placed on the centre line of the vehicle or on the side opposite to that corresponding to the direction of traffic; in the case of animal-drawn vehicles and handcarts, the device emitting these lights may be carried by the driver or by an escort walking at the aforesaid side of the vehicle.

3. The lights specified in paragraph 2 of this Article shall be such as to ensure that the presence of the vehicle is clearly indicated to other road-users; the front light and the rear light shall not be emitted by the same lamp or the same device unless the characteristics of the vehicle, and in particular its small length, are such that this requirement can be met in these conditions.

4. (a) Notwithstanding the provisions of paragraph 2 of this Article,
  - (i) the provisions of that paragraph shall not apply to vehicles standing or parked on a road which is so illuminated that the vehicles are clearly visible at a sufficient distance;
  - (ii) power-driven vehicles not exceeding 6 m (20 feet) in length and 2 m (6 feet 6 inches) in width and to which no vehicle is coupled may, when standing or parked on a road in a built-up area, show only one light placed on that side of the vehicle which is further from the carriageway edge alongside which the vehicle is standing or parked; this light shall be white or amber towards the front and red or amber towards the rear;
  - (iii) the provisions of paragraph 2(b) of this Article shall not apply to two-wheeled cycles, to two-wheeled mopeds, or to two-wheeled motor cycles without side-car which are not equipped with batteries and are standing or parked at the extreme edge of the carriageway in a built-up area;
- (b) moreover, domestic legislation may grant exemptions from the provisions of this Article in favour of:
  - (i) vehicles standing or parked in special areas away from the carriageway;
  - (ii) vehicles standing or parked in residential streets where there is very little traffic.
5. In no case shall a vehicle display red lights, red reflecting devices or red reflecting materials towards the front, or white or selective-yellow lights, white or selective-yellow reflecting devices or white or selective-yellow reflecting materials towards the rear; this provision shall not apply to the use of white or selective-yellow reversing lights, nor to the reflectorization of the light-coloured numerals or letters of rear registration plates, distinguishing signs, or other distinctive marks prescribed by domestic legislation, nor to the reflectorization of the light background of such plates or signs, nor to the rotating or flashing red lights of certain priority vehicles.
6. Contracting Parties or sub-divisions thereof may, to such extent as they deem it possible without impairing traffic safety, allow derogations in their domestic legislation from the provisions of this Article in favour of:
  - (a) animal-drawn vehicles and handcarts;
  - (b) vehicles of a special shape or kind or used for special purposes and in special conditions.
7. Nothing in this Convention shall be construed as preventing domestic legislation from requiring groups of pedestrians led by a person in charge or forming a procession, and the drivers of cattle, singly or in herds, or flocks, or of draught, pack or saddle animals, to display, when moving along the carriageway in the circumstances defined in paragraph 2(b) of this Article, a reflecting device or a light; the light reflected or emitted shall in such case be white or selective-yellow to the front and red to the rear, or amber in both directions.

### Article 33

#### Lighting: rules for the use of the lights specified in Annex 5

1. The driver of a vehicle equipped with driving lights, passing lights or position (side) lights as defined in Annex 5 to this Convention shall use the said lights in the following conditions when the vehicle is required under Article 32 of this Convention to show at least one or two white or selective-yellow lights to the front:
  - (a) the driving lights shall not be switched on in built-up areas where the road is adequately lighted, nor outside built-up areas where the carriageway is continuously lighted and the lighting is sufficient to enable the driver to see clearly for an adequate distance, nor when the vehicle is standing;
  - (b) subject to domestic legislation authorizing the use of driving lights during daylight hours when visibility is inadequate on account, for example, of fog, snowfall, heavy rain or passage through a tunnel, the driving lights shall not be switched on or their operation shall be so modified as to prevent dazzle:
    - (i) when a driver is about to pass another vehicle; the lights, if used, shall in this case be switched off or their operation shall be so modified as to prevent dazzle far enough away to enable the driver of the other vehicle to proceed easily and without danger;
    - (ii) when a vehicle is following closely behind another; however, driving lights may be used in accordance with the provisions of paragraph 5 of this Article to give warning of the intention to overtake, as provided for in Article 28 of this Convention;
    - (iii) in any other circumstances in which it is necessary to avoid dazzling other road-users or the users of a waterway or railway running alongside the road;

(c) subject to the provisions of sub-paragraph (d) of this paragraph, the passing lights shall be switched on when the use of driving lights is prohibited by the provisions of sub-paragraphs (a) and (b) above and may be used instead of the driving lights when the passing lights are sufficient to enable the driver to see clearly at an adequate distance and to enable other road-users to see the vehicle far enough away;

(d) the position (side) lights shall be used together with the driving lights, the passing lights or the fog lights. They may be used alone when the vehicle is standing or parked or when, on roads other than motorways and roads as referred to in Article 25, paragraph 4, of this Convention, the light conditions are such that the driver can see clearly for an adequate distance and other road-users can see the vehicle far enough away.

2. A vehicle equipped with fog lights as defined in Annex 5 to this Convention shall use the said lights only in fog, snowfall or heavy rain. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 (c) of this Article, the use of fog lights at such times shall be a substitute for the use of passing lights, although domestic legislation may in this case authorize the simultaneous use of fog lights and passing lights.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2 of this Article, domestic legislation may permit fog lights to be used on narrow, winding roads even in the absence of fog, snowfall or heavy rain.

4. Nothing in this Convention shall be construed as preventing domestic legislation from making it compulsory for drivers to use passing lights in built-up areas.

5. The luminous warning referred to in Article 28, paragraph 2, shall consist in switching on the passing lights intermittently at short intervals or in switching on the driving lights intermittently or in switching on the passing lights and the driving lights alternatively at short intervals.

## **Article 34**

### **Exemptions**

1. When warned of the approach of a priority vehicle by its special luminous and audible warning devices, every road-user shall leave room clear for it to pass on the carriageway and shall, if necessary, stop.

2. Domestic legislation may provide that drivers of priority vehicles shall not be bound, when warning of their movement is given by the vehicle's special warning devices, and provided that they do not endanger other road-users, to comply with all or any of the provisions of this Chapter II other than those of Article 6, paragraph 2.

3. Domestic legislation may determine to what extent persons working on the construction, repair or maintenance of the road, including the drivers of equipment used for such work, shall not be bound, provided they take the necessary precautions, to observe the provisions of this chapter II during their work.

4. For the purpose of overtaking or passing the equipment referred to in paragraph 3 of this Article while it is engaged in work on the road, the drivers of other vehicles may, to the extent necessary and on condition that they take all due precautions, disregard the requirements of Articles 11 and 12 of this Convention.

## **CHAPTER III**

### **Conditions for the admission of motor vehicles and trailers to international traffic**

#### **Article 35**

##### **Registration**

1. (a) In order to be entitled to the benefits of this Convention, every motor vehicle in international traffic, and every trailer, other than a light trailer, coupled to a motor vehicle shall be registered by a Contracting Party or a sub-division thereof, and the driver of the motor vehicle shall carry a valid certificate of such registration issued either by a competent authority of such Contracting Party or sub-division thereof or on behalf and by authorization of such Contracting Party or sub-division thereof by an association duly

empowered thereto by that Contracting Party or sub-division thereof. This certificate, to be known as the registration certificate, shall bear the following particulars at least:

- a serial number, to be known as the registration number, composed in the manner indicated in Annex 2 to this Convention;
- the date of first registration of the vehicle;
- the full name and home address of the holder of the certificate;
- the name or the trade mark of the maker of the vehicle;
- the serial number of the chassis (the maker's production or serial number);
- in the case of a vehicle intended for the carriage of goods, the permissible maximum weight;
- the period of validity, if not unlimited.

The particulars entered in the certificate shall either be in Latin characters or so-called English cursive script only, or be repeated in that form.

(b) Contracting Parties or sub-divisions thereof may, however, decide that the year of manufacture, instead of the date of first registration, shall be entered on certificates issued in their territories.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, an articulated vehicle which is not disassembled while in international traffic shall be entitled to the benefits of the provisions of this Convention even if it has only a single registration and a single certificate for the drawing vehicle and semi-trailer composing it.

3. Nothing in this Convention shall be construed as limiting the right of Contracting Parties or sub-divisions thereof to require, in the case of a vehicle in international traffic which is not registered in the name of a person travelling in it, proof of the driver's right to be in possession of the vehicle.

4. It is recommended that Contracting Parties should set up, if they have not already done so, a service responsible for keeping at the national or regional level a record of motor vehicles brought into use and a centralized record, for each vehicle, of the particulars entered in each certificate of registration.

## **Article 36**

### **Registration number**

1. Every motor vehicle in international traffic shall display its registration number at the front and at the rear; motor cycles, however, shall only be required to display this number at the rear.

2. Every registered trailer in international traffic shall display its registration number at the rear. Where a motor vehicle draws one or more trailers, the sole trailer or the last trailer, if not registered, shall display the registration number of the drawing vehicle.

3. The composition of the registration number referred to in this Article, and the manner of displaying it, shall conform to the provisions of Annex 2 to this Convention.

## **Article 37**

### **Distinguishing sign of the State of registration**

1. Every motor vehicle in international traffic shall display at the rear, in addition to its registration number, a distinguishing sign of the State in which it is registered.

2. Every trailer coupled to a motor vehicle and required under Article 36 of this Convention to display a registration number at the rear shall also display at the rear the distinguishing sign of the State where the registration number was assigned. The provisions of this paragraph shall be applicable even if the trailer is registered in a State other than the State of registration of the motor vehicle to which it is coupled; if the trailer is not registered, it shall display at the rear the distinguishing sign of the State of registration of the drawing vehicle except when it is travelling in that State.

3. The composition of the distinguishing sign referred to in this Article, and the manner of displaying it, shall conform to the requirements of Annex 3 to this Convention.

## **Article 38**

### **Identification marks**

Every motor vehicle and every trailer in international traffic shall bear the identification marks specified in Annex 4 to this Convention.

## Article 39

### Technical requirements

Every motor vehicle, every trailer and every combination of vehicles in international traffic shall satisfy the provisions of Annex 5 to this Convention. It shall also be in good working order.

## Article 40

### Transitional provision

For a period of ten years from the entry into force of this Convention in accordance with Article 47, paragraph 1, trailers in international traffic, whatever their permissible maximum weight, shall be entitled to the benefits of the provisions of this Convention even if they are not registered.

## CHAPTER IV

### Drivers of motor vehicles

## Article 41

### Validity of driving permits

1. Contracting Parties shall recognize:
  - (a) any domestic permit drawn up in their national language or in one of their national languages or, if not drawn up in such a language, accompanied by a certified translation;
  - (b) any domestic permit conforming to the provisions of Annex 6 to this Convention; and
  - (c) any international permit conforming to the provisions of Annex 7 to this Convention as valid for driving in their territories a vehicle coming within the categories covered by the permit, provided that the permits is still valid and that it was issued by another Contracting Party or sub-division thereof or by an association duly empowered thereto by such other Contracting Party. The provisions of this paragraph shall not apply to learner-driver permits.
2. Notwithstanding the provisions of the preceding paragraph;
  - (a) where the validity of the driving permit is made subject by special endorsement to the condition that the holder shall wear certain devices or that the vehicle shall be equipped in a certain way to take account of the driver's disability, the permit shall not be recognized as valid unless those conditions are observed;
  - (b) Contracting Parties may refuse to recognize the validity in their territories of driving permits held by persons under eighteen years of age;
  - (c) Contracting Parties may refuse to recognize the validity in their territories, for the driving of motor vehicles or combinations of vehicles in categories C, D and E referred to in Annexes 6 and 7 to this Convention, of driving permits held by persons under twenty-one years of age.
3. Contracting Parties undertake to adopt such measures as may be necessary to ensure that the domestic and international driving permits referred to in sub-paragraphs 1 (a), (b) and (c) of this Article are not issued in their territories without a reasonable guarantee of the driver's aptitude and physical fitness.
4. For the purpose of the application of paragraph 1 and sub-paragraph 2(c) of this Article:
  - (a) a motor vehicle of the category B referred to in Annexes 6 and 7 to this Convention may be coupled to a light trailer; it may also be coupled to a trailer whose permissible maximum weight exceeds 750 kg (1,650 lb) but does not exceed the unladen weight of the motor vehicle if the combined permissible maximum weights of the vehicles so coupled does not exceed 3,500 kg (7,700 lb);
  - (b) a motor vehicle of the category C or of the category D referred to in Annexes 6 and 7 to this Convention may be coupled to a light trailer without the resultant combination ceasing to belong to category C or category D.
5. An international permit shall be issued only to the holder of a domestic permit for the issue of which the minimum conditions laid down in this Convention have been fulfilled. It shall not be valid after

the expiry of the corresponding domestic permit, the number of which shall be entered in the international permit.

6. The provisions of this Article shall not require Contracting Parties:

(a) to recognize the validity of domestic or international permits issued in the territory of another Contracting Party to persons who had their normal residence in their territories at the time of such issue or whose normal residence has been transferred to their territories since such issue; or

(b) to recognize the validity of permits as aforesaid issued to drivers whose normal residence at the time of such issue was not in the territory in which the permit was issued or who since such issue have transferred their residence to another territory.

#### **Article 42**

##### **Suspension of the validity of driving permits**

1. Contracting Parties or sub-divisions thereof may withdraw from a driver the right to use his domestic or international driving permit in their territories if he commits in their territories a breach of their regulations rendering him liable under their legislations to the forfeiture of his permit. In such a case the competent authority of the Contracting Party or sub-division thereof withdrawing the right to use the permit may:

(a) withdraw and retain the permit until the period of the withdrawal of use expires or until the holder leaves its territory, whichever is the earlier;

(b) notify the withdrawal of the right to use the permit to the authority by or on behalf of which the permit was issued;

(c) in the case of an international permit, enter in the space provided for the purpose an endorsement to the effect that the permit is no longer valid in its territory;

(d) where it has not applied the procedure for which provision is made in sub-paragraph (a) of this paragraph, supplement the communication referred to in sub-paragraph (b) by requesting the authority which issued the permit or on behalf of which the permit was issued to notify the person concerned of the decision taken with regard to him.

2. Contracting Parties shall endeavour to notify the persons concerned of the decisions communicated to them in accordance with the procedure laid down in paragraph 1(d) of this Article.

3. Nothing in this Convention shall be construed as prohibiting Contracting Parties or sub-divisions thereof from preventing a driver holding a domestic or international driving permit from driving if it is evident or proved that his condition is such that he is unable to drive safely or if the right to drive has been withdrawn from him in the State in which he has his normal residence.

#### **Article 43**

##### **Transitional provisions**

International driving permits conforming to the provisions of the Convention on Road Traffic done at Geneva on 19 September 1949 and issued within a period of five years from the date of the entry into force of this Convention in accordance with Article 47, paragraph 1 thereof shall be accorded, for the purposes of Articles 41 and 42 of this Convention, the same treatment as the international driving permits provided for in this Convention.

## **CHAPTER V**

### **Conditions for the admission of cycles and mopeds to international traffic**

#### **Article 44**

1. Cycles without an engine in international traffic shall:

(a) have an efficient brake;

(b) be equipped with a bell capable of being heard at a sufficient distance, and carry no other audible warning device;



(c) be equipped with a red reflecting device at the rear and with devices such that the cycle can show a white or selective-yellow light to the front and a red light to the rear.

2. In the territory of Contracting Parties which have not, in accordance with Article 54, paragraph 2, of this Convention, made a statement to the effect that they treat mopeds as motor cycles, mopeds in international traffic shall:

(a) have to independent brakes;

(b) be equipped with a bell or some other audible warning device capable of being heard at a sufficient distance;

(c) be equipped with an effective exhaust silencer;

(d) be so equipped that they can show a white or selective-yellow light to the front and a red light and a red reflex reflector to the rear;

(e) display the identification mark specified in Annex 4 to this Convention.

3. In the territories of Contracting Parties which have, in accordance with Article 54, paragraph 2 of this Convention, declared that they treat mopeds as motor cycles, the conditions to be fulfilled by mopeds in order to be admitted to international traffic shall be those laid down for motor cycles in Annex 5 to this Convention.

## CHAPTER VI

### Final provisions

#### Article 45

1. This Convention shall be open at United Nations Headquarters, New York, until 31 December 1969 for signature by all States Members of the United Nations or of any of the specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency or Parties to the Statute of the International Court of Justice, and by any other State invited by the General Assembly of the United Nations to become a Party to the Convention.

2. This Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

3. This Convention shall remain open for accession by any of the States referred to in paragraph 1 of this Article. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General.

4. On signing this Convention or on depositing its instrument of ratification or accession, each State shall notify the Secretary-General of the distinguishing sign it has selected for display in international traffic on vehicles registered by it, in accordance with Annex 3 to this Convention. By a further notification addressed to the Secretary-General, any State may change a distinguishing sign it has previously selected.

#### Article 46

1. Any State may, at the time of signing or ratifying this Convention, or of acceding thereto, or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General that the Convention shall become applicable to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible. The Convention shall become applicable to the territory or territories named in the notification thirty days after the receipt of the notification by the Secretary-General or on the date of entry into force of the Convention for the State making the notification, whichever is the later.

2. Any State which has made a declaration under paragraph 1 of this Article may at any time thereafter declare by notification addressed to the Secretary-General that the Convention shall cease to be applicable to the territory named in the notification and the Convention shall cease to be applicable to such territory one year from the date of receipt by the Secretary-General of the notification.

3. A State making a notification under paragraph 1 of this Article shall notify the Secretary-General of the distinguishing sign or signs it has selected for display in international traffic on vehicles registered in the territory or territories concerned, in accordance with Annex 3 to this Convention. By a further notification addressed to the Secretary-General, any State may change a distinguishing sign it has previously selected.

#### Article 47

1. This Convention shall enter into force twelve months after the date of deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying or acceding to this Convention after the deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force twelve months after the date of deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

#### Article 48

Upon its entry into force, this Convention shall terminate and replace, in relations between the Contracting Parties, the International Convention relative to Motor Traffic and the International Convention relative to Road Traffic, both signed at Paris on 24 April 1926, the Convention on the Regulation of Inter-American Automotive Traffic, opened for signature at Washington on 15 December 1943, and the Convention on Road Traffic, opened for signature at Geneva on 19 September 1949.

#### Article 49

1. After this Convention has been in force for one year, any Contracting Party may propose one or more amendments to the Convention. The text of any proposed amendment, accompanied by an explanatory memorandum, shall be transmitted to the Secretary-General who shall communicate it to all Contracting Parties. The Contracting Parties shall have the opportunity of informing him within a period of twelve months following the date of its circulation whether they: (a) accept the amendment; or (b) reject the amendment; or (c) wish that a conference be convened to consider the amendment. The Secretary-General shall also transmit the text of the proposed amendment to all other States referred to in Article 45, paragraph 1 of this Convention.

2. (a) Any proposed amendment communicated in accordance with the preceding paragraph shall be deemed to be accepted if within the period of twelve months referred to in the preceding paragraph less than one-third of the Contracting Parties inform the Secretary-General that they either reject the amendment or wish that a conference be convened to consider it. The Secretary-General shall notify all Contracting Parties of each acceptance or rejection of any proposed amendment and of requests that a conference be convened. If the total number of such rejections and requests received during the specified period of twelve months is less than one-third of the total number of Contracting Parties, the Secretary-General shall notify all Contracting Parties that the amendment will enter into force six months after the expiry of the period of twelve months referred to in the preceding paragraph for all Contracting Parties except those which, during the period specified, have rejected the amendment or requested the convening of a conference to consider it.

(b) Any Contracting Party which, during the said period of twelve months, has rejected a proposed amendment or requested the convening of a conference to consider it may at any time after the end of such period notify the Secretary-General that it accepts the amendment, and the Secretary-General shall communicate such notification to all the other Contracting Parties. The amendment shall enter into force, with respect to the Contracting Parties which have notified their acceptance, six months after receipt by the Secretary-General of their notification.

3. If a proposed amendment has not been accepted in accordance with paragraph 2 of this Article and if within the period of twelve months specified in paragraph 1 of this Article less than half of the total number of the Contracting Parties inform the Secretary-General that they reject the proposed amendment and if at least one-third of the total number of Contracting Parties, but not less than ten, inform him that they accept it or wish a conference to be convened to consider it, the Secretary-General shall convene a conference for the purpose of considering the proposed amendment or any other proposal which may be submitted to him in accordance with paragraph 4 of this Article.

4. If a conference is convened in accordance with paragraph 3 of this Article, the Secretary-General shall invite to it all States referred to in Article 45, paragraph 1 of this Convention. He shall request all States invited to the conference to submit to him, at least six months before its opening date, any proposals which they may wish the conference to consider in addition to the proposed amendment and shall communicate such proposals, at least three months before the opening date of the conference, to all States invited to the conference.

5. (a) An amendment to this Convention shall be deemed to be accepted if it has been adopted by a two-thirds majority of the States represented at the conference, provided that such majority comprises

at least two-thirds of the Contracting Parties represented at the conference. The Secretary-General shall notify all Contracting Parties of the adoption of the amendment, and the amendment shall enter into force twelve months after the date of his notification for all Contracting Parties except those which during that period have notified the Secretary-General that they reject the amendment.

(b) A Contracting Party which has rejected an amendment during the said period of twelve months may at any time notify the Secretary-General that it accepts the amendment, and the Secretary-General shall communicate such notification to all the other Contracting Parties. The amendment shall enter into force, with respect to the Contracting Party which has notified its acceptance, six months after receipt by the Secretary-General of the notification or at the end of the said period of twelve months, whichever is later.

6. If the proposed amendment is not deemed to be accepted pursuant to paragraph 2 of this Article and if the conditions prescribed by paragraph 3 of this Article for convening a conference are not fulfilled, the proposed amendment shall be deemed to be rejected.

#### **Article 50**

Any Contracting Party may denounce this Convention by written notification addressed to the Secretary-General. The denunciation shall take effect one year after the date of receipt by the Secretary-General of such notification.

#### **Article 51**

This Convention shall cease to be in force if the number of Contracting Parties is less than five for any period of twelve consecutive months.

#### **Article 52**

Any dispute between two or more Contracting Parties which relates to the interpretation or application of this Convention and which the Parties are unable to settle by negotiation or other means of settlement may be referred, at the request of any of the Contracting Parties concerned, to the International Court of Justice for decision.

#### **Article 53**

Nothing in this Convention shall be construed as preventing a Contracting Party from taking such action, compatible with the provisions of the Charter of the United Nations and limited to the exigencies of the situation, as it considers necessary to its external or internal security.

#### **Article 54**

1. Any State may, at the time of signing this Convention or of depositing its instrument of ratification or accession, declare that it does not consider itself bound by Article 52 of this Convention. Other Contracting Parties shall not be bound by Article 52 with respect to any Contracting Party which has made such a declaration.

2. At the time of depositing its instrument of ratification or accession, any State may, by notification addressed to the Secretary-General, declare that for the purposes of the application of this Convention it treats mopeds as motor cycles (Article 1 (n)). By notification addressed to the Secretary-General, any State may subsequently at any time withdraw its declaration.

3. The declarations provided for in paragraph 2 of this Article shall become effective six months after the date of receipt by the Secretary-General of notification of them or on the date on which the Convention enters into force for the State making the declaration, whichever is the later.

4. Any modification of a previously selected distinguishing sign notified in conformity with Article 45, paragraph 4, or Article 46, paragraph 3 of this Convention, shall take effect three months after the date on which the Secretary-General receives notification thereof.

5. Reservations to this Convention and its annexes, other than the reservation provided for in paragraph 1 of this Article, shall be permitted on condition that they are formulated in writing and, if

formulated before the deposit of the instrument of ratification or accession, are confirmed in that instrument. The Secretary-General shall communicate such reservations to all States referred to in Article 45, paragraph 1, of this Convention.

6. Any Contracting Party which has formulated a reservation or made a declaration under paragraphs 1 or 4 of this Article may withdraw it at any time by notification addressed to the Secretary-General.

7. A reservation made in accordance with paragraph 5 of this Article:

(a) modifies for the Contracting Party which made the reservation the provisions of the Convention to which the reservation relates, to the extent of the reservation;

(b) modifies those provisions to the same extent for the other Contracting Parties in their relations with the Contracting Party which entered the reservation.

#### **Article 55**

In addition to the declarations, notifications and communications provided for in Articles 49 and 54 of this Convention, the Secretary-General shall notify all the States referred to in Article 45, paragraph 1, of the following:

(a) signatures, ratifications and accessions under Article 45;

(b) notifications and declarations under Article 45, paragraph 4, and Article 46;

(c) the dates of entry into force of this Convention in accordance with Article 47;

(d) the date of entry into force of amendments to this Convention in accordance with Article 49, paragraphs 2 and 5;

(e) denunciations under Article 50;

(f) the termination of this Convention under Article 51.

#### **Article 56**

The original of this Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts done in a single copy are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall send certified true copies thereof to all the States referred to in Article 45, paragraph 1, of this Convention.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized by their respective Governments, have signed this Convention.

DONE AT Vienna this eighth day of November, one thousand nine hundred and sixty-eight.

## ANNEX 1

### **Exceptions to the obligation to admit motor vehicles and trailers in international traffic**

1. Contracting Parties may refuse to admit to their territories in international traffic motor vehicles, trailers or combinations of vehicles whose over-all weight or weight per axle or dimensions exceed the limits fixed by their domestic legislation for vehicles registered in their territories. Contracting Parties in whose territories there is international heavy vehicle traffic shall endeavour to conclude regional agreements under which roads in the region, with the exception of minor roads, will be open, in international traffic, to vehicles or combinations of vehicles whose weight and dimensions do not exceed the figures specified in these agreements.

2. For the purposes of paragraph 1 of this Annex; the lateral projection of the following shall not be regarded as projection beyond the permissible maximum width:

- (a) tyres, near their point of contact with the ground and connexions of tyre-pressure indicators;
- (b) anti-skid devices mounted on the wheels;
- (c) driving mirrors so designed as to yield both forwards and backwards under moderate pressure so that they no longer project beyond the permissible maximum width;
- (d) side direction-indicators and marker lights, provided that such projection does not exceed a few centimetres;
- (e) Customs seals affixed to the load, and devices for the securing and protection of such seals.

3. Contracting Parties may refuse to admit to their territories in international traffic the following combinations of vehicles insofar as the use of such combinations is prohibited by their domestic legislation:

- (a) motor cycles with trailers;
- (b) combinations of vehicles consisting of a motor vehicle and several trailers;
- (c) articulated vehicles used for passenger transport.

4. Contracting Parties may refuse to admit to their territories in international traffic the motor vehicles and trailers to which the exceptions specified in paragraph 60 of Annex 5 to this Convention are applicable.

5. Contracting Parties may refuse to admit to their territories in international traffic mopeds and motor cycles whose drivers and passengers, if any, are not equipped with protective helmets.

6. Contracting Parties may make it a condition for the admission to their territories in international traffic of any motor vehicle other than a two-wheeled moped or a two-wheeled motor cycle without sidecar, that the motor vehicle shall carry a device referred to in paragraph 56 of Annex 5 to this Convention, to give warning of the danger constituted by the vehicle's presence when it is stationary on the carriageway.

7. Contracting Parties may make it a condition for the admission to certain difficult roads or to certain areas of difficult terrain in their territories in international traffic of motor vehicles with a permissible maximum weight exceeding 3,500 kg (7,700 lb), that such vehicles shall comply with the special requirements laid down in their domestic legislation concerning the admission to such roads or areas of vehicles of the same permissible maximum weight registered by them.

8. Contracting Parties may refuse to admit to their territories in international traffic any motor vehicle equipped with passing lights with asymmetric beams if such beams have not been adapted to suit the direction of traffic in their territories.

9. Contracting Parties may refuse to admit to their territories in international traffic any motor vehicle, or any trailer coupled to a motor vehicle, which displays a distinguishing sign other than that prescribed in Article 37 of this Convention.

## ANNEX 2

### **Registration number of motor vehicles and trailers in international traffic**

1. The registration number referred to in Articles 35 and 36 of this Convention shall be composed either of numerals or of numerals and letters. The numerals shall be Arabic numerals and the letters shall be in capital Latin characters. Other numerals or characters may, however, be used, but if so the registration number shall be repeated in Arabic numerals and capital Latin characters.

2. The registration number shall be so composed and displayed as to be legible in normal daylight at a distance of at least 40 m (130 feet) by an observer placed on the axis of the vehicle, the vehicle being stationary; Contracting Parties may, however, in respect of the vehicles they register, reduce this minimum legibility distance for motor cycles and for special categories of motor vehicle on which it would be difficult to fit registration numbers of sufficient size to be legible at 40 m (130 feet).

3. When the registration number is displayed on a special plate, this plate shall be flat and fixed in a vertical or nearly vertical position and at right angles to the vehicle's median longitudinal plane. When the number is displayed or painted on the vehicle, the surface on which it is displayed or painted shall be flat and vertical, or nearly flat and vertical, and at right angles to the vehicle's median longitudinal plane.

4. Subject to the provisions of Article 32, paragraph 5, the plate or surface on which the registration number is displayed or painted may be of a reflecting material.

## ANNEX 3

### **Distinguishing sign of motor vehicles and trailers in international traffic**

1. The distinguishing sign referred to in Article 37 of this Convention shall consist of one to three letters in capital Latin characters. The letters shall have a height of at least 0.08 m (3.1 inches) and their strokes a width of at least 0.01 m (0.4 inches). The letters shall be painted in black on a white ground having the shape of an ellipse with the major axis horizontal.
2. When the distinguishing sign consists of only one letter, the major axis of the ellipse may be vertical.
3. The distinguishing sign shall not be incorporated in the registration number, or be affixed in such a way that it could be confused with that number or impair its legibility.
4. On motor cycles and their trailers, the dimensions of the axes of the ellipse shall be at least 0.175 m (6.9 inches) and 0.115 m (4.5 inches). On other motor vehicles and their trailers, the dimensions of the axes of the ellipse shall be at least:
  - (a) 0.24 m (9.4 inches) and 0.145 m (5.7 inches) if the distinguishing sign comprises three letters;
  - (b) 0.175 m (6.9 inches) and 0.115 m (4.5 inches) if the distinguishing sign comprises less than three letters.
5. The provisions of Annex 2, paragraph 3, shall apply to the display of the distinguishing sign on vehicles.

## ANNEX 4

### **Identification marks of motor vehicles and trailers in international traffic**

1. The identification marks shall comprise:

(a) In the case of a motor vehicle:

(i) the name or the trade mark of the maker of the vehicle;

(ii) on the chassis or, in the absence of a chassis, on the body, the maker's production or serial number;

(iii) on the engine, the engine number if such a number is placed on it by the maker;

(b) In the case of a trailer, the information referred to in subparagraphs (i) and (ii) above.

(c) In the case of a moped, the cylinder capacity and the mark "CM".

2. The marks mentioned in paragraph 1 of this Annex shall be placed in accessible positions and shall be easily legible; in addition, they shall be such that they cannot be easily altered or removed. The letters and figures included in the marks shall be either in Latin characters or in English cursive script and in Arabic numerals only, or be repeated in that form.



## ANNEX 5

### Technical conditions concerning motor vehicles and trailers

1. Contracting Parties which, in conformity with Article 1, sub-paragraph (n), of this Convention, have declared that they wish to treat as motor cycles three-wheeled vehicles the unladen weight of which does not exceed 400 kg (900 lb), shall make such vehicles subject to the rules laid down in this Annex either for motor cycles or for other motor vehicles.

2. For the purposes of this Annex, the term "trailer" applies only to a trailer designed to be coupled to a motor vehicle.

3. Without prejudice to the provisions of Article 3, paragraph 2 (a) of this Convention, any Contracting Party may, with respect to motor vehicles which it registers and to trailers which it allows on the road under its domestic legislation, lay down rules which supplement, or are stricter than, the provisions of this Annex.

## CHAPTER I

### Braking

4. For the purposes of this chapter,

(a) the term "wheels of one axle" means wheels which are arranged symmetrically, or largely symmetrically, in relation to the vehicle's median longitudinal plane, even if they are not placed on the same axle (a tandem axle is counted as two axles);

(b) the term "service brake" means the device normally used to slow down and stop the vehicle;

(c) the term "parking brake" means the device used to hold the vehicle stationary in the driver's absence, or, in the case of trailers, when the trailer is uncoupled;

(d) the term "secondary (emergency) brake" means the device designed to slow down and stop the vehicle in the event of failure of the service brake.

#### A. Braking of motor vehicles other than motor cycles

5. Every motor vehicle other than a motor cycle shall have brakes which can be easily operated by the driver when in his driving position. These brakes shall be capable of performing the following three braking functions:

(a) a service brake capable of slowing down the vehicle and of stopping it safely, rapidly and effectively, whatever its conditions of loading and whatever the upward or downward gradient of the road on which it is moving;

(b) a parking brake capable of holding the vehicle stationary, whatever its conditions of loading, on an upward or downward gradient of 16 per cent, the operative surfaces of the brake being held in the braking position by a device whose action is purely mechanical;

(c) a secondary (emergency) capable of slowing down and stopping the vehicle, whatever its conditions of loading, within a reasonable distance, even in the event of failure of the service brake.

6. Subject to the provisions of paragraph 5 of this Annex, the devices providing the three braking functions (service brake, secondary brake and parking brake) may have parts in common; combination of the controls shall be permitted only on condition that at least two separate controls remain.

7. The service brake shall act on all the wheels of the vehicle; nevertheless, on vehicles having more than two axles, it shall be permissible for the wheels of one axle not to be braked.

8. The secondary (emergency) brake shall be capable of acting on at least one wheel on each side of the vehicle's median longitudinal plane; the same provision shall apply to the parking brake.

9. The service brake and the parking brake shall act on braking surfaces permanently connected to the wheels through components of adequate strength.

10. No braking surface shall be capable of being disconnected from the wheels. Nevertheless, such disconnection shall be permitted in the case of some of the braking surfaces, on condition:

(a) that it is only momentary, as for example, during a change of gear;

(b) that so far as concerns the parking brake, it can be effected only by the action of the driver; and

(c) that so far as concerns the service or secondary (emergency) brake, braking remains possible with the efficiency prescribed in paragraph 5 of this Annex.

## **B. Braking of trailers**

11. Without prejudice to the provisions of paragraph 17 (c) of this Annex, every trailer, with the exception of a light trailer, shall have brakes as follows:

(a) a service brake capable of slowing down the vehicle and of stopping it safely, rapidly and effectively, whatever its conditions of loading and whatever the upward or downward gradient of the road on which it is moving;

(b) a parking brake capable of holding the vehicle stationary, whatever its conditions of loading, on an upward or downward gradient of 16 per cent, the operative surfaces of the brake being held in the braking position by a device whose action is purely mechanical. This provision shall not apply to trailers which cannot be uncoupled from the drawing vehicle without the use of tools, provided that the requirements for parking brakes are satisfied for the combination of vehicles.

12. The devices providing the two braking functions (service and parking) may have parts in common.

13. The service brake shall act on all the wheels of the trailer.

14. The service brake shall be capable of being brought into action by the service brake control of the drawing vehicle; if, however, the permissible maximum weight of the trailer does not exceed 3,500 kg (7,700 lb), the brakes may be such as to be brought into action, while the trailer is in motion, only by the trailer moving up on the drawing vehicle (overrun braking).

15. The service brake and the parking brake shall act on braking surfaces permanently connected to the wheels through components of adequate strength.

16. The braking devices shall be such that the trailer is stopped automatically if the coupling device breaks while the trailer is in motion. This requirement shall not apply, however, to trailers with only one axle or with two axles less than 1 m (40 inches) apart, provided that their permissible maximum weight does not exceed 1,500 kg (3,300 lb) and, except for semi-trailers, that they are fitted, in addition to the coupling device, with the secondary attachment provided for in paragraph 58 of this Annex.

## **C. Braking of combinations of vehicles**

17. In addition to the provisions of parts A and B of this Chapter relating to separate vehicles (motor vehicles and trailers), the following provisions shall apply to combinations of such vehicles:

(a) the braking devices on each of the component vehicles shall be compatible;

(b) the service braking action shall be properly distributed and synchronized between the component vehicles;

(c) the permissible maximum weight of a trailer without a service brake shall not exceed half of the sum of the unladen weight of the drawing vehicle and the weight of the driver.

## **D. Braking of motor cycles**

18. (a) Every motor cycle shall be equipped with two brakes, one of which acts at least on the rear wheel or wheels and the other at least on the front wheel or wheels; if a side-car attached to a motor cycle, braking of the side-car wheel shall not be required. These braking devices shall be capable of slowing down the motor cycle and of stopping it safely, rapidly and effectively, whatever its conditions of loading and whatever the upward or downward gradient of the road on which it is moving.

(b) In addition to the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph, motor cycles having three wheels symmetrically arranged in relation to the vehicle's median longitudinal axis shall be equipped with a parking brake that fulfils the conditions stated in paragraph 5 (b) of this Annex.

## CHAPTER II

### Lights and reflecting devices

19. For the purposes of this chapter, the term:

“**driving light**” means the vehicle light used to illuminate the road over a long distance ahead of the vehicle;

“**passing light**” means the vehicle light used to illuminate the road ahead of the vehicle without causing undue dazzle or inconvenience to oncoming drivers and other road users;

“**front position (side) light**” means the vehicle light used to indicate the presence and the width of the vehicle when viewed from the front;

“**rear position (side) light**” means the vehicle light used to indicate the presence and the width of the vehicle when viewed from the rear;

“**stop light**” means the vehicle light used to indicate to other road users to the rear of the vehicle that the driver is applying the service brake;

“**fog light**” means the vehicle light used to improve the illumination of the road in case of fog, snow fall, rain storms or dust clouds;

“**reversing light**” means the vehicle light used to illuminate the road to the rear of the vehicle and provide a warning signal to other road users that the vehicle is reversing or about to reverse;

“**direction-indicator light**” means the vehicle light used to indicate to other road users that the driver intends to change direction to the right or to the left;

“**reflex reflector**” means a device used to indicate the presence of a vehicle by reflection of light emanating from a light source unconnected with that vehicle, the observer being placed near this source;

“**illuminating surface**” means, for lights, the visible surface from which light is emitted and, for reflex reflectors, the visible surface from which light is reflected.

20. The colours of lights mentioned in this chapter should, as far as possible, be in accordance with the definitions given in the appendix to this Annex.

21. With the exception of motor cycles, every motor vehicle capable of exceeding 40 km (25 miles) per hour on level road shall be equipped in front with an even number of white or selective-yellow driving lights capable of adequately illuminating the road at night in clear weather over a distance of at least 100 m (325 feet) ahead of the vehicle. The outer edges of the illuminating surfaces of the driving lights shall in no case be closer to the extreme outer edges of the vehicle than the outer edges of the illuminating surfaces of the passing lights.

22. With the exception of motor cycles, every motor vehicle capable of exceeding 10 km (6 miles) per hour on level road shall be equipped in front with two white or selective-yellow passing lights capable of adequately illuminating the road at night in clear weather for a distance of at least 40 m (130 feet) ahead of the vehicle. On either side, that point of the illuminating surface which is furthest from the vehicle's median longitudinal plane shall not be more than 0.40 m (16 inches) from the extreme outer edge of the vehicle. A motor vehicle shall not be equipped with more than two passing lights. Passing lights shall be so adjusted as to comply with the definition in paragraph 19 of this Annex.

23. Every motor vehicle other than a two-wheeled motor cycle without side-car shall be equipped in front with two white front position (side) lights; however, selective yellow shall be permitted for front position (side) lights incorporated in driving lights or passing lights which emit a selective yellow beam. These front position (side) lights, when they are the only lights switched on at the front of the vehicle, shall be visible at night in clear weather at a distance of at least 300 m (1,000 feet) without causing undue dazzle or inconvenience to other road-users. On either side, that point on the illuminating surface which is furthest from the vehicle's median longitudinal plane shall not be more than 0.40 m (16 inches) from the extreme outer edge of the vehicle.

24. (a) Every motor vehicle other than a two-wheeled motor cycle without side-car shall be equipped at the rear with an even number of red rear position (side) lights visible at night in clear weather at a distance of at least 300 m (1,000 feet) without causing undue dazzle or inconvenience to other road-users. On either side, that point on the illuminating surface which is furthest from the vehicle's median longitudinal plane shall not be more than 0.40 m (16 inches) from the extreme outer edge of the vehicle.

(b) Every trailer shall be equipped at the rear with an even number of red rear position (side) lights visible at night in clear weather at a distance of at least 300 m (1,000 feet) without causing undue dazzle or inconvenience other road users. On either side, that point on the illuminating surface which is furthest

from the trailer's median longitudinal plane shall not be more than 0.40 m (16 inches) from the extreme outer edge of the trailer. It shall, however, be permissible for a trailer whose over-all width does not exceed 0.80 m (32 inches) to be equipped with only one such light if the trailer is coupled to a two-wheeled motor cycle without side-car.

25. Every motor vehicle or trailer displaying a registration number at the rear shall be equipped with a device for lighting that number, such that the number, when lighted by the device, is legible at night in clear weather, when the vehicle is stationary, at a distance of 20 m (65 feet) from the rear; any Contracting Party may, however, reduce this minimum-legibility distance at night in the same proportion as, and in respect of the same vehicles for which, it has reduced the minimum legibility distance by day in accordance with paragraph 2 of Annex 2 to this Convention.

26. The electrical connexions on all motor vehicles (including motor cycles) and on all combinations consisting of a motor vehicle and one or more trailers shall be such that the driving lights, passing lights, fog lights and front position (side) lights of the motor vehicle and the lighting device referred to in paragraph 25 above can not be switched on unless the rearmost rear position (side) lights of the motor vehicle or combination of vehicles are switched on as well.

However, this provision shall not apply to driving lights or passing lights when they are used to give the luminous warning referred to in Article 33, paragraph 5, of this Convention. In addition, the electrical connexions shall be such that the front position (side) lights of the motor vehicle are always switched on when the passing lights, driving lights or fog lights are on.

27. Every motor vehicle other than a two-wheeled motor cycle without side-car shall be equipped at the rear with at least two red reflex reflectors of other than triangular form. On either side, the outer edge of the illuminating surface furthest from the vehicle's median longitudinal plane shall not be more than 0.40 m (16 inches) from the extreme outer edge of the vehicle. The reflex reflectors shall be visible to the driver of a vehicle at night in clear weather at a distance of at least 150 m (500 feet) when illuminated by the driving of that vehicle.

28. Every trailer shall be equipped at the rear with at least two red reflex reflectors. These reflex reflectors shall have the shape of an equilateral triangle with one vertex uppermost and one side horizontal, and with sides not less than 0.15 m (6 inches) or more than 0.20 m (8 inches) long; no signal light shall be placed inside the triangle. These reflex reflectors shall meet the requirements for visibility laid down in paragraph 27 above. On either side, the outer edge of the illuminating surface furthest from the trailer's median longitudinal plane shall not be more than 0.40 m (16 inches) from the extreme outer edge of the trailer. However, trailers with an over-all width not exceeding 0.80 m (32 inches) may be equipped with only one reflex reflector if they are coupled to a two-wheeled motor cycle without side-car.

29. Every trailer shall be equipped at the front with two white reflex reflectors of other than triangular form. These reflex reflectors shall meet the positioning and visibility requirements laid down in paragraph 27 above.

30. A trailer shall be equipped at the front with two white front position (side) lights if its width exceeds 1.60 m (5 feet 4 inches). The front position (side) lights thus prescribed shall be fitted as near as possible to the extreme outer edges of the trailer and in any case in such a way that the outer edges of the illuminating surface that is furthest from the trailer's median longitudinal plane are not more than 0.15 m (6 inches) from these edges.

31. With the exception of two-wheeled motor cycles with or without side-car, every motor vehicle capable of exceeding 25 km (15 miles) per hour on level road shall be equipped at the rear with two red stop lights, the luminous intensity of which is markedly higher than that of the rear position (side) lights. The same provision shall apply to every trailer which is the last vehicle in a combination of vehicles; no stop light shall, however, be required on small trailers whose dimensions are such that the stop lights of the drawing vehicle remain visible.

32. Subject to the possibility that exemption from all or some of these obligations may be granted in respect of mopeds by Contracting Parties which, in conformity with Article 54, paragraph 2, of the Convention, have declared that they treat mopeds as motor cycles:

(a) every two-wheeled motor cycle with or without side-car shall be equipped with a passing light satisfying the conditions regarding colour and visibility laid down in paragraph 22 above;

(b) every two-wheeled motor cycle with or without side-car capable of exceeding 40 km (25 miles) per hour on level road shall be equipped, in addition to the passing light, with at least one driving light satisfying the conditions regarding colour and visibility laid down in paragraph 21 above. If such a motor cycle has more than one driving light, these lights shall be situated as close together as possible;

(c) a two-wheeled motor cycle with or without side-car shall not be equipped with more than one passing light and more than two driving lights.

33. Every two-wheeled motor cycle without side-car may be equipped at the front with one or two front position (side) lights satisfying the conditions regarding colour and visibility laid down in paragraph 23 above. If such a motor cycle has two front position (side) lights, these lights shall be situated as close together as possible. A two-wheeled motor cycle without side-car shall not be equipped with more than two front position lights.

34. Every two-wheeled motor cycle without side-car shall be equipped at the rear with one rear position light satisfying the conditions regarding colour and visibility laid down in paragraph 24 (a) above.

35. Every two-wheeled motor cycle without side-car shall be equipped at the rear with a reflex reflector satisfying the conditions regarding colour and visibility laid down in paragraph 27 above.

36. Subject to the possibility for Contracting Parties which, in conformity with Article 54, paragraph 2, have declared that they treat mopeds as motor cycles, to exempt two-wheeled mopeds with or without side-cars from this obligation, every two-wheeled motor cycle with or without side-car shall be equipped with a stop light conforming to the provisions of paragraph 31 above.

37. Without prejudice to the provisions concerning lights and devices prescribed for two-wheeled motor cycles without side-car, any side-car attached to a two-wheeled motor cycle shall be equipped at the front with a front position (side) light satisfying the conditions regarding colour and visibility laid down in paragraph 23 above, and at the rear with a rear position light satisfying the conditions regarding colour and visibility laid down in paragraph 24 (a) above and with a reflex reflector satisfying the conditions regarding colour and visibility laid down in paragraph 27 above. The electrical connexions shall be such that the front position (side) light and rear position (side) light of the side-car are switched on at the same time as the rear position (side) light of the motor cycle. In any case, a side-car may not be equipped with a driving light or passing light.

38. Motor vehicles with three wheels placed symmetrically in relation to the vehicle's median longitudinal plane, which are treated as motor cycles pursuant to Article 1, sub-paragraph (n), of the Convention, shall be equipped with the devices prescribed in paragraphs 21, 22, 23, 24(a), 27 and 31 above. However, if the width of such a vehicle does not exceed 1.30 m (4 feet 3 inches), a single driving light, and a single passing light are sufficient. The provisions relating to the distance of the illuminating surface from the outer edge of the vehicle are not applicable in this case.

39. Every motor vehicle, except a vehicle whose driver can indicate his changes of direction by arm signals visible to other road-users from all angles, shall be equipped with fixed direction-indicators with flashing amber lights, fitted on the vehicle in even numbers and visible by day and by night to road-users affected by the vehicle's movements. The flashing-frequency of the light shall be 90 flashes per minute, with a tolerance of  $\pm 30$ .

40. If fog lights are fitted on a motor vehicle other than a two-wheeled motor cycle with or without side-car, they shall be white or selective yellow, be two in number and be placed in such a way that no point on their illuminating surface is above the highest point on the illuminating surface of the passing lights and that, on either side, that point on the illuminating surface which is furthest from the vehicle's median longitudinal plane is not more than 0.40 m (16 inches) from the extreme outer edge of the vehicle.

41. No reversing light shall cause undue dazzle or inconvenience to other road-users. If a reversing light is fitted on a motor vehicle it shall emit white, amber or selective yellow light. The device controlling the light shall be such that the light can be lit only when the reverse gear is engaged.

42. No lights fitted on a motor vehicle or a trailer, other than direction-indicator lights, shall be flashing lights, with the exception of those which are used, in accordance with the domestic legislation of the Contracting Parties, to mark vehicles or combinations of vehicles which are not required to observe the general rules of traffic or whose presence on the road makes it necessary for other road-users to take special precautions, in particular vehicles which have priority, convoys of vehicles, vehicles of exceptional size, and construction on road maintenance vehicles or equipment. However, the Contracting Parties may permit or require certain lights, other than those emitting a red light, to be such that all or some of them give a flashing signal to indicate that for the time being the vehicle represents a special danger.

43. For the purposes of the provisions of this Annex:

(a) any combination of two or more lights, whether identical or not, but having the same function and the same colour, shall be deemed to be a single light if the projections of their illuminating surfaces on a vertical plane perpendicular to the vehicle's median longitudinal plane occupy not less than 50% of the smallest rectangle circumscribing the projections of the said illuminating surfaces;

(b) a single illuminating surface in the shape of a band shall be deemed to be two or an even number of lights if it is placed symmetrically to the median longitudinal plane of the vehicle and, if it extends to within at least 0.40 m (16 inches) of the extreme outer edge of the vehicle and if has a length of at least 0.80 m (32 inches). The illumination of such a surface shall be provided by at least two light sources placed as close as possible to its ends. The illuminating surface may consist of a number of elements so arranged that the projections of the illuminating surfaces of the different elements on a vertical plane perpendicular to the median longitudinal plane of the vehicle occupy not less than 50% of the smallest rectangle circumscribing the projections of the said illuminating surfaces of the elements.

44. Lights on a given vehicle having the same function and facing in the same direction, shall be of the same colour. Lights and reflex reflectors which are of even number shall be placed symmetrically in relation to the vehicle's median longitudinal plane, except on vehicles with an asymmetrical external shape. The intensity of the lights in each pair shall be substantially the same.

45. Lights of different kinds, and, subject to the provisions of other paragraphs of this Chapter, lights and reflex reflectors, may be grouped or incorporated in the same device, provided that each of these lights and reflectors complies with the applicable provisions of this Annex.

## CHAPTER III

### Other requirements

#### Steering mechanism

46. Every motor vehicle shall be equipped with a strong steering mechanism which will allow the driver to change the direction of the vehicle, easily, quickly and surely.

#### Driving (rear-view) mirror

47. Every motor vehicle other than a two-wheeled motor cycle with or without side-car shall be equipped with one or more driving (rear-view) mirrors; the number, dimensions and arrangement of these mirrors shall be such as to enable the driver to see the traffic to the rear of his vehicle.

#### Audible warning device

48. Every motor vehicle shall be equipped with at least one audible warning device of sufficient power. The sound emitted by the warning device shall be continuous and uniform, but not strident. Priority vehicles and public passenger-transport vehicles may have additional audible warning devices which are not subject to these requirements.

#### Windscreen-wiper

49. Every motor vehicle having a windscreen of such dimensions and shape that the driver cannot normally see the road ahead from his driving position except through the transparent part of the windscreen, shall be equipped with at least one efficient and strongly built windscreen-wiper in an appropriate position, the functioning of which does not require constant action by the driver.

#### Windscreen-washer

50. Every motor vehicle required to be equipped with at least one windscreen-wiper shall also be equipped with a windscreen-washer.

#### Windscreen and windows

51. On all motor vehicles and on all trailers:

(a) transparent substances forming part of the vehicle's bodywork, including the windscreen and any interior partition, shall be such that in case of breakage, the risk of physical injury will be minimized;

(b) the transparent parts of the windscreen shall be made of a substance whose transparency does not deteriorate; they shall be such that they do not cause any appreciable distortion of objects seen through the windscreen, and that, in case of breakage, the driver still has a sufficiently clear view of the road.

### **Reversing device**

52. Every motor vehicle shall be equipped with a reversing device controlled from the driving position. This device shall not, however, be compulsory on motor cycles or on motor vehicles having three wheels arranged symmetrically in relation to the vehicle's median longitudinal plane unless their permissible maximum weight exceeds 400 kg (900 lb).

### **Exhaust silencer**

53. Every internal combustion engine used for propelling a motor vehicle shall be equipped with an efficient exhaust silencer; this device shall be such that it cannot be rendered inoperative by the driver from his driving position.

### **Tyres**

54. The wheels of motor vehicles and of their trailers shall be fitted with pneumatic tyres, the state of which shall be such as to ensure conditions of safety, including adhesion, even on a wet road. This provision shall not, however, prevent Contracting Parties from authorizing the use of devices producing results at least equivalent to those obtained with pneumatic tyres.

### **Speedometer**

55. Every motor vehicle capable of exceeding 40 km (25 miles) per hour on a level road shall be equipped with a speedometer; Contracting Parties may, however, exempt certain categories of motor cycles and other light vehicles from this requirement.

### **Warning device to be carried on motor vehicles**

56. When, in accordance with article 23, paragraph 5 of this Convention and paragraph 6 of Annex I thereto certain motor vehicles are required to carry a device to indicate if necessary, their presence on the carriageway, this device shall be either:

(a) a signplate consisting of an equilateral triangle with sides not less than 0.40 m (16 inches) long and a red border not less than 0.05 m (2 inches) wide, and with its interior part either hollow or of a light colour; the red border shall be illuminated by transparency or fitted with a reflectorized strip; the signplate shall be such that it can be stood firmly in a vertical position; or

(b) some other equally effective device prescribed by the legislation of the country in which the vehicle is registered.

### **Anti-theft device**

57. Every motor vehicle shall be fitted with an anti-theft device by means of which one of its essential components can be put out of action or blocked when the vehicle is parked.

### **Attachment device for light trailers**

58. Trailers, other than semi-trailers, which are not equipped with the automatic brake referred to in paragraph 16 of this Annex, shall be equipped, in addition to the coupling device, with a secondary attachment (chain, cable, etc.) which, if the coupling device breaks, can prevent the drawbar from touching the ground and provide some residual steering action on the trailer.

### **General provisions**

59. (a) The mechanical parts and equipment of a motor vehicle shall not, so far as this can possibly be avoided, give rise to any danger of fire or explosion; nor shall they cause excessive emission of noxious gases, opaque fumes, smells or noise.

(b) So far as possible, the high tension ignition device of a motor vehicle shall not cause a perceptible nuisance by excessive emission of radio interference.

(c) Every motor vehicle shall be so constructed that the driver's field of vision ahead, and to both right and left, is sufficient to enable him to drive safely.

(d) Motor vehicles and trailers shall, as far as possible, be so constructed and equipped as to reduce the danger to their occupants and to other road-users in case of accident. In particular, they shall have no ornaments or other objects, inside or outside, with unnecessary projections or ridges which may be dangerous to the occupants or other road-users.

## CHAPTER IV

### Exemptions

60. For domestic purposes, Contracting Parties may grant exemptions from the provisions of this Annex in respect of:

(a) motor vehicles and trailers which, by virtue of their design, cannot exceed a speed of 25 km (15 miles) per hour on a level road or whose speed is limited by domestic legislation to 25 km per hour;

(b) invalid carriages, i. e. small motor vehicles specially designed and constructed — and not merely adapted — for use by a person suffering from some physical defect or disability and normally used by that person only;

(c) vehicles used for experiments whose purpose is to keep up with technical progress and improve road safety;

(d) vehicles of a special form or type, or which are used for particular purposes under special conditions.

61. Contracting Parties may also grant exemptions from the provisions of this Annex in respect of vehicles which they register and which may enter international traffic:

(a) by authorizing the use of the colour amber for the position (side) lights referred to in paragraphs 23 and 30 of this Annex and for the reflex reflectors referred to in paragraph 29 of this Annex;

(b) by authorizing the use of the colour red for those of the direction-indicator lights referred to in paragraph 39 of this Annex which are placed at the rear of the vehicle;

(c) by authorizing the use of the colour red for those of the lights referred to in the last sentence of paragraph 42 of this Annex which are placed at the rear of the vehicle;

(d) as regards the position of lights on special-purpose vehicles whose external shape is such that the said provisions could not be observed without the use of mounting devices which could easily be damaged or torn off;

(e) by authorizing the use of an odd number, greater than two, of driving lights on motor vehicles it registers; and

(f) as regards trailers, carrying long loads (tree-trunks, pipes etc.), which are not coupled to the drawing vehicle when in movement, but merely attached to it by the load.

## CHAPTER V

### Transitional provisions

62. Motor vehicles first registered and trailers put into service in the territory of a Contracting Party before the entry into force of this Convention or within the two years following such entry into force shall not be subject to the provisions of this Annex, provided that they satisfy the requirements of parts I, II and III of Annex 6 of the 1949 Convention on Road Traffic.



## APPENDIX

### Definition of colour filters for obtaining the colours referred to in this annex (Trichromatic co-ordinates)

RED:	limit towards yellow:	$y \leq 0.335$
	limit towards purple <sup>1)</sup> :	$z \leq 0.008$
WHITE:	limit towards blue:	$x \leq 0.310$
	limit towards yellow:	$x \leq 0.500$
	limit towards green:	$y \leq 0.150 + 0.640 x$
	limit towards green:	$y \leq 0.440$
	limit towards purple:	$y \leq 0.050 + 0.750 x$
	limit towards red:	$y \leq 0.382$
AMBER <sup>2)</sup> :	limit towards yellow <sup>1)</sup> :	$y \leq 0.429$
	limit towards red <sup>1)</sup> :	$y \leq 0.398$
	limit towards white <sup>1)</sup> :	$z \leq 0.007$
SELECTIVE YELLOW <sup>3)</sup> :	limit towards red <sup>1)</sup> :	$y \leq 0.138 + 0.580 x$
	limit towards green <sup>1)</sup> :	$y \leq 1.29 x - 0.100$
	limit towards white <sup>1)</sup> :	$y \leq -x + 0.966$
	limit towards spectral value <sup>1)</sup> :	$y \leq -x + 0.992$

For verifying the colorimetric characteristics of these filters, a source of white light at a colour temperature of 2854 °K (corresponding to illuminant A of the International Commission on Illumination [CIE]) shall be used.

- 1) In these cases, different limits have been adopted from those recommended by the CIE since the supply voltages at the terminals of the lamps with which the lights are fitted vary very considerably.
- 2) Applies to the colour of motor vehicle signs hitherto commonly called "orange" or "orange-Yellow". Corresponds to a specific part of the "yellow" zone of the triangle of CIE colours.
- 3) Applies only to passing and driving lights. In the particular case of fog-lights, the selectivity of the colour shall be considered satisfactory if the purity factor is not less than 0.820, the limit towards white,  $y \geq -x + 0.966$ , being in that case  $y \geq -x + 0.940$  and  $y = 0.440$ .

## ANNEX 6

### Domestic driving permit

1. The domestic driving permit shall consist either of a sheet in format A 7 (74 × 105 mm — 2.91 × 4.13 inches), or of a double (148 × 105 mm — 5.82 × 4.13 inches) or triple (222 × 105 mm — 8.78 × 4.13 inches) sheet which can be folded to that format. The colour shall be pink.

2. The permit shall be printed in the language or languages prescribed by the authority issuing it or empowered to issue it; it shall, however, bear the title “Permis de conduire” in French, with or without the same title in other languages.

3. Handwritten or typed entries made on the permit shall either be in Latin characters or English cursive script only, or be repeated in that form.

4. Two of the pages of the permit shall conform to model pages Nos. 1 and 2 below. Provided that no changes are made in the definitions of categories A, B, C, D and E taking into account Article 41, paragraph 4, of this Convention, or in their reference letters, or in the substance of the items relating to the identity of the holder of the permit, this provision shall be deemed to be satisfied even if departures are made from these models in matters of detail. In particular, domestic driving permits conforming to the model in Annex 9 to the Convention on Road Traffic done at Geneva on 19 September 1949 shall be considered as satisfying the provisions of this Annex.

5. It shall be a matter for domestic legislation to determine whether model page No. 3 shall or shall not be included in the permit and whether the permit shall contain further entries; if a space is provided to indicate changes of address, it shall, except on permits conforming to the model in Annex 9 to the 1949 Convention, be at the top of the reverse side of page 3 of the permit.

<b>Model page No. 1</b> <b>DRIVING PERMIT<sup>1)</sup></b> <b>PERMIS DE CONDUIRE<sup>1)</sup></b>	
1. Surname ..... 2. Other names <sup>3)</sup> ..... 3. Date <sup>4)</sup> and place <sup>5)</sup> of birth ..... 4. Address ..... .....  Signature of holder: <sup>6)</sup> .....  .....  5. Issued by ..... 6. At ..... 7. Valid until <sup>7)</sup> ..... No. ....	<div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 100px; margin: 0 auto; display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="text-align: left; padding: 5px;">               Photograph                35 × 45 mm                (1.37 × 1.75 inches)             </div> </div>          <div style="text-align: right; margin-top: 20px;">Signature, etc.<sup>8)</sup></div>

<b>Model page No. 2</b>		
Categories of vehicles for which the permit is valid		
A	Motor cycles	9)
B	Motor vehicles, other than those in category A, having a permissible maximum weight not exceeding 3,500 kg (7,700 lb) and not more than eight seats in addition to the driver's seat	9)
C	Motor vehicles used for the carriage of goods and whose permissible maximum weight exceeds 3,500 kg (7,700 lb)	9)
D	Motor vehicles used for the carriage of passengers and having more than eight seats in addition to the driver's seat	9)
E	Combinations of vehicles of which the drawing vehicle is in a category or categories for which the driver is licensed (B and/or C and/or D), but which are not themselves in that category or categories	9)
		10)
	11)	

<b>Model Page No. 3</b>	
Valid until: ..... issued on .....	Renewed until: ..... <sup>9)</sup> on .....
Valid until: ..... issued on .....	Renewed until: ..... <sup>9)</sup> on .....
Valid until: ..... issued on .....	Renewed until: ..... <sup>9)</sup> on .....
Valid until: ..... issued on .....	Renewed until: ..... <sup>9)</sup> on .....
Valid until: ..... issued on .....	Renewed until: ..... <sup>9)</sup> on .....
	10)

- 1) On models with one fold (if so folded that the front page is not a model page) and on models with two folds, this entry may be placed on the front page.
- 2) Enter the State's name or distinguishing sign, as defined in Annex 3 to this Convention. Note 1 above applies to this box also.
- 3) Father's or husband's name may be inserted here.
- 4) If date of birth is unknown, state approximate age on date of issue of permit.
- 5) If place of birth is unknown, leave blank.
- 6) "Or thumbprint". The signature or thumbprint, and the space for them, may be omitted.
- 7) This entry is optional on permits including model page No. 3.
- 8) Signature and/or seal or stamp of the authority issuing the permit or of the association empowered to do so. On folded models with one fold (if so folded that the front page is not a model page) and on models with two folds, the seal or stamp may be placed on the front page.
- 9) Seal or stamp of the authority issuing the permit and, if required, the date when the seal or stamp was affixed. This seal or stamp shall be affixed in the right-hand column on model page No. 2, beside the definitions of the categories of vehicles, and only opposite those for which the permit is valid; the same provisions shall apply in the case of the information concerning renewals to be recorded in the right-hand column on model page No. 3. Contracting Parties may, instead of affixing a seal or stamp in the right-hand column on model page No. 2, enter under a new item 8: "Categories", on model page No. 1, the letter or letters for the category or categories for which the driving permit is valid and an asterisk for each category for which the permit is not valid (for example: "8. Categories A, B\*\*\*").
- 10) Space reserved for other categories of vehicles as defined by domestic legislation.
- 11) Space for additional remarks, if any, by the competent authorities of the issuing State, including restrictive conditions of use for example, "Must wear corrective lenses", "Valid only for driving vehicle No. ....", "Vehicle must be equipped to be driven by a onelegged person". In the case provided for in the second subparagraph of note 9 above, these additional remarks should preferably be entered on model page No. 1. Other remarks may be entered on pages other than model pages.

## ANNEX 7

### **International driving permit**

1. The permit shall be a booklet in format A 6 (148 × 105 mm, 5.82 × 4.13 inches). The cover shall be grey and the inside pages white.

2. The outside and inside of the front cover shall conform, respectively, to model pages Nos. 1 and 2 below; they shall be printed in the national language, or in at least one of the national languages, of the issuing State. The last two inside pages shall be facing pages conforming to model No. 3 below; they shall be printed in French. The inside pages preceding these two pages shall repeat the first of them in several languages, which must include English, Russian and Spanish.

3. Handwritten or typed entries made on the permit shall be in Latin characters or in English cursive script.

4. Contracting Parties issuing or authorizing the issuance of international driving permits of which the cover is printed in a language other than English, French, Russian or Spanish shall communicate to the Secretary-General of the United Nations the translation into that language of the text of model page No. 3 below.

**Model page No. 1**

(Outside of front cover)

.....1)

International Motor Traffic

**INTERNATIONAL DRIVING PERMIT**

No. ....

Convention on Road Traffic of 8 November 1968

Valid until ..... 2)

Issued by .....

At .....

Date .....

Number of domestic driving permit ..... 3)

4)

- 1) Name of the issuing State and its distinguishing sign as defined in Annex 3.
- 2) Three years after the date of issue or the date of expiry of the domestic driving permit, whichever is earlier.
- 3) Signature of the authority or association issuing the permit.
- 4) Seal or stamp of the authority or association issuing the permit.

**Model page No. 2**

(Inside of front cover)

This permit is not valid for the territory of ..... 1)

It is valid for the territories of all the other Contracting Parties. The categories of vehicles for the driving of which it is valid are stated at the end of the booklet.

2)

This permit shall in no way affect the obligation of the holder to conform strictly to the laws and regulations relating to residence and to the exercise of a profession in each State through which he travels. In particular, it shall cease to be valid in a State if its holder establishes his normal residence there.

- 1) Enter here the name of the Contracting Party in which the holder is normally resident.
- 2) Space reserved for a list of the States which are Contracting Parties (optional).

**Model No. 3**

Left-hand page

<b>PARTICULARS CONCERNING THE DRIVER</b>	
Surname.....	1.
Other names <sup>1)</sup> .....	2.
Place of birth <sup>2)</sup> .....	3.
Date of birth <sup>3)</sup> .....	4.
Home address.....	5.
CATEGORIES OF VEHICLES FOR WHICH THE PERMIT IS VALID	
Motor cycles	A
Motor vehicles, other than those in category A, having a permissible maximum weight not exceeding 3,500 kg (7,700 lb) and not more than eight seats in addition to the driver's seat.	B
Motor vehicles used for the carriage of goods and whose permissible maximum weight exceeds 3,500 kg (7,700 lb).	C
Motor vehicles used for the carriage of passengers and having more than eight seats in addition to the driver's seat.	D
Combinations of vehicles of which the drawing vehicle is in a category or categories for which the driver is licensed (B and/or C and/or D), but which are not themselves in that category or categories.	E
RESTRICTIVE CONDITIONS OF USE <sup>5)</sup> ..... .....	

- 1) Father's or husband's name may be inserted here.
- 2) If the place of birth is unknown, leave blank.
- 3) If date of birth is unknown, state approximate age on date of issue of permit.
- 4) Seal or stamp of the authority or association issuing the permit. This seal or stamp shall be affixed against categories, A. B. C. D and E only if the holder is licensed to drive vehicles in the category in question.
- 5) For example, "Must wear corrective lenses", "Valid only for driving vehicle No. ....", "Vehicle must be equipped to be driven by a one-legged person".

**Model No. 3**

Right-hand page

1. ....	2. ....	3. ....	4. ....	5. ....
A      4)	B      4)	C      4)	D      4)	E      4)
<div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 100px; margin: 0 auto; display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <span style="font-size: 1.2em;">Photograph</span> </div>				4)
Signature of holder <sup>6)</sup> .....				7)
<b>DISQUALIFICATIONS:</b>				
The holder is deprived of the right to drive in the territory of ..... 7) until.....				
At ..... on ..... <sup>8)</sup> 8)				
The holder is deprived of the right to drive in the territory of ..... 7) until.....				
At ..... on ..... <sup>8)</sup> 8)				

- 6) Or thumbprint.
- 7) Name of State.
- 8) Signature and seal or stamp of the authority which has invalidated the permit in its territory. If the spaces provided for disqualifications on this page have already been used, any further disqualifications should be entered overleaf.

# Konvention über Verkehrszeichen und -signale

DIE VERTRAGSPARTEIEN,  
IN DER ERKENNTNIS, daß die internationale Einheitlichkeit der Verkehrszeichen und -signale sowie der Straßenmarkierungen notwendig ist, um den internationalen Straßenverkehr zu erleichtern und die Straßenverkehrssicherheit zu erhöhen.  
HABEN die folgenden Bestimmungen VEREINBART:

## KAPITEL I

### Allgemeines

#### Artikel 1

##### Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Konvention haben die nachstehenden Begriffe die ihnen in diesem Artikel zugeordneten Bedeutungen:

a) „Innerstaatliche Rechtsvorschriften“ einer Vertragspartei sind alle im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei in Kraft befindlichen nationalen oder örtlichen Gesetze und Regelungen;

b) „Ortschaft“ ist ein Gebiet, das bebaute Grundstücke umfaßt und dessen Ein- und Ausfahrten als solche besonders gekennzeichnet sind oder das in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften in anderer Weise bestimmt ist;

c) „Straße“ ist die gesamte Fläche jedes dem öffentlichen Verkehr dienenden Weges;

d) „Fahrbahn“ ist der Teil der Straße, der üblicherweise von den Fahrzeugen benutzt wird; eine Straße kann mehrere Fahrbahnen haben, die insbesondere durch einen Mittelstreifen oder einen Höhenunterschied deutlich voneinander getrennt sind;

e) „Fahrspur“ ist jeder der Längsstreifen, in welche die Fahrbahn unterteilt werden kann, mag er durch Straßenmarkierungen in der Längsrichtung gekennzeichnet sein oder nicht, dessen Breite für die Fortbewegung einer Kolonne mehrspuriger Kraftfahrzeuge (Artikel 1 Buchstabe n) ausreicht.

f) „Kreuzung“ ist jede höhengleiche Kreuzung, Einmündung oder Gabelung von Straßen einschließlich der durch solche Kreuzungen, Einmündungen oder Gabelungen gebildeten Plätze;

g) „Bahnübergang“ ist jede höhengleiche Kreuzung zwischen einer Straße und Eisenbahn- oder Straßenbahnschienen auf eigenem Schienenkörper;

h) „Autobahn“ ist eine Straße, die für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen besonders bestimmt und gebaut ist, zu der von den angrenzenden Grundstücken aus keine unmittelbare Zufahrt besteht und die

i) — außer an einzelnen Stellen oder vorübergehend — für beide Verkehrsrichtungen besondere Fahrbahnen hat, die durch einen nicht für den Verkehr bestimmten Mittelstreifen oder in Ausnahmefällen durch andere Mittel voneinander getrennt sind;

ii) keine höhengleiche Kreuzung mit Straßen, Eisenbahn- oder Straßenbahnschienen oder Fußwegen hat und

iii) als Autobahn besonders gekennzeichnet ist;

i) ein Fahrzeug gilt als:

i) „haltendes Fahrzeug“, wenn es während der Zeit, die zum Ein- oder Aussteigen oder zum Be- oder Entladen erforderlich ist, stillsteht;

ii) „parkendes Fahrzeug“, wenn es aus einem anderen Grunde als zur Vermeidung eines Zusammentreffens mit einem anderen Verkehrsteilnehmer oder mit einem Hindernis oder zur Einhaltung von Verkehrsvorschriften stillsteht und wenn sich sein Stillstehen nicht auf die Zeit beschränkt, die zum Ein- oder Aussteigen oder zum Be- oder Entladen erforderlich ist.

Die Vertragsparteien können jedoch die nach vorstehender Ziffer ii stillstehenden Fahrzeuge als „haltende Fahrzeuge“ ansehen, wenn die Dauer dieses Stillstehens eine durch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgesetzte zeitliche Beschränkung nicht überschreitet, und sie können die nach vorstehender Ziffer i stillstehenden Fahrzeuge als „parkende Fahrzeuge“ ansehen, wenn die Dauer dieses Stillstehens eine durch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgesetzte Zeitspanne überschreitet;

j) „Fahrrad“ ist jedes Fahrzeug mit wenigstens zwei Rädern, das ausschließlich durch die Muskelkraft auf ihm befindlicher Personen, insbesondere mit Hilfe von Pedalen oder Handkurbeln, angetrieben wird;

k) „Motorfahräder“ sind zwei- oder dreirädrige Fahrzeuge mit einem Verbrennungsmotor, dessen Zylinderinhalt 50 cm<sup>3</sup> (3,05 Kubikzoll) und dessen durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit 50 km (30 Meilen) in der Stunde nicht übersteigt. Die Vertragsparteien haben jedoch das Recht, in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften solche Fahrzeuge nicht als Motorfahräder anzusehen, die nicht hinsichtlich ihrer Verwendungsmöglichkeiten die Merkmale von Fahrrädern haben — insbesondere das Merkmal, durch Pedale angetrieben werden zu können — oder deren durch die Bauart bestimmte Höchstgeschwindigkeit, deren Gewicht oder gewisse Merkmale des Motors gegebene Grenzen übersteigen. Nichts in dieser Begriffsbestimmung ist so auszulegen, als hindere es die Vertragsparteien, hinsichtlich der Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften für den Straßenverkehr die Motorfahräder völlig den Fahrrädern gleichzustellen;

l) „Kraftrad“ ist jedes zweirädrige Fahrzeug mit oder ohne Seitenwagen, das einen Antriebsmotor hat. Die Vertragsparteien können in ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften dreirädrige Fahrzeuge mit einem Leergewicht von nicht mehr als 400 kg (900 Pfund) den Krafträdern gleichstellen. Der Begriff „Kraftrad“ schließt die Motorfahräder nicht ein; die Vertragsparteien können jedoch unter der Bedingung, daß sie nach Artikel 46 Absatz 2 eine entsprechende Erklärung abgeben, für die Anwendung dieser Konvention die Motorfahräder den Krafträdern gleichstellen;

m) „Kraftfahrzeug“\*) ist jedes auf der Straße mit eigener Kraft verkehrende Fahrzeug mit Antriebsmotor mit Ausnahme der Motorfahräder im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, die sie nicht den Krafträdern gleichgestellt haben, und mit Ausnahme der Schienenfahrzeuge;

n) „Kraftfahrzeuge“\*) im Sinne dieses Buchstabens sind nur die Kraftfahrzeuge, die üblicherweise auf der Straße zur Beförderung von Personen oder Gütern oder zum Ziehen von Fahrzeugen, die für die Personen- oder Güterbeförderung benutzt werden, dienen. Dieser Begriff schließt die Oberleitungsomnibusse — das heißt die mit einer elektrischen Leitung verbundenen und nicht auf Schienen fahrenden Fahrzeuge — ein. Er umfaßt nicht Fahrzeuge, die auf der Straße nur gelegentlich zur Beförderung von Personen oder Gütern oder zum Ziehen von Fahrzeugen, die der Personen- oder Güterbeförderung dienen, benutzt werden, wie landwirtschaftliche Zugmaschinen;

o) „Anhänger“ ist jedes Fahrzeug, das dazu bestimmt ist, an ein Kraftfahrzeug angehängt zu werden; dieser Begriff schließt die Sattelanhänger ein;

p) „Sattelanhänger“ ist jeder Anhänger, der dazu bestimmt ist, mit einem Kraftfahrzeug (Artikel 1 Buchstabe n) so verbunden zu werden, daß er teilweise auf diesem aufliegt und daß ein wesentlicher Teil seines Gewichts und des Gewichts seiner Ladung von diesem getragen wird;

q) „Führer“ ist jede Person, die ein Kraftfahrzeug oder ein anderes Fahrzeug (Fahrräder eingeschlossen) lenkt oder die auf einer Straße Vieh, einzeln oder in Herden, oder Zug-, Last- oder Reittiere leitet;

r) „höchstes zulässiges Gesamtgewicht“ ist das Höchstgewicht des beladenen Fahrzeugs, das von der zuständigen Stelle des Zulassungsstaates als zulässig erklärt wurde;

s) „Gesamtgewicht“ ist das tatsächliche Gewicht des beladenen Fahrzeugs einschließlich der Besatzung und der Fahrgäste;

t) „Verkehrsrichtung“ und „entsprechend der Verkehrsrichtung“ bedeuten rechts, wenn nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Fahrzeugführer ein entgegenkommendes Fahrzeug links vorbeilassen muß; im umgekehrten Falle bedeuten diese Ausdrücke links;

u) die Pflicht für den Fahrzeugführer, anderen Fahrzeugen „die Vorfahrt zu gewähren“ bedeutet, daß er seine Fahrt oder seine Fahrbewegung nicht fortsetzen oder wiederaufnehmen darf, wenn dies andere Fahrzeugführer dazu zwingen könnte, die Richtung oder die Geschwindigkeit ihrer Fahrzeuge unvermittelt zu ändern.

\*) Der Begriff „Kraftfahrzeug“ wird in zwei verschiedenen Bedeutungen gebraucht. Wird er ohne Zusatz gebraucht, so hat er die ihm unter Buchstabe m zugeordnete Bedeutung. Wird er mit dem Zusatz „(Artikel 1 Buchstabe n)“ gebraucht, so hat er die ihm unter Buchstabe n zugeordnete Bedeutung.



## **Artikel 2**

### **Anhänge zu dieser Konvention**

Die Anhänge zu dieser Konvention, nämlich:

- Anhang 1: Gefahrenwarnzeichen außer jenen vor Kreuzungen oder Bahnübergängen;
- Anhang 2: Vorfahrtzeichen an Kreuzungen, Gefahrenwarnzeichen vor Kreuzungen und Vorrangzeichen an Fahrbahnverengungen;
- Anhang 3: Zeichen für Bahnübergänge;
- Anhang 4: Vorschriftzeichen außer jenen für Vorrang, Halten und Parken;
- Anhang 5: Hinweiszeichen außer jenen für das Parken;
- Anhang 6: Zeichen für das Halten und Parken;
- Anhang 7: Zusatzschilder;
- Anhang 8: Straßenmarkierungen;
- Anhang 9: Farbige Wiedergabe der Zeichen, Symbole und Schilder der Anhänge 1 bis 7 sind Bestandteile dieser Konvention.

## **Artikel 3**

### **Verpflichtungen der Vertragsparteien**

(1) a) Die Vertragsparteien nehmen das in dieser Konvention beschriebene System der Verkehrszeichen und Straßenmarkierungen an und verpflichten sich, es möglichst bald einzuführen. Zu diesem Zweck:

- i) wenn diese Konvention ein Zeichen, ein Symbol oder eine Markierung festlegt, um eine Vorschrift anzuzeigen oder um den Verkehrsteilnehmern einen Hinweis zu geben, sehen die Vertragsparteien vorbehaltlich der in den Absätzen 2 und 3 vorgesehenen Fristen davon ab, ein anderes Zeichen, ein anderes Symbol oder eine andere Markierung zu verwenden, um diese Vorschrift anzuzeigen oder um diesen Hinweis zu geben;
- ii) wenn diese Konvention kein Zeichen, kein Symbol oder keine Markierung vorsieht, um eine Vorschrift anzuzeigen oder um den Verkehrsteilnehmern einen Hinweis zu geben, können die Vertragsparteien hierfür das Zeichen, das Symbol oder die Markierung verwenden, die sie einführen wollen, unter dem Vorbehalt, daß dieses Zeichen, dieses Symbol oder diese Markierung nicht in der Konvention bereits mit einer anderen Bedeutung vorgesehen ist und daß es dem von dieser festgelegten System entspricht.

b) Um die Verbesserung der Verkehrsüberwachungsverfahren zu ermöglichen und im Hinblick auf die Zweckmäßigkeit der Durchführung von Versuchen, können die Vertragsparteien, bevor sie Änderungsvorschläge zu dieser Konvention vorschlagen, zeitweilig und für Versuchszwecke auf bestimmten Straßenabschnitten von den Bestimmungen dieser Konvention abweichen.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle Zeichen, Symbole, Einrichtungen oder Markierungen, die, obwohl sie die Merkmale von Zeichen, Symbolen, Einrichtungen oder Markierungen des in dieser Konvention festgelegten Systems aufweisen, eine andere Bedeutung haben als jene, die diesen Zeichen, Symbolen, Einrichtungen oder Markierungen in dieser Konvention zukommt, spätestens innerhalb von vier Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Konvention in ihrem Hoheitsgebiet zu ersetzen oder zu vervollständigen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle dem in dieser Konvention festgelegten System nicht entsprechenden Zeichen, Symbole, Einrichtungen oder Markierungen innerhalb von 15 Jahren nach dem Inkrafttreten dieser Konvention in ihrem Hoheitsgebiet zu ersetzen. Im Laufe dieses Zeitraums und um die Verkehrsteilnehmer an das in dieser Konvention festgelegte System zu gewöhnen, können die bisherigen Zeichen und Symbole neben den in dieser Konvention vorgesehenen beibehalten werden.

(4) Nichts in dieser Konvention ist so auszulegen, als verpflichte es die Vertragsparteien, alle in dieser Konvention festgelegten Zeichen und Markierungen anzunehmen. Im Gegenteil, die Vertragsparteien sollen die Zahl der von ihnen angenommenen Zeichen und Markierungen auf das unbedingt Erforderliche beschränken.

#### Artikel 4

Die Vertragsparteien verpflichten sich zu verbieten:

a) an einem Verkehrszeichen, an dessen Träger oder an irgendeiner anderen Einrichtung zur Verkehrsregelung etwas anzubringen, was nicht in Beziehung zum Sinn und Zweck dieses Verkehrszeichens oder dieser Einrichtung steht; wenn jedoch die Vertragsparteien oder ihre nachgeordneten Organe eine Gesellschaft ohne Zweck des Gewinns ermächtigen, Hinweiszeichen aufzustellen, können sie gestatten, daß das Emblem dieser Gesellschaft auf dem Zeichen oder dessen Träger erscheint, sofern das Zeichen dadurch nicht schwerer verständlich wird;

b) Tafeln, Ankündigungen, Markierungen oder Einrichtungen anzubringen, die mit Verkehrszeichen oder anderen Einrichtungen zur Verkehrsregelung verwechselt werden können, deren Sichtbarkeit oder Wirksamkeit verringern oder die Verkehrsteilnehmer blenden oder ihre Aufmerksamkeit in einer für die Verkehrssicherheit gefährlichen Weise ablenken könnten.

## KAPITEL II

### Verkehrszeichen

#### Artikel 5

(1) Das in dieser Konvention vorgeschriebene System umfaßt folgende Gruppen von Verkehrszeichen:

a) Gefahrenwarnzeichen: diese Zeichen sollen die Verkehrsteilnehmer vor einer Gefahr auf der Straße warnen und sie über die Art der Gefahr unterrichten;

b) Vorschriftzeichen: diese Zeichen sollen die Verkehrsteilnehmer auf besondere Verpflichtungen, Beschränkungen oder Verbote hinweisen, die sie beachten müssen; sie werden unterteilt in:

- i) Vorfahrtzeichen,
- ii) Verbots- oder Beschränkungszeichen,
- iii) Gebotszeichen;

c) Hinweiszeichen: diese Zeichen sollen die Verkehrsteilnehmer leiten oder ihnen andere nützliche Hinweise geben; sie werden unterteilt in:

- i) Vorankündigungszeichen,
- ii) Wegweiser,
- iii) Straßenbezeichnungsschilder,
- iv) Ortstafeln,
- v) Bestätigungszeichen,
- vi) sonstige Zeichen, die den Führern der Fahrzeuge zweckmäßige Hinweise geben,
- vii) sonstige Zeichen, die auf Einrichtungen hinweisen, die für die Verkehrsteilnehmer von Nutzen sein können.

(2) Wo diese Konvention zwischen mehreren Zeichen oder mehreren Symbolen die Wahl läßt:

a) verpflichten sich die Vertragsparteien, für ihr gesamtes Hoheitsgebiet nur eines dieser Zeichen oder dieser Symbole anzunehmen;

b) müssen sich die Vertragsparteien auf regionaler Ebene bemühen, die gleiche Wahl zu treffen;

c) ist Artikel 3 Absatz 3 auf die nicht gewählten Zeichen und Symbole anwendbar.

#### Artikel 6

(1) Die Zeichen sind so aufzustellen, daß sie von den Führern, für die sie bestimmt sind, leicht und rechtzeitig erkannt werden können. In der Regel sind sie auf der der Verkehrsrichtung entsprechenden Straßenseite aufzustellen; sie können jedoch über der Fahrbahn angebracht oder dort wiederholt sein. Jedes auf der der Verkehrsrichtung entsprechenden Straßenseite aufgestellte Zeichen muß über oder auf der anderen Seite der Fahrbahn wiederholt werden, wenn infolge der örtlichen Verhältnisse die Gefahr besteht, daß es von den Führern, für die es bestimmt ist, nicht rechtzeitig bemerkt wird.

(2) Jedes Zeichen gilt für die Führer, für die es bestimmt ist, auf der ganzen Breite der für den Verkehr freigegebenen Fahrbahn. Es kann jedoch auch nur für einen oder mehrere durch Längsmarkierungen bezeichnete Fahrspuren der Fahrbahn gelten.

(3) Wenn nach Ansicht der zuständigen Stellen ein an der Seite einer Straße mit getrennten Fahrbahnen aufgestelltes Zeichen unzweckmäßig wäre, kann es auf dem Mittelstreifen aufgestellt werden und muß an der Seite nicht wiederholt werden.

(4) Es wird empfohlen, daß die innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorsehen, daß:

a) die Zeichen so aufzustellen sind, daß sie den Verkehr der Fahrzeuge auf der Fahrbahn und, soweit sie daneben aufgestellt sind, die Fußgänger so wenig wie möglich behindern. Der Höhenunterschied zwischen der Fahrbahn auf der Seite des Zeichens und der Unterkante des Zeichens soll auf einem Straßenzug für die Zeichen derselben Gruppe soweit wie möglich einheitlich sein;

b) die Schilder so bemessen sein müssen, daß das Zeichen von fern leicht sichtbar und, wenn man sich nähert, leicht verständlich ist; vorbehaltlich des Buchstabens c sollen diese Maße der üblichen Geschwindigkeit der Fahrzeuge Rechnung tragen;

c) die Maße der Gefahrenwarnzeichen und jene der Vorschriftzeichen im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei zu vereinheitlichen sind. Im allgemeinen gibt es vier Größen für jede Gruppe von Zeichen: klein, normal, groß und sehr groß. Die kleinen Zeichen sind zu verwenden, wenn die Umstände Zeichen normaler Größe nicht erlauben oder der Verkehr nur langsam fließen kann; sie können auch verwendet werden, um ein vorhergegangenes Zeichen zu wiederholen. Die großen Zeichen sind auf breiten Straßen mit schnellem Verkehr zu verwenden. Die sehr großen Zeichen sind auf Straßen mit sehr schnellem Verkehr, insbesondere auf den Autobahnen, zu verwenden.

#### Artikel 7

(1) Um die Verkehrszeichen, insbesondere die Gefahrenwarnzeichen und die Vorschriftzeichen außer jenen, die das Halten und Parken in den beleuchteten Straßen der Ortschaften regeln, bei Nacht besser sicht- und lesbar zu machen, wird empfohlen, daß die innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorsehen, sie zu beleuchten oder sie mit rückstrahlenden Stoffen oder Vorrichtungen zu versehen, die jedoch die Verkehrsteilnehmer nicht blenden dürfen.

(2) Nichts in dieser Konvention verbietet es, für die Übermittlung von Hinweisen, Warnungen oder Vorschriften, die nur während bestimmter Stunden oder an bestimmten Tagen gelten, Zeichen zu verwenden, die nur dann sichtbar sind, wenn die von ihnen angezeigte Regelung gilt.

#### Artikel 8

(1) Um das internationale Verständnis der Zeichen zu erleichtern, beruht das in dieser Konvention festgelegte Verkehrszeichensystem auf charakteristischen Formen und Farben jeder Gruppe von Zeichen sowie auf der möglichst weitgehenden Verwendung von ausdrucksvollen Symbolen, nicht aber von Aufschriften. Sollten Vertragsparteien es für notwendig erachten, die vorgesehenen Symbole zu ändern, so darf dies nicht zu einer Änderung ihrer wesentlichen Merkmale führen.

(2) Die Vertragsparteien, die nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii ein in der Konvention nicht vorgesehenes Zeichen oder Symbol einführen wollen, müssen sich bemühen, eine regionale Übereinkunft für dieses neue Zeichen oder Symbol zu erlangen.

(3) Nichts in dieser Konvention verbietet es, um die Verständlichkeit der Zeichen zu erleichtern, eine Aufschrift auf einem rechteckigen Schild unter den Zeichen oder auf einem rechteckigen Schild, das das Zeichen enthält, hinzuzufügen; eine solche Aufschrift kann auch auf das Zeichen selbst gesetzt werden, sofern seine Verständlichkeit für die Führer nicht beeinträchtigt wird, die die Aufschrift nicht verstehen können.

(4) Falls die zuständigen Stellen es für nützlich erachten, die Bedeutung eines Zeichens oder eines Symbols genauer darzulegen oder — bei den Vorschriftzeichen — deren Gültigkeit auf bestimmte Gruppen von Verkehrsteilnehmern oder auf bestimmte Zeiträume zu beschränken, und falls die notwendigen Hinweise nicht durch ein zusätzliches Symbol oder durch Zahlen unter den in den Anhängen zu dieser Konvention vorgesehenen Bedingungen gegeben werden können, ist unter dem Zeichen auf einem rechteckigen Schild eine Aufschrift anzubringen, welche jedoch durch ein oder mehrere auf dasselbe Schild gesetzte Symbole ersetzt oder ergänzt werden kann.

(5) Die in den Absätzen 3 und 4 angeführten Aufschriften sind in der Landessprache oder in einer oder mehreren der Landessprachen anzubringen und außerdem, wenn die betreffende Vertragspartei es für nützlich erachtet, in anderen Sprachen, insbesondere in den amtlichen Sprachen der Vereinten Nationen.

## **Gefahrenwarnzeichen**

### **Artikel 9**

(1) Der Anhang 1 enthält in Abschnitt A die Muster der Gefahrenwarnzeichen und in Abschnitt B die auf diese Zeichen zu setzenden Symbole sowie bestimmte Vorschriften für die Verwendung der genannten Zeichen. Die Gefahrenwarnzeichen und -symbole vor einer Kreuzung sind jedoch im Anhang 2 beschrieben, die Gefahrenwarnsymbole vor einem Bahnübergang im Anhang 3. Nach Artikel 46 Absatz 2 muß jeder Staat dem Generalsekretär mitteilen, ob er als Gefahrenwarnzeichen das Muster A<sup>a</sup> oder A<sup>b</sup> gewählt hat.

(2) Die Anzahl der Gefahrenwarnzeichen darf nicht unnötig vergrößert werden; sie sind jedoch immer aufzustellen, um vor besonders gefährlichen Stellen zu warnen, die auch von einem die gebotene Vorsicht beachtenden Führer nur schwer rechtzeitig zu erkennen sind.

(3) Die Gefahrenwarnzeichen müssen in einer Entfernung von der Gefahrenstelle aufgestellt werden, in der ihre Wirksamkeit bei Tag und Nacht am größten ist, unter Berücksichtigung der Straßen- und Verkehrsverhältnisse, insbesondere der üblichen Geschwindigkeit der Fahrzeuge und der Entfernung, auf die das Zeichen sichtbar ist.

(4) Die Entfernung zwischen dem Zeichen und dem Beginn der Gefahrenstelle kann auf einem Zusatzschild angegeben werden, das dem Muster 1 des Anhangs 7 entspricht und das nach den Bestimmungen des genannten Anhangs angebracht ist; diese Angabe muß erfolgen, wenn die Entfernung zwischen dem Zeichen und dem Beginn der Gefahrenstelle von den Führern nicht geschätzt werden kann und nicht so ist, wie sie sie in der Regel erwarten können.

(5) Die Gefahrenwarnzeichen können insbesondere auf den Autobahnen und den ihnen gleichgestellten Straßen wiederholt werden. Falls sie wiederholt werden, ist nach Absatz 4 die Entfernung zwischen dem Zeichen und dem Beginn der Gefahrenstelle anzugeben. Für die Gefahrenwarnzeichen vor beweglichen Brücken und Bahnübergängen können die Vertragsparteien jedoch anstelle dieses Absatzes Artikel 35 Absatz 3 oder Anhang 1 Abschnitt B Absatz 5 anwenden.

(6) Wenn ein Gefahrenwarnzeichen benutzt wird, um eine Gefahr auf einem Straßenabschnitt von einer gewissen Länge anzuzeigen (zum Beispiel aufeinanderfolgende gefährliche Kurven, Fahrbahnabschnitte in schlechtem Zustand), und wenn es für wünschenswert gehalten wird, die Länge dieses Abschnitts anzugeben, muß dieser Hinweis auf einem Zusatzschild nach Muster 2 des Anhangs 7, das diesem Anhang entsprechend anzubringen ist, gegeben werden.

## **Vorschriftzeichen außer jenen für das Halten oder Parken**

### **Artikel 10**

#### **Vorfahrtzeichen**

(1) Die Zeichen, die dazu bestimmt sind, den Verkehrsteilnehmern besondere Vorfahrtregeln an Kreuzungen anzuzeigen, sind die im Anhang 2 Abschnitt A beschriebenen Zeichen B 1, B 2, B 3 und B 4. Die Zeichen, die dazu bestimmt sind, den Verkehrsteilnehmern einen Vorrang an Straßenverengungen anzuzeigen, sind die im Anhang 2 Abschnitt C beschriebenen Zeichen B 5 und B 6.

(2) Das Zeichen B 1 „VORFAHRT GEWÄHREN“ wird verwendet, um anzuzeigen, daß die Führer an der Kreuzung, an der das Zeichen aufgestellt ist, den auf der Straße, der sie sich nähern, verkehrenden Fahrzeugen die Vorfahrt gewähren.

(3) Das Zeichen B 2 „HALT“ wird verwendet, um anzuzeigen, daß die Führer an der Kreuzung, an der das Zeichen aufgestellt ist, anhalten müssen, bevor sie in die Kreuzung einfahren, und daß sie den auf der Straße, der sie sich nähern, verkehrenden Fahrzeugen die Vorfahrt gewähren müssen. Nach Artikel 46 Absatz 2 muß jeder Staat dem Generalsekretär mitteilen, ob er für das Zeichen „HALT“ das Muster B 2<sup>a</sup> oder B 2<sup>b</sup> gewählt hat.

(4) Das Zeichen B 2 ist anderswo als an einer Kreuzung aufzustellen, wenn die zuständigen Stellen es für nötig erachten, den Führern anzuzeigen, daß sie auf der Höhe des Zeichens anhalten müssen und erst weiterfahren dürfen, nachdem sie sich vergewissert haben, daß sie es ohne Gefahr tun können.

(5) Die Zeichen B 1 und B 2 sind in unmittelbarer Nähe der Kreuzung, möglichst an der Stelle aufzustellen, an der die Fahrzeuge anhalten müssen, oder über die sie, um die Vorfahrt zu gewähren, nicht hinausfahren dürfen.

(6) Das Zeichen A mit dem Symbol A 23 oder dem Symbol A 24 kann zur Vorankündigung der Zeichen B 1 oder B 2 verwendet werden. In den Staaten jedoch, die als Gefahrenwarnzeichen das Zeichen A<sup>a</sup> verwenden, können zur Vorankündigung des Zeichens B 1 oder B 2 mit diesem identischen Zeichen verwendet werden, die durch ein Zusatzschild nach Muster 1 des Anhangs 7 ergänzt werden.

(7) Das Zeichen B 3 „VORFAHRTSTRASSE“ kann verwendet werden, um den Benutzern einer Straße anzuzeigen, daß an den Kreuzungen dieser Straße mit anderen Straßen die Führer von Fahrzeugen, die auf diesen anderen Straßen verkehren oder aus diesen anderen Straßen kommen, verpflichtet sind, den auf der genannten Straße verkehrenden Fahrzeugen die Vorfahrt zu gewähren. Dieses Zeichen kann am Anfang der Straße aufgestellt und nach jeder Kreuzung wiederholt werden; es kann überdies vor oder auf der Kreuzung aufgestellt werden. Wenn auf einer Straße das Zeichen B 3 aufgestellt worden ist, muß das Zeichen B 4 „ENDE DER VORFAHRT“ an der Stelle aufgestellt werden, an der die Straße aufhört, Vorfahrt gegenüber den anderen Straßen zu haben. Das Zeichen B 4 kann ein- oder mehrmals vor der Stelle, an der die Vorfahrt endet, wiederholt werden; das oder die vor dieser Stelle aufgestellten Zeichen müssen dann mit einem Zusatzschild nach Muster 1 des Anhangs 7 versehen sein.

(8) Wenn auf einer Straße eine Kreuzung durch ein Gefahrenwarnzeichen mit einem der Symbole A 22 angekündigt wird oder wenn die Straße an der Kreuzung eine entsprechend Absatz 7 durch Zeichen B 3 als solche angezeigte Vorfahrtstraße ist, muß auf allen anderen Straßen an der Kreuzung ein Zeichen B 1 oder B 2 aufgestellt werden; die Zeichen B 1 oder B 2 müssen jedoch nicht aufgestellt werden auf Straßen wie Fuß- und Feldwegen, wo die Führer selbst beim Fehlen dieser Zeichen an der Kreuzung die Vorfahrt gewähren müssen. Ein Zeichen B 2 ist nur aufzustellen, wenn die zuständigen Stellen es für nützlich erachten, die Führer zum Anhalten zu verpflichten, und zwar insbesondere wegen der schlechten Sicht auf die zu beiden Seiten der Kreuzung liegenden Abschnitte der Straße.

## Artikel 11

### Verbots- oder Beschränkungszeichen

Im Anhang 4 Abschnitt A werden die Verbots- oder Beschränkungszeichen außer jenen für das Halten oder Parken beschrieben und ihre Bedeutung erklärt. In diesem Anhang werden auch die Zeichen beschrieben, die das Ende dieser Verbote oder Beschränkungen anzeigen.

## Artikel 12

### Gebotszeichen

Im Anhang 4 Abschnitt B werden die Gebotszeichen beschrieben und ihre Bedeutung erklärt.

## Artikel 13

### Gemeinsame Vorschriften für die im Anhang 4 beschriebenen Zeichen

(1) Die Verbots- oder Beschränkungszeichen und die Gebotszeichen sind in unmittelbarer Nähe der Stelle aufzustellen, an der das Gebot, die Beschränkung oder das Verbot beginnt, und sie können wiederholt werden, wenn die zuständigen Stellen es für notwendig erachten. Wenn die zuständigen Stellen aus Gründen der Sichtbarkeit oder, um die Verkehrsteilnehmer im voraus zu unterrichten, es für nützlich erachten, können diese Zeichen jedoch in einem angemessenen Abstand vor der Stelle aufgestellt

werden, an der das Gebot, die Beschränkung oder das Verbot gilt. Unter den Zeichen, die vor der Stelle aufgestellt werden, an der das Gebot, die Beschränkung oder das Verbot beginnt, ist ein Zusatzschild nach Muster 1 des Anhangs 7 anzubringen.

(2) Die Vorschriftzeichen, die bei oder kurz nach einem Zeichen aufgestellt sind, das den Namen der Ortschaft angibt, bedeuten, daß die Regelung in der ganzen Ortschaft gilt, soweit nicht auf bestimmten Straßenabschnitten in der Ortschaft durch andere Zeichen eine andere Regelung angezeigt wird.

## **Hinweiszeichen außer jenen für das Parken**

### **Artikel 14**

(1) Im Anhang 5 werden die Zeichen beschrieben, die den Verkehrsteilnehmern nützliche Hinweise geben — außer den Zeichen für das Parken — oder es werden Beispiele sowie bestimmte Vorschriften für ihre Verwendung angeführt.

(2) Die auf den Hinweiszeichen nach Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe c Ziffern i bis v erscheinenden Worte sind in den Ländern, die nicht das lateinische Alphabet benutzen, in der Landessprache und in einer Umschreibung in lateinischen Buchstaben wiederzugeben, die soweit wie möglich die Aussprache in der Landessprache angibt.

(3) In den Ländern, die nicht das lateinische Alphabet benutzen, können die Worte in lateinischen Buchstaben entweder auf demselben Zeichen sein wie die Worte in der Landessprache oder auf einem Wiederholungszeichen.

(4) Kein Zeichen darf Aufschriften in mehr als zwei Sprachen tragen.

### **Artikel 15**

#### **Vorwegweiser**

Die Vorwegweiser sind in einer solchen Entfernung von der Kreuzung aufzustellen, daß unter Berücksichtigung der Straßen- und Verkehrsverhältnisse, insbesondere der üblichen Geschwindigkeit der Fahrzeuge und der Entfernung, auf der diese Zeichen sichtbar sind, ihre Wirksamkeit bei Tag und bei Nacht am besten ist; diese Entfernung kann in den Ortschaften etwa 50 m (55 Yards) nicht übersteigen, muß aber auf Autobahnen und Schnellverkehrsstraßen mindestens 500 m (550 Yards) betragen. Die Zeichen können wiederholt werden. Ein unter dem Zeichen angebrachtes Zusatzschild kann die Entfernung zwischen dem Zeichen und der Kreuzung angeben; diese Entfernung kann auch auf dem unteren Teil des Zeichens selbst angegeben werden.

### **Artikel 16**

#### **Wegweiser**

(1) Auf einem Wegweiser können die Namen mehrerer Orte angegeben werden. Diese Namen müssen dann auf dem Zeichen untereinander stehen. Größere Buchstaben dürfen nur für den Namen des wichtigsten Ortes verwendet werden.

(2) Wenn Entfernungen angegeben werden, müssen die entsprechenden Zahlen immer auf die gleiche Höhe neben den Namen des Ortes gesetzt werden. Auf Wegweisern in der Form eines Pfeiles sind diese Zahlen zwischen den Namen des Ortes und die Pfeilspitze zu setzen; auf den rechteckigen Zeichen sind sie nach dem Namen des Ortes zu setzen.

### **Artikel 17**

#### **Straßenbezeichnungsschilder**

Die Zeichen, die die Straßen mit Zahlen, Buchstaben oder einer Kombination von Zahlen und Buchstaben oder mit einem Namen bezeichnen, enthalten diese Angaben in einem Rechteck oder in einem wappenförmigen Rahmen. Die Vertragsparteien, die ein System der Straßenklassifizierung haben, können jedoch das Rechteck durch ein Klassifizierungssymbol ersetzen.

## **Artikel 18**

### **Ortstafeln**

(1) Die Ortstafeln können dazu verwendet werden, die Grenze zwischen zwei Ländern oder die Grenze zwischen zwei Verwaltungsbezirken desselben Landes oder den Namen einer Ortschaft, eines Flusses, eines Gebirgspasses, einer landschaftlichen Sehenswürdigkeit und so weiter anzugeben.

(2) Die Zeichen E 9<sup>a</sup> oder E 9<sup>b</sup> werden an den Ortseingängen aufgestellt; die Zeichen E 9<sup>c</sup> oder E 9<sup>d</sup> werden an den Ortsausgängen aufgestellt. Auf Grund der innerstaatlichen Rechtsvorschriften können diese Zeichen den Verkehrsteilnehmern die Verkehrsregelung anzeigen, die in den Ortschaften von den Zeichen E 9<sup>a</sup> oder E 9<sup>b</sup> an bis zu den Zeichen E 9<sup>c</sup> oder E 9<sup>d</sup> gilt, soweit nicht durch andere Zeichen auf bestimmten Straßenabschnitten der Ortschaft eine andere Regelung angezeigt worden ist. Das Zeichen B 4 muß jedoch immer aufgestellt werden, wenn auf den mit dem Zeichen B 3 gekennzeichneten Vorfahrtstraßen die Vorfahrt bei der Durchfahrt durch die Ortschaft endet.

(3) Die Ortstafeln mit anderen Angaben als dem Namen der Ortschaft müssen von den Zeichen E 9<sup>a</sup> bis E 9<sup>d</sup> völlig verschieden sein, insbesondere hinsichtlich der Farbe.

## **Artikel 19**

### **Bestätigungszeichen**

Die Bestätigungszeichen sollen, wenn die zuständigen Stellen es für notwendig erachten, die Richtung der Straße bestätigen, zum Beispiel an der Ausfahrt aus großen Ortschaften. Entsprechend Artikel 16 Absatz 1 tragen diese die Namen eines oder mehrerer Orte. Wenn Entfernungen angegeben werden, stehen die entsprechenden Zahlen nach dem Ortsnamen.

## **Artikel 20**

### **Zeichen an den Fußgängerüberwegen**

Das Zeichen E 11<sup>a</sup> oder E 11<sup>b</sup> ist an den Fußgängerüberwegen aufzustellen, wenn die zuständigen Stellen es für nützlich erachten.

## **Artikel 21**

### **Gemeinsame Vorschriften für die verschiedenen Hinweiszeichen**

(1) Die in den Artikeln 15 bis 20 angeführten Hinweiszeichen werden dort aufgestellt, wo die zuständigen Stellen es für nützlich erachten. Die anderen Hinweiszeichen werden unter Berücksichtigung des Artikels 6 Absatz 1 nur da aufgestellt, wo die zuständigen Stellen es für unerlässlich erachten; insbesondere sind die Zeichen F 2 bis F 7 nur auf den Straßen aufzustellen, an denen Pannenhilfen, Tankstellen, Hotels oder Gasthäuser selten sind.

(2) Die Hinweiszeichen können wiederholt werden. Ein unter das Zeichen gesetztes Zusatzschild kann die Entfernung zwischen dem Zeichen und der angezeigten Stelle angeben; diese Entfernung kann auch auf dem unteren Teil des Zeichens selbst angegeben werden.

## **Zeichen für das Halten und Parken**

### **Artikel 22**

In Anhang 6 Abschnitt A sind die Zeichen beschrieben, die das Halten oder Parken verbieten oder beschränken, und in Abschnitt B die anderen Zeichen, die nützliche Hinweise für das Parken geben; die Bedeutung dieser Zeichen wird erläutert und bestimmte Vorschriften für ihre Verwendung werden gegeben.

## **KAPITEL III**

### **Lichtsignale**

#### **Artikel 23**

##### **Signale für die Regelung des Fahrzeugverkehrs**

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 12 sind die einzelnen Lichter, die als Lichtsignale für die Regelung des Fahrzeugverkehrs verwendet werden, außer jenen, die nur für öffentliche Verkehrsmittel bestimmt sind, die folgenden und haben die nachstehende Bedeutung:

a) Nichtblinkende Lichter:

- i) das grüne Licht bedeutet die Erlaubnis weiterzufahren; jedoch gibt ein zur Verkehrsregelung an einer Kreuzung bestimmtes grünes Licht den Führern nicht die Erlaubnis zum Weiterfahren, wenn in ihrer Fahrtrichtung die Straße derartig verstopft ist, daß sie beim Phasenwechsel die Kreuzung voraussichtlich nicht verlassen könnten, wenn sie in diese einführen.
- ii) das rote Licht bedeutet das Verbot weiterzufahren; die Fahrzeuge dürfen nicht über die Haltlinie oder wo keine Haltlinie vorhanden ist, nicht über die Höhe des Signals hinausfahren, oder, wenn das Signal in der Mitte oder auf der anderen Seite der Kreuzung angebracht ist, nicht in die Kreuzung oder auf einen Fußgängerüberweg an der Kreuzung fahren.
- iii) das gelbe Licht, das nur allein oder gleichzeitig mit dem roten Licht gezeigt werden darf, bedeutet, wenn es allein erscheint, daß kein Fahrzeug über die Haltlinie oder die Höhe des Signals hinausfahren darf, es sei denn, es befindet sich beim Aufleuchten des Lichtes so nahe daran, daß es nicht mehr sicher vor der Haltlinie oder in Höhe des Signals angehalten werden kann. Falls das Signal in der Mitte oder auf der anderen Seite einer Kreuzung angebracht ist, bedeutet das Aufleuchten des gelben Lichtes, daß ein Fahrzeug weder in die Kreuzung einfahren noch auf einen Fußgängerüberweg an der Kreuzung fahren darf, es sei denn, es befindet sich beim Aufleuchten des Lichtes so nahe daran, daß es nicht mehr sicher vor der Kreuzung oder vor dem Fußgängerüberweg angehalten werden kann. Wenn es zugleich mit dem roten Licht erscheint, kündigt es einen bevorstehenden Phasenwechsel an, ohne jedoch das durch das rote Licht bezeichnete Verbot weiterzufahren aufzuheben.

b) Blinklichter:

- i) ein rotes Blinklicht oder zwei rote Lichter, die abwechselnd so blinken, daß das eine aufleuchtet, wenn das andere erlischt, und die auf demselben Träger in derselben Höhe angebracht sind und in dieselbe Richtung strahlen; sie bedeuten, daß die Fahrzeuge nicht über die Haltlinie oder, wenn keine vorhanden ist, über die Höhe des Signals hinausfahren dürfen; diese Lichter dürfen nur an Bahnübergängen und an den Zufahrten zu beweglichen Brücken oder zu den Anlegestellen von Fähren sowie dazu benutzt werden, um das Weiterfahren zu verbieten wegen der Ausfahrt von Feuerwehrfahrzeugen auf die Straße oder weil ein Flugzeug die Straße in geringer Höhe überfliegt.
- ii) ein gelbes Blinklicht oder zwei abwechselnd blinkende gelbe Lichter bedeuten, daß die Führer weiterfahren können, jedoch mit besonderer Vorsicht.

(2) Die Signale des Drei-Farben-Systems setzen sich aus drei nichtblinkenden Lichtern, nämlich rot, gelb und grün zusammen; das grüne Licht darf nur aufleuchten, wenn das rote und das gelbe Licht erloschen sind.

(3) Die Signale des Zwei-Farben-Systems setzen sich aus einem nichtblinkenden roten Licht und einem nichtblinkenden grünen Licht zusammen. Das rote und das grüne Licht dürfen nicht gleichzeitig aufleuchten. Die Signale des Zwei-Farben-Systems sind vorbehaltlich der Frist nach Artikel 3 Absatz 3 nur in vorübergehend für den Ersatz der bestehenden Anlagen errichteten Anlagen zu verwenden.

(4) Die in den Absätzen 2 und 3 angeführten Lichter des Drei- und Zwei-Farben-Systems müssen entweder senkrecht oder waagrecht angeordnet sein.

(5) Wenn die Lichter senkrecht angeordnet sind, muß das rote Licht oben, wenn sie waagrecht angeordnet sind, muß es auf der der Verkehrsrichtung entgegengesetzten Seite angeordnet sein.

(6) Bei dem Drei-Farben-System muß das gelbe Licht in der Mitte angeordnet sein.

(7) Alle Lichter der in den Absätzen 2 und 3 angeführten Signale des Drei- und Zwei-Farben-Systems sowie die im Absatz 1 angeführten roten Blinklichter müssen rund sein.

(8) Ein gelbes Blinklicht kann allein angebracht werden; ein solches Licht kann in den verkehrsschwachen Stunden auch die Lichter des Drei-Farben-Systems ersetzen.

(9) Wenn das grüne Licht des Drei-Farben-Systems einen oder mehrere Pfeile aufweist, bedeutet das Aufleuchten dieses oder dieser Pfeile, daß die Fahrzeuge nur in der angezeigten Richtung weiterfahren dürfen. Bei Pfeilen, die die Geradeausfahrt erlauben, ist die Spitze nach oben gerichtet.

(10) Befinden sich in einem Signal des Drei-Farben-Systems ein oder mehrere zusätzliche grüne Lichter mit einem oder mehreren Pfeilen, so bedeutet das Aufleuchten dieses oder dieser zusätzlichen Pfeile, daß die Fahrzeuge in der durch den Pfeil angegebenen Richtung oder in den durch die



Pfeile angegebenen Richtungen weiterfahren dürfen, unabhängig davon, in welcher Phase sich das Drei-Farben-System zu dieser Zeit befindet; es bedeutet auch, daß die Führer von Fahrzeugen auf einer Fahrspur, die entweder dem Verkehr in der durch den Pfeil angezeigten Richtung vorbehalten ist oder die dieser Verkehr benutzen muß, in der angezeigten Richtung weiterfahren müssen, falls sie durch Stillstehen den Verkehr der hinter ihnen auf derselben Fahrspur befindlichen Fahrzeuge aufhalten und immer vorausgesetzt, daß sie die Fahrzeuge des Verkehrsstroms, in den sie sich einreihen, vorbeifahren lassen und Fußgänger nicht in Gefahr bringen. Diese zusätzlichen grünen Lichter sind vorzugsweise in gleicher Höhe wie das normale grüne Licht anzubringen.

(11) Sind über die durch Längsmarkierungen gekennzeichneten Fahrspuren einer Fahrbahn mit mehr als zwei Fahrspuren grüne oder rote Lichter angebracht, so bedeutet das rote Licht das Verbot, das grüne Licht die Erlaubnis, die Fahrspur, über die es sich befindet, zu benutzen. Das so angebrachte rote Licht muß die Form von zwei gekreuzten Schrägbalken und das grüne Licht die Form eines Pfeils mit nach unten gerichteter Spitze haben.

(12) Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften können vorsehen, daß an bestimmten Bahnübergängen ein mondweißes Blinklicht mit langsamer Blinkfolge aufzustellen ist, das die Erlaubnis zur Weiterfahrt anzeigt.

(13) Sind die Lichtsignale nur für Radfahrer bestimmt, so ist diese Beschränkung, wenn es nötig ist, um Verwechslungen zu vermeiden, durch die Silhouette eines Fahrrads auf dem Signal selbst oder durch ein Signal im Kleinformat anzuzeigen, das durch ein rechteckiges Schild ergänzt wird, auf dem ein Fahrrad dargestellt ist.

## Artikel 24

### Nur für Fußgänger bestimmte Signale

(1) Die einzigen Lichter, die als Lichtsignale nur für Fußgänger verwendet werden, sind die folgenden und haben die nachstehende Bedeutung:

a) Nichtblinkende Lichter:

- i) das grüne Licht zeigt den Fußgängern an, daß sie gehen dürfen;
- ii) das gelbe Licht verbietet den Fußgängern zu gehen; diejenigen aber, die sich bereits auf der Fahrbahn befinden, dürfen weitergehen;
- iii) das rote Licht verbietet den Fußgängern, die Fahrbahn zu betreten.

b) Blinklichter:

das grüne Blinklicht bedeutet, daß das Ende der Zeitspanne, während der die Fußgänger die Fahrbahn überqueren dürfen, bevorsteht und daß das rote Licht gleich aufleuchten wird.

(2) Für Fußgänger sind vorzugsweise Lichtsignale des Zwei-Farben-Systems mit zwei Lichtern, rot und grün, zu verwenden; jedoch ist auch das Drei-Farben-System mit drei Lichtern rot, gelb und grün zulässig. Es dürfen niemals zwei Lichter gleichzeitig aufleuchten.

(3) Die Lichter sind senkrecht untereinander anzuordnen, wobei das rote Licht immer oben und das grüne immer unten ist. Das rote Licht hat vorzugsweise die Form eines stehenden Fußgängers oder stehender Fußgänger und das grüne Licht die Form eines gehenden Fußgängers oder gehender Fußgänger.

(4) Die Beschaffenheit und Anbringung der Lichtsignale für Fußgänger müssen jede Möglichkeit ausschließen, daß Fahrzeugführer sie irrtümlich für Lichtsignale zur Regelung des Fahrzeugverkehrs halten.

## KAPITEL IV

### Straßenmarkierungen

#### Artikel 25

Die Fahrbahnmarkierungen (Straßenmarkierungen) werden, wenn es die zuständige Stelle für nötig erachtet, verwendet, um den Verkehr zu regeln oder die Verkehrsteilnehmer zu warnen oder zu leiten. Sie können entweder allein oder zusammen mit anderen Zeichen verwendet werden, um deren Bedeutung zu verstärken oder zu verdeutlichen.

## Artikel 26

(1) Eine Längsmarkierung, die aus einer ununterbrochenen Linie auf der Fahrbahn besteht, bedeutet, daß es jedem Fahrzeug verboten ist, sie zu überqueren oder über ihr zu fahren, sowie, wenn die Markierung die beiden Fahrtrichtungen trennt, auf der der Verkehrsrichtung entgegengesetzten Seite dieser Markierung zu fahren. Eine aus zwei ununterbrochenen Linien bestehende Längsmarkierung hat dieselbe Bedeutung.

(2) a) Eine Längsmarkierung, die aus einer unterbrochenen Linie auf der Fahrbahn besteht, bedeutet kein Verbot, sondern dient dazu,

- i) die Fahrspuren zu begrenzen, um den Verkehr zu leiten, oder
- ii) eine ununterbrochene Linie und das durch diese angezeigte Verbot oder einen anderen Straßenabschnitt mit besonderer Gefahr anzukündigen.

b) Das Verhältnis zwischen Strichabstand und Strichlänge muß bei den nach Buchstabe a Ziffer ii verwendeten unterbrochenen Linien deutlich geringer sein als bei den nach Buchstabe a Ziffer i.

(3) Besteht eine Längsmarkierung auf der Fahrbahn aus einer ununterbrochenen neben einer unterbrochenen Linie, so müssen die Führer nur die auf ihrer Seite befindliche Linie berücksichtigen. Diese Bestimmung hindert die Führer, die in zulässiger Weise überholt haben, nicht, ihren vorgeschriebenen Platz auf der Fahrbahn wieder einzunehmen.

(4) Keine Längsmarkierungen im Sinne dieses Artikels sind Längslinien, die die Fahrbahnränder abgrenzen, um sie besser sichtbar zu machen, oder die in Verbindung mit Querlinien Parkplätze auf der Fahrbahn abgrenzen.

## Artikel 27

(1) Eine Quermarkierung, die aus einer ununterbrochenen Linie oder aus zwei solcher Linien nebeneinander besteht und über die Breite eines oder mehrerer Fahrspuren angebracht ist, bezeichnet die Linie, hinter der die Führer entsprechend dem Zeichen B 2 „HALT“ nach Artikel 10 Absatz 3 anhalten müssen. Eine solche Markierung kann auch verwendet werden, um die Linie zu bezeichnen, hinter der die Führer entsprechend einem Lichtsignal, einem Zeichen eines Verkehrspolizisten oder vor einem Bahnübergang anhalten müssen. Vor Markierungen, die das Zeichen B 2 ergänzen, kann auf der Fahrbahn das Wort „STOP“ angebracht werden.

(2) Sofern dies nicht technisch unmöglich ist, ist die in Absatz 1 beschriebene Quermarkierung überall da anzubringen, wo ein Zeichen B 2 aufgestellt ist.

(3) Eine Quermarkierung, die aus einer unterbrochenen Linie oder aus zwei solcher Linien nebeneinander besteht und über die Breite einer oder mehrerer Fahrspuren angebracht ist, bezeichnet die Linie, die die Fahrzeuge normalerweise nicht überfahren dürfen, wenn sie aufgrund des in Artikel 10 Absatz 2 festgelegten Zeichens B 1 „VORFAHRT GEWÄHREN“ die Vorfahrt zu gewähren haben. Um auf das Zeichen B 1 hinzuweisen, kann vor einer solchen Markierung ein Dreieck mit breitem Rand, dessen eine Seite parallel zur Markierung und die dieser Seite gegenüberliegende Spitze gegen die sich nähernden Fahrzeuge gerichtet ist, auf der Fahrbahn angebracht werden.

(4) Um Fußgängerüberwege zu markieren, sind vorzugsweise ziemlich breite Streifen parallel zur Fahrbahnachse anzubringen.

(5) Um Radfahrüberwege zu markieren, sind Querlinien oder andere Markierungen anzubringen, die nicht mit den an den Fußgängerüberwegen angebrachten Markierungen verwechselt werden können.

## Artikel 28

(1) Andere Markierungen auf der Fahrbahn wie Pfeile, parallele oder schräge Streifen oder Aufschriften können verwendet werden, um die Angaben der Zeichen zu wiederholen oder um den Verkehrsteilnehmern Hinweise zu geben, die ihnen durch Zeichen nicht in angemessener Weise gegeben werden können. Solche Markierungen sind insbesondere zu verwenden, um die Grenzen der Parkzonen oder -streifen, die Haltestellen für Omnibusse oder Oberleitungsomnibusse, an denen das Parken verboten ist sowie den Einordnungsbereich vor den Kreuzungen zu bezeichnen. Ist jedoch auf einer durch Längsmarkierungen in Fahrspuren aufgeteilten Fahrbahn ein Pfeil angebracht, so müssen die Führer der Richtung oder einer der Richtungen folgen, die auf der Fahrspur auf der sie sich befinden, angezeigt sind.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 27 Absatz 4 hinsichtlich der Fußgängerüberwege bedeutet die Markierung einer Fahrbahnfläche oder einer etwas höher als die Fahrbahn gelegenen Fläche mit

parallelen Schrägstreifen, die durch eine ununterbrochene oder unterbrochene Linie umgrenzt sind, daß bei ununterbrochener Linie Fahrzeuge diese Fläche nicht befahren dürfen und, bei unterbrochener Linie, Fahrzeuge die Fläche ebenfalls nicht befahren dürfen, es sei denn, daß diese Fahrbewegung offensichtlich gefahrlos ausgeführt werden kann oder nur dazu dient, auf eine Querstraße auf der anderen Seite der Fahrbahn zu gelangen.

(3) Eine Zickzacklinie am Fahrbahnrand bedeutet, daß das Parken auf dieser Fahrbahnseite im Bereich der Linie verboten ist.

#### **Artikel 29**

(1) Die Fahrbahnmarkierungen nach den Artikeln 26 bis 28 können auf die Fahrbahn aufgemalt oder auf jede andere Weise angebracht sein, vorausgesetzt, daß dies ebenso wirksam ist.

(2) Sind die Fahrbahnmarkierungen aufgemalt, so müssen sie gelb oder weiß sein; für die Markierungen zur Bezeichnung der Stellen, an denen das Parken erlaubt oder beschränkt ist, kann jedoch blaue Farbe verwendet werden. Werden im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei die beiden Farben gelb und weiß verwendet, so müssen die Markierungen derselben Art von derselben Farbe sein. Im Sinne dieses Absatzes erstreckt sich der Begriff „weiß“ auch auf die Farbtöne silberfarben oder hellgrau.

(3) Straßenmarkierungen in Form von Aufschriften, Symbolen oder Pfeilen sollen infolge des sehr kleinen Winkels, in dem diese Aufschriften, Symbole oder Pfeile von den Führern gesehen werden, in der Verkehrsrichtung beträchtlich verlängert werden.

(4) Es wird empfohlen, die für den fließenden Verkehr bestimmten Straßenmarkierungen rückstrahlend auszugestalten, wenn es die Verkehrsdichte erfordert und wenn die Beleuchtung ungenügend ist oder fehlt.

#### **Artikel 30**

Anhang 8 enthält eine Zusammenstellung von Empfehlungen über Form und Ausgestaltung der Straßenmarkierungen.

### **KAPITEL V**

## **Verschiedenes**

#### **Artikel 31**

##### **Kennzeichnung der Baustellen**

(1) Die Grenzen von Baustellen auf der Fahrbahn müssen deutlich gekennzeichnet sein.

(2) Wenn der Umfang der Baustellen und des Verkehrs es rechtfertigt, ist zur Kennzeichnung der Grenzen von Baustellen auf der Fahrbahn durchgehendes oder unterbrochenes Sperrzeug aufzustellen, das mit weißen und roten, gelben und roten, schwarzen und weißen oder schwarzen und gelben Streifen bemalt und außerdem bei Nacht, wenn das Sperrzeug nicht rückstrahlend ausgestaltet ist, mit Lichtern und Rückstrahlvorrichtungen versehen ist. Diese Rückstrahlvorrichtungen und Lichter müssen rot oder dunkelgelb, Blinklichter aber dunkelgelb sein. Jedoch

a) können die Lichter und Vorrichtungen weiß sein, die nur in einer Verkehrsrichtung sichtbar sind und die die gegenüber dieser Verkehrsrichtung befindlichen Grenzen der Baustelle kennzeichnen;

b) können die Lichter und Vorrichtungen weiß oder hellgelb sein, die die Grenzen einer die beiden Verkehrsrichtungen trennenden Baustelle kennzeichnen.

#### **Artikel 32**

##### **Kennzeichnung durch Lichter oder Rückstrahlvorrichtungen**

Jede Vertragspartei hat für ihr gesamtes Hoheitsgebiet dieselbe Farbe oder dasselbe Farbensystem für die zur Kennzeichnung des Fahrbahnrandes verwendeten Lichter oder Rückstrahlvorrichtungen anzunehmen.

## **Bahnübergänge**

### **Artikel 33**

(1) a) Wenn an einem Bahnübergang eine Warnanlage angebracht ist, um die Annäherung der Züge oder das unmittelbar bevorstehende Schließen der Schranken oder Halbschranken anzuzeigen, muß sie aus einem roten Blinklicht oder aus abwechselnd blinkenden roten Lichtern bestehen, wie es in Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b vorgesehen ist. Jedoch

- i) können die roten Blinklichter durch ein in Artikel 23 Absatz 2 beschriebenes Lichtsignal des Drei-Farben-Systems (rot, gelb, grün) oder durch ein solches Zeichen, in dem das grüne Licht fehlt, ergänzt oder ersetzt werden, wenn sich an der Straße kurz vor dem Bahnübergang andere Drei-Farben-Lichtsignale befinden oder wenn der Bahnübergang mit Schranken versehen ist;
- ii) kann an Feldwegen, wo der Verkehr sehr gering ist, und an Wegen für Fußgänger nur ein akustisches Zeichen verwendet werden.

b) In allen Fällen können die Lichtsignale durch ein akustisches Zeichen ergänzt werden.

(2) Die Lichtsignale sind an dem der Verkehrsrichtung entsprechenden Fahrbahnrand aufzustellen; wenn die Umstände — beispielsweise die Sichtbarkeit der Signale oder die Verkehrsdichte — es verlangen, sind die Signale auf der anderen Straßenseite zu wiederholen. Wenn es jedoch aufgrund der örtlichen Verhältnisse zweckmäßig ist, können die Lichter auf einer Verkehrsinsel in der Mitte der Fahrbahn wiederholt oder über der Fahrbahn angebracht werden.

(3) Nach Artikel 10 Absatz 4 kann das Zeichen B 2 „HALT“ an einem Bahnübergang ohne Schranken oder Halbschranken oder ohne Lichtsignale, die die Zugannäherung anzeigen, aufgestellt werden; an den mit diesem Zeichen versehenen Bahnübergängen müssen die Führer an der Haltlinie oder beim Fehlen einer solchen in Höhe des Zeichens anhalten und dürfen ihren Weg erst fortsetzen, nachdem sie sich vergewissert haben, daß sich kein Zug nähert.

### **Artikel 34**

(1) An Bahnübergängen mit Schranken oder mit versetzt auf beiden Seiten des Bahnkörpers angebrachten Halbschranken bedeuten diese quer über die Straße heruntergelassenen Schranken oder Halbschranken, daß kein Verkehrsteilnehmer über die nächstgelegene Schranke oder Halbschranke hinaus seinen Weg fortsetzen darf; das Schließen der Schranken und das Schließen der Halbschranken haben die gleiche Bedeutung.

(2) Das Aufleuchten des roten Lichtes oder der roten Lichter, die in Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a genannt sind, oder das Ertönen des dort genannten akustischen Zeichens bedeutet gleichfalls, daß kein Verkehrsteilnehmer über die Haltlinie oder, wenn keine vorhanden ist, über das Signal hinaus seinen Weg fortsetzen darf. Das Aufleuchten des gelben Lichtes des in Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i genannten Drei-Farben-Systems bedeutet, daß kein Verkehrsteilnehmer über die Haltlinie oder, wenn keine vorhanden ist, über das Signal hinaus seinen Weg fortsetzen darf, es sei denn, ein Fahrzeug befindet sich beim Aufleuchten des gelben Lichtes so nahe an dem Signal, daß es vor diesem nicht mehr sicher angehalten werden kann.

### **Artikel 35**

(1) Die Schranken und Halbschranken an Bahnübergängen sind mit roten und weißen, roten und gelben, schwarzen und weißen oder gelben und schwarzen Streifen deutlich zu kennzeichnen. Sie dürfen jedoch nur weiß oder nur gelb bemalt sein, wenn sie in der Mitte mit einer großen runden roten Scheibe versehen sind.

(2) An allen Bahnübergängen ohne Schranken oder Halbschranken ist in unmittelbarer Nähe des Bahnkörpers das in Anhang 3 beschriebene Zeichen B 7 aufzustellen. Wenn die Annäherung der Züge durch Lichtsignale angezeigt wird oder ein Zeichen B 2 „HALT“ vorhanden ist, muß das Zeichen B 7 auf dem Träger des Lichtsignals oder des Zeichens B 2 angebracht werden. Das Zeichen B 7 muß nicht angebracht werden:

a) an Kreuzungen von Straßen und Schienenwegen, wo der Schienenverkehr sehr langsam ist und der Straßenverkehr durch einen Bahnbediensteten, der die erforderlichen Handzeichen gibt, geregelt wird;

b) an Kreuzungen von Schienenwegen und Feldwegen mit sehr schwachem Verkehr oder von Schienenwegen und Fußwegen.

(3) Unter jedem Gefahrenwarnzeichen mit einem Symbol A 26 oder A 27 des Anhangs 3 kann ein rechteckiges Schild angebracht sein, dessen längere Seite lotrecht steht und auf dem sich drei rote Schrägstreifen auf weißem oder gelbem Grund befinden; in diesem Fall sind bei etwa einem Drittel und bei etwa zwei Dritteln des Abstandes zwischen dem Zeichen und dem Bahnkörper zusätzliche Zeichen aufzustellen, die aus Schildern derselben Form bestehen und auf denen sich jeweils ein beziehungsweise zwei rote Schrägstreifen auf weißem oder gelbem Grund befinden. Diese Zeichen können auf der entgegengesetzten Fahrbahnseite wiederholt werden. In Anhang 3 Abschnitt C sind die in diesem Absatz angeführten Schilder näher beschrieben.

### **Artikel 36**

(1) In Anbetracht der besonderen Gefährlichkeit der Bahnübergänge verpflichten sich die Vertragsparteien

a) vor jedem Bahnübergang Gefahrenwarnzeichen mit einem Symbol A 26 oder A 27 aufstellen zu lassen; kein Zeichen braucht aufgestellt zu werden

i) in den Sonderfällen, die sich in den Ortschaften ergeben können;

ii) auf Feld- und Fußwegen, auf denen Kraftfahrzeuge nur ausnahmsweise verkehren;

b) jeden Bahnübergang mit Schranken oder Halbschranken oder mit einer Anlage zur Ankündigung einer Zugannäherung versehen zu lassen, es sei denn, die Verkehrsteilnehmer können den Bahnkörper nach beiden Seiten des Übergangs so weit überblicken, daß, unter Berücksichtigung der Höchstgeschwindigkeit der Züge, der Führer eines sich von der einen oder der anderen Seite dem Bahnkörper nähernden Straßenfahrzeugs Zeit hat anzuhalten, bevor er den Bahnübergang befährt, wenn ein Zug in Sicht kommt, und daß ferner die Verkehrsteilnehmer, die sich bereits auf dem Übergang befinden, Zeit haben, die andere Seite zu erreichen, wenn ein Zug in Sicht kommt; die Vertragsparteien brauchen jedoch die Bestimmungen dieses Buchstabens bei den Bahnübergängen nicht zu beachten, wo Züge verhältnismäßig langsam fahren oder wo nur geringer Kraftfahrzeugverkehr herrscht;

c) jeden Bahnübergang mit Schranken oder Halbschranken, die von einer Stelle aus bedient werden, von wo aus sie nicht sichtbar sind, mit einer der in Artikel 33 Absatz 1 genannten Anlagen zur Ankündigung einer Zugannäherung versehen zu lassen;

d) jeden Bahnübergang mit Schranken oder Halbschranken, die automatisch durch die Annäherung der Züge betätigt werden, mit einer der in Artikel 33 Absatz 1 genannten Anlagen zur Ankündigung einer Zugannäherung versehen zu lassen;

e) um die Sichtbarkeit der Schranken und Halbschranken zu verbessern, diese mit rückstrahlenden Stoffen oder Vorrichtungen versehen zu lassen und sie, wenn nötig, während der Nacht zu beleuchten; außerdem auf Straßen, auf denen der Kraftfahrzeugverkehr während der Nacht stark ist, die vor dem Übergang aufgestellten Gefahrenwarnzeichen mit rückstrahlenden Stoffen oder Vorrichtungen zu versehen und, wenn nötig, während der Nacht zu beleuchten;

f) soweit wie möglich in der Nähe der Bahnübergänge mit Halbschranken in der Mitte der Fahrbahn eine Längsmarkierung anbringen zu lassen, die es den Fahrzeugen, die sich dem Bahnübergang nähern, verbietet, auf die der Verkehrsrichtung entgegengesetzte Fahrbahnhälfte hinüberzufahren oder erforderlichenfalls dort Verkehrsinseln anzulegen, die die beiden Verkehrsrichtungen voneinander trennen.

(2) Dieser Artikel gilt nicht für die in Artikel 35 Absatz 2 letzter Satz angeführten Fälle.

## **KAPITEL VI**

### **Schlußbestimmungen**

#### **Artikel 37**

(1) Diese Konvention liegt am Sitz der Vereinten Nationen in New York bis zum 31. Dezember 1969 allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder Mitgliedern einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation oder den Partnerstaaten des Status des Inter-

nationalen Gerichtshofs und jedem anderen Staat, der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen eingeladen wird, der Konvention beizutreten, zur Unterzeichnung auf.

(2) Diese Konvention bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

(3) Diese Konvention bleibt für jeden der in Absatz 1 erwähnten Staaten zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär zu hinterlegen.

### **Artikel 38**

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, der Ratifikation, dem Beitritt oder jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation erklären, daß diese Konvention auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete anwendbar ist, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Die Konvention wird in den in der Notifikation genannten Gebieten dreißig Tage nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär anwendbar oder am Tage des Inkrafttretens der Konvention für den notifizierenden Staat, wenn dieser Tag später ist.

(2) Jeder Staat, der eine Notifikation nach Absatz 1 abgibt, muß für die Hoheitsgebiete, in deren Namen er diese Notifikation abgegeben hat, die Erklärungen nach Artikel 46 Absatz 2 notifizieren.

(3) Jeder Staat, der nach Absatz 1 eine Erklärung abgegeben hat, kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation erklären, daß diese Konvention auf das in der Notifikation genannte Hoheitsgebiet keine Anwendung mehr finden soll, und die Konvention tritt sodann ein Jahr nach dem Eingang dieser Notifikation beim Generalsekretär für das betreffende Hoheitsgebiet außer Kraft.

### **Artikel 39**

(1) Diese Konvention tritt zwölf Monate nach der Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der diese Konvention nach der Hinterlegung der fünfzehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beiträgt, tritt es zwölf Monate nach der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

### **Artikel 40**

Im Verhältnis unter den Vertragsparteien hebt diese Konvention bei ihrem Inkrafttreten die am 30. März 1931 in Genf zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention über die Vereinheitlichung der Straßenverkehrszeichen sowie das am 19. September 1949 in Genf zur Unterzeichnung aufgelegte Protokoll über Straßenverkehrszeichen auf und ersetzt sie.

### **Artikel 41**

(1) Ist diese Konvention ein Jahr in Kraft gewesen, so kann jede Vertragspartei eine oder mehrere Änderungen der Konvention vorschlagen. Der Wortlaut jedes Änderungsvorschlags ist mit einer Begründung dem Generalsekretär mitzuteilen, der ihn an alle Vertragsparteien übermittelt. Diese können dem Generalsekretär binnen zwölf Monaten nach dem Zeitpunkt dieser Übermittlung mitteilen, ob sie: a) die Änderung annehmen; oder b) die Änderung ablehnen; oder c) die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung dieser Änderung wünschen. Der Generalsekretär übermittelt den Wortlaut der vorgeschlagenen Änderung auch allen anderen in Artikel 37 Absatz 1 bezeichneten Staaten.

(2) a) Jeder Änderungsvorschlag, der nach Absatz 1 übermittelt wurde, gilt als angenommen, wenn während der vorerwähnten Zwölfmonatsfrist weniger als ein Drittel der Vertragsparteien dem Generalsekretär mitteilt, daß sie entweder die Änderung ablehnen oder die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung dieser Änderung wünschen. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsparteien alle Annahmen und Ablehnungen der vorgeschlagenen Änderung und alle Wünsche nach Einberufung einer Konferenz. Wenn die Gesamtzahl der innerhalb der genannten Zwölfmonatsfrist eingegangenen Ablehnungen oder Wünsche nach Einberufung einer Konferenz weniger als ein Drittel aller Vertragsparteien beträgt, notifiziert der Generalsekretär allen Vertragsparteien, daß die Änderung sechs Monate nach Ablauf der im Absatz 1 festgesetzten Zwölfmonatsfrist für alle Vertragsparteien in Kraft tritt, ausgenommen für

jene, die binnen der festgesetzten Frist die Änderung abgelehnt oder die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung gewünscht haben.

b) Jede Vertragspartei, die während der erwähnten Zwölfmonatsfrist einen Änderungsvorschlag abgelehnt oder die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung gewünscht hat, kann jederzeit nach Ablauf dieser Frist dem Generalsekretär notifizieren, daß sie die Änderung annimmt; der Generalsekretär übermittelt diese Notifikation allen anderen Vertragsparteien. Die Änderung tritt für die Vertragsparteien, die ihre Annahme notifiziert haben, sechs Monate nach Eingang ihrer Notifikation beim Generalsekretär in Kraft.

(3) Wenn ein Änderungsvorschlag nicht nach Absatz 2 angenommen wurde und während der im Absatz 1 festgesetzten Zwölfmonatsfrist weniger als die Hälfte der Gesamtzahl der Vertragsparteien dem Generalsekretär notifizieren, daß sie den Vorschlag ablehnen, und wenn wenigstens ein Drittel der Gesamtzahl der Vertragsparteien, aber nicht weniger als zehn, ihm mitteilen, daß sie den Vorschlag annehmen oder daß sie die Einberufung einer Konferenz wünschen, um die Änderung zu prüfen, beruft der Generalsekretär eine Konferenz zur Prüfung der vorgeschlagenen Änderung oder jedes anderen Vorschlags ein, der ihm gegebenenfalls aufgrund von Absatz 4 vorgelegt wird.

(4) Wenn nach Absatz 3 eine Konferenz einberufen wird, lädt der Generalsekretär alle in Artikel 37 Absatz 1 bezeichneten Staaten dazu ein. Er bittet alle zur Konferenz eingeladenen Staaten, ihm spätestens sechs Monate vor deren Eröffnung alle Vorschläge zu unterbreiten, die sie außer der vorgeschlagenen Änderung auf der Konferenz geprüft zu sehen wünschen, und übermittelt diese Vorschläge mindestens drei Monate vor der Eröffnung der Konferenz allen zur Konferenz eingeladenen Staaten.

(5) a) Jede Änderung dieser Konvention gilt als angenommen, wenn sie durch eine Zweidrittelmehrheit der auf der Konferenz vertretenen Staaten gebilligt wird, sofern diese Mehrheit mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der auf der Konferenz vertretenen Vertragsparteien umfaßt. Der Generalsekretär notifiziert allen Vertragsparteien die Annahme der Änderung, und diese tritt für alle Vertragsparteien zwölf Monate nach dem Zeitpunkt dieser Notifizierung in Kraft, ausgenommen für jene, die binnen dieser Frist dem Generalsekretär notifizieren, daß sie die Änderung ablehnen.

b) Jede Vertragspartei, die während der erwähnten Zwölfmonatsfrist eine Änderung abgelehnt hat, kann jederzeit dem Generalsekretär notifizieren, daß sie die Änderung annimmt, und der Generalsekretär übermittelt diese Notifikation allen anderen Vertragsparteien. Die Änderung tritt für die Vertragspartei, die ihre Annahme notifiziert hat, sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär oder nach Ablauf der genannten Zwölfmonatsfrist, wenn dieser Zeitpunkt später ist, in Kraft.

(6) Gilt der Änderungsvorschlag nach Absatz 2 als nicht angenommen, und sind die in Absatz 3 vorgeschriebenen Bedingungen für die Einberufung einer Konferenz nicht erfüllt, so gilt der Änderungsvorschlag als abgelehnt.

#### **Artikel 42**

Jede Vertragspartei kann diese Konvention durch eine an den Generalsekretär gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

#### **Artikel 43**

Diese Konvention tritt außer Kraft, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt die Zahl der Vertragsparteien während zwölf aufeinanderfolgender Monate weniger als fünf beträgt.

#### **Artikel 44**

Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehreren Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention, die die Parteien nicht durch Verhandlungen oder auf andere Weise beilegen konnten, wird auf Antrag einer der beteiligten Vertragsparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt.

#### **Artikel 45**

Diese Konvention ist nicht so auszulegen, als hindere sie eine Vertragspartei, Maßnahmen zu ergreifen, die sie für ihre innere oder äußere Sicherheit als notwendig erachtet und die mit der Charta der Vereinten Nationen vereinbar und auf die Erfordernisse der Lage beschränkt sind.

## Artikel 46

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung dieser Konvention oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er sich durch Artikel 44 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsparteien sind gegenüber einer Vertragspartei, die eine solche Erklärung abgegeben hat, durch Artikel 44 nicht gebunden.

(2) a) Jeder Staat muß bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation hinsichtlich der Anwendung dieser Konvention erklären, i) welches der Muster A<sup>a</sup> und A<sup>b</sup> er als Gefahrenwarzeichen wählt (Artikel 9 Absatz 1) und ii) welches der Muster B 2<sup>a</sup> und B 2<sup>b</sup> er als Haltzeichen wählt (Artikel 10 Absatz 3).

Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation seine Wahl ändern, indem er seine Erklärung durch eine andere ersetzt.

b) Jeder Staat kann bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation erklären, daß er für die Anwendung dieser Konvention die Motorfahräder den Krafträdern gleichstellt (Artikel 1 Buchstabe 1).

Jeder Staat kann jederzeit danach seine Erklärung durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückziehen.

(3) Die Erklärungen nach Absatz 2 werden sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär oder am Tage des Inkrafttretens der Konvention für den die Erklärung abgebenden Staat wirksam, wenn dieser Zeitpunkt später ist.

(4) Andere Vorbehalte zu dieser Konvention und ihren Anhängen als die nach Absatz 1 sind zulässig, wenn sie schriftlich erklärt und, wenn sie vor der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde erklärt wurden, in dieser Urkunde bestätigt werden. Der Generalsekretär teilt diese Vorbehalte allen in Artikel 37 Absatz 1 bezeichneten Staaten mit.

(5) Jede Vertragspartei, die nach den Absätzen 1 und 4 einen Vorbehalt gemacht oder eine Erklärung abgegeben hat, kann diese jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückziehen.

(6) Jeder Vorbehalt nach Absatz 4

a) ändert für die Vertragspartei, die diesen Vorbehalt gemacht hat, die Bestimmungen der Konvention auf die sich der Vorbehalt bezieht, nur in den Grenzen des Vorbehalts;

b) ändert diese Bestimmungen in den gleichen Grenzen für die anderen Vertragsparteien hinsichtlich ihrer Beziehungen zu der Vertragspartei, die den Vorbehalt notifiziert hat.

## Artikel 47

Außer den nach den Artikeln 41 und 46 vorgesehenen Erklärungen, Notifikationen und Mitteilungen notifiziert der Generalsekretär allen in Artikel 37 Absatz 1 bezeichneten Staaten

a) die Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritte nach Artikel 37;

b) die Erklärungen nach Artikel 38;

c) die Zeitpunkte des Inkrafttretens dieser Konvention nach Artikel 39;

d) den Zeitpunkt des Inkrafttretens von Änderungen zu dieser Konvention nach Artikel 41 Absätze 2 und 5;

e) die Kündigungen nach Artikel 42;

f) das Außerkrafttreten dieser Konvention nach Artikel 43.

## Artikel 48

Die Urschrift dieser Konvention, hergestellt in einfacher Ausfertigung in chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der allen in Artikel 37 Absatz 1 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften übersendet.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN zu Wien am heutigen achten Tag des Monats November eintausendneunhundert-undachtundsechzig.



# ANHANG 1

## Gefahrenwarnzeichen mit Ausnahme jener, die an der Zufahrt zu Kreuzungen oder zu Bahnübergängen aufgestellt sind

**Anmerkung:** Hinsichtlich der Gefahrenwarnzeichen an der Zufahrt zu Kreuzungen siehe Anhang 2 Abschnitt B. Hinsichtlich der Gefahrenwarnzeichen an der Zufahrt zu Bahnübergängen siehe Anhang 3 Abschnitte A und C.

### Abschnitt A. Muster der Gefahrenwarnzeichen

„A“-GEFAHRENWARNZEICHEN müssen dem Muster A<sup>a</sup> oder dem Muster A<sup>b</sup> entsprechen, wie sie hier beschrieben und in Anhang 9 abgebildet sind. Das Muster A<sup>a</sup> ist ein gleichseitiges Dreieck, dessen eine Seite waagrecht ist; die dieser Seite gegenüberliegende Spitze zeigt nach oben. Der Grund ist weiß oder gelb, der Rand ist rot. Das Muster A<sup>b</sup> ist ein Quadrat, dessen eine Diagonale lotrecht steht; der Grund ist gelb und der Rand, der nur sehr schmal ist, schwarz. Die auf diesen Zeichen befindlichen Symbole sind, wenn nichts anderes angegeben, schwarz oder dunkelblau.

Die Seitenlänge der Zeichen A<sup>a</sup> im Normalformat beträgt etwa 0,90 m (3 Fuß); die Seitenlänge der Zeichen A<sup>a</sup> im Kleinformat soll nicht unter 0,60 m (2 Fuß) liegen. Die Seitenlänge der Zeichen A<sup>b</sup> im Normalformat beträgt etwa 0,60 m (2 Fuß); die Seitenlänge der Zeichen A<sup>b</sup> im Kleinformat soll nicht unter 0,40 m (1 Fuß 4 Zoll) liegen.

Hinsichtlich der Wahl zwischen den Mustern A<sup>a</sup> und A<sup>b</sup> siehe Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 9 Absatz 1.

### Abschnitt B. Symbole der Gefahrenwarnzeichen und Vorschriften für die Verwendung dieser Zeichen

#### 1. Gefährliche Kurve oder gefährliche Kurven

Um eine gefährliche Kurve oder eine Folge von gefährlichen Kurven anzuzeigen, ist je nach dem Fall eines der folgenden Symbole zu verwenden:

A 1<sup>a</sup>: Linkskurve

A 1<sup>b</sup>: Rechtskurve

A 1<sup>c</sup>: Doppelkurve oder Folge von mehr als zwei Kurven, von denen die erste eine Linkskurve ist

A 1<sup>d</sup>: Doppelkurve oder Folge von mehr als zwei Kurven, von denen die erste eine Rechtskurve ist

#### 2. Gefährliches Gefälle

Um ein starkes Gefälle anzuzeigen, ist das Zeichen A<sup>a</sup> mit dem Symbol A 2<sup>a</sup> und das Zeichen A<sup>b</sup> mit dem Symbol A 2<sup>b</sup> zu verwenden.

Der linke Teil des Symbols A 2<sup>a</sup> füllt die linke Ecke des Schildes aus; seine Grundlinie erstreckt sich über die gesamte Breite des Schildes. In den Symbolen A 2<sup>a</sup> und A 2<sup>b</sup> bezeichnet die Ziffer das Gefälle in Prozenten; diese Angabe kann durch die eines Verhältnisses ersetzt sein (1:10). Jedoch können die Vertragsparteien anstelle des Symbols A 2<sup>a</sup> oder A 2<sup>b</sup>, aber unter möglicher Berücksichtigung des Artikels 5 Absatz 2 Buchstabe b, das Symbol A 2<sup>c</sup> wählen, wenn sie das Zeichen A<sup>a</sup> angenommen haben und das Symbol A 2<sup>d</sup> wählen, wenn sie das Zeichen A<sup>b</sup> angenommen haben.

#### 3. Starke Steigung

Um eine starke Steigung anzuzeigen, ist das Zeichen A<sup>a</sup> mit dem Symbol A 3<sup>a</sup> und das Zeichen A<sup>b</sup> mit dem Symbol A 3<sup>b</sup> zu verwenden.

Der rechte Teil des Symbols A 3<sup>a</sup> füllt die rechte Ecke des Schildes aus; seine Grundlinie erstreckt sich über die gesamte Breite des Schildes. In den Symbolen A 3<sup>a</sup> und A 3<sup>b</sup> bezeichnet die Ziffer die Steigung in Prozenten; diese Angabe kann durch die eines Verhältnisses ersetzt sein (1:10).

Jedoch können die Vertragsparteien, die das Symbol A 2<sup>c</sup> als Symbol für gefährliches Gefälle gewählt haben, anstelle des Symbols A 3<sup>a</sup> das Symbol A 3<sup>c</sup> wählen und die Vertragsparteien, die das Symbol A 2<sup>d</sup> gewählt haben, können anstelle des Symbols A 3<sup>b</sup> das Symbol A 3<sup>d</sup> wählen.

#### **4. Fahrbahnverengung**

Um eine Fahrbahnverengung anzuzeigen, ist das Symbol A 4<sup>a</sup> oder ein Symbol, das die örtliche Gestaltung klarer zeigt, wie A 4<sup>b</sup> zu verwenden.

#### **5. Bewegliche Brücke**

Um eine bewegliche Brücke anzuzeigen, ist das Symbol A 5 zu verwenden.

Unter das Gefahrenwarnzeichen mit dem Symbol A 5 kann das rechteckige Schild A 29<sup>a</sup> des Anhangs 3 Abschnitt C angebracht werden; in diesem Fall sind bei etwa einem Drittel und bei etwa zwei Dritteln des Abstandes zwischen dem Zeichen mit dem Symbol A 5 und der beweglichen Brücke die Schilder A 29<sup>b</sup> und A 29<sup>c</sup> des Anhangs 3 aufzustellen.

#### **6. Straße, die auf einen Kai oder zu einem Ufer führt**

Um anzuzeigen, daß die Straße auf einen Kai oder zu einem Ufer führt, ist das Symbol A 6 zu verwenden.

#### **7. Unebene Fahrbahn**

Um Querrinnen, aufgewölbte Brücken, Aufwölbungen oder Strecken mit schlechtem Fahrbahnzustand anzuzeigen, ist das Symbol A 7<sup>a</sup> zu verwenden.

Um eine aufgewölbte Brücke oder Aufwölbung anzuzeigen, kann das Symbol A 7<sup>a</sup> durch das Symbol A 7<sup>b</sup> ersetzt werden.

Um eine Querrinne anzuzeigen, kann das Symbol A 7<sup>a</sup> durch das Symbol A 7<sup>c</sup> ersetzt werden.

#### **8. Schleudergefahr**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo mit besonders glatter Fahrbahn zu rechnen ist, ist das Symbol A 8 zu verwenden.

#### **9. Rollsplitt**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo mit dem Wegschleudern von Splitt zu rechnen ist, ist das Zeichen A<sup>a</sup> mit dem Symbol A 9<sup>a</sup> und das Zeichen A<sup>b</sup> mit dem Symbol A 9<sup>b</sup> zu verwenden.

Bei Linksverkehr ist das Symbol umzukehren.

#### **10. Steinschlag**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo mit Steinschlag und daher mit Steinen auf der Straße zu rechnen ist, ist das Zeichen A<sup>a</sup> mit dem Symbol A 10<sup>a</sup> und das Zeichen A<sup>b</sup> mit dem Symbol A 10<sup>b</sup> zu verwenden.

In beiden Fällen nimmt der rechte Teil des Symbols die rechte Ecke des Schildes ein.

Das Symbol kann umgekehrt werden.

#### **11. Fußgängerüberweg**

Um einen entweder durch Markierungen auf der Fahrbahn oder durch das Zeichen E 11<sup>a</sup> oder E 11<sup>b</sup> gekennzeichneten Fußgängerüberweg anzuzeigen, ist das Symbol A 11 zu verwenden, von dem es zwei Ausführungen gibt: A 11<sup>a</sup> und A 11<sup>b</sup>.

Das Symbol kann umgekehrt werden.

#### **12. Kinder**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, der häufig von Kindern benutzt wird, wie beim Ausgang einer Schule oder eines Spielplatzes, ist das Symbol A 12 zu verwenden.

Das Symbol kann umgekehrt werden.

#### **13. Radfahrer**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo häufig Radfahrer in die Straße einfahren oder sie überqueren, ist das Symbol A 13 zu verwenden.

Das Symbol kann umgekehrt werden.

#### **14. Vieh oder andere Tiere**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo besonders mit dem Überqueren der Straße durch Tiere zu rechnen ist, ist ein Symbol zu verwenden, das die Silhouette eines Tieres — Haustier oder Wild — von der Art zeigt, um die es sich hauptsächlich handelt, wie

- das Symbol A 14<sup>a</sup> für ein Haustier und
- das Symbol A 14<sup>b</sup> für Wild.

Das Symbol kann umgekehrt werden.

#### **15. Baustelle**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo sich eine Baustelle befindet, ist das Symbol A 15 zu verwenden.

#### **16. Lichtsignale**

Wenn die Ankündigung einer Stelle, wo der Verkehr durch Lichtsignale des Drei-Farben-Systems geregelt ist, für erforderlich erachtet wird, weil die Verkehrsteilnehmer kaum mit einer solchen Stelle rechnen können, ist das Symbol A 16 zu verwenden.

Hiervon gibt es drei Ausführungen: A 16<sup>a</sup>, A 16<sup>b</sup> und A 16<sup>c</sup>, die der Anordnung der Lichter in dem in Artikel 23 Absätze 4 bis 6 beschriebenen Drei-Farben-System entsprechen.

Dieses Symbol zeigt die drei Farben der Lichter, die es ankündigt.

#### **17. Flugplatz**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo mit Überfliegen in geringer Höhe durch startende oder landende Flugzeuge zu rechnen ist, ist das Symbol A 17 zu verwenden.

Das Symbol kann umgekehrt werden.

#### **18. Seitenwind**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo häufig heftiger Seitenwind herrscht, ist das Symbol A 18 zu verwenden.

Das Symbol kann umgekehrt werden.

#### **19. Gegenverkehr**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo der Verkehr auf derselben Fahrbahn vorübergehend oder dauernd in beiden Richtungen fließt, während der vorhergehende Abschnitt eine Einbahnstraße oder eine Straße mit mehreren, dem Einbahnverkehr vorbehaltenen Fahrbahnen war, ist das Symbol A 19 zu verwenden.

Das dieses Symbol tragende Zeichen ist am Anfang des Straßenabschnittes und dann so oft wie nötig zu wiederholen. Bei Linksverkehr sind die Pfeile umzukehren.

#### **20. Andere Gefahren**

Um einen Straßenabschnitt anzuzeigen, wo andere als die in den Absätzen 1 bis 19 oder in den Anhängen 2 und 3 genannten Gefahren bestehen, kann das Symbol A 20 verwendet werden.

Es steht den Vertragsparteien jedoch frei, entsprechend Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii ausdrucksvolle Symbole zu verwenden.

Das Zeichen A 20 kann insbesondere verwendet werden, um Bahnübergänge anzuzeigen, wo der Schienenverkehr sehr langsam ist und der Straßenverkehr durch einen Bahnbediensteten, der die erforderlichen Handzeichen gibt, geregelt wird.

## ANHANG 2

# Vorfahrtzeichen an Kreuzungen Gefahrenwarnzeichen an der Zufahrt zu Kreuzungen und Vorrangzeichen an Fahrbahnverengungen

**Anmerkung:** Wenn an einer Kreuzung von Straßen, von denen eine eine Vorfahrtstraße ist, die abbiegt, kann unter den die Kreuzung anzeigenden Gefahrenwarnzeichen oder den an der Kreuzung aufgestellten Vorfahrtzeichen ein Schild angebracht werden, das auf einem Schema der Kreuzung den Verlauf der Vorfahrtstraße zeigt.

### Abschnitt A. Vorfahrtzeichen an Kreuzungen

#### 1. Zeichen „VORFAHRT GEWÄHREN“

Das Zeichen „VORFAHRT GEWÄHREN“ ist das Zeichen B 1.

Es ist ein gleichseitiges Dreieck, dessen eine Seite waagrecht ist; die dieser Seite gegenüberliegende Spitze zeigt nach unten. Der Grund ist weiß oder gelb, der Rand ist rot. Das Zeichen trägt kein Symbol.

Die Seitenlänge der Zeichen im Normalformat beträgt etwa 0,90 m (3 Fuß); die Seitenlänge der Zeichen im Kleinformat soll nicht unter 0,60 m (2 Fuß) liegen.

#### 2. Zeichen „HALT“

Das Zeichen „HALT“ ist das Zeichen B 2, von dem es zwei Muster gibt: B 2<sup>a</sup> und B 2<sup>b</sup>.

Das Muster B 2<sup>a</sup> ist achteckig mit rotem Grund und enthält in weiß das englische Wort „STOP“ oder das entsprechende Wort in der Sprache des betreffenden Staates; die Höhe des Wortes beträgt mindestens ein Drittel der Höhe des Schildes.

Das Muster B 2<sup>b</sup> ist rund mit weißem oder gelbem Grund und rotem Rand; es enthält das Zeichen B 1 ohne Aufschrift und im oberen Teil in großen schwarzen oder dunkelblauen Buchstaben das englische Wort „STOP“ oder das entsprechende Wort in der Sprache des betreffenden Staates.

Die Höhe des Zeichens B 2<sup>a</sup> im Normalformat und der Durchmesser des Zeichens B 2<sup>b</sup> im Normalformat betragen etwa 0,90 m (3 Fuß); bei Zeichen im Kleinformat sollen sie nicht unter 0,60 m (2 Fuß) liegen.

Hinsichtlich der Wahl zwischen den Mustern B 2<sup>a</sup> und B 2<sup>b</sup> siehe Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 10 Absatz 3.

#### 3. Zeichen „VORFAHRTSTRASSE“

Das Zeichen „VORFAHRTSTRASSE“ ist das Zeichen B 3.

Es ist ein Quadrat, dessen eine Diagonale lotrecht steht. Der schmale Rand des Zeichens ist schwarz; es enthält in seiner Mitte ein gelbes oder orangefarbiges Quadrat mit schmalen schwarzen Rand; die Fläche zwischen beiden Quadraten ist weiß.

Die Seitenlänge der Zeichen im Normalformat beträgt etwa 0,50 m (1 Fuß 8 Zoll); die Seitenlänge der Zeichen im Kleinformat soll nicht unter 0,35 m (1 Fuß 2 Zoll) liegen.

#### 4. Zeichen „ENDE DER VORFAHRTSTRASSE“

Das Zeichen „ENDE DER VORFAHRTSTRASSE“ ist das Zeichen B 4.

Es ist das Zeichen B 3 mit einem zusätzlichen schwarzen oder grauen Mittelstreifen, der zu der linken unteren und der rechten oberen Seite senkrecht steht, oder eine Reihe von schwarzen oder grauen Parallelstrichen, die einen Streifen der vorgenannten Art bilden.

### Abschnitt B. Gefahrenwarnzeichen an der Zufahrt zu Kreuzungen

#### 1. Zeichen

Die Gefahrenwarnzeichen an der Zufahrt zu einer Kreuzung entsprechen dem in Anhang 1 Abschnitt A beschriebenen Muster A<sup>a</sup> oder A<sup>b</sup>.

## 2. Symbole

Die Symbole sind schwarz oder dunkelblau.

- a) Hinsichtlich des auf dem Zeichen A<sup>a</sup> oder A<sup>b</sup> anzubringenden Symbols unterscheidet man:
- i) Eine Kreuzung, an der die Vorfahrt durch die in dem betreffenden Land allgemein geltende Regel bestimmt wird. In diesem Fall ist das Zeichen A<sup>a</sup> mit dem Symbol A 21<sup>a</sup> und das Zeichen A<sup>b</sup> mit dem Symbol A 21<sup>b</sup> zu verwenden.  
Die Symbole A 21<sup>a</sup> und A 21<sup>b</sup> können ersetzt werden durch Symbole, die die Art der Kreuzung klarer bezeichnen wie A 21<sup>c</sup>, A 21<sup>d</sup>, A 21<sup>e</sup>, A 21<sup>f</sup> und A 21<sup>g</sup>.
  - ii) Eine Kreuzung mit einer Straße, deren Benutzer Vorfahrt gewähren müssen. In diesem Fall ist das Symbol A 22<sup>a</sup> zu verwenden.  
Das Symbol A 22<sup>a</sup> kann ersetzt werden durch Symbole, die die Art der Kreuzung klarer bezeichnen wie A 22<sup>b</sup> und A 22<sup>c</sup>.  
Die Symbole dürfen auf einer Straße nur verwendet werden, wenn auf der oder den Straßen, mit denen sie die angekündigte Kreuzung bildet, das Zeichen B 1 oder B 2 aufgestellt ist oder wenn auf diesen Straßen (wie Fuß- oder Feldwege) die Benutzer nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften selbst beim Fehlen dieser Zeichen an der Kreuzung Vorfahrt gewähren müssen. Die Verwendung dieser Symbole auf Straßen, wo das Zeichen B 3 aufgestellt ist, ist auf Ausnahmefälle zu beschränken.
  - iii) Eine Kreuzung mit einer Straße, deren Benutzern Vorfahrt gewährt werden muß. Wenn an der Kreuzung das Zeichen B 1 „VORFAHRT GEWÄHREN“ aufgestellt ist, ist das Symbol A 23 zu verwenden.  
Wenn an der Kreuzung das Zeichen B 2 „HALT“ aufgestellt ist, ist das der beiden Symbole A 24<sup>a</sup> und A 24<sup>b</sup> zu verwenden, das dem Zeichen B 2 entspricht.  
Anstelle des Zeichens A<sup>a</sup> mit diesen Symbolen können jedoch nach Artikel 10 Absatz 6 die Zeichen B 1 oder B 2 verwendet werden.
  - iv) Eine Kreuzung mit Kreisverkehr. In diesem Fall ist das Symbol A 25 zu verwenden.  
Bei Linksverkehr sind die Pfeile umzukehren.
- b) Falls der Verkehr an der Kreuzung durch Lichtsignale geregelt wird, kann ergänzend oder anstelle der in diesem Abschnitt beschriebenen Zeichen ein Zeichen A<sup>a</sup> oder A<sup>b</sup> mit dem in Anhang 1 Abschnitt B beschriebenen Symbol A 16 aufgestellt werden.

## Abschnitt C. Zeichen für den Vorrang bei Fahrbahnverengungen

### 1. Zeichen „DEM GEGENVERKEHR VORRANG GEWÄHREN“

Wenn an einer Fahrbahnverengung, wo das Ausweichen schwierig oder unmöglich ist, der Verkehr geregelt wird und keine Lichtsignale aufgestellt werden, weil die Führer die Verengung bei Tag und Nacht in ihrer ganzen Länge deutlich überblicken können, kann man einer Verkehrsrichtung dadurch den Vorrang geben, daß man auf der Seite der Verengung, wo der Verkehr nicht den Vorrang hat, das Zeichen B 5 „DEM GEGENVERKEHR VORRANG GEWÄHREN“ aufstellt. Dieses Zeichen verbietet, in die Verengung einzufahren, solange es nicht möglich ist, sie zu durchfahren, ohne aus der Gegenrichtung kommende Fahrzeuge zum Anhalten zu zwingen.

Dieses Zeichen ist rund mit weißem oder gelbem Grund und rotem Rand; der den Vorrang bezeichnende Pfeil ist schwarz und der die andere Richtung bezeichnende Pfeil ist rot.

In Staaten mit Linksverkehr sind die Pfeile umzukehren.

### 2. Zeichen „VORRANG VOR DEM GEGENVERKEHR“

Um den Führern anzuzeigen, daß sie an einer Fahrbahnverengung Vorrang vor den aus der Gegenrichtung kommenden Fahrzeugen haben, ist das Zeichen B 6 zu verwenden.

Dieses Zeichen ist rechteckig mit blauem Grund; der nach oben gerichtete Pfeil ist weiß, der andere rot.

Bei Linksverkehr sind die Pfeile umzukehren.

Wenn ein Zeichen B 6 angebracht ist, muß auf der anderen Seite der Verengung das für den Gegenverkehr bestimmte Zeichen B 5 aufgestellt werden.

## ANHANG 3

### Zeichen für Bahnübergänge

#### Abschnitt A. Gefahrenwarnzeichen

Es ist das im Anhang 1 Abschnitt A beschriebene Zeichen A<sup>a</sup> oder A<sup>b</sup> zu verwenden. Hinsichtlich des Symbols, das auf dieses Zeichen gesetzt wird, unterscheidet man folgende Fälle:

- a) Um Bahnübergänge mit Schranken oder mit versetzt auf beiden Seiten des Bahnkörpers angebrachten Halbschranken anzuzeigen, ist das Symbol A 26 zu verwenden.
- b) Um andere Bahnübergänge anzuzeigen, ist das Symbol A 27 zu verwenden, von dem es zwei Ausführungen gibt: A 27<sup>a</sup> und A 27<sup>b</sup>.
- c) Handelt es sich nicht um einen Bahnübergang nach Artikel 1, so kann, um anzuzeigen, daß die Straße Straßenbahnschienen kreuzt, das Symbol A 28 verwendet werden.

**Anmerkung:** Wenn es für erforderlich erachtet wird, vor Kreuzungen von Straßen und Schienenwegen zu warnen, wo der Schienenverkehr sehr langsam ist und der Straßenverkehr durch einen Bahnbediensteten geregelt wird, der die erforderlichen Handzeichen gibt, ist das in Anhang 1 Abschnitt B beschriebene Symbol A 20 zu verwenden.

#### Abschnitt B. Zeichen in unmittelbarer Nähe der Bahnübergänge

Es gibt drei Muster des in Artikel 35 Absatz 2 angeführten Zeichens B 7: B 7<sup>a</sup>, B 7<sup>b</sup> und B 7<sup>c</sup>.

Die Muster B 7<sup>a</sup> und B 7<sup>b</sup> haben einen weißen oder gelben Grund und einen roten oder schwarzen Rand; das Muster B 7<sup>c</sup> hat einen weißen oder gelben Grund und einen schwarzen Rand; die Aufschrift des Musters B 7<sup>c</sup> besteht aus schwarzen Buchstaben. Das Muster B 7<sup>b</sup> ist nur zu verwenden, wenn der Schienenweg mindestens zwei Gleise aufweist; in dem Muster B 7<sup>c</sup> ist das Zusatzschild, das die Zahl der Gleise angibt, nur anzubringen, wenn der Schienenweg mindestens zwei Gleise aufweist. Die Länge der Arme des Kreuzes beträgt in der Regel mindestens 1,20 m (4 Fuß). Bei Platzmangel kann das Zeichen mit nach oben und unten gerichteten Spitzen angebracht werden.

#### Abschnitt C. Zusätzliche Zeichen an der Zufahrt zu Bahnübergängen

Die in Artikel 35 Absatz 3 angeführten Schilder sind: A 29<sup>a</sup>, A 29<sup>b</sup> und A 29<sup>c</sup>.

Die Schrägstreifen fallen zur Fahrbahn hin ab.

Über den Zeichen A 29<sup>b</sup> und A 29<sup>c</sup> kann in gleicher Weise wie über den Zeichen A 29<sup>a</sup> das Gefahrenwarnzeichen für Bahnübergänge angebracht werden.

## ANHANG 4

### Vorschriftzeichen außer jenen für Vorrang, Halten und Parken

**Anmerkung:** Hinsichtlich der Vorrangzeichen siehe Anhang 2;  
hinsichtlich der Zeichen für Halten und Parken siehe Anhang 6.

#### Abschnitt A. Verbots- oder Beschränkungszeichen

##### 1. Merkmale der Zeichen und Symbole

a) Die Verbots- oder Beschränkungszeichen sind rund; ihr Durchmesser beträgt mindestens 0,60 m (2 Fuß) außerhalb von Ortschaften und mindestens 0,40 m (16 Zoll) in Ortschaften.

b) Sofern nicht bei den einzelnen Zeichen etwas anderes angegeben ist, haben die Verbots- oder Beschränkungszeichen einen weißen oder gelben Grund und einen breiten roten Rand, die Symbole sowie etwaige Aufschriften sind schwarz oder dunkelblau; etwaige Schrägbalken sind rot und verlaufen von links oben nach rechts unten.

##### 2. Beschreibung der Zeichen

###### a) Verkehrsverbote und Verkehrsbeschränkungen

- i) Um anzuzeigen, daß die Einfahrt für jedes Fahrzeug verboten ist, ist das Zeichen C 1 „EINFAHRT VERBOTEN“ zu verwenden, von dem es zwei Muster gibt: C 1<sup>a</sup> und C 1<sup>b</sup>.
- ii) Um anzuzeigen, daß jeder Fahrzeugverkehr in beiden Richtungen verboten ist, ist das Zeichen C 2 „FAHRZEUGVERKEHR IN BEIDEN RICHTUNGEN VERBOTEN“ zu verwenden.
- iii) Um anzuzeigen, daß das Verbot nur eine bestimmte Art von Fahrzeugen oder Verkehrsteilnehmern betrifft, ist ein Zeichen zu verwenden, in dem sich als Symbol die Silhouette der Fahrzeuge oder der Verkehrsteilnehmer befindet, deren Verkehr verboten ist. Die nachstehenden Zeichen C 3<sup>a</sup>, C 3<sup>b</sup>, C 3<sup>c</sup>, C 3<sup>d</sup>, C 3<sup>e</sup>, C 3<sup>f</sup>, C 3<sup>g</sup>, C 3<sup>h</sup>, C 3<sup>j</sup> und C 3<sup>k</sup> haben folgende Bedeutung:

C 3<sup>a</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR KRAFTFAHRZEUGE AUSSER ZWEIRÄDRIGEN KRAFTRÄDERN OHNE SEITENWAGEN“

C 3<sup>b</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR KRAFTRÄDER“

C 3<sup>c</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR FAHRRÄDER“

C 3<sup>d</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR MOTORFAHRRÄDER“

C 3<sup>e</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR LASTKRAFTWAGEN“

Die Angabe eines Gewichtes in Tonnen entweder in heller Schrift auf der Silhouette des Fahrzeugs oder nach Artikel 8 Absatz 4 auf einem Zusatzschild unter dem Zeichen C 3<sup>e</sup> bedeutet, daß das Verbot nur die Fahrzeuge oder die miteinander verbundenen Fahrzeuge betrifft, deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht das angegebene Gewicht übersteigt.

C 3<sup>f</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR KRAFTFAHRZEUGE MIT ANHÄNGER AUSSER SATTELANHÄNGERN ODER EINACHSIGEN ANHÄNGERN“

Die Angabe eines Gewichtes in Tonnen entweder in heller Schrift auf der Silhouette des Anhängers oder nach Artikel 8 Absatz 4 auf einem Zusatzschild unter dem Zeichen C 3<sup>f</sup> bedeutet, daß das Verbot nur die Anhänger betrifft, deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht das angegebene Gewicht übersteigt.

Die Vertragsparteien können, falls erforderlich, in dem Symbol die Silhouette des hinteren Teils des Lastkraftwagens durch diejenige des hinteren Teils eines Personenkraftwagens und die Silhouette des dargestellten Anhängers durch diejenige eines Personenkraftwagen-Anhängers ersetzen.

C 3<sup>g</sup>: „ZUTRITT FÜR FUSSGÄNGER VERBOTEN“

C 3<sup>h</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR GESPANNFahrzeuge“

C 3<sup>j</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR HANDWAGEN“

C 3<sup>k</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE KRAFTFAHRZEUGE“

**Anmerkung:** Die Vertragsparteien können auf den Zeichen C 3<sup>a</sup> bis C 3<sup>k</sup> den roten Schrägbalken, der von links oben nach rechts unten läuft weglassen oder, wenn dies die Sichtbarkeit und das Verständnis des Symbols nicht beeinträchtigt, davon absehen, den Schrägbalken am Symbol zu unterbrechen.

- iv) Um anzuzeigen, daß das Verbot mehrere Arten von Fahrzeugen oder von Verkehrsteilnehmern betrifft, kann entweder für jedes Verbot ein besonderes Verbotsschild verwendet werden oder aber ein einziges Verbotsschild, das die Silhouetten der verschiedenen Fahrzeuge oder Verkehrsteilnehmer zeigt, deren Verkehr verboten ist. Die Zeichen

C 4<sup>a</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR KRAFTFAHRZEUGE“

C 4<sup>b</sup>: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR KRAFTFAHRZEUGE UND FÜR GESpanNFahrZEUGE“

sind Beispiele solcher Zeichen.

Außerhalb von Ortschaften darf kein Zeichen, das mehr als zwei Silhouetten enthält, und innerhalb von Ortschaften keines, das mehr als drei Silhouetten enthält, aufgestellt werden.

- v) Um das Verbot der Einfahrt für Fahrzeuge anzuzeigen, deren Gewichte oder Abmessungen bestimmte Grenzen überschreiten, sind die folgenden Zeichen zu verwenden.

C 5: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR FAHRZEUGE, DEREN BREITE . . . m  
(. . . FUSS) ÜBERSTEIGT“

C 6: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR FAHRZEUGE, DEREN HÖHE . . . m  
(. . . FUSS) ÜBERSTEIGT“

C 7: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR FAHRZEUGE, DEREN GESAMTGEWICHT  
. . . t ÜBERSTEIGT“

C 8: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR FAHRZEUGE, DEREN ACHSLAST . . . t  
ÜBERSTEIGT“

C 9: „EINFAHRT VERBOTEN FÜR FAHRZEUGE ODER MITEINANDER  
VERBUNDENE FAHRZEUGE, DEREN LÄNGE . . . m (. . . FUSS) ÜBERSTEIGT“

- vi) Um anzuzeigen, daß Fahrzeuge hintereinander nicht unter dem auf dem Zeichen angegebenen Abstand fahren dürfen, ist das Zeichen C 10 „VERBOT DES FAHRENS OHNE EINEN MINDESTABSTAND VON . . . m (. . . YARDS)“ zu verwenden.

#### b) Abbiegeverbot

Um anzuzeigen, daß das Abbiegen (nach rechts oder nach links je nach der Pfeilrichtung) verboten ist, ist das Zeichen C 11<sup>a</sup> „ABBIEGEN NACH LINKS VERBOTEN“ oder das Zeichen C 11<sup>b</sup> „ABBIEGEN NACH RECHTS VERBOTEN“ zu verwenden.

#### c) Wendeverbot

Um anzuzeigen, daß das Wenden verboten ist, ist das Zeichen C 12 „WENDEVERBOT“ zu verwenden.

#### d) Überholverbot

- i) Um anzuzeigen, daß es unbeschadet der für das Überholen geltenden allgemeinen Vorschriften verboten ist, die auf der Straße fahrenden Kraftfahrzeuge außer zweirädrigen Motorfahrzeugen oder zweirädrigen Krafträdern ohne Seitenwagen zu überholen, ist das Zeichen C 13<sup>a</sup> „ÜBERHOLVERBOT“ zu verwenden.

Es gibt zwei Muster dieses Zeichens: C 13<sup>aa</sup> und C 13<sup>ab</sup>.

- ii) Um anzuzeigen, daß das Überholen nur für Lastkraftwagen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t (7700 Pfund) verboten ist, ist das Zeichen C 13<sup>b</sup> „ÜBERHOLEN FÜR LASTKRAFTWAGEN VERBOTEN“ zu verwenden.

Es gibt zwei Muster dieses Zeichens: C 13<sup>ba</sup> und C 13<sup>bb</sup>.

Eine Aufschrift nach Artikel 8 Absatz 4 auf einem Zusatzschild unter dem Zeichen kann ein anderes höchstes zulässiges Gesamtgewicht des Fahrzeugs angeben, bei dessen Überschreitung das Verbot gilt.

- iii) Bei Linksverkehr sind die Farben der Kraftfahrzeuge in den Zeichen C 13<sup>aa</sup> und C 13<sup>ba</sup> vertauscht.

#### e) Geschwindigkeitsbeschränkung

Um eine Geschwindigkeitsbeschränkung anzuzeigen, ist das Zeichen C 14 „ZULÄSSIGE HÖCHSTGESCHWINDIGKEIT“ zu verwenden. Die Zahl in dem Zeichen bezeichnet die Höchstgeschwindigkeit in der in dem Lande für die Geschwindigkeit der Fahrzeuge üblicherweise verwendeten Maßeinheit. Nach oder unter der Geschwindigkeitszahl kann „km“ (Kilometer) oder „m“ (Meilen) hinzugefügt werden.



Um eine Geschwindigkeitsbeschränkung nur für Fahrzeuge anzuzeigen, deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht ein bestimmtes Gewicht übersteigt, ist dieses Gewicht einem Zusatzschild nach Artikel 8 Absatz 4 unter dem Zeichen anzugeben.

#### f) Hupverbot

Um anzuzeigen, daß es außer zur Verhütung eines Unfalles verboten ist, die Vorrichtung zum Abgeben akustischer Warnzeichen zu bestätigen, ist das Zeichen C 15 „HUPVERBOT“ zu verwenden. Wenn dieses Zeichen nicht am Beginn einer Ortschaft bei der Ortstafel oder kurz danach angebracht ist, muß es durch ein Zusatzschild entsprechend Muster 2 des Anhangs 7 ergänzt werden, das die Strecke angibt, auf der das Verbot gilt. Es wird empfohlen, dieses Zeichen am Beginn von Ortschaften nicht aufzustellen, wenn das Verbot für alle Ortschaften gilt, und statt dessen vorzusehen, daß die Ortstafel den Verkehrsteilnehmern anzeigt, daß von hier an die in diesem Land für Ortschaften anwendbaren Verkehrsvorschriften gelten.

#### g) Verbot, weiterzufahren ohne anzuhalten

Um die Nähe einer Zollstelle anzuzeigen, bei der angehalten werden muß, ist das Zeichen C 16 „VERBOT, WEITERZUFAHREN OHNE ANZUHALTEN“ zu verwenden. Abweichend von Artikel 8 enthält das Symbol dieses Zeichens das Wort „Zoll“ vorzugsweise zweisprachig; die Vertragsparteien, die diese Zeichen C 16 aufstellen, sollen sich auf regionaler Ebene darüber verständigen, daß dieses Wort auf den von ihnen aufgestellten Zeichen in derselben Sprache erscheint.

Dieses Zeichen kann auch verwendet werden, um anzuzeigen, daß es aus anderen Gründen verboten ist, weiterzufahren ohne anzuhalten; in diesem Falle wird das Wort „Zoll“ durch eine andere sehr kurze Aufschrift ersetzt, die den Grund für das Anhalten angibt.

#### h) „Ende der Verkehrsverbote oder Verkehrsbeschränkungen“

i) Um die Stelle anzuzeigen, wo alle durch Zeichen für fahrende Fahrzeuge angezeigten Verbote enden, ist das Zeichen C 17<sup>a</sup> „ENDE ALLER ÖRTLICHEN VERBOTE FÜR FAHRENDE FAHRZEUGE“ zu verwenden. Dieses Zeichen ist rund mit weißem oder gelbem Grund ohne Rand oder nur mit einem schmalen schwarzen Rand und enthält ein von rechts oben nach links unten verlaufendes Band, das schwarz oder dunkelgrau sein oder aus parallelen schwarzen oder grauen Linien bestehen kann.

ii) Um die Stelle anzuzeigen, wo ein einzelnes Verbot oder eine einzelne Beschränkung, die durch ein Zeichen für fahrende Fahrzeuge angezeigt war, endet, sind die Zeichen C 17<sup>b</sup> „ENDE DER GESCHWINDIGKEITSBESCHRÄNKUNG“ und C 17<sup>c</sup> „ENDE DES ÜBERHOLVERBOTS“ zu verwenden. Diese Zeichen entsprechen dem Zeichen C 17<sup>a</sup>, enthalten aber außerdem in hellgrau das Symbol des aufgehobenen Verbots oder der aufgehobenen Beschränkung.

Abweichend von Artikel 6 Absatz 1 können die unter Buchstabe h genannten Zeichen auf der Rückseite des für den Gegenverkehr bestimmten Verbots- oder Beschränkungszeichens angebracht werden.

## Abschnitt B. Gebotszeichen

### 1. Allgemeine Merkmale der Zeichen und Symbole

a) Die Gebotszeichen sind rund; ihr Durchmesser beträgt mindestens 0,60 m (2 Fuß) außerhalb von Ortschaften und mindestens 0,40 m (16 Zoll) innerhalb von Ortschaften. Jedoch können Zeichen, deren Durchmesser mindestens 0,30 m (12 Zoll) beträgt, mit Lichtsignalen verbunden oder an Pfosten auf Verkehrsinseln angebracht werden.

b) Wenn nichts anderes bestimmt ist, sind die Zeichen blau, die Symbole weiß oder von heller Farbe oder aber die Zeichen sind weiß mit schmalen roten Rand und die Symbole schwarz.

### 2. Beschreibung der Zeichen

#### a) Vorgeschriebene Fahrtrichtung

Um die für Fahrzeuge vorgeschriebene Fahrtrichtung oder die Fahrtrichtungen, die die Fahrzeuge einschlagen dürfen, anzuzeigen, ist die Ausführung D 1<sup>a</sup> des Zeichens D 1 „VORGESCHRIEBENE FAHTRICHTUNG“ zu verwenden, in welcher der Pfeil oder die Pfeile in die entsprechenden Richtungen weisen. Jedoch kann anstelle des Zeichens D 1<sup>a</sup> abweichend von Absatz 1 das Zeichen D 1<sup>b</sup> verwendet werden. Das Zeichen D 1<sup>b</sup> ist schwarz mit schmalen weißen Rand und enthält ein weißes Symbol.

**b) Vorgeschriebene Seite für das Vorbeifahren**

Das abweichend von Artikel 6 Absatz 1 auf einer Verkehrsinsel oder vor einem Hindernis auf der Fahrbahn angebrachte Zeichen D 2 „VORGESCHRIEBENE SEITE FÜR DAS VORBEIFAHREN“ zeigt an, daß die Fahrzeuge auf der durch den Pfeil bezeichneten Seite der Verkehrsinsel oder des Hindernisses vorbeifahren müssen.

**c) Kreisverkehr**

Das Zeichen D 3 „KREISVERKEHR“ zeigt den Führern an, daß sie sich nach den Regeln für Kreisverkehr zu richten haben.

Bei Linksverkehr sind die Pfeile umzukehren.

**d) Radweg**

Das Zeichen D 4 „RADWEG“ zeigt den Radfahrern an, daß sie den Radweg benutzen müssen, an dessen Beginn es aufgestellt ist, und den Führern anderer Fahrzeuge, daß sie diesen Radweg nicht benutzen dürfen. Wenn jedoch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften es vorschreiben oder wenn es durch ein Zusatzschild mit einer Aufschrift oder mit dem Symbol des Zeichens C 3<sup>d</sup> angezeigt wird, müssen die Führer von Motorrädern diesen Radweg ebenfalls benutzen.

**e) Gehweg**

Das Zeichen D 5 „GEHWEG“ zeigt den Fußgängern an, daß sie den Weg benutzen müssen, an dessen Beginn es aufgestellt ist, und den anderen Verkehrsteilnehmern, daß sie ihn nicht benutzen dürfen.

**f) Reitweg**

Das Zeichen D 6 „REITWEG“ zeigt den Reitern an, daß sie den Weg benutzen müssen, an dessen Beginn es aufgestellt ist, und den anderen Verkehrsteilnehmern, daß sie ihn nicht benutzen dürfen.

**g) Vorgeschriebene Mindestgeschwindigkeit**

Das Zeichen D 7 „VORGESCHRIEBENE MINDESTGESCHWINDIGKEIT“ zeigt an, daß die Fahrzeuge, die auf der Straße fahren, an deren Beginn es aufgestellt ist, mindestens mit der angegebenen Geschwindigkeit fahren müssen; die Zahl in dem Zeichen bezeichnet die Geschwindigkeit in der in dem Lande für die Geschwindigkeit der Fahrzeuge üblicherweise verwendeten Maßeinheit. Nach der Geschwindigkeitszahl kann „km“ (Kilometer) oder „m“ (Meilen) hinzugefügt werden.

**h) Ende der vorgeschriebenen Mindestgeschwindigkeit**

Das Zeichen D 8 „ENDE DER VORGESCHRIEBENEN MINDESTGESCHWINDIGKEIT“ zeigt das Ende der durch das Zeichen D 7 vorgeschriebenen Mindestgeschwindigkeit an. Das Zeichen D 8 entspricht dem Zeichen D 7, jedoch mit einem roten Schrägbalken von oben rechts nach unten links.

**i) Schneeketten vorgeschrieben**

Das Zeichen D 9 „SCHNEEKETTEN VORGESCHRIEBEN“ zeigt an, daß die Fahrzeuge, die auf der Straße fahren, an deren Beginn es aufgestellt ist, Schneeketten auf mindestens zwei Antriebsrädern haben müssen.

## ANHANG 5

### Hinweiszeichen außer jenen für das Parken

**Anmerkung:** Hinsichtlich der Hinweiszeichen für das Parken, siehe Anhang 6.

#### Allgemeine Merkmale der Zeichen und Symbole der Abschnitte A bis F

(Hinsichtlich der Zeichen und Symbole des Abschnitts G siehe dort).

1. Die Hinweiszeichen sind in der Regel rechteckig; jedoch können die Wegweiser die Form eines langgestreckten waagrecht liegenden Rechtecks haben, das in einer Pfeilspitze endet.

2. Die Hinweiszeichen enthalten Symbole oder Aufschriften in weiß oder in heller Farbe auf dunklem Grund oder aber dunkle Symbole oder Aufschriften auf weißem oder hellem Grund. Rot darf nur ausnahmsweise verwendet werden und niemals vorherrschen.

#### Abschnitt A. Vorwegweiser

##### 1. Allgemeiner Vorwegweiser

Beispiele: E 1<sup>a</sup>, E 1<sup>b</sup> und E 1<sup>c</sup>

##### 2. Besondere Vorwegweiser

a) Beispiele von Vorwegweisern für eine „SACKGASSE“  
E 2<sup>a</sup> und E 2<sup>b</sup>

b) Beispiel eines Vorwegweisers für den Weg, den man einschlagen muß, um nach links zu gelangen, falls das Linksabbiegen an der nächsten Kreuzung verboten ist  
E 3

c) Beispiel eines Zeichens für das Einordnen vor Kreuzungen auf Straßen mit mehreren Fahrspuren  
E 4

#### Abschnitt B. Wegweiser

##### 1. Beispiele von Zeichen, die auf einen Ort hinweisen

E 5<sup>a</sup>, E 5<sup>b</sup>, E 5<sup>c</sup> und E 5<sup>d</sup>

##### 2. Beispiele von Zeichen, die auf einen Flugplatz hinweisen

E 6<sup>a</sup>, E 6<sup>b</sup> und E 6<sup>c</sup>

##### 3. Zeichen, das auf einen Zeltplatz hinweist

E 7

##### 4. Zeichen, das auf eine Jugendherberge hinweist

E 8

#### Abschnitt C. Ortstafeln

Diese Zeichen sind rechteckig, die längere Seite ist waagrecht.

1. Beispiele von Zeichen, die den Beginn einer Ortschaft anzeigen: E 9<sup>a</sup> und E 9<sup>b</sup>

2. Beispiele von Zeichen, die das Ende einer Ortschaft anzeigen: E 9<sup>c</sup> und E 9<sup>d</sup>

Abweichend von Artikel 6 Absatz 1 können diese Zeichen auf der Rückseite der Tafeln angebracht werden, die den Beginn der Ortschaft anzeigen.

#### Abschnitt D. Bestätigungszeichen

Beispiel eines Bestätigungszeichens: E 10

Abweichend von Artikel 6 Absatz 1 kann dieses Zeichen auf der Rückseite eines anderen, für den Gegenverkehr bestimmten Zeichens angebracht werden.

## **Abschnitt E. Fußgängerüberweg**

Das Zeichen E 11<sup>a</sup> „FUSSGÄNGERÜBERWEG“ wird verwendet, um den Fußgängern und den Führern die Stelle eines Fußgängerüberwegs anzuzeigen.

Das Schild ist blau oder schwarz, das Dreieck weiß oder gelb, das Symbol schwarz oder dunkelblau; als Symbol ist das Symbol A 11 zu verwenden.

Jedoch kann auch das Zeichen E 11<sup>b</sup> verwendet werden, das die Form eines unregelmäßigen Fünfecks mit blauem Grund und weißem Symbol hat.

## **Abschnitt F. Sonstige Zeichen, die besondere Hinweise für Fahrzeugführer geben**

Diese Zeichen haben einen blauen Grund.

### **1. Zeichen „KRANKENHAUS“**

Dieses Zeichen wird verwendet, um den Fahrzeugführern anzuzeigen, daß sie sich wegen der Nähe von Krankenanstalten vorsichtig verhalten und insbesondere unnötigen Lärm vermeiden müssen. Es gibt zwei Muster für dieses Zeichen: E 12<sup>a</sup> und E 12<sup>b</sup>.

Das in Zeichen E 12<sup>b</sup> enthaltene rote Kreuz kann durch eines der im Abschnitt G Absatz 2 Buchstabe a angegebenen Symbole ersetzt werden.

### **2. Zeichen „EINBAHNSTRASSE“**

Zwei verschiedene Zeichen „EINBAHNSTRASSE“ können angebracht werden, wenn es für notwendig erachtet wird, den Verkehrsteilnehmern zu bestätigen, daß sie sich auf einer Einbahnstraße befinden:

a) das etwa senkrecht zur Fahrbahnachse aufgestellte Zeichen E 13<sup>a</sup>; das Schild ist quadratisch.

b) das nahezu parallel zur Fahrbahnachse aufgestellte Zeichen E 13<sup>b</sup>; das Schild ist ein langgestrecktes waagrecht liegendes Rechteck. Das Wort „EINBAHN“ kann auf dem Pfeil des Zeichens E 13<sup>b</sup> in der Landessprache oder einer der Landessprachen erscheinen.

Die Zeichen E 13<sup>a</sup> und E 13<sup>b</sup> können aufgestellt werden unabhängig von Verbots- oder Gebotszeichen vor der Straßeneinfahrt.

### **3. Zeichen „SACKGASSE“**

Das an der Einfahrt zu einer Straße aufgestellte Zeichen E 14 „SACKGASSE“ zeigt an, daß die Straße nicht weiterführt.

### **4. Zeichen, die die Zufahrt zu oder die Ausfahrt aus einer Autobahn anzeigen**

Das Zeichen E 15 „AUTOBAHN“ ist an der Stelle aufzustellen, von der an die auf Autobahnen zu beachtenden besonderen Verkehrsvorschriften gelten. Das Zeichen E 16 „ENDE DER AUTOBAHN“ ist an der Stelle aufzustellen, von der an diese Vorschriften nicht mehr gelten.

Das Zeichen E 16 kann auch verwendet und wiederholt werden, um das Ende einer Autobahn anzukündigen; jedes so verwendete Zeichen muß in seinem unteren Teil die Entfernung zwischen seinem Aufstellungspunkt und dem Ende der Autobahn angeben.

### **5. Zeichen, die die Zufahrt zu oder die Ausfahrt aus einer Straße, wo die Verkehrsvorschriften die gleichen sind wie auf einer Autobahn, anzeigen**

Das Zeichen E 17 „KRAFTFAHRSTRASSE“ ist an der Stelle aufzustellen, von der an die besonderen Verkehrsvorschriften für Straßen gelten, die dem Verkehr mit Kraftfahrzeugen vorbehalten sind, ohne Autobahnen zu sein, und zu denen von den angrenzenden Grundstücken keine Zufahrt besteht. Ein Zusatzschild unter dem Zeichen E 17 kann anzeigen, daß ausnahmsweise die Zufahrt von Kraftfahrzeugen zu den angrenzenden Grundstücken erlaubt ist.

Das Zeichen E 18 „ENDE DER KRAFTFAHRSTRASSE“ kann auch verwendet und wiederholt werden, um das Ende dieser Straße anzukündigen; jedes so verwendete Zeichen muß in seinem unteren Teil die Entfernung zwischen seinem Aufstellungspunkt und dem Ende der Straße angeben.

### **6. Zeichen, die eine Omnibus- oder Straßenbahnhaltestelle anzeigen**

E 19 für „OMNIBUSHALTESTELLE“ und E 20 für „STRASSENBAHNHALTESTELLE“

## 7. Zeichen „STRASSENZUSTAND“

Das Zeichen E 21 „STRASSENZUSTAND“ ist zu verwenden, um anzuzeigen, ob eine Gebirgsstraße, namentlich an einem Paßübergang, offen oder geschlossen ist; es wird an der Einfahrt zu der Straße oder den Straßen, die zu dem betreffenden Straßenabschnitt führen, aufgestellt.

Der Name des Straßenabschnittes oder des Passes steht auf dem Schilde in weißer Schrift. In dem abgebildeten Zeichen ist der Name „FURKA“ als Beispiel angegeben.

Die Schilder 1, 2 und 3 sind auswechselbar.

Wenn der Straßenabschnitt geschlossen ist, ist das Schild 1 rot und trägt die Aufschrift „GESCHLOSSEN“; wenn der Straßenabschnitt offen ist, ist es grün und trägt die Aufschrift „OFFEN“. Die Aufschriften sind weiß und vorzugsweise mehrsprachig.

Die Schilder 2 und 3 tragen schwarze Aufschriften und schwarze Symbole auf weißem Grund.

Wenn der Straßenabschnitt offen ist, befinden sich auf dem Schild 3 keine Angaben; das Schild 2 enthält je nach dem Zustand der Straße entweder keine Angabe oder das Zeichen D 9 „SCHNEEKETTEN VORGESCHRIEBEN“ oder in schwarz das Symbol E 22 „SCHNEEKETTEN ODER SCHNEEREIFEN EMPFOHLEN“.

Wenn der Straßenabschnitt geschlossen ist, befindet sich auf dem Schild 3 der Name des Ortes, bis zu dem die Straße offen ist; das Schild 2 trägt je nach dem Zustand der Straße entweder die Aufschrift „OFFEN BIS“ oder das Symbol E 22 oder das Zeichen D 9.

## Abschnitt G. Zeichen, die auf besondere Einrichtungen für Verkehrsteilnehmer hinweisen

### 1. Merkmale der Zeichen und Symbole dieses Abschnitts

a) Die Zeichen F haben einen blauen oder grünen Grund; sie tragen ein weißes oder gelbes Rechteck, in dem sich das Symbol befindet.

b) In dem blauen oder grünen unteren Teil des Zeichens kann in weißer Schrift die Entfernung angegeben sein, in der sich die angezeigte Einrichtung oder die Einfahrt zu der dorthin führenden Straße befindet; das Zeichen mit dem Symbol F 5 kann in gleicher Weise auch die Aufschrift „HOTEL“ oder „MOTEL“ tragen. Die Zeichen können auch an der Einfahrt zu der zu der Einrichtung führenden Straße aufgestellt werden und tragen dann in dem blauen oder grünen unteren Teil einen weißen Richtungspfeil. Das Symbol ist schwarz oder dunkelblau; nur die Symbole F 1<sup>a</sup>, F 1<sup>b</sup> und F 1<sup>c</sup> sind rot.

### 2. Beschreibung der Symbole

#### a) Symbole „ERSTE HILFE“

Die in den einzelnen Staaten üblichen Symbole für Hilfsposten sind zu verwenden. Die Symbole sind rot. Beispiele dieser Symbole sind F 1<sup>a</sup>, F 1<sup>b</sup> und F 1<sup>c</sup>.

#### b) Verschiedene Symbole

F 2 „PANNENHILFE“

F 3 „FERNSPRECHER“

F 4 „TANKSTELLE“

F 5 „HOTEL ODER MOTEL“

F 6 „GASTHAUS“

F 7 „ERFRISCHUNGEN“

F 8 „RASTPLATZ“

F 9 „AUSGANGSPUNKT FÜR FUSSWANDERUNGEN“

F 10 „ZELTPLATZ“

F 11 „WOHNWAGENPLATZ“

F 12 „ZELT- UND WOHNWAGENPLATZ“

F 13 „JUGENDHERBERGE“

# Zeichen für das Halten und Parken

### Abschnitt A. Zeichen, die das Halten oder Parken verbieten oder beschränken

#### Allgemeine Merkmale der Zeichen und Symbole

Diese Zeichen sind rund; ihr Durchmesser beträgt mindestens 0,60 m (2 Fuß) außerhalb von Ortschaften und mindestens 0,25 m (10 Zoll) in Ortschaften. Sofern in diesem Anhang nicht etwas anderes angegeben ist, ist der Grund blau; der Rand und die Schrägbalken sind rot.

#### Beschreibung der Zeichen

1. a) Um die Stellen anzuzeigen, wo das „PARKEN VERBOTEN“ ist, ist das Zeichen C 18 zu verwenden; um die Stellen anzuzeigen, wo das „HALTEN UND PARKEN VERBOTEN“ sind, ist das Zeichen C 19 zu verwenden.

b) Das Zeichen C 18 kann ersetzt werden durch ein rundes Zeichen mit rotem Rand und rotem Schrägbalken, das in schwarz auf weißem oder gelbem Grund das in dem einzelnen Staat übliche Symbol für das Parken trägt.

c) Aufschriften auf einem Zusatzschild unter dem Zeichen können den Geltungsbereich des Verbotes beschränken, indem sie je nachdem angeben:

- i) die Tage der Woche oder des Monats oder die Tagesstunden, während derer das Verbot gilt;
- ii) die Dauer, über die hinaus das Zeichen C 18 das Parken verbietet, oder die Dauer, über die hinaus das Zeichen C 19 das Halten und das Parken verbietet;
- iii) die Ausnahmen für bestimmte Arten von Verkehrsteilnehmern.

d) Die Dauer, über die hinaus das Parken oder Halten verboten ist, kann statt auf einem Zusatzschild im unteren Teil des roten Randes des Zeichens angegeben werden.

2. a) Wenn das Parken abwechselnd auf der einen und auf der anderen Straßenseite zulässig ist, sind anstelle des Zeichens C 18 die Zeichen C 20<sup>a</sup> und C 20<sup>b</sup> „ABWECHSELNDES PARKEN“ zu verwenden.

b) Das Parkverbot gilt auf der Seite des Zeichens C 20<sup>a</sup> an den Tagen mit ungeradem Datum und auf der Seite des Zeichens C 20<sup>b</sup> an den Tagen mit geradem Datum, wobei der Zeitpunkt des Seitenwechsels durch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften festgelegt wird und nicht unbedingt Mitternacht zu sein braucht. Die innerstaatlichen Rechtsvorschriften können auch festlegen, daß der Seitenwechsel in anderen Zeitabschnitten erfolgt als nach einem Tag; die Ziffern I und II auf dem Zeichen sind dann zu ersetzen durch die Angabe der anderen Zeitabschnitte, zum Beispiel 1—15 und 16—31 bei einem Seitenwechsel am 1. und am 16. jedes Monats.

c) Das Zeichen C 18 kann auch von den Staaten verwendet werden, die nach Artikel 8 Absatz 4 nicht die durch zusätzliche Aufschriften ergänzten Zeichen C 19, C 20<sup>a</sup> und C 20<sup>b</sup> annehmen.

3. a) Außer in Sonderfällen werden die Zeichen in der Weise aufgestellt, daß die runde Scheibe senkrecht zur Straßenachse oder im Verhältnis zu der zu dieser Achse senkrechten Ebene etwas geneigt ist.

b) Alle Parkverbote und -beschränkungen gelten nur auf der Fahrbahnseite, auf der die Zeichen angebracht sind.

c) Die Verbote und Beschränkungen gelten von dem Zeichen an bis zu der nächsten Einmündung einer Straße, es sei denn, daß etwas anderes angezeigt ist

- entweder auf einem Zusatzschild nach Muster 2 des Anhangs 7, das die Länge der Verbotsstrecke angibt
- oder nach der Vorschrift unter Buchstabe e.

d) Unter dem Zeichen, das dort aufgestellt ist, wo das Verbot beginnt, kann ein Zusatzschild nach Muster 3<sup>a</sup> oder 4<sup>a</sup> des Anhangs 7 angebracht werden. Unter den Zeichen, die das Verbot wiederholen, kann ein Zusatzschild nach Muster 3<sup>b</sup> oder 4<sup>b</sup> des Anhangs 7 angebracht werden. Dort, wo das Verbot endet, kann ein weiteres Verbotsschild aufgestellt werden, das durch ein Zusatzschild nach Muster 3<sup>c</sup> oder 4<sup>c</sup> des Anhangs 7 ergänzt wird. Die Schilder des Musters 3 werden parallel und die des Musters 4 senkrecht zur Straßenachse angebracht. Wenn auf den Schildern des Musters 3 Entfernungen angegeben sind, bezeichnen sie die Verbotsstrecke in Pfeilrichtung.

e) Wenn das Verbot vor der nächsten Einmündung einer Straße endet, ist das Zeichen mit dem unter Buchstabe d beschriebenen Zusatzschild für das Verbotsende aufzustellen. Wenn jedoch das Verbot nur auf einer kurzen Strecke gilt, kann nur ein einziges Zeichen aufgestellt werden, das

- im roten Kreis die Länge der Strecke angibt, auf der es gilt, oder
- ein Zusatzschild nach Muster 3 trägt.

f) Wo Parkuhren aufgestellt sind, zeigt dies an, daß das Parken nur gegen Bezahlung erlaubt und auf die Laufzeit des Uhrwerks beschränkt ist.

g) In den Zonen, wo die Parkdauer begrenzt, das Parken jedoch ohne Bezahlung erlaubt ist, kann die Begrenzung anstatt durch Zeichen C 18 mit Zusatzschildern auch durch einen blauen Farbstreifen, der in Höhe von etwa 2 m auf den am Fahrbahnrande stehenden Laternenpfählen, Bäumen und so weiter angebracht ist, oder durch Randsteinmarkierungen angezeigt werden.

4. Um in den Ortschaften die Einfahrt in eine Zone zu kennzeichnen, wo die Parkdauer mit oder ohne Bezahlung begrenzt ist, kann das Zeichen C 21 „ZONE MIT PARKZEITBESCHRÄNKUNG“ aufgestellt werden. Der Grund dieses Zeichens in dem sich das Zeichen C 18 befindet, ist von heller Farbe.

Das Zeichen C 18 kann durch das Zeichen E 23 ersetzt werden; in diesem Fall kann der Grund blau sein.

Im unteren Teil des Schildes kann eine Parkscheibe oder eine Parkuhr dargestellt werden, um die Art und Weise der Parkbeschränkung in der Zone anzuzeigen.

Erforderlichenfalls können die Tage und die Tageszeiten, während derer die Beschränkung gilt, und die Art und Weise dieser Beschränkung auf dem Zeichen selbst oder auf einem Zusatzschild unter dem Zeichen C 21 angegeben werden.

## **Abschnitt B. Zeichen, die nützliche Hinweise für das Parken geben**

### **1. Zeichen „PARKEN“**

Das Zeichen E 23 „PARKEN“, das parallel zur Straßenachse aufgestellt werden darf, bezeichnet Stellen, wo das Parken von Fahrzeugen erlaubt ist. Das Schild ist quadratisch. Es trägt das in dem einzelnen Staat übliche Symbol für das „Parken“. Der Grund dieses Zeichens ist blau.

Auf einem Zusatzschild unter dem Zeichen oder auf dem Zeichen selbst können Symbole oder Aufschriften die Richtung zum Parkplatz oder die Arten der Fahrzeuge, für die dieser Platz bestimmt ist, angeben. Solche Aufschriften können auch die zulässige Parkdauer beschränken.

### **2. Zeichen, das die Ausfahrt aus einer Zone mit Parkzeitbeschränkung anzeigt**

Um in den Ortschaften die Ausfahrt aus einer Zone mit Parkzeitbeschränkung zu kennzeichnen, deren Einfahrten mit dem Zeichen C 21, das das Zeichen C 18 enthält, versehen sind, ist das Zeichen E 24 zu verwenden; dieses besteht aus einem Quadrat von heller Farbe und enthält in hellgrau das Zeichen C 18 und ein schwarzes oder dunkelgraues diagonal verlaufendes Band sowie eine Reihe von schwarzen oder grauen parallelen Linien, die ein solches Band bilden. Wenn die Einfahrten zu der Zone mit dem Zeichen C 21 versehen sind, das das Zeichen E 23 enthält, können die Ausfahrten durch ein Schild gekennzeichnet werden, das ein schwarzes oder dunkelgraues diagonal verlaufendes Band oder eine Reihe von schwarzen oder grauen parallelen Linien, die ein solches Band bilden, und eine Parkscheibe auf hellem Grund enthält.

## ANHANG 7

### Zusatzschilder

1. Diese Schilder haben entweder einen weißen oder gelben Grund mit schmalem schwarzen, dunkelblauen oder roten Rand, wobei die Entfernung oder die Streckenlänge in schwarzer oder dunkelblauer Schrift angegeben ist; oder sie haben einen schwarzen oder dunkelblauen Grund mit schmalem weißen, gelben oder roten Rand, wobei die Entfernung oder die Streckenlänge in weißer oder gelber Schrift angegeben ist.

2. a) Die Zusatzschilder des Musters 1 geben die Entfernung zwischen dem Zeichen und dem Beginn des gefährlichen Straßenabschnittes oder der Zone an, in der die Regelung gilt.

b) Die Zusatzschilder des Musters 2 geben die Länge des gefährlichen Straßenabschnittes oder der Zone an, in der die Vorschrift gilt.

c) Die Zusatzschilder werden unter den Zeichen angebracht. Bei den Gefahrenwarnzeichen des Musters A<sup>b</sup> jedoch können die für die Zusatzschilder vorgesehenen Angaben auf den unteren Teil des Zeichens gesetzt werden.

3. Die Zusatzschilder des Musters 3 und des Musters 4 zu den Parkverboten oder -beschränkungen (siehe Anhang 6 Abschnitt A Absatz 3) sind entweder die Muster 3<sup>a</sup>, 3<sup>b</sup> oder 3<sup>c</sup> sowie die Muster 4<sup>a</sup>, 4<sup>b</sup> oder 4<sup>c</sup>.



## ANHANG 8

# Straßenmarkierungen

## KAPITEL I

### Allgemeines

1. Die Markierungen auf der Straßenoberfläche (Straßenmarkierungen) sollen aus gleitsicheren Stoffen bestehen und nicht mehr als 6 mm über die Fahrbahnoberfläche hinausragen. Werden Nägel oder ähnliche Vorrichtungen für die Markierung verwendet, so dürfen sie nicht mehr als 1,5 cm (Nägel mit Rückstrahlvorrichtungen nicht mehr als 2,5 cm) über die Fahrbahnoberfläche hinausragen; sie sollen den Erfordernissen der Verkehrssicherheit entsprechend verwendet werden.

## KAPITEL II

### Längsmarkierungen

#### A. Abmessungen

2. Ununterbrochene oder unterbrochene Linien von Längsmarkierungen sollen mindestens 0,10 m (4 Zoll) breit sein.

3. Der Zwischenraum zwischen zwei nebeneinander verlaufenden Längslinien (Doppellinie) soll zwischen 0,10 m (4 Zoll) und 0,18 m (7 Zoll) liegen.

4. Eine unterbrochene Linie besteht aus gleich langen Strichen mit gleichmäßigen Abständen. Die Geschwindigkeit der Fahrzeuge auf dem Straßenabschnitt oder dem betreffenden Gebiet ist bei Bestimmung der Länge von Strichen und Abständen zu berücksichtigen.

5. Außerhalb von Ortschaften soll eine unterbrochene Linie aus Strichen von 2 bis 10 m (6 Fuß 6 Zoll bis 32 Fuß) Länge bestehen. Die Länge der Striche der Annäherungslinie nach Ziffer 23 sollte das Zwei- bis Dreifache der Länge der Abstände betragen.

6. Innerhalb von Ortschaften, sollen die Länge und der Abstand der Striche geringer sein als außerhalb von Ortschaften. Die Strichlänge kann bis auf 1 m (3 Fuß 4 Zoll) verringert werden. Auf städtischen Hauptverkehrsstraßen mit schnellem Verkehr können die Längsmarkierungen jedoch ebenso gestaltet sein wie außerhalb von Ortschaften.

#### B. Markierungen von Fahrspuren

7. Die Markierung von Fahrspuren erfolgt entweder durch unterbrochene Linien oder durch ununterbrochene Linien oder durch andere geeignete Markierungen.

##### i) Außerhalb von Ortschaften

8. Auf Straßen mit Gegenverkehr, die zwei Fahrspuren haben, soll die Mitte der Fahrbahn durch eine Längsmarkierung angezeigt werden. Diese Markierung ist in der Regel eine unterbrochene Linie. Ununterbrochene Linien dürfen nur in besonderen Fällen für diesen Zweck verwendet werden.

9. Bei Straßen mit drei Fahrspuren sollen diese auf Strecken mit normaler Sichtweite in der Regel durch unterbrochene Linien angezeigt werden. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, können in besonderen Fällen ununterbrochene Linien oder unterbrochene Linien neben nicht unterbrochenen Linien verwendet werden.

10. Auf Fahrbahnen mit mehr als drei Fahrspuren sollen die Verkehrsrichtungen durch eine oder zwei ununterbrochene Linien getrennt werden, außer in den Fällen, wo die Verkehrsrichtung auf den mittleren Fahrspuren umgekehrt werden kann. Ferner sollen die Fahrspuren durch unterbrochene Linien kenntlich gemacht werden (Zeichnungen 1 a und 1 b).

##### ii) In Ortschaften

11. In den Ortschaften sind die in den Ziffern 8 bis 10 angeführten Empfehlungen anwendbar auf Straßen mit Gegenverkehr und auf Einbahnstraßen, die mindestens zwei Fahrspuren aufweisen.

12. Die Fahrspuren sollen dort kenntlich gemacht sein, wo die Breite der Fahrbahn durch Randsteine, Verkehrs- oder Leitinseln eingeengt ist.

13. Vor wichtigen Kreuzungen (besonders vor solchen mit Verkehrsregelung), auf denen genügend Platz für zwei oder mehr Fahrzeugkolonnen vorhanden ist, sollen die Fahrspuren nach den Zeichnungen 2 und 3 kenntlich gemacht werden. In diesen Fällen können die Längsmarkierungen der Fahrspuren durch Pfeile ergänzt werden (siehe Ziffer 39).

### C. Markierungen für besondere Fälle

#### i) Verwendung von ununterbrochenen Linien

14. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sollen an bestimmten Kreuzungen die unterbrochenen Mittellinien (Zeichnung 4) durch eine ununterbrochene Linie ersetzt oder ergänzt werden (Zeichnungen 5 und 6).

15. Wird es für erforderlich erachtet, die Benutzung des dem Gegenverkehr vorbehaltenen Fahrbahteilens an Stellen mit beschränkter Sicht (Kuppen, Kurven und so weiter) oder auf Abschnitten mit enger Fahrbahn oder einer anderen Besonderheit, zu verbieten, so sollen Beschränkungen auf Strecken, wo die Sichtweite unter einem bestimmten Mindestmaß  $M$  liegt, durch eine nach den Zeichnungen 7a bis 16<sup>1)</sup> angebrachte ununterbrochene Linie angeordnet werden. In den Ländern, wo die Bauweise der Kraftfahrzeuge dies rechtfertigt, kann die in den Zeichnungen 7a bis 10a vorgesehene Augenhöhe von 1 m auf 1,20 m vergrößert werden.

16. Der für  $M$  anzunehmende Wert ändert sich entsprechend den Merkmalen der Straße. Die Zeichnungen 7a, 7b, 8a, 8b, 8c und 8d zeigen, wie die Linien bei einer Kuppe mit beschränkter Sichtweite auf Straßen mit zwei oder drei Fahrspuren zu ziehen sind. Diese Zeichnungen entsprechen dem über ihnen auf derselben Seite dargestellten Längsschnitt und einer nach Ziffer 24 bestimmten Entfernung  $M$ ; dabei ist A (oder D) der Punkt, an dem die Sichtweite kleiner als  $M$  wird, während C (oder B) der Punkt ist, an dem die Sichtweite den Wert  $M$  wieder überschreitet<sup>2)</sup>.

17. Wenn die Abschnitte AB und CD einander überlagern, das heißt, wenn die Sichtweite in beiden Richtungen größer als  $M$  ist, bevor die höchste Stelle der Kuppe erreicht wird, sollen die Linien in derselben Weise angeordnet werden, wobei jedoch die neben einer unterbrochenen Linie verlaufenden ununterbrochenen Linien einander nicht überlagern sollen. Dies wird in den Zeichnungen 9, 10a und 10b gezeigt.

18. Die Zeichnungen 11a und 11b zeigen, wie die Linien unter derselben Voraussetzung in der Kurve einer Straße mit zwei Fahrspuren und beschränkter Sichtweite verlaufen.

19. Auf Straßen mit drei Fahrspuren sind zwei Markierungsarten möglich. Sie werden in den Zeichnungen 8a, 8b, 8c und 8d (oder — je nach den Umständen — 10a und 10b) gezeigt. Die Zeichnung 8a oder 8b (oder — je nach den Umständen — 10a) soll für Straßen verwendet werden, wo einspurige Fahrzeuge, und die Zeichnungen 8c und 8d (oder — je nach den Umständen — 10b) wo mehrspurige Fahrzeuge im Verkehr vorherrschen. Die Zeichnung 11c zeigt die Anordnung der Linien unter denselben Voraussetzungen auf einem Kurvenabschnitt einer Straße mit drei Fahrspuren und beschränkter Sichtweite.

20. Die Zeichnungen 12, 13 und 14 zeigen die Anordnung von Linien, die auf eine Verengung der Fahrbahn hinweisen sollen.

21. Bei den Zeichnungen 8a, 8b, 8c, 8d, 10a und 10b sollte die Neigung der schrägen Übergangslinien zur Mittellinie nicht größer sein als 1:20.

22. In den Zeichnungen 13 und 14, die für Hinweise auf Veränderungen der Fahrbahnbreite verwendet werden, sowie in den Zeichnungen 15, 16 und 17, die Hindernisse anzeigen, die eine Verlegung der ununterbrochenen Linie(n) nötig machen, soll diese Neigung auf Schnellstraßen vorzugsweise kleiner sein als 1:50 und auf Straßen mit Geschwindigkeiten bis zu 50 km (30 Meilen) in der Stunde kleiner sein als 1:20. Außerdem sollte den schrägen ununterbrochenen Linien in der Verkehrsrichtung, für die sie gelten, eine parallel zur Fahrbahnmitte verlaufende ununterbrochene Linie vorangehen; die Länge

1) Sichtweite im Sinne dieser Ziffer ist der Abstand, in dem ein 1 m (3 Fuß 4 Zoll) über der Fahrbahnoberfläche befindlicher Gegenstand von einem Beobachter auf der Straße gesehen werden kann, dessen Auge sich ebenfalls 1 m (3 Fuß 4 Zoll) über der Fahrbahn befindet.

2) Die Markierung zwischen A und D in den Zeichnungen 7a und 7b kann durch eine einzelne ununterbrochene Mittellinie ohne daneben verlaufende unterbrochene Linie ersetzt werden; ihr kann eine unterbrochene Mittellinie mit mindestens drei Strichen vorangehen. Jedoch soll diese vereinfachte Ausführung mit Vorsicht und nur in Ausnahmefällen verwendet werden, da sie den Führer über eine bestimmte Entfernung am Überholen hindert, obwohl die Sichtweite ausreicht. Es soll vermieden werden, beide Markierungsarten auf derselben Straße oder auf derselben Art von Straßen im selben Gebiet zu verwenden, da sonst Verwirrung entstehen könnte.

dieser Linie soll der Entfernung entsprechen, die bei der angenommenen Fahrgeschwindigkeit in einer Sekunde zurückgelegt wird.

23. Ist die Kennzeichnung der Fahrspuren durch unterbrochene Linien auf einem Straßenabschnitt ohne Besonderheiten nicht erforderlich, so sollte der ununterbrochenen Linie eine Annäherungslinie vorangehen, die aus einer unterbrochenen Linie von mindestens 50 m Länge besteht, wobei die Länge von der üblichen Geschwindigkeit der Fahrzeuge abhängig ist. Wenn auf einem Straßenabschnitt ohne Besonderheiten die Fahrspuren durch unterbrochene Linien gekennzeichnet sind, soll der ununterbrochenen Linie gleichfalls eine Annäherungslinie von mindestens 50 m Länge vorangehen, wobei die Länge von der üblichen Geschwindigkeit der Fahrzeuge abhängig ist. Die Markierung kann durch einen oder mehrere Pfeile ergänzt werden, die den Führern anzeigen, welche Fahrspuren sie benutzen sollen.

#### ii) **Bedingungen für die Verwendung von ununterbrochenen Linien**

24. Die Wahl der Sichtweite, von der man bei der Entscheidung ausgeht, auf welchen Straßenabschnitten eine ununterbrochene Linie nützlich ist oder nicht, sowie die Wahl der Länge dieser Linie hängt immer von verschiedenen Faktoren ab, wobei die nachstehende Übersicht den Wert enthält, der für M bei verschiedenen Annäherungsgeschwindigkeiten empfohlen wird<sup>3)</sup>:

<b>Annäherungsgeschwindigkeit</b>	<b>Wert von M</b>
100 km/h (60 Meilen/h)	160 m (480 Fuß) bis 320 m (960 Fuß)
80 km/h (50 Meilen/h)	130 m (380 Fuß) bis 260 m (760 Fuß)
65 km/h (40 Meilen/h)	90 m (270 Fuß) bis 180 m (540 Fuß)
50 km/h (30 Meilen/h)	60 m (180 Fuß) bis 120 m (360 Fuß)

25. Für die in der vorstehenden Übersicht nicht angeführten Geschwindigkeiten ist der entsprechende Wert von M durch Interpolation oder Extrapolation zu errechnen.

### **D. Randlinien zur Fahrbahnbegrenzung**

26. Die Fahrbahnbegrenzung soll vorzugsweise durch eine ununterbrochene Linie erfolgen. Zusammen mit diesen Linien können Nägel, Knöpfe oder rückstrahlende Vorrichtungen verwendet werden.

### **E. Markierung von Hindernissen**

27. Die Zeichnungen 15, 16 und 17 zeigen die Markierungen, die vor einer Verkehrsinsel oder einem anderen Hindernis auf der Fahrbahn zu verwenden sind.

### **F. Leitlinien für das Abbiegen**

28. An bestimmten Kreuzungen ist es nützlich, in Ländern mit Rechtsverkehr den Führern anzuzeigen, wie sie nach links, in Ländern mit Linksverkehr, wie sie nach rechts abzubiegen haben.

## **KAPITEL III**

### **Quermarkierungen**

#### **A. Allgemeines**

29. Wegen des Winkels, unter dem der Führer die Markierungen auf der Fahrbahn sieht, müssen die Quermarkierungen breiter als die Längsmarkierungen sein.

#### **B. Haltlinien**

30. Die Haltlinie soll nicht unter 0,20 m (8 Zoll) und nicht über 0,60 m (24 Zoll) breit sein. Empfohlen wird eine Breite von 0,30 m (12 Zoll).

31. Wird die Haltlinie zusammen mit einem Zeichen „HALT“ verwendet, so soll sie derart angebracht sein, daß ein Führer, der unmittelbar hinter dieser Linie anhält, den Verkehr auf den anderen Kreuzungsabschnitten unter Berücksichtigung der Erfordernisse des übrigen Fahrzeug- und des Fußgängerverkehrs möglichst gut übersieht.

<sup>3)</sup> Die Annäherungsgeschwindigkeit, die bei dieser Berechnung zugrunde gelegt wird, ist die Geschwindigkeit, die von 85% der Fahrzeuge nicht überschritten wird, oder die Entwurfsgeschwindigkeit, wenn diese höher ist.

32. Die Haltlinien können durch Längslinien ergänzt werden (Zeichnungen 18 und 19). Sie können auch durch Anbringen des Wortes „STOP“ auf der Fahrbahn ergänzt werden; die Zeichnungen 20 und 21 geben hierfür Beispiele. Der Abstand zwischen dem oberen Rand der Buchstaben des Wortes „STOP“ und der Haltlinie soll zwischen 2 m (6 Fuß 7 Zoll) und 25 m (82 Fuß 2 Zoll) betragen.

#### **C. Linien zur Bezeichnung der Stellen, wo die Führer die Vorfahrt gewähren müssen**

33. Diese Linien sollen nicht unter 0,20 m (8 Zoll) und nicht über 0,60 m (24 Zoll) breit sein; bei zwei Linien soll der Abstand zwischen ihnen mindestens 0,30 m (12 Zoll) betragen. Die Linie kann durch Dreiecke ersetzt werden, die auf der Fahrbahn nebeneinander angebracht sind und deren Spitzen gegen den Führer gerichtet sind, der die Vorfahrt gewähren muß. Die Grundlinie dieser Dreiecke soll wenigstens 0,40 m (16 Zoll) und höchstens 0,60 m (24 Zoll) betragen, ihre Höhe wenigstens 0,60 m (24 Zoll) und höchstens 0,70 m (28 Zoll).

34. Die Quermarkierungen sollen in gleicher Weise wie die unter Ziffer 31 angeführten Haltlinien angebracht werden.

35. Die unter Ziffer 34 angeführten Markierungen können durch ein auf der Fahrbahn angebrachtes Dreieck ergänzt werden; die Zeichnung 22 gibt hierfür ein Beispiel. Der Abstand zwischen der Grundlinie dieses Dreiecks und der Quermarkierung soll zwischen 2 m (6 Fuß 7 Zoll) und 25 m (82 Fuß 2 Zoll) betragen. Die Grundlinie des Dreiecks soll mindestens 1 m (3 Fuß 4 Zoll) lang sein, seine Höhe das Dreifache betragen.

36. Diese Quermarkierung kann durch Längslinien ergänzt werden.

#### **D. Fußgängerüberwege**

37. Der Zwischenraum zwischen den Breitstrichen, die einen Fußgängerüberweg kennzeichnen, soll mindestens so groß sein wie die Breite dieser Striche und höchstens doppelt so groß; ein Zwischenraum und ein Strich sollen zusammen zwischen 1 m (3 Fuß 4 Zoll) und 1,40 m (4 Fuß 8 Zoll) breit sein. Die für Fußgängerüberwege empfohlene Mindestbreite beträgt auf Straßen, wo die Geschwindigkeit auf 60 km/h beschränkt ist, 2,5 m (8 Fuß) und auf Straßen, wo diese Grenze höher liegt oder es keine Geschwindigkeitsbeschränkung gibt, 4 m (13 Fuß).

#### **E. Radfahrüberwege**

38. Radfahrüberwege sollen durch zwei unterbrochene Linien gekennzeichnet werden. Diese Linien sollen vorzugsweise aus Quadraten mit einer Seitenlänge von 0,40 bis 0,60 m (16 bis 24 Zoll) bestehen. Der Abstand zwischen diesen Quadraten soll 0,40 bis 0,60 m (16 bis 24 Zoll) betragen. Der Überweg soll wenigstens 1,80 m (6 Fuß) breit sein. Es wird empfohlen, keine Nägel und Knöpfe zu verwenden.

## **KAPITEL IV**

### **Sonstige Markierungen**

#### **A. Pfeile**

39. Auf Straßen mit mehreren Fahrspuren, bei denen vor einer Kreuzung das Einordnen der Fahrzeuge möglich ist, können die zu benutzenden Fahrspuren durch Pfeile auf der Fahrbahn gekennzeichnet werden (Zeichnungen 2, 3, 19 und 23). Pfeile können bei Einbahnstraßen auch als zusätzliche Kenntlichmachung der Verkehrsrichtung verwendet werden. Die Pfeile sollen mindestens 2 m (6 Fuß 7 Zoll) lang sein. Sie können durch Aufschriften auf der Fahrbahn ergänzt werden.

#### **B. Parallele Schrägstreifen**

40. Die Zeichnungen 24 und 25 geben Beispiele von Flächen, die Fahrzeuge nicht befahren dürfen.

#### **C. Aufschriften**

41. Aufschriften auf der Fahrbahn können verwendet werden, um den Verkehr zu regeln, die Verkehrsteilnehmer zu warnen oder zu leiten. Die benutzten Worte sollen vorzugsweise Ortsnamen, Straßennummern oder Begriffe sein, die international leicht verständlich sind (zum Beispiel: „STOP“, „BUS“, „TAXI“).

42. Die Schriftzeichen sollen wegen des kleinen Winkels, unter dem sie von den Führern gesehen werden, in der Verkehrsrichtung stark verlängert sein (Zeichnung 20).

43. Wo die Annäherungsgeschwindigkeit mehr als 50 km/h (30 Meilen/h) beträgt, sollen die Schriftzeichen mindestens 2,5 m (8 Fuß) lang sein.

#### **D. Regelung des Haltens und Parkens**

44. Die Halt- und Parkbeschränkungen können durch Markierungen auf dem Randstein oder am Rande der Fahrbahn angezeigt werden. Parkplätze können auf der Fahrbahn durch geeignete Linien abgegrenzt werden.

#### **E. Markierungen auf der Fahrbahn und auf angrenzenden Anlagen der Straße**

##### **i) Markierung zur Kennzeichnung von Parkbeschränkungen**

45. Die Zeichnung 26 gibt ein Beispiel einer Zickzacklinie.

##### **ii) Markierung von Hindernissen**

46. Die Zeichnung 27 gibt ein Beispiel einer Markierung auf einem Hindernis.



# **Convention on road signs and signals**

THE CONTRACTING PARTIES, RECOGNIZING that international uniformity of road signs, signals and symbols and of road markings is necessary in order to facilitate international road traffic and to increase road safety, HAVE AGREED upon the following provisions:

## CHAPTER I

### **General provisions**

#### **Article 1**

##### **Definitions**

For the purpose of this Convention, the following expressions shall have the meanings hereby assigned to them:

(a) The “domestic legislation” of a Contracting Party means the entire body of national or local laws and regulations in force in the territory of that Contracting Party;

(b) “Built-up area” means an area with entries and exits specially signposted as such, or otherwise defined in domestic legislation;

(c) “Road” means the entire surface of any way or street open to public traffic;

(d) “Carriageway” means the part of a road normally used by vehicular traffic; a road may comprise several carriageways clearly separated from one another by, for example, a dividing strip or a difference of level;

(e) “Lane” means any one of the longitudinal strips into which the carriageway is divisible, whether or not defined by longitudinal road markings, which is wide enough for one moving line of motor vehicles other than motor cycles;

(f) “Intersection” means any level crossroad, junction or fork, including the open areas formed by such crossroads, junctions or forks;

(g) “Level-crossing” means any level intersection between a road and a railway or tramway track with its own track formation;

(h) “Motorway” means a road specially designed and built for motor traffic, which does not serve properties bordering on it, and which

(i) is provided, except at special points or temporarily, with separate carriageways for the two directions of traffic, separated from each other either by a dividing strip not intended for traffic or, exceptionally, by other means;

(ii) does not cross at level with any road, railway or tramway track, or footpath; and

(iii) is specially sign-posted as a motorway;

(i) A vehicle is said to be:

(i) “standing” if it is stationary for the time needed to pick up or set down persons or to load or unload goods; and

(ii) “parked” if it is stationary for any reason other than the need to avoid interference with another road-user or collision with an obstruction or to comply with traffic regulations, and if the period during which the vehicle is stationary is not limited to the time needed to pick up or set down persons or goods;

Nevertheless, it shall be open to Contracting Parties to regard as “standing” any vehicle which is stationary within the meaning of subparagraph (ii) above for a period not exceeding that fixed by domestic legislation, and to regard as “parked” any vehicle which is stationary within the meaning of subparagraph (i) above for a period exceeding that fixed by domestic legislation;

(j) “Cycle” means any vehicle which has at least two wheels and is propelled solely by the muscular energy of the persons on that vehicle, in particular by means of pedals or hand-cranks;

(k) "Moped" means any two-wheeled or three-wheeled vehicle which is fitted with an internal combustion engine having a cylinder capacity not exceeding 50 cc (3.05 cu. in.) and a maximum design speed not exceeding 50 km (30 miles) per hour. Contracting Parties are free, however, not to regard as mopeds, under their domestic legislation, vehicles which do not have the characteristics of a cycle with respect to their use, in particular the characteristic that they can be propelled by pedals, or whose maximum design speed, whose weight, or certain of whose engine characteristics exceed certain limits. Nothing in this definition shall be construed as preventing Contracting Parties from treating mopeds exactly as cycles in applying the provisions of their domestic legislation regarding road traffic;

(l) "Motor cycle" means any two-wheeled vehicle, with or without a side-car, which is equipped with a propelling engine. Contracting Parties may also treat as motor cycles in their domestic legislation three-wheeled vehicles whose unladen weight does not exceed 400 kg (900 lb). The term „motor cycle" does not include mopeds, although Contracting Parties may, provided they make a declaration to this effect in conformity with Article 46, paragraph 2, of this Convention, treat mopeds as motor cycles for the purposes of the Convention;

(m) "Power-driven vehicle" means any self-propelled road vehicle, other than a moped in the territories of Contracting Parties which do not treat mopeds as motor cycles, and other than a rail-borne vehicle;

(n) "Motor vehicle" means any power-driven vehicle which is normally used for carrying persons or goods by road or for drawing, on the road, vehicles used for the carriage of persons or goods. This term embraces trolley-buses, that is to say, vehicles connected to an electric conductor and not rail-borne. It does not cover vehicles, such as agricultural tractors, which are only incidentally used for carrying persons or goods by road or for drawing, on the road, vehicles used for the carriage of persons or goods;

(o) "Trailer" means any vehicle designed to be drawn by a power-driven vehicle and includes semi-trailers;

(p) "Semi-trailer" means any trailer designed to be coupled to a motor vehicle in such a way that part of it rests on the motor vehicle and that a substantial part of its weight and of the weight of its load is borne by the motor vehicle;

(q) "Driver" means any person who drives a motor vehicle or other vehicle (including a cycle), or who guides cattle, singly or in herds, or flocks, or draught, pack or saddle animals on a road;

(r) "Permissible maximum weight" means the maximum weight of the laden vehicle declared permissible by the competent authority of the State in which the vehicle is registered;

(s) "Laden weight" means the actual weight of the vehicle as loaded, with the crew and passengers on board;

(t) "Direction of traffic" and "appropriate to the direction of traffic" mean the right-hand side if, under domestic legislation, the driver of a vehicle must allow an oncoming vehicle to pass on his left; otherwise these expressions mean the left-hand side;

(u) The requirement that a driver shall "give way" to other vehicles means that he must not continue or resume his advance or manoeuvre if by so doing he might compel the drivers of other vehicles to change the direction or speed of their vehicles abruptly.

## Article 2

### Annexes to the Convention

The annexes to this Convention, namely:

Annex 1: Danger warning signs, other than those placed at approaches to intersections or level-crossings;

Annex 2: Signs regulating priority at intersections, danger warning signs at approaches to intersections and signs regulating priority on narrow sections of road;

Annex 3: Signs concerning level-crossings;

Annex 4: Regulatory signs other than priority, standing and parking signs;

Annex 5: Informative signs other than parking signs;

Annex 6: Standing and parking signs;

Annex 7: Additional panels;

Annex 8: Road markings;

Annex 9: Reproduction in colour of signs, symbols and panels referred to in Annexes 1 to 7;\*) are integral parts of this Convention.

\*) Printed texts of this Convention may show the signs, symbols and panels under relevant parts of the texts.



### Article 3

#### Obligations of the Contracting Parties

1. (a) The Contracting Parties to this Convention accept the system of road signs, signals and symbols and road markings described herein and undertake to adopt it as soon as possible. To this end,
  - (i) where this Convention prescribes a sign, symbol or marking for signifying a certain rule or conveying certain information to road-users, the Contracting Parties undertake, subject to the time-limits specified in paragraphs 2 and 3 of this Article, not to use any other sign, symbol or marking for signifying that rule or conveying that information;
  - (ii) where this Convention does not prescribe a sign, symbol or marking for signifying a certain rule or conveying certain information to road-users, it shall be open to the Contracting Parties to use for these purposes any sign, symbol or marking they wish, provided that such sign, symbol or marking is not assigned a different meaning in this Convention and provided that it conforms to the system prescribed by this Convention.
- (b) With a view to improving traffic control techniques, and having regard to the usefulness of carrying out experiments before proposing amendments to this Convention, it shall be open to Contracting Parties to derogate from the provisions of this Convention, for experimental purposes and temporarily, on certain sections of road.
2. Contracting Parties undertake to replace or supplement, not later than four years from the date of entry into force of this Convention in their territories, any sign, symbol, installation or marking which, although it has the characteristics of a sign, symbol, installation or marking belonging to the system prescribed by this Convention, is used with a different meaning from that assigned to it in this Convention.
3. Contracting Parties undertake to replace, within fifteen years from the date of entry into force of this Convention in their territories, any sign, installation or marking which does not conform to the system prescribed in this Convention. During this period, in order to familiarize road-users with the system prescribed in this Convention, previous signs and symbols may be retained beside those prescribed in this Convention.
4. Nothing in this Convention may be construed as requiring the Contracting Parties to adopt all the types of sign and marking prescribed in this Convention. On the contrary, Contracting Parties shall limit the number of types of sign or marking they adopt to what is strictly necessary.

### Article 4

The Contracting Parties undertake that it shall be prohibited:

- (a) to affix to a sign, to its support or to any other traffic control device anything not related to the purpose of such sign or device; if, however, Contracting Parties or sub-divisions thereof authorize a non-profit-making association to install informative signs, they may permit the emblem of that association to appear on the sign or on its support provided this does not make it less easy to understand the sign;
- (b) to install any board, notice, marking or device which might be confused with signs or other traffic control devices, might render them less visible or effective, or might dazzle road-users or distract their attention in a way prejudicial to traffic safety.

## CHAPTER II

### Road signs

#### Article 5

1. The system prescribed in this Convention differentiates between the following classes of road signs:
  - (a) Danger warning signs: these signs are intended to warn road-users of a danger on the road and to inform them of its nature;
  - (b) Regulatory signs: these signs are intended to inform road-users of special obligations, restrictions or prohibitions with which they must comply; they are sub-divided into:

- (i) priority signs;
  - (ii) prohibitory or restrictive signs; and
  - (iii) mandatory signs;
- (c) Informative signs: these signs are intended to guide road-users while they are travelling or to provide them with other information which may be useful; they are sub-divided into:
- (i) advance signs;
  - (ii) direction signs;
  - (iii) road identification signs;
  - (iv) place identification signs;
  - (v) confirmatory signs;
  - (vi) other signs providing useful information for drivers of vehicles;
  - (vii) other signs indicating facilities which may be useful to road-users.
2. Where this Convention allows a choice between several signs or several symbols:
- (a) Contracting Parties undertake to adopt only one of such signs or symbols for the whole of their territories;
  - (b) Contracting Parties shall endeavour to reach regional agreements on the same choice;
  - (c) the provisions of Article 3, paragraph 3, of this Convention shall apply to signs and symbols of the types which are not chosen.

#### Article 6

1. Signs shall be so placed that the drivers for whom they are intended can recognize them easily and in time. They shall normally be placed on the side of the road appropriate to the direction of traffic; they may, however, be placed or repeated above the carriageway. Any sign placed on the side of the road appropriate to the direction of traffic shall be repeated above or on the other side of the carriageway if local conditions are such that it might not be seen in time by the drivers for whom it is intended.

2. All signs shall apply to the drivers for whom they are intended over the whole width of the carriageway open to traffic. However, signs may be made to apply to only one or to several lanes of the carriageway when lanes are defined by longitudinal markings.

3. Where in the opinion of competent authorities a sign would be ineffective if placed on the verge of a road with separated carriageways, it may be placed on the dividing strip and in this case need not be repeated on the verge.

4. It is recommended that domestic legislation should provide:

(a) that signs shall be so placed that they do not obstruct vehicular traffic on the carriageway and, if placed on the verges, obstruct pedestrians as little as possible. The difference in level between the carriageway on the side where a sign is placed and the lower edge of the sign shall be as uniform as possible for signs of the same class on the same route;

(b) that the dimensions of sign panels shall be such that the sign is easily visible for a distance and can be easily understood by a person approaching it; subject to the provisions of sub-paragraph (c) of this paragraph, these dimensions shall be adapted to the normal speed of vehicles;

(c) that the dimensions of danger warning signs and of regulatory signs shall be standardized in the territory of each Contracting Party. As a general rule, there shall be four sizes for each type of sign: small, normal, large and very large. Small signs shall be used where conditions do not permit the use of normal signs or where traffic can only move slowly; they may also be used to repeat a preceding sign. Large signs shall be used on very wide roads carrying high-speed traffic. Very large signs shall be used on roads carrying very high-speed traffic, such as motorways.

#### Article 7

1. It is recommended that domestic legislation should provide that in order to make them more, visible and legible at night, road signs, in particular danger warning signs and regulatory signs other than those regulating standing and parking in lighted streets of built-up areas, shall be lighted or equipped with reflecting material or reflecting devices, provided that this does not result in road-users being dazzled.

2. Nothing in this Convention shall prohibit the use, for conveying information, warnings or rules applying only at certain times or on certain days, of signs which are visible only when the information they convey is relevant.

## Article 8

1. In order to facilitate international understanding of signs, the system of signs and signals prescribed in this Convention is based on the use of shapes and colours characteristic of each class of sign and, wherever possible, on the use of graphic symbols rather than inscriptions. Where Contracting Parties consider it necessary to modify the symbols prescribed, the modifications made shall not alter their essential characteristics.

2. Contracting Parties wishing to adopt, in accordance with Article 3, paragraph 1(a)(ii), of this Convention, any sign or symbol not prescribed in this Convention shall endeavour to secure regional agreement on such new sign or symbol.

3. Nothing in this Convention shall prohibit the addition, in order to facilitate the interpretation of signs, of an inscription in a rectangular panel below the sign or in a rectangular panel containing the sign; such an inscription may also be placed on the sign itself, if this does not make the sign more difficult to understand for drivers who cannot understand the inscription.

4. Where the competent authorities consider it advisable to make the meaning of a sign or symbol more explicit or, in the case of regulatory signs, to limit their application to certain categories of road-user or certain periods, and where it would not be possible to convey the necessary information by an additional symbol or by numerals as provided in the annexes to this Convention, an inscription shall be placed below the sign in a rectangular panel, though such inscriptions may be replaced or supplemented by one or more symbols placed in the same panel.

5. The inscriptions referred to in paragraphs 3 and 4 of this Article shall be in the national language or in one or more of the national languages, and also, if the Contracting Party concerned considers it advisable, in other languages, in particular official languages of the United Nations.

## Danger warning signs

### Article 9

1. Section A of Annex 1 to this Convention indicates the models for danger warning signs; Section B indicates the symbols to be placed on these signs and gives some instructions for their use. However, danger warning signs and symbols giving warning of an intersection are described in Annex 2 to this Convention and danger warning symbols giving warning of a level-crossing are described in Annex 3. In conformity with Article 46, paragraph 2 of this Convention, each State shall notify the Secretary-General whether it has selected A<sup>a</sup> or A<sup>b</sup> as the model for danger warning signs.

2. The number of danger warning signs shall not be increased unnecessarily, but such signs shall be sited to give warning of possible road hazards which are difficult for a driver proceeding with due caution to perceive in time.

3. Danger warning signs shall be placed at such distance from the danger point as will make them most effective both by day and by night, having regard to road and traffic conditions, including the normal speed of vehicles and the distance at which the sign is visible.

4. The distance between the sign and the beginning of a dangerous section of road may be shown in an additional panel conforming to model 1 in Annex 7 to this Convention and placed in accordance with the provisions of that Annex; this information must be given when the distance between the sign and the beginning of the dangerous section of road cannot be judged by drivers and is not what they might normally expect.

5. Danger warning signs may be repeated, particularly on motorways and roads treated as motorways. Where they are repeated, the distance between the sign and the beginning of the dangerous section of road shall be shown in accordance with the provisions of paragraph 4 of this Article. However, with respect to danger warning signs giving warning of swing bridges and level-crossings it shall be open to Contracting Parties to apply the provisions of Article 35, paragraph 3, of this Convention or of Annex 1 thereto, section B, paragraph 5, instead of the provisions of this paragraph.

6. If a danger warning sign is used to give warning of a danger on a section of road of some length (e.g. a series of dangerous bends or a section of carriageway in bad condition) and if it is considered desirable to show the length of that section, this shall be done on an additional panel conforming to model 2 of Annex 7 to this Convention, placed in accordance with the provisions of that Annex.

## **Regulatory signs other than standing and parking signs**

### **Article 10**

#### **Priority Signs**

1. The signs for notifying or informing road-users of the special rules of priority at intersections are signs B, 1; B, 2; B, 3 and B, 4, which are described in Annex 2, section A, to this Convention. The signs for informing road-users of a rule of priority on narrow sections of road are signs B, 5 and B, 6, which are described in Annex 2, section C.

2. Sign B, 1, "GIVE WAY", shall be used to notify drivers that, at the intersection where the sign is placed, they must give way to vehicles on the road they are approaching.

3. Sign B, 2, "STOP", shall be used to notify drivers that, at the intersection where the sign is placed, they shall stop before entering the intersection and give way to vehicles on the road they are approaching. In conformity with Article 46, paragraph 2, of this Convention, each State shall notify the Secretary-General whether it has selected B, 2<sup>a</sup> or B, 2<sup>b</sup> as the model for the „STOP“ sign.

4. Sign B, 2 shall be placed elsewhere than at an intersection of the competent authorities consider it necessary to notify drivers that they are required to stop level with the sign and not move off again until they have ascertained that they can do so without danger.

5. Signs B, 1 and B, 2 shall be placed at the intersection, if possible level with the point at which vehicles must stop or beyond which they must not pass when giving way.

6. Sign A with symbol A, 23 or symbol A, 24 may be used as an advance warning sign for sign B, 1 or sign B, 2 respectively. However, in States which use sign A<sup>a</sup> as danger warning sign, the advance warning signs for sign B, 1 or sign B, 2 may be the same signs supplemented by an additional panel of model 1, as indicated in Annex 7 to this Convention.

7. Sign B, 3, "PRIORITY ROAD", shall be used to notify users of a road that, at intersections of that road with other roads, the drivers of vehicles moving along or coming from such other roads are required to give way to vehicles moving along that road. This sign may be set up at the beginning of the road and repeated after each intersection; it may also be set up before or at the intersection. Where sign B, 3 has been set up on a road, sign B, 4, "END OF PRIORITY", shall be placed at the approach to the point where the road ceases to have priority over other roads. Sign B, 4 may be repeated one or more times in advance of the point where the priority ends; the sign or signs set up in advance of that point shall then bear an additional panel conforming to model 1 in Annex 7.

8. If warning of an intersections is given on a road by a danger warning sign bearing one of the A, 22 symbols, or if at the intersection the road is a priority road and has been marked as such by signs B, 3 as provided in paragraph 7 of this Article, a sign B, 1 or B, 2 shall be placed at the intersection on all the other roads; however, the placing of sign B, 1 or B, 2 shall not be mandatory on roads such as paths or earth-tracks where drivers are required to give way at the intersection even in the absence of such signs. A sign B, 2 shall be set up only if the competent authorities consider it advisable to require drivers to stop, in particular because of the poor visibility, for drivers, of the sections of the road, on either side of the intersection, which they are approaching.

### **Article 11**

#### **Prohibitory or restrictive signs**

Section A of Annex 4 to this Convention describes the prohibitory and restrictive signs other than standing and parking signs, and gives their meaning. It also describes the signs notifying the end of these prohibitions and restrictions or of any one of them.

### **Article 12**

#### **Mandatory signs**

Section B of Annex 4 to this Convention describes the mandatory signs and gives their meaning.

## **Article 13**

### **Provisions applying generally to the signs described in Annex 4 to this Convention**

1. Prohibitory, restrictive and mandatory signs shall be placed in the immediate vicinity of the point where the obligation, restriction or prohibition begins and may be repeated if the competent authorities consider it necessary. Nevertheless, if the competent authorities consider it advisable for reasons of visibility or in order to give users advance warning, these signs may be placed at a suitable distance in advance of the point where the obligation, restriction or prohibition applies. An additional panel conforming to model 1 of Annex 7 shall be placed under signs set up in advance of the point where the obligation, restriction or prohibition applies.

2. Regulatory signs placed level with or shortly after a sign giving the name of a built-up area shall mean that the rule applies throughout the built-up area, unless a different rule is notified by other signs on certain sections of the road in the built-up area.

## **Informative signs other than parking signs**

### **Article 14**

1. Annex 5 to this Convention describes the signs, other than parking signs, which convey useful information to road-users, or gives examples of such signs; it also gives some instructions for their use.

2. The inscription of words on informative signs (i) to (v) of Article 5, paragraph 1 (c), in countries not using the Latin alphabet shall be both in the national language and in the form of a transliteration into the Latin alphabet reproducing as closely as possible the pronunciation in the national language.

3. In countries not using the Latin alphabet, the words in Latin characters may be entered either on the same sign as the words in the national language or on a repeat sign.

4. A sign shall not bear inscriptions in more than two languages.

### **Article 15**

#### **Advance direction signs**

Advance direction signs shall be placed at such distance from the intersection as will make them most effective both by day and by night, having regard to road and traffic conditions, including the normal speed of vehicles and the distance at which the sign is visible; this distance need not exceed about 50 metres (55 yards) in built-up areas but shall be not less than 500 metres (550 yards) on motorways and other roads carrying fast traffic. The signs may be repeated. An additional panel placed below the sign may show the distance between the sign and the intersection; this distance may also be shown on the lower part of the sign itself.

### **Article 16**

#### **Direction signs**

1. One direction sign may bear the names of several places; the names shall then appear one below the other on the sign. The letters used for one place name may be larger than those used for the others only if the place in question is the largest of them.

2. When distances are shown, the figures expressing them shall be inscribed at the same height as the place name. On direction signs which are arrow-shaped, these figures shall be placed between the place-name and the point of the arrow; on rectangular-shaped signs they shall be placed after the place-name.

### **Article 17**

#### **Road identification signs**

The signs used to identify roads either by their number, made up of figures, letters or a combination of figures and letters, or by their name, shall consist of that number or that name framed in a rectangle or shield. However, Contracting Parties having a route classification system may replace the rectangle by a route classification symbol.

## **Article 18**

### **Place identification signs**

1. Place identification signs may be used to show the frontier between two countries or the boundary between two administrative divisions of the same country or the name of a built-up area, river, mountain pass, beauty spot, etc.

2. Sign E, 9<sup>a</sup> or E, 9<sup>b</sup> shall be placed at the beginning of a built-up area; sign E, 9<sup>c</sup> or E, 9<sup>d</sup> shall be placed at the end of a built-up area. Domestic legislation may provide that these signs shall notify road-users that the traffic regulations applicable in its territory to built-up areas apply from sign E, 9<sup>a</sup> or E, 9<sup>b</sup> to sign E, 9<sup>c</sup> or E, 9<sup>d</sup> except insofar as different regulations may be notified by other signs on certain sections of road in the built-up area. However, sign B, 4 shall always be placed on a priority road marked with sign B, 3 if that road ceases to have priority where it passes through the built-up area.

3. Place identification signs giving information other than the name of a built-up area shall differ conspicuously, particularly in colour, from signs E, 9<sup>a</sup> to E, 9<sup>d</sup>.

## **Article 19**

### **Confirmatory signs**

Confirmatory signs are used to confirm the direction of a road where the competent authorities consider it necessary, e.g. at the exit from a large built-up area. They shall bear the name of one or more places, as provided in Article 16, paragraph 1, of this Convention. Where distances are shown, the figures expressing them shall be placed after the name of the locality.

## **Article 20**

### **Sign at pedestrian crossings**

Sign E, 11<sup>a</sup> or E, 11<sup>b</sup> shall be placed at pedestrian crossings when the competent authorities consider it advisable.

## **Article 21**

### **Provisions applying generally to informative signs**

1. The informative signs referred to in Articles 15 to 20 of this Convention shall be set up where the competent authorities consider it advisable. The other informative signs shall be set up, with due regard for the requirements of Article 6, paragraph 1, only where the competent authorities consider it essential; in particular, signs F, 2 to F, 7 shall be set up only on roads on which facilities for emergency repairs, refuelling, accommodation and refreshments are rare.

2. Informative signs may be repeated. An additional panel placed below the sign may show the distance between the sign and the point which it indicates; this distance may also be inscribed on the lower part of the sign itself.

## **Standing and parking signs**

### **Article 22**

Annex 6 to this Convention describes in section A the signs prohibiting or restricting standing or parking and in section B the other signs giving useful information on parking; the meaning of the signs is explained and some instructions for their use are given.

## CHAPTER III

### Traffic light signals

#### Article 23

##### Signals for vehicular traffic

1. Subject to the provisions of paragraph 12 of this Article, the only lights which may be used as light signals for regulating vehicle traffic, other than those intended solely for public transport vehicles, are the following, which shall have the meanings here assigned to them:

(a) Non-flashing lights:

- (i) a green light shall mean that traffic may proceed; however, a green light for controlling traffic at an intersection shall not authorize drivers to proceed if traffic is so congested in the direction in which they are about to proceed that if they entered the intersection they would probably not have cleared it by the next change of phase;
- (ii) a red light shall mean that traffic may not proceed; vehicles shall not pass the stop line or, if there is no stop line, shall not pass beyond the level of the signal or, if the signal is placed in the middle or on the opposite side of an intersection, shall not enter the intersection or move on to a pedestrian crossing at the intersection;
- (iii) an amber light, which shall appear alone or at the same time as the red light; when appearing alone it shall mean that no vehicle may pass the stop line or beyond the level of the signal unless it is so close to the stop line or signal when the light appears that it cannot safely be stopped before passing the stop line or beyond the level of the signal. Where the signal is placed in the middle or on the opposite side of an intersection the appearance of the amber light shall mean that no vehicle may enter the intersection or move on to a pedestrian crossing at the intersection unless it is so close to the crossing or the intersection when the light appears that it cannot be safely stopped before entering the intersection or moving on to the pedestrian crossing. When shown at the same time as the red light, it shall mean that the signal is about to change, but shall not affect the prohibition of passing indicated by the red light;

(b) Flashing lights:

- (i) — a red flashing light; or  
— two red lights flashing alternately, one light appearing when the other is extinguished, and mounted on the same support at the same height, and facing the same direction shall mean that vehicles shall not pass the stop line or, if there is no stop line, shall not pass beyond the level of the signal; these lights may be used only at level-crossings, at approaches to swing bridges or ferry-boat landing stages, and to indicate that traffic may not proceed because of fire-fighting vehicles entering the road or of the approach of an aircraft which will cross the road at a low altitude;
- (ii) a single amber flashing light or two amber lights flashing alternately shall mean that drivers may proceed but shall do so with particular care.

2. The signals of the three-colour system shall consist of three nonflashing lights, which shall be red, amber and green respectively; the green light shall appear only when the red and amber lights are extinguished.

3. The signals of the two-colour system shall consist of a non-flashing red light and a non-flashing green light. The red light and the green light shall not appear at the same time. Signals of the two-colour system shall be used only in temporary installations, subject to the period allowed under Article 3, paragraph 3, of this Convention for the replacement of existing installations.

4. The lights of the three-colour and two-colour systems referred to in paragraphs 2 and 3 of this Article shall be arranged vertically or horizontally.

5. Where the lights are arranged vertically, the red light shall be placed uppermost; where the lights are arranged horizontally, the red light shall be placed on the side opposite to that appropriate to the direction of traffic.

6. In the three-colour system, the amber light shall be placed in the middle.

7. All the lights in the signals of the three-colour and two-colour systems referred to in paragraphs 2 and 3 of this Article shall be circular. The red flashing lights referred to in paragraph 1 of this Article shall likewise be circular.

8. A flashing amber light may be installed alone; such a light may also be used in place of a three-colour system at times when traffic is light.

9. Where the green light in a three-colour system shows one or more arrows, the lighting of the arrow or arrows shall mean that vehicles may proceed only in the direction or directions thus indicated. Arrows meaning that traffic may proceed straight ahead shall point upwards.

10. Where a signal of a three-colour system includes one or more additional green lights showing one or more arrows, the lighting of such additional arrow or arrows shall, no matter what phase the three-colour system may be in at the time, mean that traffic may proceed in the direction or directions indicated by the arrow or arrows; it shall also mean that, when vehicles are in a lane reserved for traffic in the direction indicated by the arrow or the direction such traffic is required to take, their drivers must proceed in the direction indicated if by stopping they would obstruct the movement of vehicles behind them in the same lane, provided always that vehicles in the Traffic stream they are joining must be allowed to pass and that pedestrians must not be endangered. These additional green lights should preferably be placed at the same level as the normal green light.

11. Where green or red lights are placed above traffic lanes shown by longitudinal markings on a carriageway having more than two lanes, the red light shall mean that traffic may not proceed along the lane over which it is placed and the green light shall mean that traffic may so proceed. The red light thus placed shall be in the form of two inclined crossed bars and the green light in the form of an arrow pointing downwards.

12. Domestic legislation may provide for the installation at certain level-crossings of a slow-flashing lunar white light meaning that traffic may proceed.

13. In cases where traffic light signals apply to cyclists only, this restriction may be clarified, if to do so is necessary in order to avoid confusion, by including the silhouette of a cycle in the signal itself or by using a signal of small size supplemented by a rectangular plate showing a cycle.

## **Article 24**

### **Signals for pedestrians only**

1. The only lights which may be used as light signals for pedestrians only are the following, which shall have the meanings here assigned to them:

(a) Non-flashing lights:

(i) a green light shall mean that pedestrians may cross;

(ii) an amber light shall mean that pedestrians may not cross, but that those already on the carriageway may continue to the other side;

(iii) a red light shall mean that pedestrians may not enter the carriageway;

(b) Flashing lights:

a flashing green light shall mean that the period during which pedestrians may cross the carriageway is about to end and the red light is about to appear.

2. Light signals for pedestrians shall preferably be of the two-colour system, comprising two lights, red and green respectively; however, they may be of the three-colour system, comprising three lights, red, amber and green respectively. Two lights shall never be shown simultaneously.

3. The lights shall be arranged vertically, with the red light always at the top and the green light always at the bottom. The red light shall preferably be in the form of a standing pedestrian or of standing pedestrians and the green light in the form of a walking pedestrian or of walking pedestrians.

4. Light signals for pedestrians shall be so designed and arranged as to exclude any possibility of their being mistaken by drivers for light signals for vehicular traffic.

## **CHAPTER IV**

### **Road markings**

#### **Article 25**

Carriageway markings (road markings) shall be used, when the competent authority considers it necessary, to regulate traffic or to warn or guide road-users. They may be used either alone or in conjunction with other signs or signals to emphasize or clarify their meaning.



## Article 26

1. A longitudinal marking consisting of a continuous line on the carriageway shall mean that vehicles are not permitted to cross or straddle that line and, when the line separates the two directions of traffic, that vehicles are not permitted to travel on that side of the line which, for the driver, is opposite to the edge of the carriageway appropriate to the direction of traffic. A longitudinal marking consisting of two continuous lines shall have the same meaning.

2. (a) A longitudinal marking consisting of a broken line on the carriageway shall not have a prohibitory meaning, but shall be used either:

- (i) to demarcate lanes for the purpose of guiding traffic; or
- (ii) to give warning of the approach to a continuous line and the prohibition that line conveys, or of the approach to another section of road presenting a particular danger.

(b) The ratio between the length of the gaps between the strokes and the length of the strokes shall be substantially smaller where broken lines are used for the purposes referred to in sub-paragraph (a)(ii) of this paragraph than where they are used for the purpose referred to in sub-paragraph (a)(i) thereto.

3. Where a longitudinal marking consists of a continuous line adjacent to a broken line on the carriageway, drivers shall take account only of the line that appears on their side. This provision shall not prevent drivers who have overtaken in the manner permitted from resuming their normal position on the carriageway.

4. For the purposes of this Article, longitudinal lines used to mark the edges of the carriageway in order to make them more visible and longitudinal lines connected to transverse lines used to demarcate parking spaces on the carriageway shall not be regarded as longitudinal markings.

## Article 27

1. A transverse marking consisting of a continuous line or of two adjacent continuous lines across one or more traffic lanes shall mark the line behind which drivers are required by the sign B, 2, "STOP", referred to in Article 10, paragraph 3, of this Convention, to stop. Such a marking may also be used to show the line behind which drivers may be required to stop by a light signal, or by a signal given by an authorized official directing traffic, or before a level-crossing. The word "STOP" may be marked on the carriageway in advance of the markings accompanying sign B, 2.

2. Unless this is technically impossible, the transverse marking described in paragraph 1 of this Article shall be placed on the carriageway wherever a sign B, 2 is set up.

3. A transverse marking consisting of a broken line, or of two adjacent broken lines, across one or more traffic lanes shall show the line which vehicles may not normally pass when giving way in compliance with the sign B, 1, "GIVE WAY", referred to in Article 10, paragraph 2, of this Convention. In advance of such a marking, a triangle with broad sides, having one side parallel to the marking and the opposite vertex pointing towards approaching vehicles, may be marked on the carriageway to symbolize sign B, 1.

4. To mark pedestrian crossings, relatively broad stripes, parallel to the axis of the carriageway, should preferably be used.

5. To mark cyclist crossings, either transverse lines, or other markings which cannot be confused with those of pedestrian crossings, shall be used.

## Article 28

1. Other markings on the carriageway, such as arrows, parallel or oblique stripes, or inscriptions, may be used to repeat the instructions given by signs or to give road-users information which cannot be suitably conveyed by signs. Such markings shall be used, in particular, to show the boundaries of parking zones or strips, to mark bus or trolleybus stops where parking is prohibited, and for pre-selection before intersections. However, if there is an arrow on the carriageway where it is divided into traffic lanes by means of longitudinal markings, drivers shall follow the direction or one of the directions indicated in the lane along which they are travelling.

2. Subject to the provisions of Article 27, paragraph 4, of this Convention which relate to pedestrian crossings, the marking of part of the carriageway or of an area raised slightly above the level of the carriageway by parallel oblique stripes framed by a continuous line, or by broken lines, shall, in the case of areas

framed by a continuous line, mean that vehicles must not enter that area, and in the case of areas framed by broken lines, that vehicles shall not enter that area unless it can be seen that it is safe to do so or in order to turn into a joining road on the opposite side of the carriageway.

3. A zigzag line at the side of the carriageway shall mean that parking on that side of the carriageway is prohibited as far as the line extends.

#### **Article 29**

1. The road markings mentioned in Articles 26 to 28 of this Convention may be painted on the carriageway or applied in any other way provided that it is equally effective.

2. If road markings are painted, they shall be yellow or white; however, blue may be used for markings showing places where parking is permitted or restricted. When both yellow and white are used in the territory of a Contracting Party, markings of the same class shall be of the same colour. For the purposes of this paragraph, the term "white" shall include shades of silver or light grey.

3. In tracing out the inscriptions, symbols and arrows of road markings, account shall be taken of the need to elongate them considerably in the direction of movement of traffic, because of the very narrow angle at which they are seen by drivers.

4. It is recommended that road markings intended for moving vehicles should be reflectorized if the density of traffic so requires and if lighting is poor or there is no lighting.

#### **Article 30**

Annex 8 to this Convention is a set of recommendations relating to the layout and design of road markings.

### **CHAPTER V**

#### **Miscellaneous**

#### **Article 31**

##### **Signs for road works**

1. The limits of road works on the carriageway shall be clearly shown.

2. Where the extent of the road works and the volume of traffic justify it, the limits of the works shall be marked by setting up continuous or discontinuous barriers painted with alternate red and white, red and yellow, black and white, or black and yellow stripes, and in addition, at night, if the barriers are not reflectorized, by lights and reflecting devices. Reflecting devices and fixed lights used for this purpose shall be red or dark yellow and flashing lights shall be dark yellow. However:

(a) lights and devices visible only to traffic moving in one direction and marking the limits of road works on the opposite side of the road from that traffic may be white:

(b) lights and devices marking the limits of road works separating the two directions of traffic may be white or light yellow.

#### **Article 32**

##### **Marking by lights or reflecting devices**

Each Contracting Party shall adopt for the whole of its territory the same colour or the same system of colours for the lights or reflecting devices used to mark the edge of the carriageway.

## Level-crossings

### Article 33

1. (a) Where a signalling system is installed at a level-crossing to give warning of the approach of trains or of the imminent closing of the gates (barriers) or half-gates (half-barriers), it shall consist of a red flashing light or of red lights flashing alternately, as specified in Article 23, paragraph 1 (b), of this Convention. However:

- (i) flashing red lights may be supplemented or replaced by light signals of the three-colour red-amber-green system described in Article 23, paragraph 2, of this Convention, or by such a signal without the green light, if other three-colour light signals are installed on the road near the level-crossing or if the crossing is equipped with gates;
- (ii) on earth-tracks (dirt roads) where traffic is very light and on footpaths, only a sound signal need be used.

(b) The light signals may be supplemented by a sound signal in all cases.

2. The light signals shall be installed on the edge of the carriageway appropriate to the direction of traffic; whenever conditions such as the visibility of the signals or the density of traffic so require the lights shall be repeated on the other side of the road. However, if it is considered preferable because of local conditions, the lights may be repeated on an island in the middle of the carriageway, or placed above the carriageway.

3. In accordance with Article 10, paragraph 4, of this Convention, sign B, 2, "STOP", may be set up at a level-crossing which has neither gates, half-gates nor light signals giving warning of the approach of trains; at level-crossings where this sign is displayed, drivers shall stop at the stop line or, in the absence of such a line, level with the sign and not move off again until they have ascertained that no train is approaching.

### Article 34

1. At level-crossings equipped with gates or staggered half-gates on either side of the railway line, the presence of such gates or half-gates across the road shall mean that no road-user may proceed beyond the nearest gate or half-gate; the movement of gates towards a position across the road and the movement of half-gates shall have the same meaning.

2. The showing of the red light or lights mentioned in Article 33, paragraph 1, sub-paragraph (a) of this Convention, or the operation of the sound signal mentioned in the said paragraph 1, shall likewise mean that no road-user may proceed beyond the stop line or, if there is no stop line, beyond the level of the signal. The showing of the amber light of the three-colour system mentioned in Article 33, paragraph 1 (a) (i), shall mean that no road-user may proceed beyond the stop line or, if there is no stop line, beyond the level of the signal, unless the vehicle concerned is so close to the signal when the amber light appears that it cannot safely be stopped before passing the signal.

### Article 35

1. The gates and half-gates of level-crossings shall be clearly marked in alternate stripes of red and white, red and yellow, black and white, or black and yellow. They may, however, be coloured white or yellow only, provided that a large red disc is displayed at the centre.

2. At all level-crossings which have neither gates nor half-gates there shall be placed, in the immediate vicinity of the railway line, a sign B, 7 as described in Annex 3. If there is a light signal giving warning of the approach of trains or a sign B, 2, "STOP", the sign B, 7 shall be placed on the same support as the light signal or the sign B, 2. Placing of the sign B, 7 is not mandatory at:

(a) an intersection between a road and a railway track at which rail traffic proceeds very slowly and road traffic is regulated by a railwayman making the necessary hand signals; or

(b) an intersection between a railway track and either an earth-track (dirt road) where traffic is very light, or a footpath.

3. A rectangular panel having its longer sides vertical and bearing three oblique red bars on a white or yellow ground may be placed below any danger warning sign bearing one of the symbols A, 26 and A,

27 described in Annex 3 to this Convention, provided that additional signs consisting of panels of the same shape bearing respectively one and two oblique red bars on a white or yellow ground are set up at about one-third and two-thirds of the distance between the sign and the railway line. These signs may be repeated on the opposite side of the carriageway. The panels mentioned in this paragraph are further depicted in Section C of Annex 3 to this Convention.

### Article 36

1. Because of the special danger presented by level-crossings, the Contracting Parties undertake:

(a) to have one of the danger warning signs bearing one of the symbols A, 26 and A, 27 placed in advance of all level-crossings; however, no sign need be set up

(i) in special cases which may arise in built-up areas;

(ii) on earth-tracks (dirt roads) and paths where power driven vehicle traffic is exceptional;

(b) to have all level-crossings equipped with gates or half-gates or with a signal giving warning of the approach of trains, unless road-users can see the railway line on both sides of the level-crossing for such a distance that, allowing for the maximum speed of the trains, the driver of a road vehicle approaching the railway line from either side has time to stop before proceeding on to the level-crossing if a train is in sight, and in addition that road-users who are already on the crossing when a train appears have time to reach the other side; however, it shall be open to the Contracting Parties to derogate from the provisions of this sub-paragraph at level-crossings where trains travel relatively slowly or motor vehicle traffic on the road is light;

(c) to have every level-crossing having gates or half-gates operated from a position from which such gates or half-gates cannot be seen equipped with one of the systems for signalling the approach of trains referred to in Article 33, paragraph 1, of this Convention;

(d) to have every level-crossing having gates or half-gates operated automatically by the approach of trains equipped with one of the systems for signalling the approach of trains referred to in Article 33, paragraph 1, of this Convention;

(e) in order to make gates and half-gates more visible, to have them equipped with reflecting material or reflecting devices and, if need be, to illuminate them at night; in addition, on roads where there is heavy motor traffic at night, to equip the danger warning signs installed in advance of the level-crossing with reflecting material or reflecting devices and, if need be, to illuminate them at night;

(f) wherever possible, near level-crossings equipped with half-gates to have a longitudinal marking placed in the middle of the carriageway prohibiting vehicles which approach the level-crossing from encroaching on the half of the carriageway reserved for traffic in the opposite direction or even to install directional islands separating the two opposed streams of traffic.

2. The provisions of this Article shall not apply in the cases referred to in the last sentence of Article 35, paragraph 2, of this Convention.

## CHAPTER VI

### Final provisions

#### Article 37

1. This Convention shall be open at United Nations Headquarters, New York, until 31 December 1969 for signature by all States Members of the United Nations or of any of the specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency or Parties to the Statute of the International Court of Justice, and by any other State invited by the General Assembly of the United Nations to become a Party to the Convention.

2. This Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

3. This Convention shall remain open for accession by any of the States referred to in paragraph 1 of this Article. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General.

### Article 38

1. Any State may, at the time of signing or ratifying this Convention or of acceding thereto, or at any time thereafter, declare by notification addressed to the Secretary-General that the Convention shall become applicable to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible. The Convention shall become applicable to the territory or territories named in the notification thirty days after the receipt of the notification by the Secretary-General or on the date of entry into force of the Convention for the State making the notification, whichever is the later.

2. Any State which makes a notification under paragraph 1 of this Article shall notify on behalf of the territories on whose behalf that notification was made the declarations provided for in Article 46, paragraph 2 of this Convention.

3. Any State which has made a declaration under paragraph 1 of this Article may at any time thereafter declare by notification addressed to the Secretary-General that the Convention shall cease to be applicable to the territory named in the notification and the Convention shall cease to be applicable to such territory one year from the date of receipt by the Secretary-General of the notification.

### Article 39

1. This Convention shall enter into force twelve months after the date of deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying or acceding to this Convention after the deposit of the fifteenth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force twelve months after the date of deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

### Article 40

Upon its entry into force, this Convention shall terminate and replace, in relations between the Contracting Parties, the Convention concerning the Unification of Road Signals, opened for signature at Geneva on 30 March 1931, or the Protocol on Road Signs and Signals, opened for signature at Geneva on 19 September 1949.

### Article 41

1. After this Convention has been in force for one year, any Contracting Party may propose one or more amendments to the Convention. The text of any proposed amendment, accompanied by an explanatory memorandum, shall be transmitted to the Secretary-General, who shall communicate it to all Contracting Parties. The Contracting Parties shall have the opportunity of informing him within a period of twelve months following the date of its circulation whether they: (a) accept the amendment; or (b) reject the amendment; or (c) wish that a conference be convened to consider the amendment. The Secretary-General shall also transmit the text of the proposed amendment to all other States referred to in Article 37, paragraph 1 of this Convention.

2. (a) Any proposed amendment communicated in accordance with the preceding paragraph shall be deemed to be accepted if within the period of twelve months referred to in the preceding paragraph less than one-third of the Contracting Parties inform the Secretary-General that they either reject the amendment or wish that a conference be convened to consider it. The Secretary-General shall notify all Contracting Parties of each acceptance or rejection of any proposed amendment and of requests that a conference be convened. If the total number of such rejections and requests received during the specified period of twelve months is less than one-third of the total number of Contracting Parties, the Secretary-General shall notify all Contracting Parties that the amendment will enter into force six months after the expiry of the period of twelve months referred to in the preceding paragraph for all Contracting Parties except those which, during the period specified, have rejected the amendment or requested the convening of a conference to consider it.

(b) Any Contracting Party which, during the said period of twelve months, has rejected a proposed amendment or requested the convening of a conference to consider it may at any time after the end of such period notify the Secretary-General that it accepts the amendment, and the Secretary-General that it

accepts the amendment, and the Secretary-General shall communicate such notification to all the other Contracting Parties. The amendment shall enter into force, with respect to the Contracting Parties which have notified their acceptance, six months after receipt by the Secretary-General of their notification.

3. If a proposed amendment has not been accepted in accordance with paragraph 2 of this Article and if within the period of twelve months specified in paragraph 1 of this Article less than half of the total number of the Contracting Parties inform the Secretary-General that they reject the proposed amendment and if at least one-third of the total number of Contracting Parties, but not less than ten, inform him that they accept it or wish a conference to be convened to consider it, the Secretary-General shall convene a conference for the purpose of considering the proposed amendment or any other proposal which may be submitted to him in accordance with paragraph 4 of this Article.

4. If a conference is convened in accordance with paragraph 3 of this Article, the Secretary-General shall invite to it all States referred to in Article 37, paragraph 1 of this Convention. He shall request all States invited to the conference to submit to him, at least six months before its opening date, any proposals which they may wish the conference to consider in addition to the proposed amendment and shall communicate such proposals, at least three months before the opening date of the conference, to all States invited to the conference.

5. (a) Any amendment to this Convention shall be deemed to be accepted if it has been adopted by a two-thirds majority of the States represented at the conference, provided that such majority comprises at least two-thirds of the number of Contracting Parties represented at the conference. The Secretary-General shall notify all Contracting Parties of the adoption of the amendment, and the amendment shall enter into force twelve months after the date of his notification for all Contracting Parties except those which during that period have notified the Secretary-General that they reject the amendment.

(b) A Contracting Party which has rejected an amendment during the said period of twelve months may at any time notify the Secretary-General that it accepts the amendment, and the Secretary-General shall communicate such notification to all the other Contracting Parties. The amendment shall enter into force, with respect to the Contracting Party which has notified its acceptance, six months after receipt by the Secretary-General of the notification or at the end of the said period of twelve months, whichever is later.

6. If the proposed amendment is not deemed to be accepted pursuant to paragraph 2 of this Article and if the conditions prescribed by paragraph 3 of this Article for convening a conference are not fulfilled, the proposed amendment shall be deemed to be rejected.

#### **Article 42**

Any Contracting Party may denounce this Convention by written notification to the Secretary-General. The denunciation shall take effect one year after the date of receipt by the Secretary-General of such notification.

#### **Article 43**

This Convention shall cease to be in force if the number of Contracting Parties is less than five for any period of twelve consecutive months.

#### **Article 44**

Any dispute between two or more Contracting Parties which relates to the interpretation or application of this Convention and which the Parties are unable to settle by negotiation or other means of settlement may be referred, at the request of any of the Contracting Parties concerned, to the International Court of Justice for decision.

#### **Article 45**

Nothing in this Convention shall be construed as preventing a Contracting Party from taking such action, compatible with the provisions of the Charter of the United Nations and limited to the exigencies of the situation, as it considers necessary to its external or internal security.

## Article 46

1. Any State may, at the time of signing this Convention or of depositing its instrument of ratification or accession, declare that it does not consider itself bound by Article 44 of this Convention. Other Contracting Parties shall not be bound by Article 44 with respect to any Contracting Party which has made such a declaration.

2. (a) At the time of depositing its instrument of ratification or accession, every State shall, by notification addressed to the Secretary-General, declare for the purposes of the application of this Convention:

- (i) which of the models A<sup>a</sup> and A<sup>b</sup> it chooses as a danger warning sign (Article 9, paragraph 1); and
- (ii) which of the models B, 2<sup>a</sup> and B, 2<sup>b</sup> it chooses as a stop sign (Article 10, paragraph 3).

Any State may subsequently, at any time, by notification addressed to the Secretary-General, alter its choice by replacing its declaration by another.

(b) At the time of depositing its instrument of ratification or accession, every State may, by notification addressed to the Secretary-General, declare that for the purposes of the application of this Convention, it treats mopeds as motor cycles (Article 1, (1)).

By notification addressed to the Secretary-General, any State may subsequently, at any time, withdraw its declaration.

3. The declarations provided for in paragraph 2 of this Article shall become effective six months after the date of receipt by the Secretary-General of notification of them or on the date on which the Convention enters into force for the State making the declaration, whichever is the later.

4. Reservations to this Convention and its annexes, other than the reservation provided for in paragraph 1 of this Article, shall be permitted on condition that they are formulated in writing and, if formulated before the deposit of the instrument of ratification or accession, are confirmed in that instrument. The Secretary-General shall communicate such reservations to all States referred to in Article 37, paragraph 1 of this Convention.

5. Any Contracting Party which has formulated a reservation or made a declaration under paragraphs 1 and 4 of this Article may withdraw it at any time by notification addressed to the Secretary-General.

6. A reservation made in accordance with paragraph 4 of this Article

(a) modifies for the Contracting Party which made the reservation the provisions of the Convention to which the reservation relates, to the extent of the reservation;

(b) modifies those provisions to the same extent for the other Contracting Parties in their relations with the Contracting Party which entered the reservation.

## Article 47

In addition to the declarations, notifications and communications provided for in Articles 41 and 46 of this Convention, the Secretary-General shall notify all the States referred to in Article 37, paragraph 1, of the following:

- (a) signatures, ratifications and accessions under Article 37;
- (b) declarations under Article 38;
- (c) the dates of entry into force of this Convention in accordance with Article 39;
- (d) the date of entry into force of amendments to this Convention in accordance with Article 41, paragraphs 2 and 5;
- (e) denunciations under Article 42;
- (f) the termination of this Convention under Article 43.

## Article 48

The original of this Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts done in a single copy are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall send certified true copies thereof to all the States referred to in Article 37, paragraph 1, of this Convention.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized by their respective Governments, have signed this Convention.

DONE AT Vienna this eighth day of November, one thousand nine hundred and sixty-eight.





## ANNEX 1

### **Danger warning signs, other than those placed at approaches to intersections or level-crossings**

**Note:** For danger warning signs at approaches to intersections, see Annex 2, section B. For danger warning signs at approaches to level-crossings, see Annex 3, sections A and C.

#### **Section A. Models for danger warning signs**

The "A DANGER WARNING" sign shall be of model A<sup>a</sup> or model A<sup>b</sup>. Model A<sup>a</sup> is an equilateral triangle having one side horizontal and the opposite vertex above it; the ground is white or yellow and the border red. Model A<sup>b</sup> is a square with one diagonal vertical; the ground is yellow and the border, which is only a rim, is black. Unless the description specifies otherwise, the symbols displayed on these signs shall be black or dark blue.

The side of the normal sized sign of model A<sup>a</sup> shall measure approximately 0.90 m (3 ft.); that of the small sized sign of model A<sup>a</sup> shall measure not less than 0.60 m (2 ft.). The side of the normal sized sign of model A<sup>b</sup> shall measure approximately 0.60 m (2 ft.); that of the small sign of model A<sup>b</sup> shall measure not less than 0.40 m (1 ft. 4 in.).

As regards the choice between models A<sup>a</sup> and A<sup>b</sup>, see Article 5, paragraph 2, and Article 9, paragraph 1, of this Convention.

#### **Section B. Symbol for danger warning signs and instructions for the use of such signs**

##### **1. Dangerous bend or bends**

Warning of a dangerous bend or succession of dangerous bends shall be given by one of the following symbols, whichever is appropriate:

A, 1<sup>a</sup>: left bend

A, 1<sup>b</sup>: right bend

A, 1<sup>c</sup>: double bend, or succession of more than two bends, the first to the left

A, 1<sup>d</sup>: double bend, or succession of more than two bends, the first to the right

##### **2. Dangerous descent**

To give warning of a steep descent symbol A, 2<sup>a</sup> shall be used with the sign of model A<sup>a</sup>, or symbol A, 2<sup>b</sup> with the sign of model A<sup>b</sup>.

The left-hand part of symbol A, 2<sup>a</sup> shall occupy the left-hand corner of the sign panel and its base shall extend over the whole width of the panel. The figure in symbols A, 2<sup>a</sup> and A, 2<sup>b</sup> shows the gradient as a percentage; it may be replaced by a ratio (1:10).

It shall, however, be open to Contracting Parties, taking into account as far as possible the provisions of Article 5, paragraph 2 (b) of this Convention, to use, instead of symbol A, 2<sup>a</sup> or A, 2<sup>b</sup>, symbol A, 2<sup>c</sup> if they have adopted the sign of model A<sup>a</sup> and symbol A, 2<sup>d</sup> if they have adopted the sign of model A<sup>b</sup>.

##### **3. Steep ascent**

To give warning of a steep ascent, symbol A, 3<sup>a</sup> shall be used with the sign of model A<sup>a</sup>, or symbol A, 3<sup>b</sup> with the sign of model A<sup>b</sup>.

The right-hand part of symbol A, 3<sup>a</sup> shall occupy the right-hand corner of the sign panel and its base shall extend over the whole width of the panel. The figure in symbols A, 3<sup>a</sup> and A, 3<sup>b</sup> shows the gradient as a percentage; it may be replaced by a ratio (1:10). It shall, however, be open to Contracting Parties which have chosen symbol A, 2<sup>c</sup> as the symbol for a dangerous descent to use symbol A, 3<sup>c</sup> instead of A, 3<sup>a</sup>, and to Contracting Parties which have chosen symbol A, 2<sup>d</sup> to use symbol A, 3<sup>d</sup> instead of A, 3<sup>b</sup>.

#### **4. Carriageway narrows**

Warning that the carriageway ahead is narrower shall be given by the symbol A, 4<sup>a</sup> or by a symbol showing the outline of the road more clearly, such as A, 4<sup>b</sup>.

#### **5. Swing bridge**

Warning of a swing bridge shall be given by the symbol A, 5.

A rectangular panel of model A, 29<sup>a</sup> described in Annex 3 Section C, may be placed below the danger warning sign bearing symbol A, 5, provided that panels of model A, 29<sup>b</sup> and A, 29<sup>c</sup> described in that Annex are set up at approximately one-third and two-thirds of the distance between the sign bearing symbol A, 5 and the swing bridge.

#### **6. Road leads on to quay or river bank**

Warning that the road is about to lead on to a quay or river bank shall be given by symbol A, 6.

#### **7. Uneven road**

Warning of dips, hump bridges or ridges, or of sections where the carriageway is in bad condition shall be given by symbol A, 7<sup>a</sup>.

To give warning of a hump bridge or ridge, symbol A, 7<sup>a</sup> may be replaced by symbol A, 7<sup>b</sup>.

To give warning of a dip, symbol A, 7<sup>a</sup> may be replaced by symbol A, 7<sup>c</sup>.

#### **8. Slippery road**

Warning that the section of road ahead may be particularly slippery shall be given by symbol A, 8.

#### **9. Loose gravel**

Warning of a section of road on which gravel may be thrown up shall be given by symbol A, 9<sup>a</sup> used with the sign of model A<sup>a</sup> or by symbol A, 9<sup>b</sup> with the sign of model A<sup>b</sup>.

Where traffic keeps to the left, the symbol shall be reversed.

#### **10. Falling rocks**

Warning of a section of road on which there is danger from falling rocks and the consequent presence of rocks on the carriageway shall be given by symbol A, 10<sup>a</sup> used with the sign of model A<sup>a</sup> or by symbol A, 10<sup>b</sup> with the sign of model A<sup>b</sup>.

The right-hand part of the symbol shall occupy the right-hand corner of the sign panel in both cases.

The symbol may be reversed.

#### **11. Pedestrian crossing**

Warning of a pedestrian crossing indicated either by road markings, or by signs E, 11<sup>a</sup> or E, 11<sup>b</sup> shall be given by symbol A, 11, of which there are two models: A, 11<sup>a</sup> and A, 11<sup>b</sup>.

The symbol may be reversed.

#### **12. Children**

Warning of a section of road frequented by children, such as the exit from a school or playground shall be given by symbol A, 12.

The symbol may be reversed.

#### **13. Cyclists entering or crossing**

Warning of a point at which cyclists frequently enter or cross the road shall be given by symbol A, 13.

The symbol may be reversed.

#### **14. Cattle or other animals crossing**

Warning of a section of road on which there is a particular danger of animals crossing shall be given by a symbol representing the silhouette of the animal, domestic or wild, most frequently encountered, such as symbol A, 14<sup>a</sup> for a domestic animal and symbol A, 14<sup>b</sup> for a wild animal.

The symbol may be reversed.

## **15. Road works**

Warning that work is in progress on the section of road ahead shall be given by symbol A, 15.

## **16. Light signals**

If it is considered essential to give warning of a section of road on which traffic is regulated by three-colour light signals, because road-users would not expect such a section, symbol A, 16 shall be used. There are three models of symbol A, 16: A, 16<sup>a</sup>; A, 16<sup>b</sup> and A, 16<sup>c</sup>, which correspond to the arrangements of lights in the three-colour system described in Article 23, paragraphs 4 to 6 of this Convention.

This symbol shall be in the three colours of the lights of which it gives warning.

## **17. Airfield**

Warning of a section of road likely to be flown over at low altitude by aircraft taking off from or landing on an airfield shall be given by the symbol A, 17.

The symbol may be reversed.

## **18. Cross-wind**

Warning of a section of road on which there is often a strong cross-wind shall be given by symbol A, 18.

The symbol may be reversed.

## **19. Two-way traffic**

Warning of a section of road temporarily or permanently carrying two-way traffic on the same carriageway when, on the previous section, traffic was carried on a one-way road or on a road comprising several one-way traffic carriageways, shall be given by the symbol A, 19.

The sign bearing this symbol shall be repeated at the beginning of the section and along the section as frequently as may be necessary. Where traffic keeps to the left, the arrows shall be reversed.

## **20. Other dangers**

Warning of a section of road on which there is a danger other than those enumerated in paragraphs 1 to 19 above or in Annexes 2 and 3 may be given by the symbol A, 20.

It shall, however, be open to Contracting Parties to adopt graphic symbols in conformity with the provisions of Article 3, paragraph 1 (a) (ii) of this Convention.

Sign A, 20 may be used, in particular, to give warning of intersections with railway tracks at which rail traffic proceeds very slowly and road traffic is regulated by a railwayman accompanying the railway vehicles and making the necessary hand signals.

## ANNEX 2

### **Signs regulating priority at intersections, danger warning signs at approaches to intersections and signs regulating priority on narrow sections of road**

**Note:** At an intersection comprising a priority road in which there is a bend, a panel bearing a diagram of the intersection which shows the outline of the priority road may be placed below danger signs giving warning of the intersection or below signs regulating priority, whether they are set up at the intersection or not.

#### **Section A. Signs regulating priority at intersections**

##### **1. "GIVE WAY" sign**

The "GIVE WAY" sign shall be sign B, 1. It shall consist of an equilateral triangle having one side horizontal and the opposite vertex below it. The ground shall be white or yellow and the border red. The sign shall bear no symbol.

The side of the normal sized sign shall measure approximately 0.90 m (3 ft.); the side of the small sign shall measure not less than 0.60 m (2 ft.).

##### **2. "STOP" sign**

The "STOP" sign shall be sign B, 2 of which there are two models:

- model B, 2<sup>a</sup> is octagonal with a red ground bearing the word "STOP" in white in English or in the language of the State concerned; the height of the word "STOP" shall be not less than one-third of the height of the panel;
- model B, 2<sup>b</sup> is circular with a white or yellow ground and a red border; it bears within it sign B, 1 without any inscription, and near the top, in large letters, the word "STOP" in black or dark blue, in English or in the language of the State concerned.

The height of the normal sized sign B, 2<sup>a</sup> and the diameter of the normal sized sign B, 2<sup>b</sup> shall be approximately 0.90 m (3 ft.); the same dimensions of the small signs shall be not less than 0.60 m (2 ft.).

As regards the choice between models B, 2<sup>a</sup> and B, 2<sup>b</sup>, see Article 5, paragraph 2, and Article 10, paragraph 3, of this Convention.

##### **3. "PRIORITY ROAD" sign**

The "PRIORITY ROAD" sign shall be sign B, 3. It shall consist of a square with one diagonal vertical. The rim of the sign shall be black; the sign shall have in its centre a yellow or orange square with a black rim; the space between the two squares shall be white.

The side of the normal sized sign shall measure approximately 0.50 m (1 ft. 8 in.); the side of the small sign shall measure not less than 0.35 m (1 ft. 2 in.).

##### **4. "END OF PRIORITY" sign**

The "END OF PRIORITY" sign shall be sign B, 4. It shall consist of sign B, 3 above with the addition of a black or grey median band perpendicular to the lower left and upper right sides of the square, or of black or grey parallel lines forming such a band.

#### **Section B. Danger warning signs at approaches to intersections**

##### **1. Signs**

Danger warning signs at approaches to intersections shall be of model A<sup>a</sup> or model A<sup>b</sup>, described in Annex 1, section A.

## 2. Symbols

The symbols shall be black or dark blue.

(a) As regards the symbol to be placed on sign A<sup>a</sup> or A<sup>b</sup>, the following cases shall be distinguished;

(i) Intersection where the priority is that prescribed by the general priority rule in force in the country: symbol A, 21<sup>a</sup> shall be used with sign A<sup>a</sup> and symbol A, 21<sup>b</sup> shall be used with sign A<sup>b</sup>.

Symbols A, 21<sup>a</sup> and A, 21<sup>b</sup> may be replaced by symbols which show the nature of the intersection more clearly, such as A, 21<sup>c</sup>; A, 21<sup>d</sup>; A, 21<sup>e</sup>; A, 21<sup>f</sup> and A, 21<sup>g</sup>.

(ii) Intersection with a road the users of which must give way: the symbol used shall be A, 22<sup>a</sup>. Symbol A, 22<sup>a</sup> may be replaced by symbols which show the nature of the intersection more clearly, such as A, 22<sup>b</sup> and A, 22<sup>c</sup>.

These symbols may be used on a road only if sign B, 1 or sign B, 2 is placed on the road or roads with which it forms the intersection of which warning is given, or if these roads are such (for example, paths or earth-tracks) that, under domestic legislation, drivers using them are required to give way at the intersection even in the absence of such signs. The use of these symbols on roads on which sign B, 3 is set up shall be confined to certain exceptional cases.

(iii) Intersection with a road to whose users drivers must give way.

If the "GIVE WAY" sign B, 1 is placed at the intersection, the symbol A, 23 shall be used.

If the "STOP" sign B, 2 is placed at the intersection, the symbol used shall be A, 24<sup>a</sup> or A, 24<sup>b</sup> whichever corresponds to the model of sign B, 2 set up.

However, instead of sign A<sup>a</sup> with these symbols, sign B, 1 or B, 2 may be used in conformity with Article 10, paragraph 6, of this Convention.

(iv) Roundabout: the symbol used shall be A, 25.

Where traffic keeps to the left, the direction of the arrows shall be reversed.

(b) If traffic at the intersection is regulated by a light signal, a sign A<sup>a</sup> or A<sup>b</sup>, bearing symbol A, 16, described in Annex 1, section B, may be set up to supplement or replace the signs described in this section.

## Section C. Signs regulating priority on narrow sections of road

### 1. Sign indicating priority for oncoming traffic

If, on a narrow section of road where passing is difficult or impossible, traffic is regulated and if, because drivers can see the whole length of the section clearly both at night and by day, such regulation is carried out by giving priority to traffic moving in one direction and not by installing traffic light signals, sign B, 5 "PRIORITY FOR ONCOMING TRAFFIC" shall be set up facing the traffic on the side which does not have priority. This sign shall mean that entry into the narrow section is prohibited so long as it is not possible to pass through that section without obliging oncoming vehicles to stop.

This sign shall be round, with a white or yellow ground and a red border; the arrow indicating the direction having priority shall be black and that indicating the other direction red.

In States where traffic keeps to the left, the position of the arrows shall be reversed.

### 2. Sign indicating priority over oncoming traffic

To notify drivers that on a narrow section of road they have priority over oncoming vehicles the sign used shall be B, 6.

This sign shall be rectangular with a blue ground; the arrow pointing upwards shall be white and the other arrow red.

Where traffic keeps to the left, the position of the arrows shall be reversed.

When sign B, 6 is used, a sign B, 5 shall be placed on the road, at the other end of the narrow section, for traffic moving in the opposite direction.

## ANNEX 3

### Signs concerning level-crossings

#### Section A. Danger warning signs

The sign to be used shall be sign A<sup>a</sup> or sign A<sup>b</sup>, described in Annex 1, section A. As regards the symbol to be placed on the sign, the following cases shall be distinguished:

(a) Warning of level-crossing with gates or staggered half-gates on either side of the railway line, shall be given by the symbol A, 26.

(b) Warning of other level-crossings shall be given by the symbol A, 27, of which there are two models: A, 27<sup>a</sup> and A, 27<sup>b</sup>.

(c) To give warning of an intersection with a tramway line, provided that such intersection is not a level crossing as defined in Article 1 of this Convention, symbol A, 28, may be used.

**Note:** If it is considered necessary to give warning of intersections between a road and a railway track at which rail traffic proceeds very slowly and road traffic is regulated by a railwayman accompanying the railway vehicles and making the necessary hand signals, sign A, 20, described in Annex 1, section B, shall be used.

#### Section B. Signs to be placed in the immediate vicinity of level-crossings

There are three models of sign B, 7 referred to in Article 35, paragraph 2, of this Convention: B, 7<sup>a</sup>; B, 7<sup>b</sup> and B, 7<sup>c</sup>.

Models B, 7<sup>a</sup> and B, 7<sup>b</sup> shall have a white or yellow ground and a red or black border; model B, 7<sup>c</sup> shall have a white or yellow ground and a black border; the inscription on model B, 7<sup>c</sup> shall be in black letters. Model B, 7<sup>b</sup> shall be used only if the railway line comprises at least two tracks; with model B, 7<sup>c</sup> the additional panel shall be affixed only if the line comprises at least two tracks, in which case it shall indicate the number of tracks.

The normal length of the arms of the cross shall be not less than 1.20 m (4 ft.). If sufficient space is not available, the sign may be placed with its points directed upwards and downwards.

#### Section C. Additional signs at approaches to level-crossings

The panels mentioned in Article 35, paragraph 3, of this Convention are signs A, 29<sup>a</sup>; A, 29<sup>b</sup> and A, 29<sup>c</sup>. The bars shall slope downwards towards the carriageway.

The danger warning sign for the level-crossing may be placed above signs A, 29<sup>b</sup> and A, 29<sup>c</sup> in the same way as it shall be placed above sign A, 29<sup>a</sup>.

## ANNEX 4

### Regulatory signs other than priority standing and parking signs

**Note:** For signs regulating priority, see Annex 2; for signs regulating standing and parking, see Annex 6.

#### Section A. Prohibitory or restrictive signs

##### 1. Characteristics of signs and symbols

(a) Prohibitory and restrictive signs shall be circular; their diameter shall be not less than 0.60 m (2 ft.) outside built-up areas and not less than 0.40 m (16 in.) in built-up areas.

(b) Unless otherwise specified where the signs in question are described prohibitory or restrictive signs shall have a white or yellow ground with a wide red border; the symbols and the inscriptions, if any, shall be black or dark blue and the oblique bars, if any, shall be red and shall slope downwards from left to right.

##### 2. Description of signs

###### (a) Prohibition and restriction of entry

(i) Notification that entry is prohibited for all vehicles shall be given by sign C, 1, "NO ENTRY", of which there are two models: C, 1<sup>a</sup>, and C, 1<sup>b</sup>.

(ii) Notification that all vehicular traffic is prohibited in both directions shall be given by sign C, 2, "CLOSED TO ALL VEHICLES IN BOTH DIRECTIONS".

(iii) Notification that entry is prohibited for a certain category of vehicle or road user only, shall be given by a sign bearing as a symbol the silhouette of the vehicles or road users whose entry is prohibited. Signs C, 3<sup>a</sup>; C, 3<sup>b</sup>; C, 3<sup>c</sup>; C, 3<sup>d</sup>; C, 3<sup>e</sup>; C, 3<sup>f</sup>; C, 3<sup>g</sup>; C, 3<sup>h</sup>; C, 3<sup>i</sup>; and C, 3<sup>k</sup> shall have the following meanings:

C, 3<sup>a</sup>, "NO ENTRY FOR ANY POWER DRIVEN VEHICLE EXCEPT TWO-WHEELED MOTOR CYCLES WITHOUT SIDE-CAR"

C, 3<sup>b</sup>, "NO ENTRY FOR MOTOR CYCLES"

C, 3<sup>c</sup>, "NO ENTRY FOR CYCLES"

C, 3<sup>d</sup>, "NO ENTRY FOR MOPEDS"

C, 3<sup>e</sup>, "NO ENTRY FOR GOODS VEHICLES"

The inscription of a tonnage figure, either in a light colour on the silhouette of the vehicle or, in accordance with Article 8, paragraph 4 of this Convention, on an additional panel placed below sign C, 3<sup>e</sup>, shall mean that the prohibition applies only if the permissible maximum weight of the vehicle or combination of vehicles exceeds that figure.

C, 3<sup>f</sup>, "NO ENTRY FOR ANY POWER-DRIVEN VEHICLE DRAWING A TRAILER OTHER THAN A SEMI-TRAILER OR A SINGLE-AXLE TRAILER".

The inscription of a tonnage figure, either in a light colour on the silhouette of the trailer or, in accordance with Article 8, paragraph 4, of this Convention, on an additional panel placed below sign C, 3<sup>f</sup>, shall mean that the prohibition applies only if the permissible maximum weight of the trailer exceeds that figure.

It shall be open to Contracting Parties, in cases where they see fit to do so, to replace, in the symbol, the silhouette of the rear end of a lorry by that of the rear end of a private car, and the trailer silhouette by that of a trailer which can be attached to a private car.

C, 3<sup>g</sup>, "NO ENTRY FOR PEDESTRIANS"

C, 3<sup>h</sup>, "NO ENTRY FOR ANIMAL-DRAWN VEHICLES"

C, 3<sup>i</sup>, "NO ENTRY FOR HANDCARTS"

C, 3<sup>k</sup>, "NO ENTRY FOR POWER-DRIVEN AGRICULTURAL VEHICLES"

**Note:** It shall be open to Contracting Parties to omit from signs C, 3<sup>a</sup> to C, 3<sup>k</sup> the red oblique bar joining the upper left quadrant and the lower right quadrant or, provided that this does not make the symbol less easy to see and understand, not to interrupt the bar where it crosses the symbol.

(iv) Notification that entry is prohibited for several categories of vehicle or road user, may be given either by displaying as many prohibitory signs as there are prohibited classes, or by a single prohibitory sign which shows the silhouettes of the various vehicles or road users whose entry is prohibited. Signs C, 4<sup>a</sup> "NO ENTRY FOR POWER-DRIVEN VEHI-

CLES“, and C, 4<sup>b</sup> “NO ENTRY FOR POWER-DRIVEN VEHICLES OR ANIMAL-DRAWN VEHICLES” are examples of such signs.

Signs showing more than two silhouettes may not be set up outside built-up areas, and signs showing more than three silhouettes may not be set up in built-up areas.

- (v) Notification that entry is prohibited for vehicles whose weight or dimensions exceed certain limits shall be given by the signs:
  - C, 5, “NO ENTRY FOR VEHICLES HAVING AN OVER-ALL WIDTH EXCEEDING . . . METRES (. . . FEET)”
  - C, 6, “NO ENTRY FOR VEHICLES HAVING AN OVER-ALL HEIGHT EXCEEDING . . . METRES (. . . FEET)”
  - C, 7, “NO ENTRY FOR VEHICLES EXCEEDING . . . TONS LADEN WEIGHT”
  - C, 8, “NO ENTRY FOR VEHICLES HAVING A WEIGHT EXCEEDING . . . TONS ON ONE AXLE”
  - C, 9, “NO ENTRY FOR VEHICLES OR COMBINATIONS OF VEHICLES EXCEEDING . . . METRES (. . . FEET) IN LENGTH”.
- (vi) Notification that vehicles shall not be driven closer together than the distance indicated on the sign shall be given by sign C, 10, “DRIVING OF VEHICLES LESS THAN . . . METRES (. . . YARDS) APART PROHIBITED”.

**(b) Prohibition of turning**

Notification that turning is prohibited (to the right or to the left according to the direction of the arrow) shall be given by sign C, 11<sup>a</sup>, “NO LEFT TURN” or sign C, 11<sup>b</sup>, “NO RIGHT TURN”.

**(c) Prohibition of U-turns**

Notification that U-turns are prohibited shall be given by sign C, 12, “NO U-TURNS”.

**(d) Prohibition of overtaking**

- (i) Notification that, in an addition to the general rules on overtaking laid down by the regulations in force, the overtaking of power-driven vehicles other than two-wheeled mopeds and two-wheeled motor cycles without side-car travelling on a road is prohibited, shall be given by sign C, 13<sup>a</sup>, “OVERTAKING PROHIBITED”. There are two models of this sign: C, 13<sup>aa</sup> and C, 13<sup>ab</sup>.
- (ii) Notification that overtaking is prohibited only for goods vehicles having a permissible maximum weight exceeding 3.5 tons (7,700 pounds) shall be given by sign C, 13<sup>b</sup>, “OVERTAKING BY GOODS VEHICLES PROHIBITED”. There are two models of this sign: C, 13<sup>ba</sup> and C, 13<sup>bb</sup>.  
An inscription on an additional panel placed below the sign in accordance with Article 8, paragraph 4 of this Convention may change the permissible maximum weight above which the prohibition applies.
- (iii) Where traffic keeps to the left, the colours of the motor vehicles shown on signs C, 13<sup>aa</sup> and C, 13<sup>ba</sup> shall be reversed.

**(e) Speed limit**

Notification of a speed limit shall be given by sign C, 14, “MAXIMUM SPEED LIMITED TO THE FIGURE INDICATED”. The figure appearing on the sign shall indicate the maximum speed in the unit of measurement most commonly used to express the speed of vehicles in the country concerned. After or below the figure expressing the speed may be added, for instance, “Km” (kilometres) or “m” (miles).

To indicate a speed limit applicable only to vehicles of a permissible maximum weight exceeding a given figure, an inscription comprising that figure shall be placed on an additional panel below the sign in accordance with Article 8, paragraph 4 of this Convention.

**(f) Prohibition of the use of audible warning devices**

Notification that the use of audible warning devices is prohibited except to avoid an accident shall be given by sign C, 15, “USE OF AUDIBLE WARNING DEVICES PROHIBITED”. This sign, if not placed at the beginning of a built-up area beside or shortly after the sign identifying the built-up area, shall be accompanied by an additional panel, model 2, described in Annex 7, showing the distance over which the prohibition applies. It is recommended that this sign should not be placed at the beginning of built-up areas when the prohibition applies in all built-up areas and that it be provided that the sign identifying a built-up area placed at the beginning of that area shall notify road-users that the traffic regulations applicable to built-up areas in that country apply from that point onwards.



**(g) Prohibition of passing without stopping**

Notification of the proximity of a Custom-house at which a stop is compulsory shall be given by sign C, 16 "PASSING WITHOUT STOPPING PROHIBITED". Notwithstanding Article 8 of this Convention, the symbol of this sign shall include the word "CUSTOMS", preferably in two languages; Contracting Parties using C, 16 signs shall endeavour to reach a regional agreement to the effect that this word shall appear in the same language on all the signs they set up.

This sign may also be used to notify drivers that passing without stopping is prohibited for other reasons; in this case the word "CUSTOMS" shall be replaced by another very brief inscription indicating the reason for the stop.

**(h) End of prohibition or restriction**

(i) The point at which all prohibitions notified by prohibitory signs for moving vehicles cease to apply shall be indicated by sign C, 17<sup>a</sup> "END OF ALL LOCAL PROHIBITIONS IMPOSED ON MOVING VEHICLES". This sign shall be circular and have a white or yellow ground; it shall have no border or only a black rim, and shall bear a diagonal band, sloping downward from right to left which may be black or dark grey or consists of black or grey parallel lines.

(ii) The point at which a particular prohibition or restriction notified to moving vehicles by a prohibitory or restrictive sign ceases to apply shall be indicated by sign C, 17<sup>b</sup> "END OF SPEED LIMIT" or sign C, 17<sup>c</sup> "END OF PROHIBITION OF OVERTAKING". These signs shall be similar to sign C, 17<sup>a</sup>, but shall show, in addition, in light grey, the symbol of the prohibition or restriction which has ceased.

Notwithstanding the provisions of Article 6, paragraph 1 of this Convention, the signs referred to in this sub-paragraph (h) may be placed on the reverse side of the prohibitory or restrictive sign intended for traffic coming in the opposite direction.

## **Section B. Mandatory signs**

### **1. General characteristics of signs and symbols**

(a) Mandatory signs shall be circular; their diameter shall be not less than 0.60 m (2 ft.) outside built-up areas and not less than 0.40 m (16 in.) in built-up areas. However, signs having a diameter of not less than 0.30 m (12 in.) may be used in conjunction with traffic light signals or on bollards on traffic islands.

(b) Unless provided otherwise, the signs shall be blue and the symbols shall be white or of a light colour, or, alternatively, the signs shall be white with a red rim and the symbols shall be black.

### **2. Description of signs**

**(a) Direction to be followed**

The direction in which vehicles are obliged to proceed, or the only directions in which they are permitted to proceed, shall be indicated by model D, 1<sup>a</sup> of sign D, 1 "DIRECTION TO BE FOLLOWED", on which the arrow or arrows shall point in the appropriate direction or directions. However, instead of using sign D, 1<sup>a</sup>, sign D, 1<sup>b</sup> may be used notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this section. Sign D, 1<sup>b</sup> shall be black with a white rim and a white symbol.

**(b) Pass this side**

Sign D, 2 "PASS THIS SIDE", placed, notwithstanding the provisions of Article 6, paragraph 1 of this Convention, on an island or before an obstacle on the carriageway, shall mean that vehicles must pass on the side of the island or obstacle indicated by the arrow.

**(c) Compulsory roundabout**

Sign D, 3 "COMPULSORY ROUNDABOUT", shall notify drivers that they must comply with the rules concerning roundabouts.

Where traffic keeps to the left, the direction of the arrows shall be reversed.

**(d) Compulsory cycle track**

Sign D, 4 "COMPULSORY CYCLE TRACK", shall notify cyclists that they must use the cycle track at the entrance to which it is placed, and shall notify the drivers of other vehicles that they are not entitled to use that track. However, drivers of mopeds may also be required to use the cycle track if domestic legislation so provides or if notification of this requirement is given by an additional panel bearing an inscription or the symbol of sign C, 3<sup>d</sup>.

**(e) Compulsory foot-path**

Sign D, 5 "COMPULSORY FOOT-PATH", shall notify pedestrians that they must use the path at the entrance to which it is placed, and shall notify other road users that they are not entitled to use that path.

**(f) Compulsory track for riders on horseback**

Sign D, 6 "COMPULSORY TRACK FOR RIDERS ON HORSEBACK", shall notify riders on horseback that they must use the track at the entrance to which it is placed, and shall notify other road-users that they are not entitled to use that track.

**(g) Compulsory minimum speed**

Sign D, 7 "COMPULSORY MINIMUM SPEED", shall mean that vehicles using the road at the entrance to which it is placed shall travel at not less than the speed specified; the figure shown on the sign shall express this speed in the unit of measurement most commonly used to express the speed of vehicles in the country concerned. After the figure specifying the speed may be added, for instance, "Km" (kilometres) or "m" (miles).

**(h) End of compulsory minimum speed**

Sign D, 8 "END OF COMPULSORY MINIMUM SPEED", shall mean that the compulsory minimum speed imposed by sign D, 7 is no longer in effect. Sign D, 8 shall be identical to sign D, 7 except that it shall be crossed by an oblique red bar running from the upper right edge to the lower left edge.

**(i) Snow chains compulsory**

Sign D, 9 "SNOW CHAINS COMPULSORY", shall mean that vehicles travelling on the road at the entrance to which it is placed shall have snow chains fitted to not less than two of their driving wheels.

## ANNEX 5

### Informative signs other than parking signs

**Note:** For informative signs relating to parking, see Annex 6.

#### General characteristics of signs and symbols in sections A to F

(for characteristics of signs and symbols in section G, see that section)

1. Informative signs are usually rectangular; however, direction signs may be in the shape of an elongated rectangle with the longer side horizontal, terminating in an arrowhead.

2. Informative signs shall bear either white or light-coloured symbols or inscriptions on a dark ground, or dark-coloured symbols or inscriptions on a white or light-coloured ground; the colour red may be used only exceptionally and must never predominate.

#### Section A. Advance direction signs

##### 1. General case

Examples of advance direction signs: E, 1<sup>a</sup>; E, 1<sup>b</sup> and E, 1<sup>c</sup>. The colours are blue, white and black.

##### 2. Special cases

(a) Examples of advance direction signs for "NO THROUGH ROAD": E, 2<sup>a</sup> and E, 2<sup>b</sup>.

(b) Example of advance direction sign for route to be followed in order to turn left, where a left turn at the next intersection is prohibited: E, 3.

(c) Example of a sign for preselection at intersections on roads with several lanes: E, 4.

#### Section B. Direction signs

1. Examples of signs showing the direction of a place: E, 5<sup>a</sup>; E, 5<sup>b</sup>; E, 5<sup>c</sup> and E, 5<sup>d</sup>.

2. Examples of signs showing the direction of an airfield: E, 6<sup>a</sup>; E, 6<sup>b</sup> and E, 6<sup>c</sup>.

3. Sign E, 7 shows the direction of a camping site.

4. Sign E, 8 shows the direction of a youth hostel.

#### Section C. Place identification signs

The long side of the rectangle forming these signs shall be horizontal.

1. Examples of signs showing the beginning of a built-up area: E, 9<sup>a</sup> and E, 9<sup>b</sup>.

2. Examples of signs showing the end of a built-up area: E, 9<sup>c</sup> and E, 9<sup>d</sup>.

Notwithstanding the provisions of Article 6, paragraph 1 of this Convention, these signs may be placed on the reverse side of signs identifying a built-up area.

#### Section D. Confirmatory signs

Sign E, 10 is an example of a confirmatory sign.

Notwithstanding the provisions of Article 6, paragraph 1, of this Convention, this sign may be placed on the reverse side of another sign intended for traffic proceeding in the opposite direction.

#### Section E. Pedestrian crossing

Sign E, 11<sup>a</sup>, "PEDESTRIAN CROSSING", is used to show pedestrians and drivers the position of a pedestrian crossing.

The panel shall be blue or black, the triangle white or yellow and the symbol black or dark blue; the symbol displayed shall be symbol A, 11.

However, the sign E, 11<sup>b</sup>, having the shape of an irregular pentagon, a blue ground and a white symbol may also be used.

## **Section F. Other signs providing useful information for drivers of vehicles**

These signs shall have a blue ground.

### **1. “HOSPITAL” sign**

This sign shall be used to notify drivers of vehicles that they should take the precautions required near medical establishments; in particular, that they should not make any unnecessary noise. There are two models of this sign: E, 12<sup>a</sup> and E, 12<sup>b</sup>.

The red cross on sign E, 12<sup>b</sup> may be replaced by one of the symbols referred to in section G, paragraph 2 (a).

### **2. “ONE-WAY ROAD” sign**

Two different “ONE-WAY ROAD” signs may be set up where it is considered necessary to confirm to road-users that they are on a one-way road;

(a) Sign E, 13<sup>a</sup>, placed approximately perpendicular to the axis of the carriageway; its panel shall be square.

(b) Sign E, 13<sup>b</sup>, placed approximately parallel to the axis of the carriageway; its panel shall be an elongated rectangle the long side of which is horizontal. The words “one way” may be inscribed on the arrow of sign E, 13<sup>b</sup> in the national language or one of the national languages of the country concerned.

Signs E, 13<sup>a</sup> and E, 13<sup>b</sup> may be set up irrespective of whether prohibitory or mandatory signs are set up at the entrance to the road in question.

### **3. “NO THROUGH ROAD” sign**

Sign E, 14, “NO THROUGH ROAD”, placed at the entry to a road, shall mean that there is no throughway.

### **4. Signs notifying an entry to or an exit from a motorway**

Sign E, 15, “MOTORWAY”, shall be placed at the point where the special rules to be observed on a motorway begin to apply. Sign E, 16, “END OF MOTORWAY”, shall be placed at the point where these rules cease to apply.

Sign E, 16 may also be used and repeated to give warning of the ending of a motorway; the distance between each sign set up for this purpose and the end of the motorway shall be inscribed on the lower part of the sign.

### **5. Signs notifying an entry to or exit from a road on which the traffic rules are the same as on a motorway**

Sign E, 17, “ROAD FOR MOTOR VEHICLES”, shall be placed at the point where special traffic rules begin to apply on roads other than motorways which are reserved for motor vehicle traffic and do not serve properties bordering on the road. An additional panel may be placed under sign E, 17 to show that, by way of exception, the access of motor vehicles to properties bordering on the road is permitted.

Sign E, 18, “END OF ROAD FOR MOTOR VEHICLES”, may also be used and repeated to give warning of the ending of the road; the distance between each sign set up for this purpose and the end of the road shall be inscribed on the lower part of the sign.

### **6. Signs notifying a bus or tramway stop**

E, 19 “BUS STOP” and E, 20 “TRAMWAY STOP”

### **7. “ROAD OPEN OR CLOSED” sign**

Sign E, 21, “ROAD OPEN OR CLOSED”, shall be used to show whether a mountain road, particularly a section leading over a pass, is open or closed; the sign shall be placed at the entry to the road or roads leading to the section in question.

The name of the section of road (or pass) shall be inscribed in white. On the sign shown, the name “Furka” is given as an example.

Panels 1, 2 and 3 shall be removable.

If the section of road is closed, panel 1 shall be red and shall bear the inscription “CLOSED”; if the section is open, panel 1 shall be green and shall bear the inscription “OPEN”. The inscriptions shall be in white and preferably in several languages.

Panels 2 and 3 shall have a white ground with inscriptions and symbols in black.

If the section of road is open, panel 3 shall remain blank and panel 2, according to the state of the road, shall either be blank, or display sign D, 9, "SNOW CHAINS COMPULSORY", or display symbol E, 22, "CHAINS OR SNOW TYRES RECOMMENDED". This symbol shall be black.

If the section of road is closed, panel 3 shall show the name of the place up to which the road is open and panel 2 shall display, according to the state of the road, either the inscription "OPEN AS FAR AS", or symbol E, 22, or sign D, 9.

## **Section G. Signs giving notice of facilities which may be useful to road users**

### **1. Characteristics of the signs and symbols in this section**

(a) "F" signs shall have a blue or green ground; they shall bear a white or yellow rectangle on which the symbol shall be displayed.

(b) On the blue or green band at the bottom of the sign, the distance to the facility indicated, or to the entry to the road leading to it, may be inscribed in white; on the sign bearing symbol F, 5 the word "HOTEL" or "MOTEL" may be inscribed in the same way. The signs may also be set up at the entry to the road leading to the facility and may then bear a white directional arrow on the blue or green part at the bottom. The symbol shall be black or dark blue, except symbols F, 1<sup>a</sup>, F, 1<sup>b</sup> and F, 1<sup>c</sup>, which shall be red.

### **2. Description of symbols**

#### **(a) "FIRST-AID STATION" symbols**

The symbols depicting first-aid stations in the States concerned shall be used. These symbols shall be red. Examples of these symbols are F, 1<sup>a</sup>, F, 1<sup>b</sup> and F, 1<sup>c</sup>.

#### **(b) Miscellaneous symbols**

- F, 2 "REAKDOWN SERVICE"
- F, 3 "TELEPHONE"
- F, 4 "FILLING STATION"
- F, 5 "HOTEL or MOTEL"
- F, 6 "RESTAURANT"
- F, 7 "REFRESHMENTS or CAFETERIA"
- F, 8 "PICNIC SITE"
- F, 9 "STARTING-POINT FOR WALKS"
- F, 10 "CAMPING SITE"
- F, 11 "CARAVAN SITE"
- F, 12 "CAMPING AND CARAVAN SITE"
- F, 13 "YOUTH HOSTEL"

## ANNEX 6

### Standing and parking signs

#### Section A. Signs prohibiting or restricting standing or parking

##### General characteristics of signs and symbols

These signs shall be circular; their diameter shall not be less than 0.60 m (2 feet) outside built-up areas and not less than 0.25 m (10 inches) in built-up areas. Except where otherwise specified in this annex, the ground shall be blue and the border and oblique bars shall be red.

##### Description of signs

1. (a) Places where parking is prohibited shall be indicated by sign C, 18, "PARKING PROHIBITED"; places where standing and parking are prohibited shall be indicated by sign C, 19, "STANDING AND PARKING PROHIBITED".

(b) Sign C, 18 may be replaced by a circular sign with a red border and a red transverse bar, bearing the letter or ideogram used in the State concerned to denote "Parking", in black on a white or yellow ground.

(c) The scope of the prohibition may be restricted by inscriptions on an additional plate below the sign specifying, as the case may be,

- (i) the days of the week or month or the times of day during which the prohibition applies;
- (ii) the time in excess of which parking is prohibited by sign C, 18 or standing and parking is prohibited by sign C, 19;
- (iii) the exceptions granted for certain classes of road-user.

(d) The time in excess of which parking or standing is prohibited may also be inscribed on the lower part of the red circle of the sign instead of appearing on an additional plate.

2. (a) Where parking is authorized on opposite sides of the road alternately, signs C, 20<sup>a</sup> and C, 20<sup>b</sup>, "ALTERNATE PARKING", shall be used instead of sign C, 18;

(b) The prohibition of parking shall apply to the sign C, 20<sup>a</sup> side on odd number dates and to the sign C, 20<sup>b</sup> side on even number dates; the time at which the side changes shall be prescribed by domestic legislation and need not necessarily be midnight. Domestic legislation may also prescribe an alternation other than a daily alternation for parking; the numerals I and II shall in that case be replaced on the signs by the period of alternation, e.g. 1—15 and 16—31 for an alternation on the first and sixteenth day of each month.

(c) Sign C, 18 may be used by States which do not adopt signs C, 19, C, 20<sup>a</sup> and C, 20<sup>b</sup>, supplemented by additional inscriptions as provided in Article 8, paragraph 4 of this Convention.

3. (a) Except in special cases, the signs shall be so placed that their disc is perpendicular to the axis of the road, or at a slight angle to the plane perpendicular to that axis.

(b) All the prohibitions and restrictions of parking shall apply only on the side of the carriageway on which the signs are placed.

(c) Except as may be otherwise indicated

- on an additional panel conforming to model 2 of Annex 7 and showing the distance over which the prohibition applies; or
- in conformity with sub-paragraph (e) of this paragraph,

the prohibitions shall apply from a point level with the sign to the next point of entry of a road.

(d) An additional panel conforming to model 3<sup>a</sup> or 4<sup>a</sup> depicted in Annex 7 may be placed below the sign at the point where the prohibition begins. An additional panel conforming to model 3<sup>b</sup> or 4<sup>b</sup> depicted in Annex 7 may be placed below signs repeating the prohibition. A further prohibition sign supplemented by an additional panel conforming to model 3<sup>c</sup> or 4<sup>c</sup> depicted in Annex 7 may be placed at the point where the prohibition ceases to apply. The panels of model 3 shall be placed parallel to the axis of the road, and the panels of model 4 perpendicular to that axis. The distances, if any, shown by the panels of model 3 shall be those over which the prohibition applies in the direction of the arrow.

(e) If the prohibition ceases to apply before the next point of entry of a road, the sign bearing the additional end-of-prohibition panel described in sub-paragraph (d) above shall be set up. However, where the prohibition applies only over a short distance, it shall be permissible to set up only one sign

- showing, in the red circle the distance over which it applies, or
- bearing an additional panel of model 3.

(f) Where parking-meters are installed, their presence shall signify that parking is subject to payment and is limited to the period for which the meter operates.

(g) In zones in which the duration of parking is limited but parking is not subject to payment, this limitation, instead of being indicated by signs C, 18 supplemented by additional panels, may be notified by a blue band at a height of approximately 2 m on lamp-posts, trees, etc., bordering the carriageway, or by lines on the kerb.

4. To indicate, in built-up areas, the entry to a zone in which all parking, whether subject to payment or not, is limited as to time, sign C, 21, "LIMITED DURATION PARKING ZONE", may be set up. The ground of this sign, on which sign C, 18 shall be displayed, shall be of a light colour. Sign C, 18 may be replaced by sign E, 23; in that case the ground may be blue.

A parking disc or parking meter may be depicted on the lower part of the panel to show the system of limitation applied in the zone.

Where necessary the days and times of day during which the limitation applies and the system of limitation may be shown on the sign itself or on an additional plate below the sign C, 21.

## **Section B. Signs providing useful information on parking**

### **1. "PARKING" sign**

Sign E, 23, "PARKING", which may be set up parallel to the axis of the road, shall indicate places where the parking of vehicles is authorized. The panel shall be square. It shall bear the letter or ideogram used in the State concerned to denote "Parking". The ground of this sign shall be blue.

Symbols or inscriptions on an additional plate below the sign or on the sign itself may show the direction in which the parking place lies or the categories of vehicle for which it is reserved; such inscriptions may also limit the period for which parking is permitted.

### **2. Sign indicating the exit from a limited duration parking zone**

To indicate, in built-up areas, the exit from a zone in which all parking is limited as to time and the entries to which are shown by sign C, 21, containing sign C, 18, sign E, 24 shall be used; this sign shall consist of a square of a light colour containing sign C, 18 in light grey, with a black or dark-grey diagonal band or parallel grey or black lines forming such a band. If the entries to the parking zone are shown by sign C, 21, containing sign E, 23, the exits may be shown by a panel with a black or dark-grey diagonal band or parallel grey or black lines forming such a band, and a parking disc on a light ground.

## ANNEX 7

### Additional panels

1. These panels shall have either a white or yellow ground and a black, dark blue or red rim, in which case the distance or length shall be inscribed in black or dark blue; or a black or dark blue ground and a white, yellow or red rim, in which case the distance or length shall be inscribed in white or yellow.

2. (a) Additional panels of "MODEL 1" show the distance from the sign to the beginning of the dangerous section of road or of the zone to which the regulation applies.

(b) Additional panels of "MODEL 2" show the length of the dangerous section of road or of the zone to which the regulation applies.

(c) Additional panels are placed under the signs. However in the case of danger warning signs of model A<sup>b</sup>, the information to be given on the additional panels may be inscribed on the lower part of the sign.

3. The additional panels of "MODEL 3" and "MODEL 4" concerning parking prohibitions or restrictions are of models 3<sup>a</sup>, 3<sup>b</sup> and 3<sup>c</sup> and 4<sup>a</sup>, 4<sup>b</sup> and 4<sup>c</sup> respectively. (See Annex 6, Section A, paragraph 3).



## ANNEX 8

### Road markings

#### CHAPTER I

##### General

1. Road surface markings (road markings) should be of non-skid materials and should not protrude more than 6 mm above the level of the carriageway. Studs or similar devices used for marking should not protrude more than 1.5 cm above the level of the carriageway (or more than 2.5 cm in the case of studs incorporating reflex reflectors); they should be used in accordance with road traffic safety requirements.

#### CHAPTER II

##### Longitudinal markings

###### A. Dimensions

2. The width of continuous or broken lines used for longitudinal markings should be at least 0.10 m (4 in.).

3. The distance between two adjacent longitudinal lines (double line) should be between 0.10 m (4 in.) and 0.18 m (7 in.).

4. A broken line shall consist of strokes of equal length separated by uniform gaps. The speed of vehicles on the section of road or in the area in question should be taken into account in determining the length of the strokes and of the gaps between them.

5. Outside built-up areas a broken line should consist of strokes between 2 m (6 ft. 6 in.) and 10 m (32 ft.) long. The length of the strokes forming the approach line referred to in paragraph 23 of this Annex should be from two to three times the length of the gaps.

6. In built-up areas, the length and spacing of the strokes should be less than they are outside built-up areas. The strokes may be reduced to 1 m (3 ft. 4 in.). On certain main urban arteries where traffic moves fast, however, the characteristics of longitudinal markings may be the same as outside built-up areas.

###### B. Traffic lane markings

7. Traffic lanes shall be marked by broken lines, by continuous lines or by other appropriate means.

###### (i) Outside built-up areas

8. On two-way roads having two lanes, the centre line of the carriageway should be indicated by a longitudinal marking. This marking shall normally consist of a broken line. Continuous lines should only be used for this purpose in special circumstances.

9. On three-lane roads, the lanes should, as a general rule, be indicated by broken lines along sections where visibility is normal. In specific cases and in order to ensure greater traffic safety, continuous lines or broken lines adjacent to continuous lines may be used.

10. On carriageways having more than three traffic lanes, the two directions of traffic should be separated by one continuous line or by two continuous lines, except in cases where the direction of traffic in the central lanes can be reversed. In addition, the traffic lanes should be marked by broken lines (diagrams 1 a and 1 b).

###### (ii) In built-up areas

11. In built-up areas, the recommendations contained in paragraphs 8 to 10 of this Annex are applicable to two-way streets and to one-way streets with at least two traffic lanes.

12. Traffic lanes should be marked at points where the width of the roadway is reduced by kerbs, islands or directional islands.

13. At the approaches to major intersections (especially intersections where traffic is controlled), where the width is sufficient for two or more lines of vehicles, traffic lanes should be marked as shown in

diagrams 2 and 3. In such cases, the lines marking the lanes may be supplemented with arrow markings (see paragraph 39 of this Annex).

### C. Markings for particular situations

#### (i) Use of continuous lines

14. In order to improve traffic safety, the broken centre lines at certain intersections (diagram 4) should be replaced or supplemented by a continuous line (diagrams 5 and 6).

15. When it is necessary to prohibit the use of the part of the carriageway reserved for oncoming traffic at places where the range of vision is restricted (hill crest, bend in the road, etc.) or on sections where the carriageway is narrow or has some other peculiarity, restrictions should be imposed on sections where the range of vision is less than a certain minimum  $M$ , by means of a continuous line laid out in accordance with diagrams 7a to 16<sup>1</sup>). In countries where the design of motor vehicles justifies it, the eye level of 1 m indicated in diagrams 7a to 10a may be raised to 1.20 m.

16. The value to be adopted for  $M$  varies with road conditions. Diagrams 7a, 7b, 8a, 8b, 8c and 8d show, for two- and three-lane roads respectively, the design of the lines at a hill crest with a restricted range of vision. These diagrams correspond to the longitudinal section at the top of the same page and to a distance  $M$  specified in paragraph 24 below: A (or D) is the point where the range of vision becomes less than  $M$ , while C (or B) is the point where the range of vision again begins to exceed  $M^2$ .

17. Where the sections AB and CD overlap, i.e. when forward visibility in both directions becomes greater than  $M$  before the crest of the hill is reached, the lines should be arranged in the same way, but the continuous lines alongside a broken line should not overlap. This is indicated in diagrams 9, 10a and 10b.

18. Diagrams 11a and 11b show the position of the lines for the same case on a curve with restricted range of vision on a two-lane road.

19. On three-lane roads two methods are possible. These are shown in diagrams 8a, 8b, 8c and 8d (or 10a and 10b). Diagram 8a or 8b (or 10a) should be used on roads carrying a substantial proportion of two-wheeled vehicles and diagrams 8c and 8d (or 10b) where the traffic consists mainly of four-wheeled vehicles. Diagram 11c shows the arrangement of the lines for the same case on a curve with restricted range of vision on a three-lane road.

20. Diagrams 12, 13 and 14 show the lines which indicate narrowing of the carriageway.

21. In diagrams 8a, 8b, 8c, 8d, 10a and 10b, the inclination of the oblique transition lines to the centre line should not exceed  $1/20$ .

22. In diagrams 13 and 14 which show the lines used to indicate a change in width of the available carriageway, as well as in diagrams 15, 16 and 17 which show obstacles necessitating a deviation from the continuous line(s), the inclination of the line(s) should preferably be less than  $1/50$  on fast roads and less than  $1/20$  on roads where speeds do not exceed 50 Km/h (30 m.p.h.). In addition, the oblique continuous lines should be preceded, in the direction to which they apply, by a continuous line parallel to the centre line of the roadway, the length of the continuous line being the distance covered in one second at the driving speed adopted.

23. When it is not necessary to mark the traffic lanes by broken lines on a normal section of road, the continuous line should be preceded by an approach line consisting of a broken line, for a distance of at least 50 m, depending on the normal speed of the vehicles using the road. Where the traffic lanes are marked by broken lines on a normal section of road, the continuous line should be preceded by an approach line for a distance of at least 50 m, depending on the normal speed of the vehicles using the road. The marking may be supplemented by one or more arrows showing drivers which lane they should take.

#### (ii) Conditions for the use of continuous lines

24. The choice of range of vision to be used in determining the sections on which a continuous line is or is not desirable, and the choice of the length of the line, is bound to be a compromise. The following table gives the recommended value of  $M$  for various approach speeds:<sup>3)</sup>

1) The definition of range of vision used in this paragraph is the distance at which an object 1 metre (3 ft. 4 in.) above the surface of the carriageway can be seen by an observer on the road whose eye is also 1 metre (3 ft. 4 in.) above the carriageway.

2) The marking between A and D shown in diagrams 7a and 7b may be replaced by a single continuous centre line, without a broken line alongside, preceded by a broken line alongside, preceded by a broken centre line consisting of at least three strokes. Nevertheless, this simplified arrangement should be used with caution and only in exceptional cases, since it prevents the driver from overtaking for a certain distance even though the range of vision is adequate. It is desirable to avoid using both methods on the same route or on the same type of route in the same area, as this may lead to confusion.

3) The approach speed used in this calculation is the speed which 85 per cent of the vehicles do not exceed, or the design speed if it is higher.

<b>Approach speed</b>	<b>Range of values of M</b>
100 km/h (60 m.p.h.)	160 m (480 ft.) to 320 m (960 ft.)
80 km/h (50 m.p.h.)	130 m (380 ft.) to 260 m (760 ft.)
65 km/h (40 m.p.h.)	90 m (270 ft.) to 180 m (540 ft.)
50 km/h (30 m.p.h.)	60 m (180 ft.) to 120 m (360 ft.)

25. For speeds not given in the preceding table the value of M should be calculated by interpolation or extrapolation.

#### **D. Border lines indicating the limits of the carriageway**

26. The limits of the carriageway shall preferably be marked by continuous lines. Studs, buttons or reflex reflectors may be used in conjunction with these lines.

#### **E. Marking of obstructions**

27. Diagrams 15, 16 and 17 show the markings to be used near an island or any other obstruction on the carriageway.

#### **F. Guide lines for turning vehicles**

28. At certain intersections it is desirable to show drivers how to turn left, in countries with right-hand traffic, or how to turn right in countries with left-hand traffic.

## **CHAPTER III**

### **Transverse markings**

#### **A. General**

29. Because of the angle at which the driver sees markings on the carriageway, transverse markings shall be wider than longitudinal markings.

#### **B. Stop lines**

30. The minimum width of a stop line shall be 0.20 m (8 in.) and the maximum 0.60 m (24 in.). A width of 0.30 m (12 in.) is recommended.

31. When used in conjunction with a STOP sign, the stop line should be placed in such a position that a driver who stops immediately behind the line has the clearest possible view of the traffic on the other arms of the intersection consistent with the requirements of other vehicular and pedestrian traffic.

32. Stop lines may be supplemented by longitudinal lines (diagrams 18 and 19). They may also be supplemented by the word "STOP" inscribed on the carriageway as shown in the example given in diagrams 20 and 21. The distance between the top of the letters of the word "STOP" and the stop line should be between 2 m (6 ft. 7 in.) and 25 m (82 ft. 2 in.).

#### **C. Lines indicating points at which drivers must give way**

33. The minimum width of these lines should be 0.20 m (8 in.) and the maximum width 0.60 m (24 in.); if there are two lines, the distance between them should be at least 0.30 m (12 in.). The line may be replaced by triangles marked side by side on the ground with their vertices pointing towards the driver who is required to give way. The bases of these triangles should measure at least 0.40 m (16 in.) but not more than 0.60 m (24 in.) and their height should be at least 0.60 m (24 in.) but not more than 0.70 m (28 in.).

34. Transverse marking(s) should be placed in the same positions as the stop lines referred to in paragraph 31 of this Annex.

35. The marking(s) referred to in paragraph 34 above may be supplemented by a triangle drawn on the carriageway as shown in the example given in diagram 22. The distance between the base of the triangle and the transverse marking should be between 2 m (6 ft. 7 in.) and 25 m (82 ft. 2 in.). The base of the triangle shall be at least 1 m (3 ft. 4 in.); its height shall be three times its base.

36. This transverse marking may be supplemented by longitudinal lines.

#### **D. Pedestrian crossings**

37. The space between the stripes marking a pedestrian crossing should be at least equal to the width of the stripes and not more than twice that width: the width of a space and a stripe together should

be between 1 m (3 ft. 4 in.) and 1.40 m (4 ft. 8 in.). The minimum width recommended for pedestrian crossings is 2.5 m (8 ft.) on roads on which the speed limit is 60 km/h, and 4 m (13 ft.) on roads in which the speed limit is higher or there is no speed limit.

#### **E. Cyclist crossings**

38. Cyclist crossings should be indicated by two broken lines. The broken line should preferably be made up of squares  $(0.40-0.60) \times (0.40-0.60)$  m [(16-24)  $\times$  (16-24) in.]. The distance between the squares should be 0.40-0.60 m (16-24 in.). The width of the crossings should be not less than 1.80 m (6 ft.). Studs and buttons are not recommended.

## **CHAPTER IV**

### **Other markings**

#### **A. Arrow markings**

39. On roads having sufficient traffic lanes to separate vehicles approaching an intersection, the lanes which traffic should use may be indicated by arrow markings on the surface of the carriageway (diagrams 2, 3, 19 and 23). Arrows may also be used on a one-way road to confirm the direction of traffic. The arrows should not be less than 2 m (6 ft. 7 in.) long. They may be supplemented by word markings on the carriageway.

#### **B. Oblique parallel lines**

40. Diagrams 24 and 25 give examples of areas which vehicles should not enter.

#### **C. Word markings**

41. Word markings on the carriageway may be used for the purpose of regulating traffic or warning or guiding road users. The words used should preferably be either place names, highway numbers or words which are easily understandable internationally (e.g. "Stop", "Bus", "Taxi").

42. The letter should be considerably elongated in the direction of traffic movement because of the small angle at which they are seen by approaching drivers (diagram 20).

43. Where approach speeds exceed 50 km/h (30 m.p.h.), the letters should be at least 2.5 m (8 ft.) in height.

#### **D. Standing and parking regulations**

44. Standing and parking restrictions may be indicated by markings on the kerbs or on the carriageway. Parking space limits may be indicated on the surface of the carriageway by appropriate lines.

#### **E. Markings on the carriageway and on adjacent structures**

##### **(i) Markings indicating parking restrictions**

45. Diagram 26 gives an example of a zigzag line.

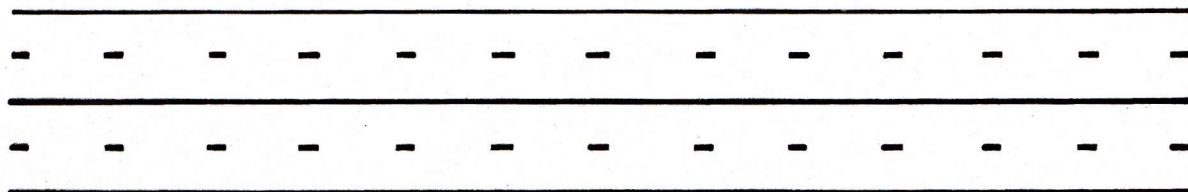
##### **(ii) Marking of obstructions**

46. Diagram 27 gives an example of a marking on an obstacle.

## Zeichnungen des Anhangs 8

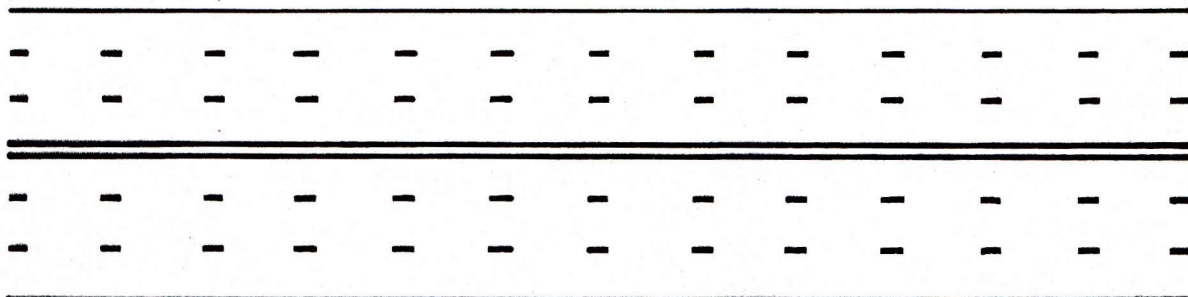
Zeichnung 1 a

Diagram 1 a



Zeichnung 1 b

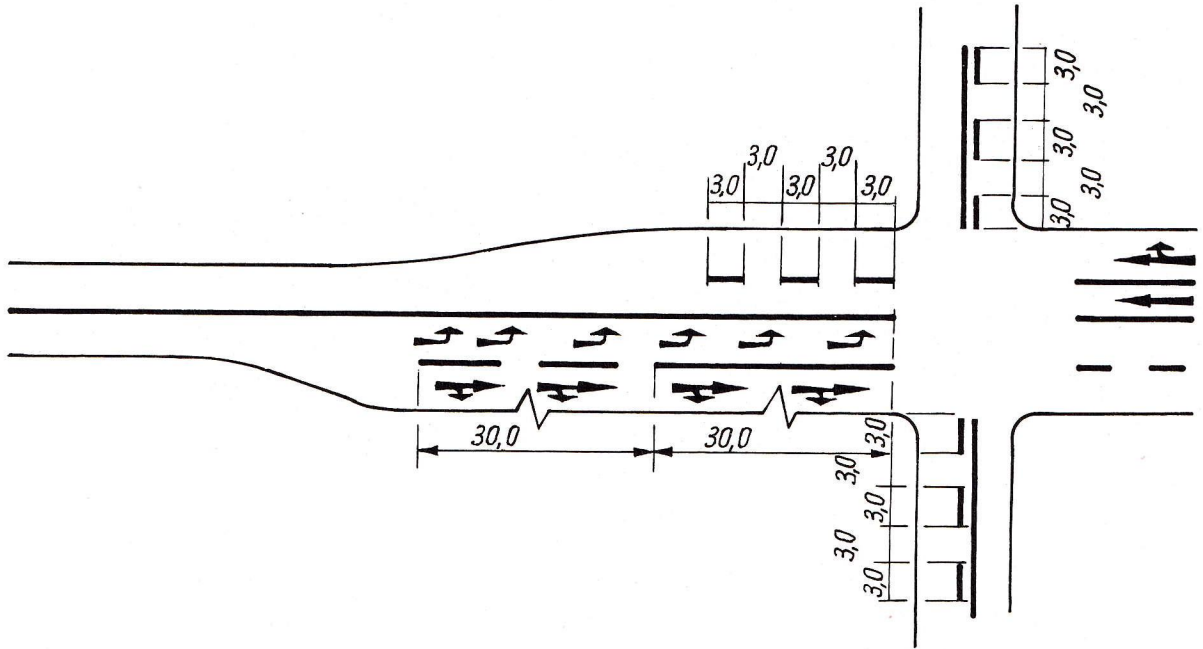
Diagram 1 b



N. B. The figures given in diagrams 2, 4, 5, 6, 18 and 19 for the length of the strokes and the gaps between them should be considered only as a rough guide.

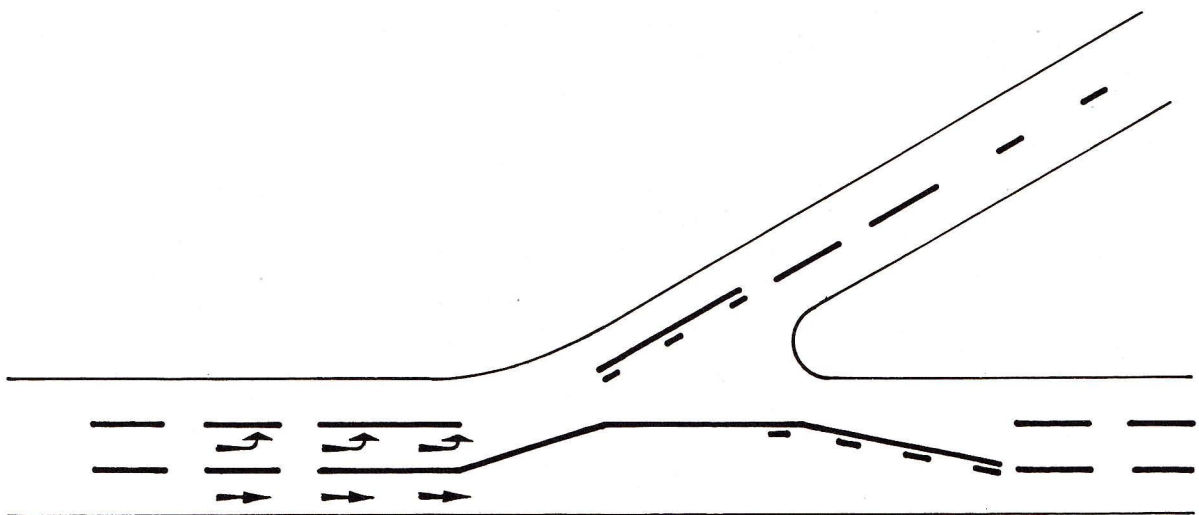
Zeichnung 2

Diagram 2



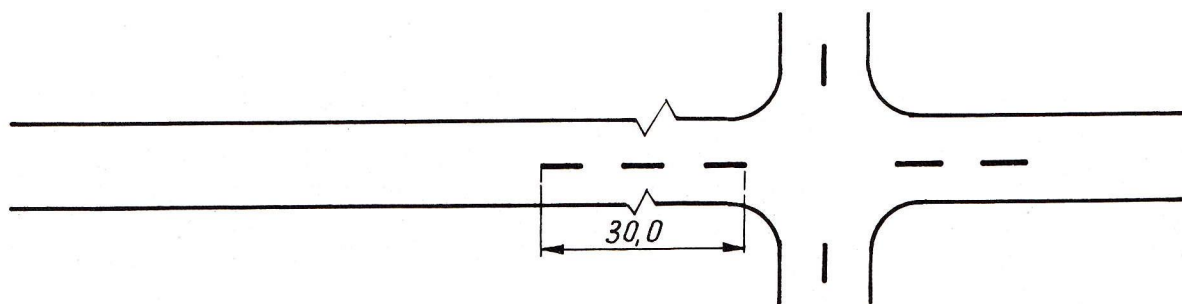
Zeichnung 3

Diagram 3



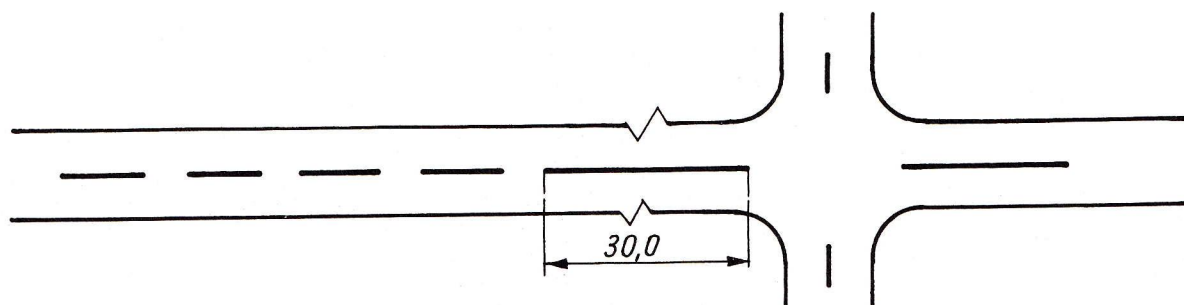
Zeichnung 4

Diagram 4



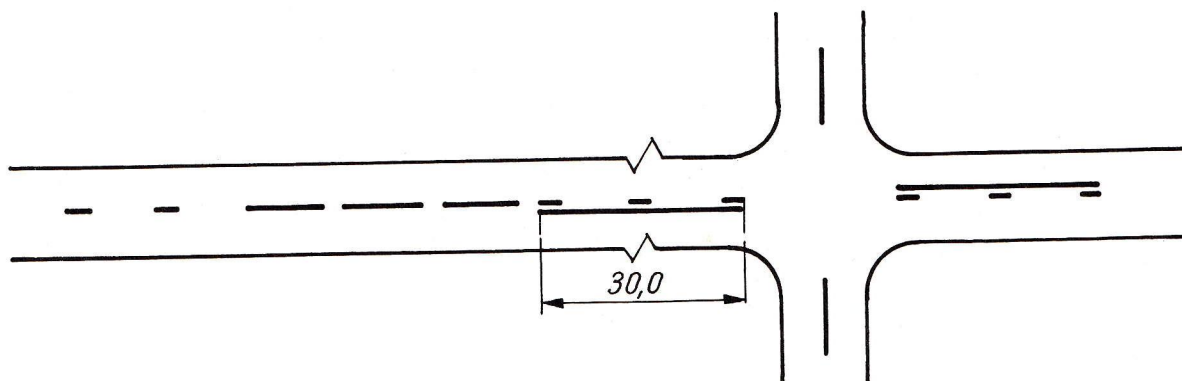
Zeichnung 5

Diagram 5



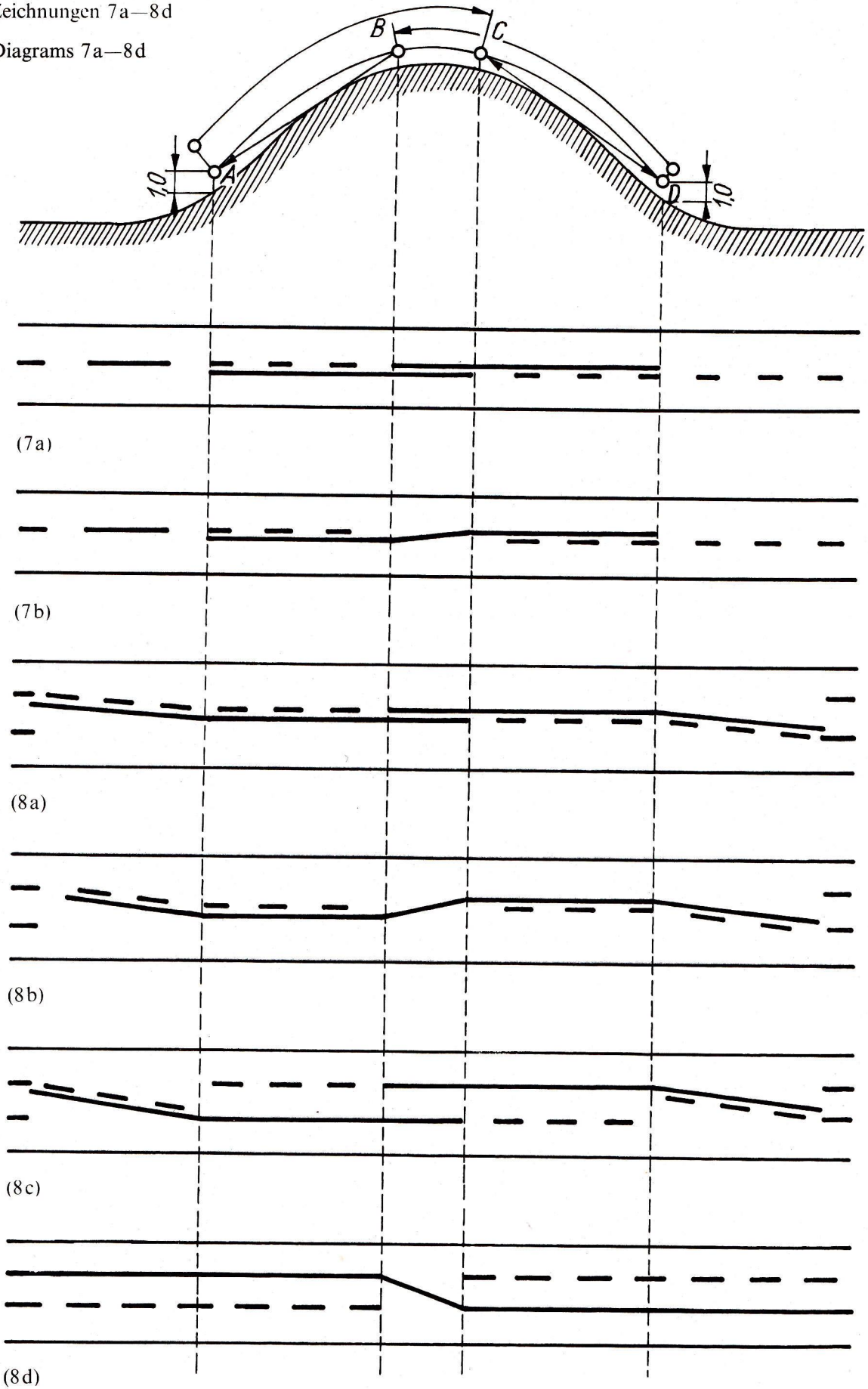
Zeichnung 6

Diagram 6



Zeichnungen 7a—8d

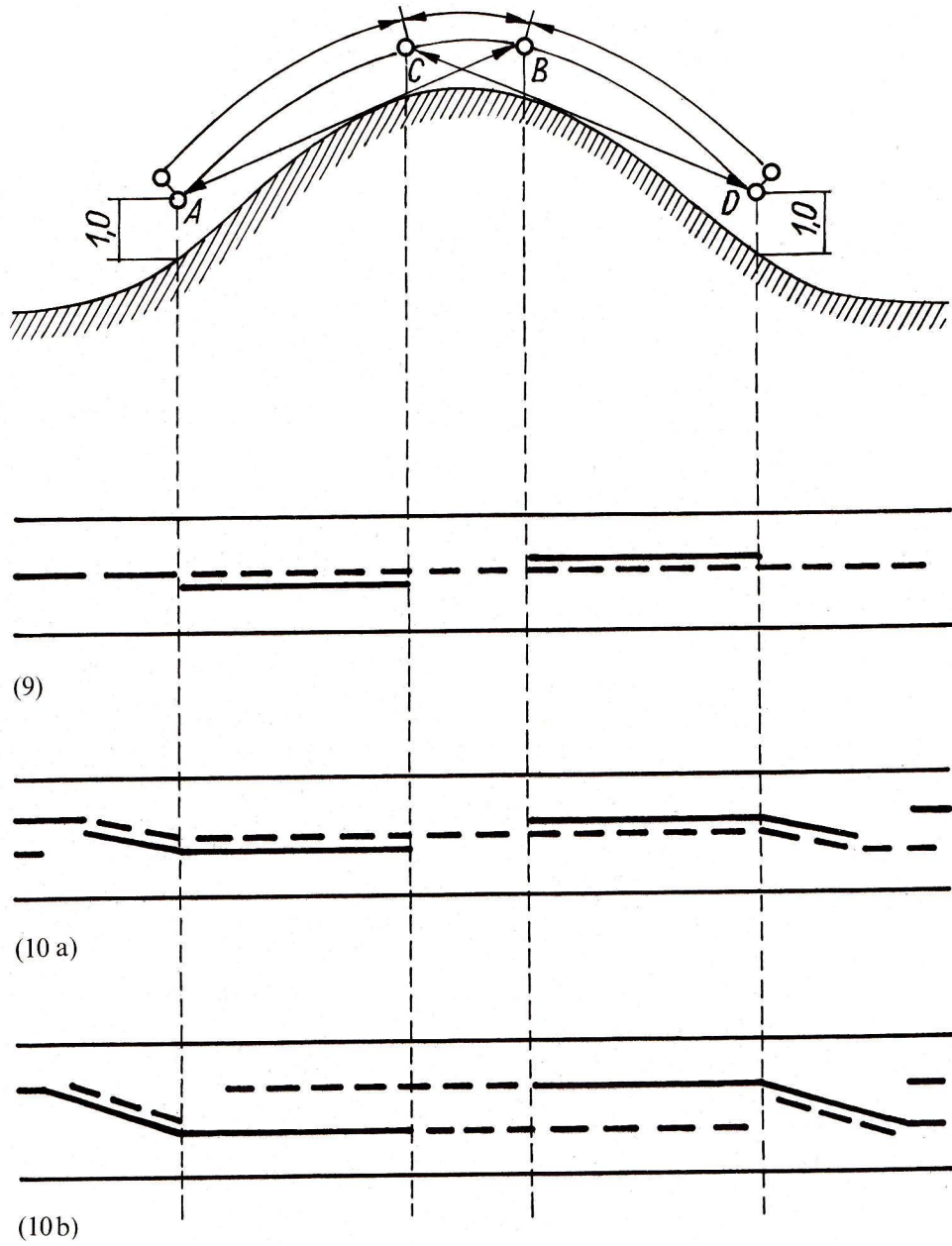
Diagrams 7a—8d

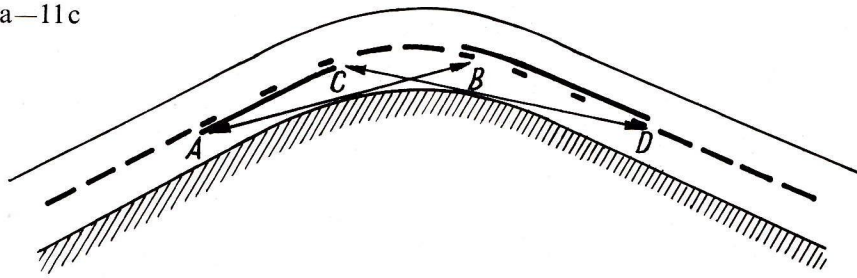




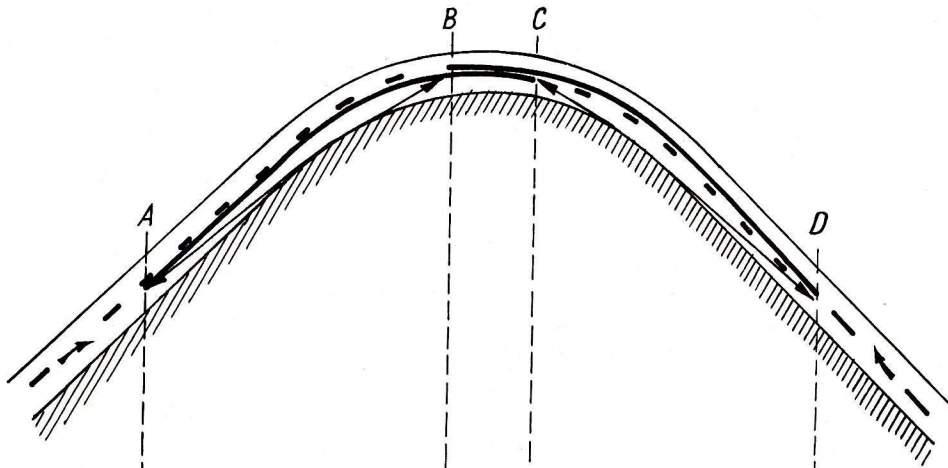
Zeichnungen 9—10b

Diagrams 9—10b

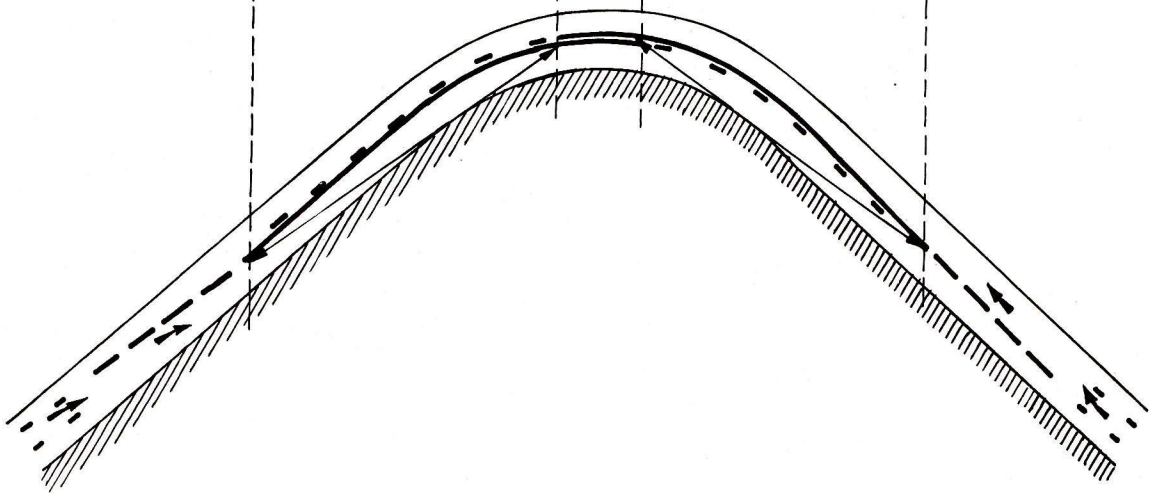




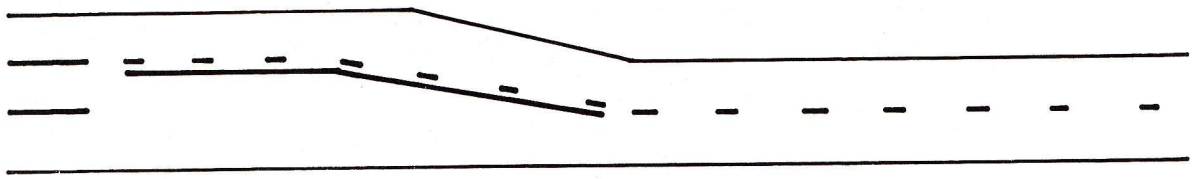
(11a)



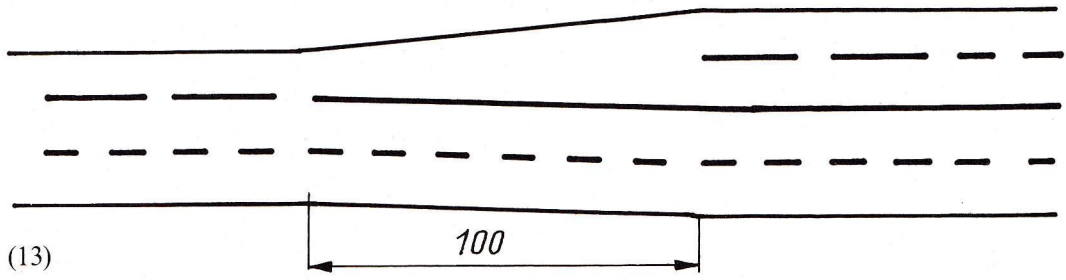
(11b)



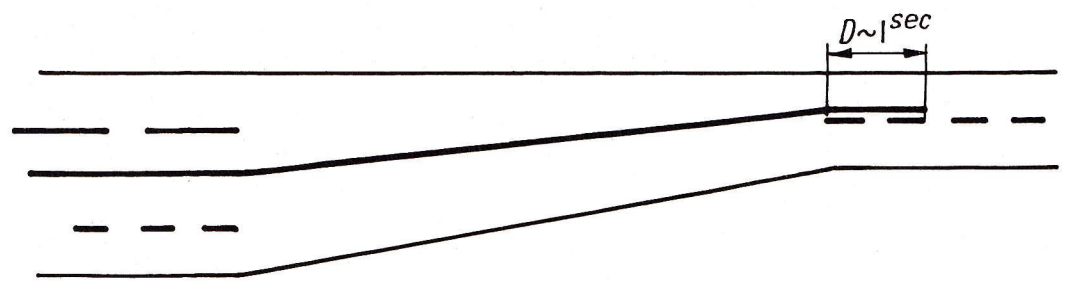
(11c)



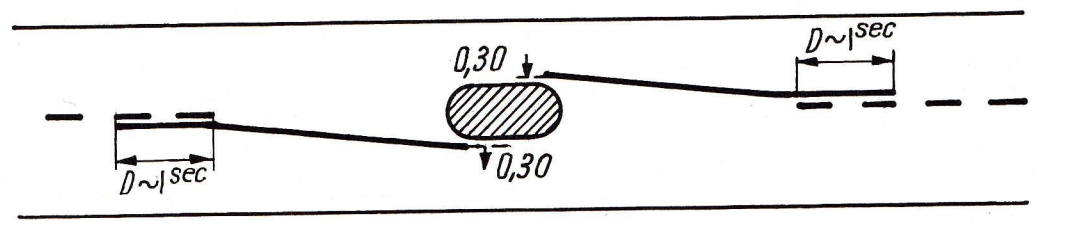
(12)



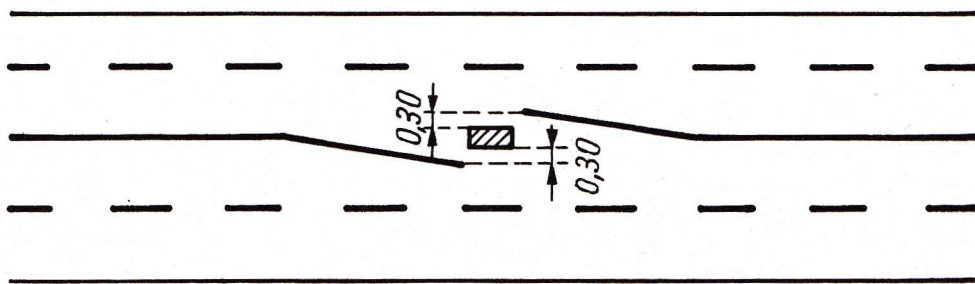
(13)



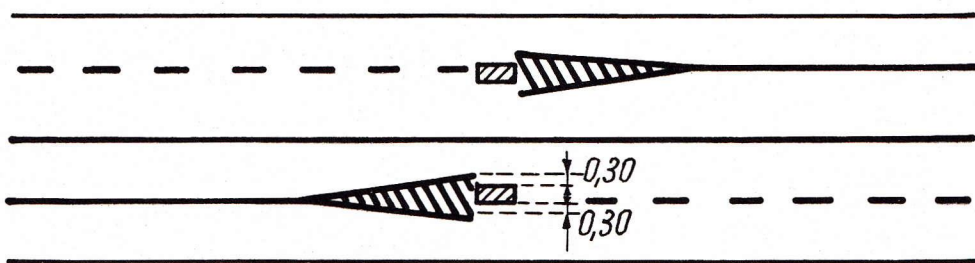
(14)



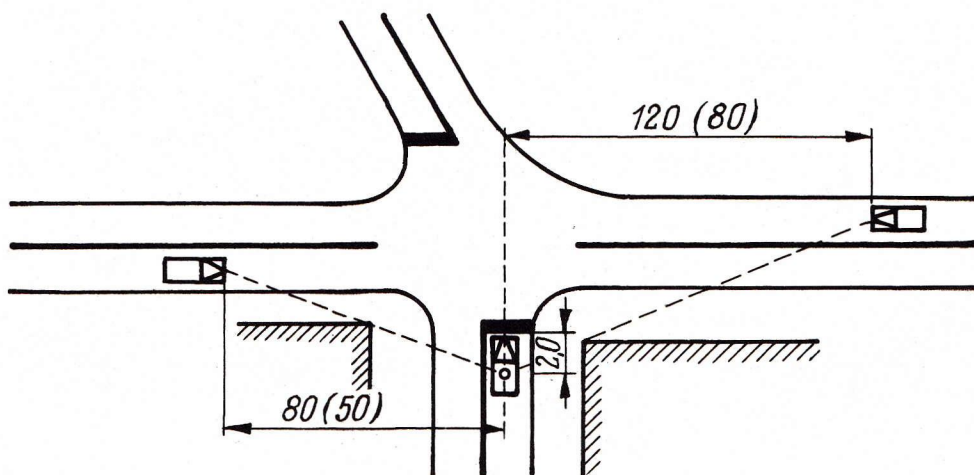
(15)



(16)



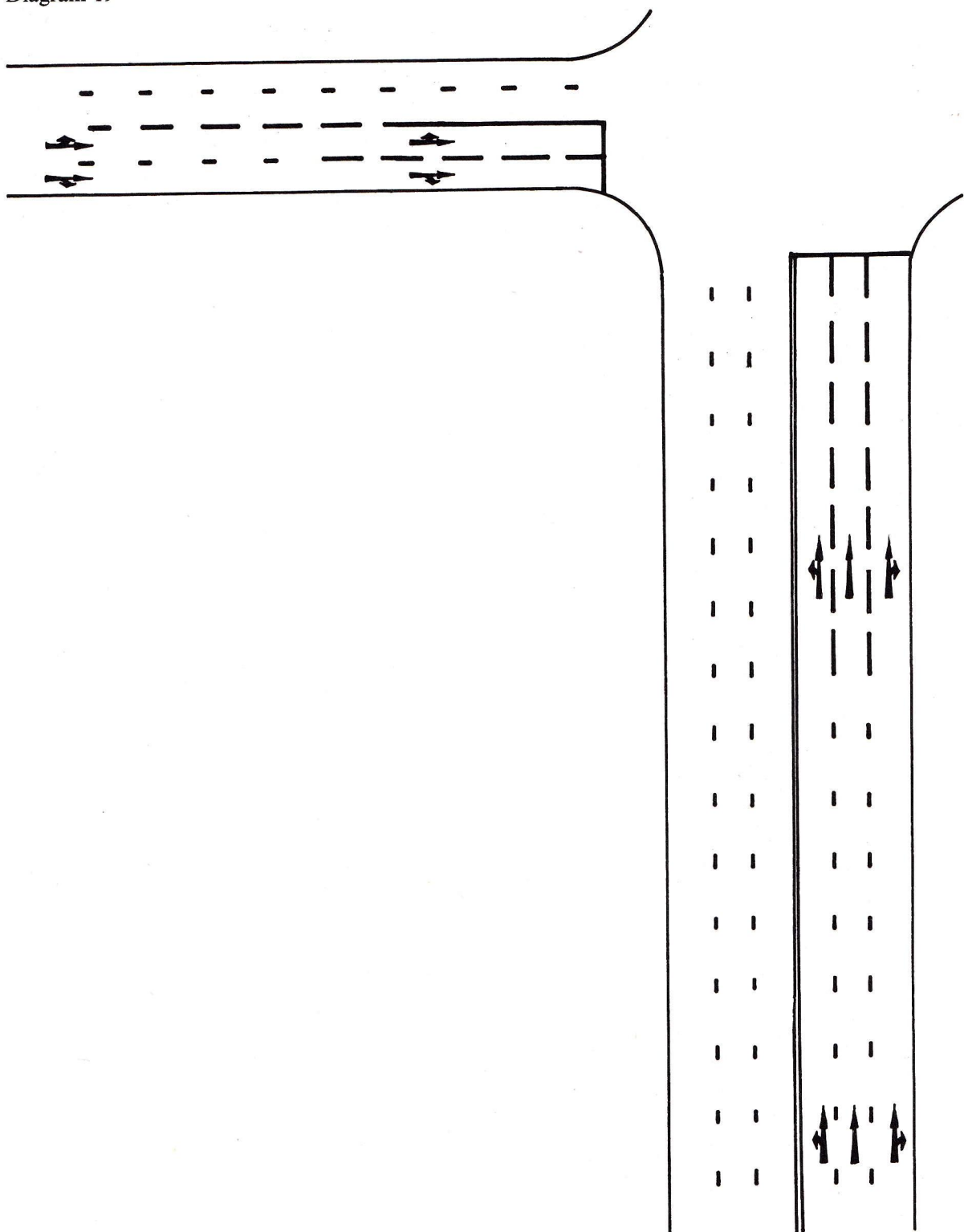
(17)

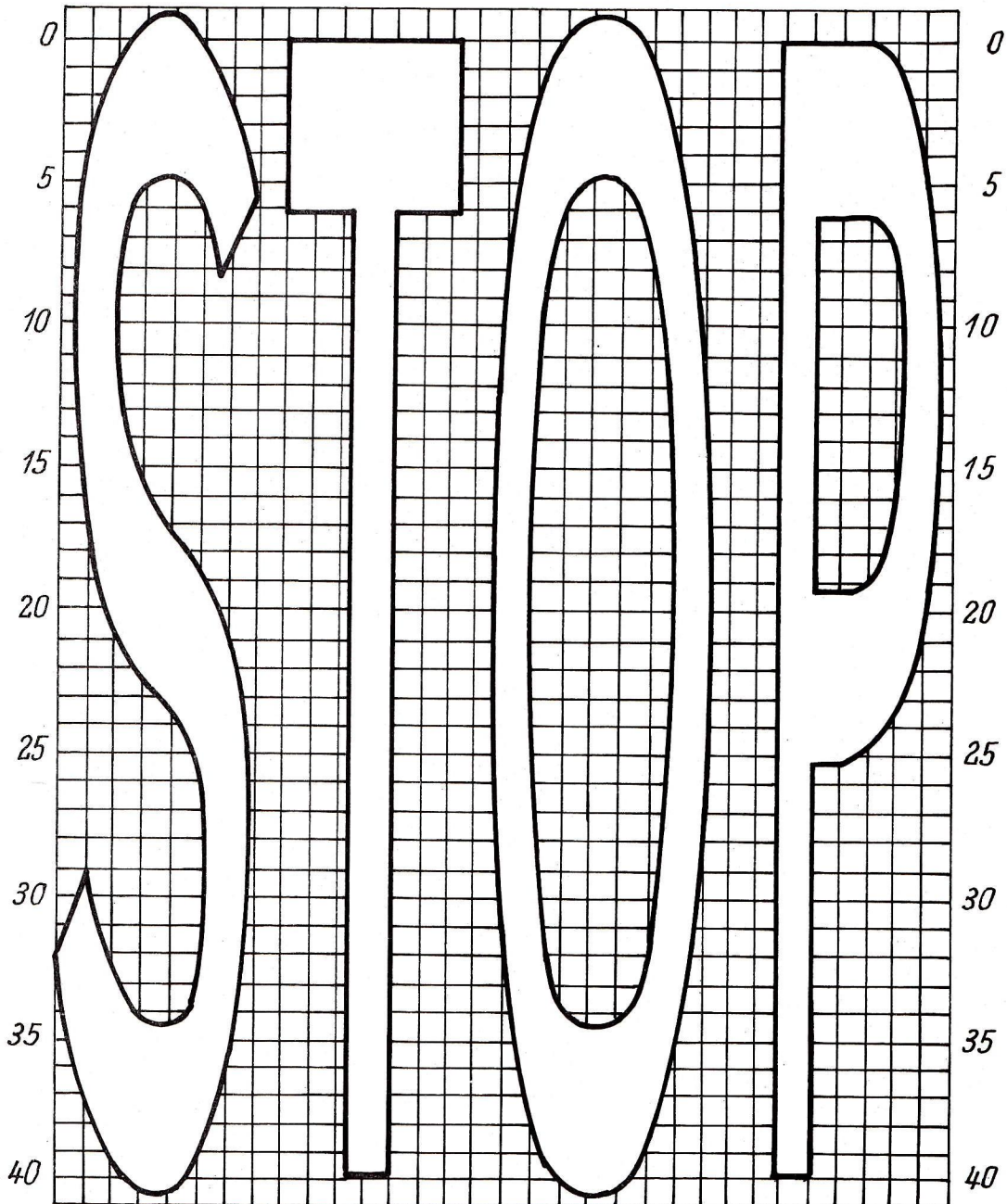
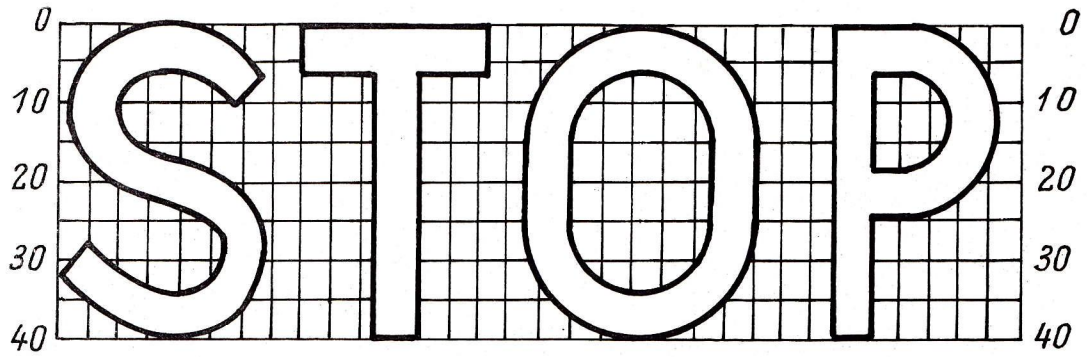


(18)

Zeichnung 19

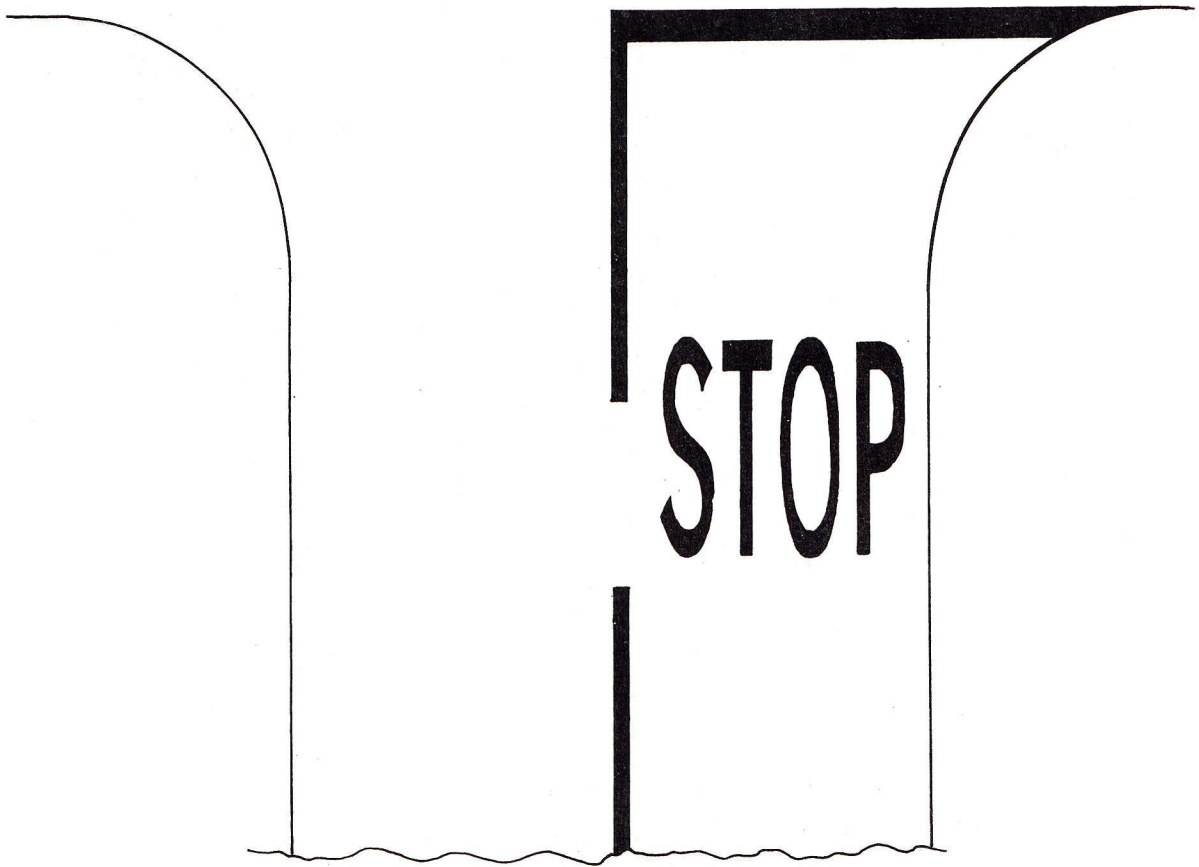
Diagram 19





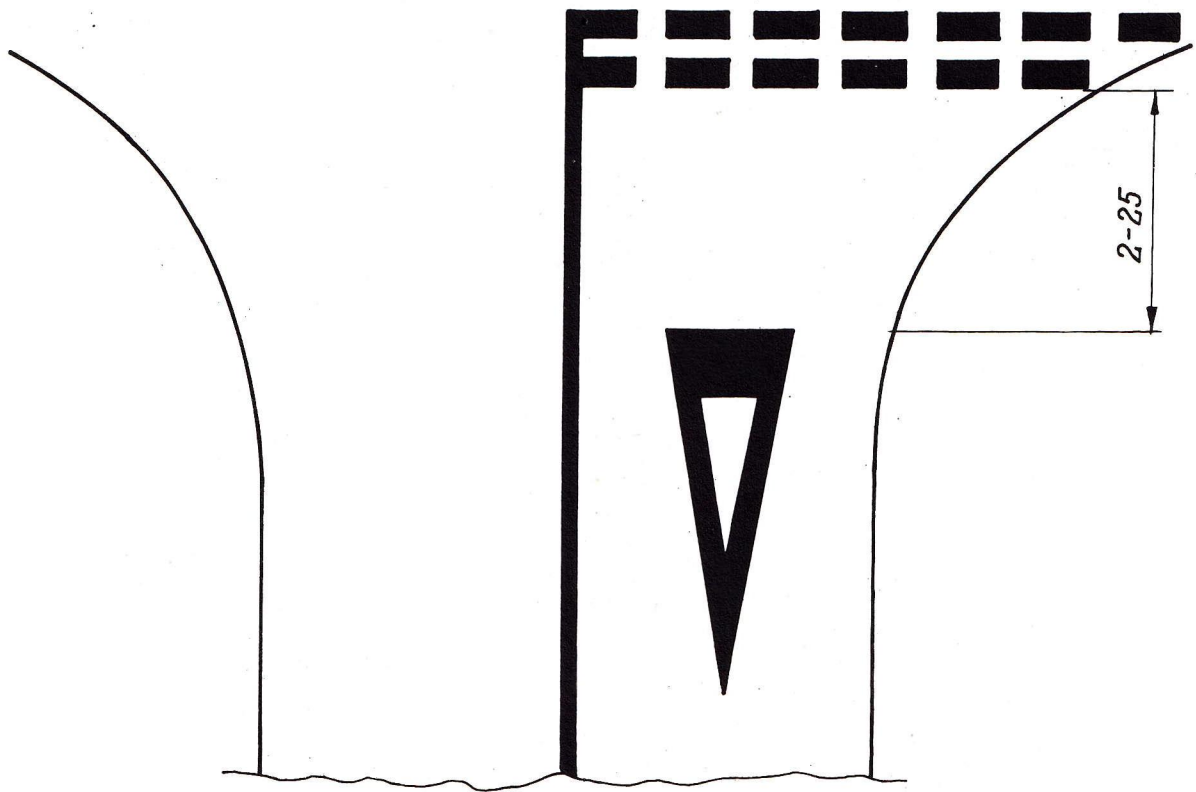
Zeichnung 21

Diagram 21

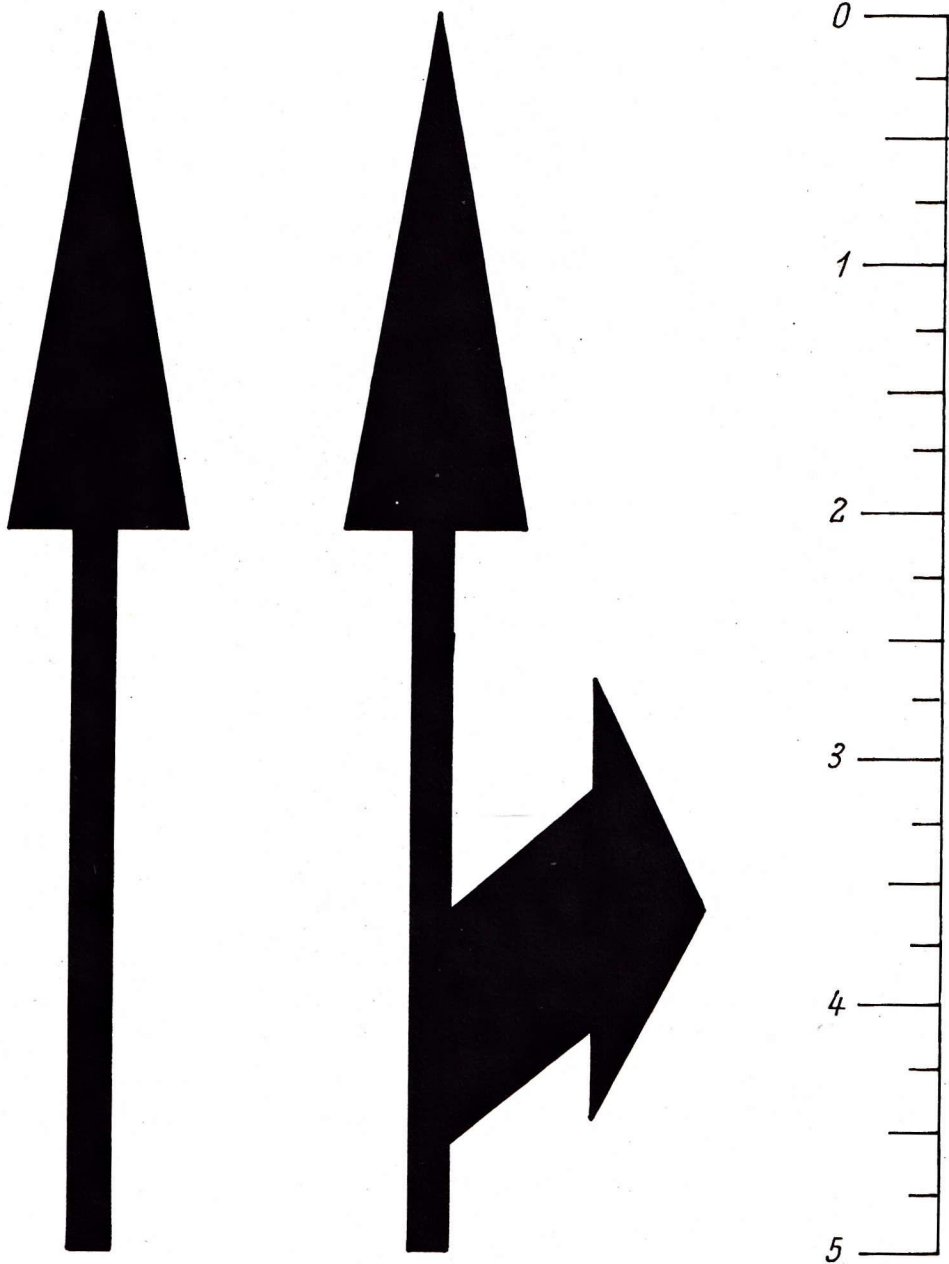


Zeichnung 22

Diagram 22



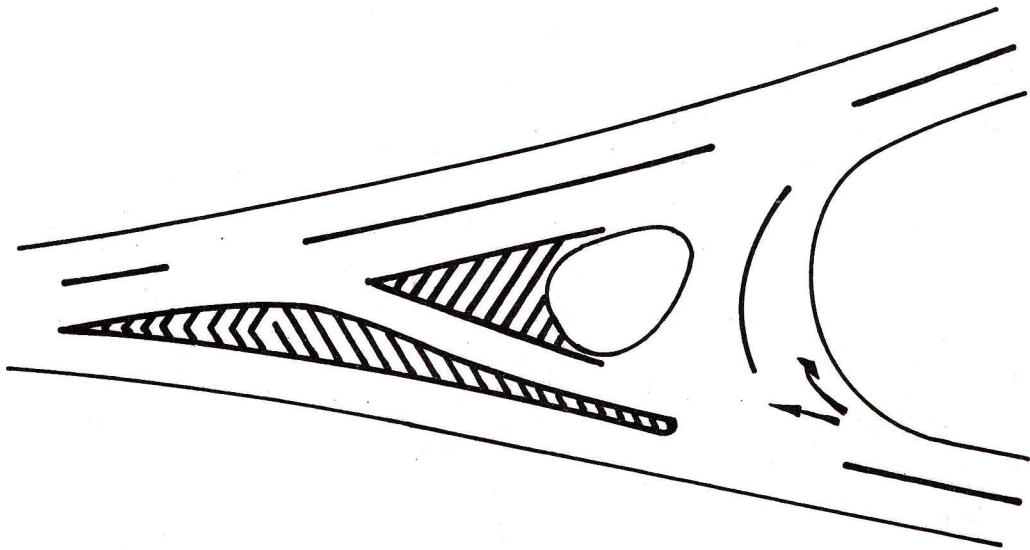




Standards recommended for drawing arrow markings in perspective to indicate both the direction straight ahead and a turn.

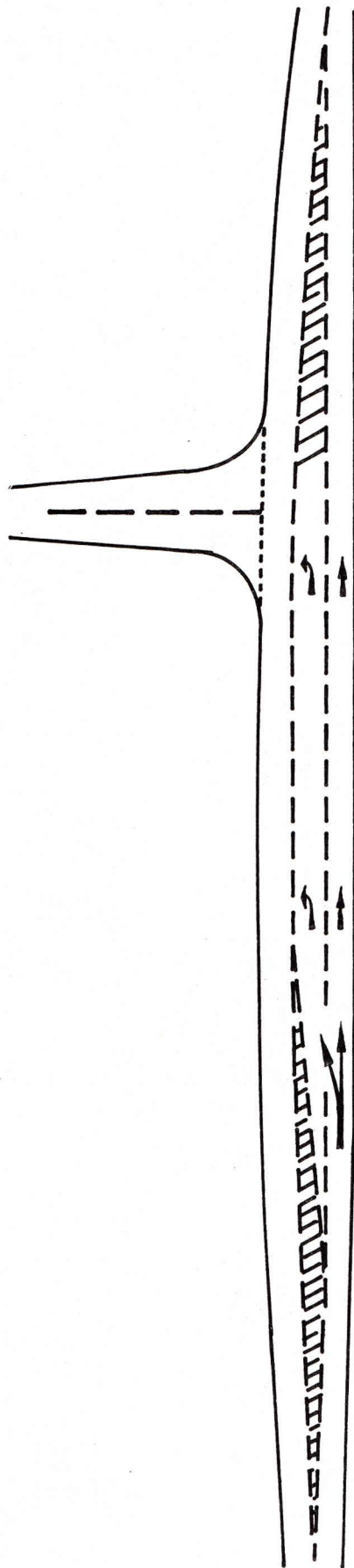
Zeichnung 24

Diagram 24



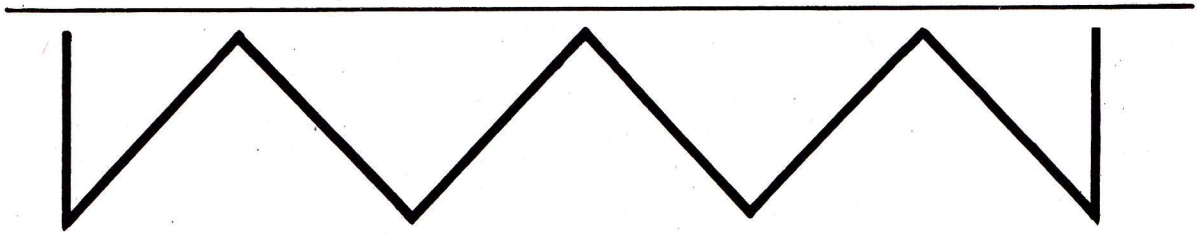
Zeichnung 25

Diagram 25



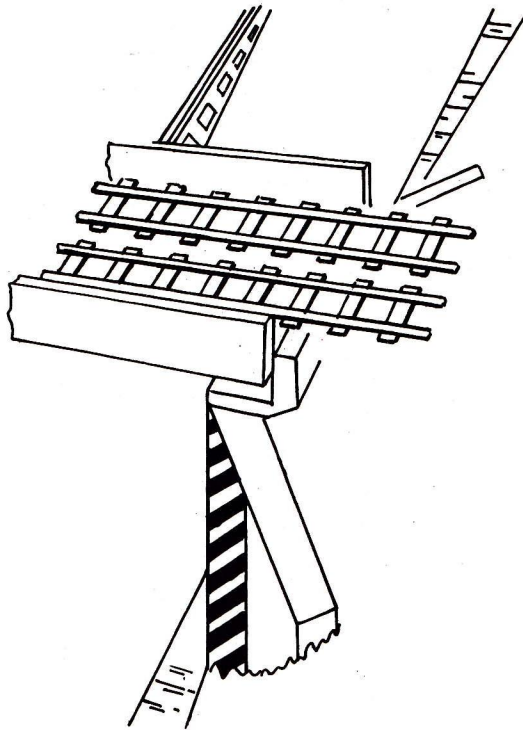
Zeichnung 26

Diagram 26



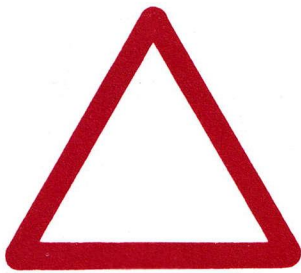
Zeichnung 27

Diagram 27

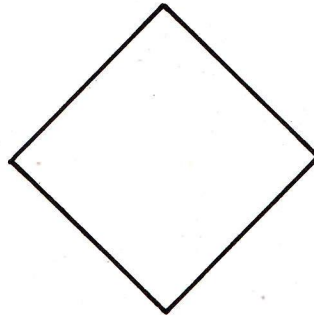


ANHANG 9

Farbige Wiedergabe der Zeichen, Symbole und Schilder,  
die in den Anhängen 1—7 erwähnt sind



A<sup>a</sup>



A<sup>b</sup>



A1<sup>a</sup>



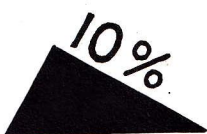
A1<sup>b</sup>



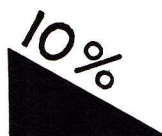
A1<sup>c</sup>



A1<sup>d</sup>



A2<sup>a</sup>



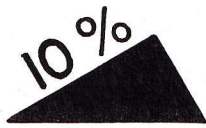
A2<sup>b</sup>



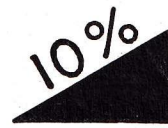
A2<sup>c</sup>



A2<sup>d</sup>



A 3<sup>a</sup>



A 3<sup>b</sup>



A 3<sup>c</sup>



A 3<sup>d</sup>



A 4<sup>a</sup>



A 4<sup>b</sup>



A 5



A 6



A 7<sup>a</sup>



A 7<sup>b</sup>



A 7<sup>c</sup>



A 8



A 9<sup>a</sup>



A 9<sup>b</sup>



A 10<sup>a</sup>



A 10<sup>b</sup>



A 11<sup>a</sup>



A 11<sup>b</sup>



A 12



A 13



A 14<sup>a</sup>



A 14<sup>b</sup>



A 15





A 16<sup>a</sup>



A 16<sup>b</sup>



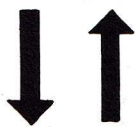
A 16<sup>c</sup>



A 17



A 18



A 19



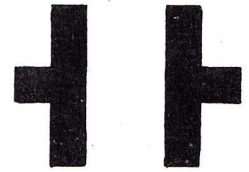
A 20



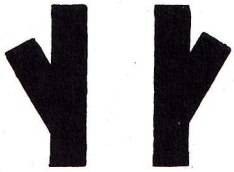
A 21<sup>a</sup>



A 21<sup>b</sup>



A 21<sup>c</sup>



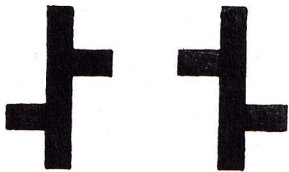
A 21<sup>d</sup>



A 21<sup>e</sup>



A 21<sup>f</sup>



A 21<sup>g</sup>



A 22<sup>a</sup>



A 22<sup>c</sup>



A 23



A 24<sup>a</sup>



A 24<sup>b</sup>



A 25



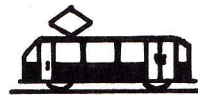
A 26



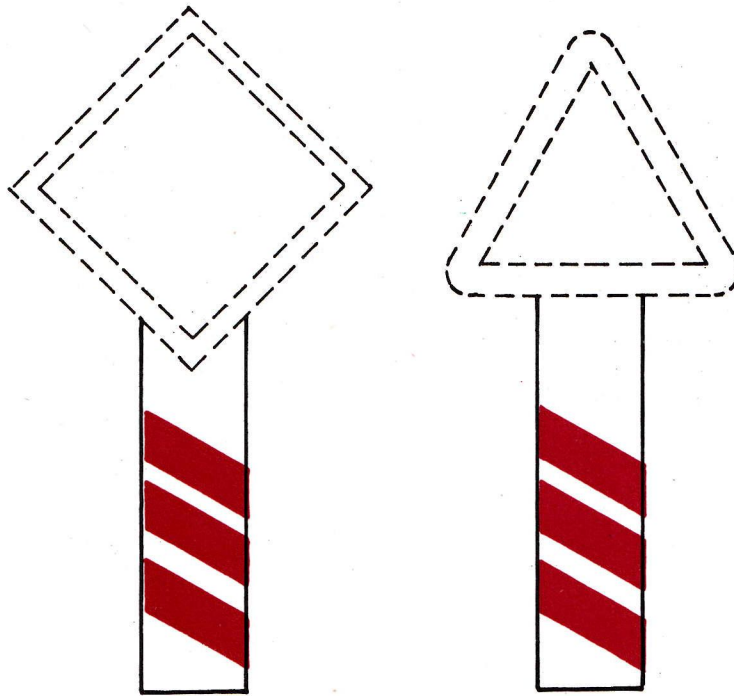
A 27<sup>a</sup>



A 27<sup>b</sup>



A 28



A 29<sup>a</sup>



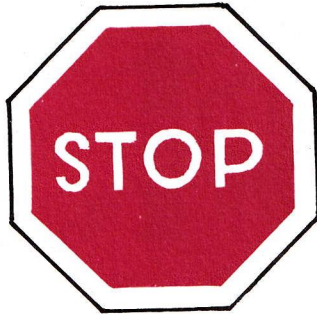
A 29<sup>b</sup>



A 29<sup>c</sup>



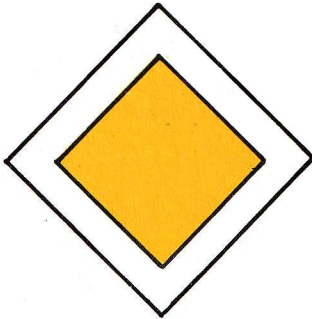
B1



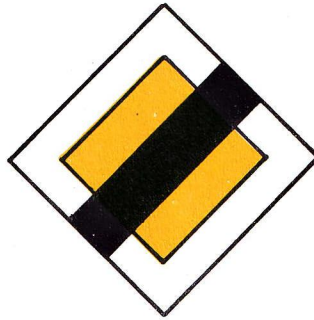
B2<sup>a</sup>



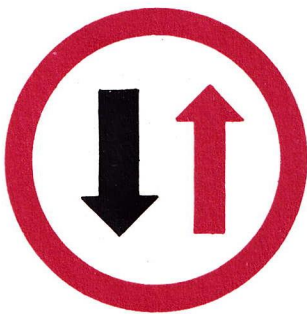
B2<sup>b</sup>



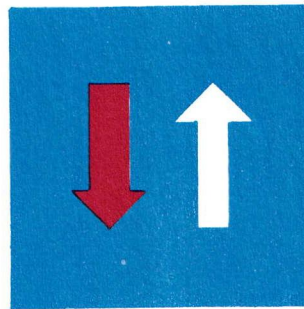
B3



B4



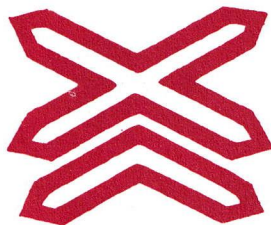
B5



B6



B7<sup>a</sup>



B7<sup>b</sup>



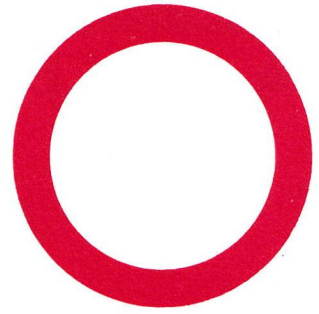
B7<sup>c</sup>



C1<sup>a</sup>



C1<sup>b</sup>



C2



C3<sup>a</sup>



C3<sup>b</sup>



C3<sup>c</sup>



C3<sup>d</sup>



C3<sup>e</sup>



C3<sup>f</sup>



C3<sup>g</sup>



C3<sup>h</sup>



C3<sup>i</sup>



C3<sup>k</sup>



C4<sup>a</sup>



C4<sup>b</sup>



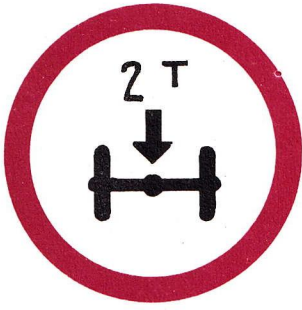
C5



C6



C7



C8



C9



C10



C11<sup>a</sup>



C11<sup>b</sup>



C12



C13<sup>aa</sup>



C13<sup>ab</sup>



C13<sup>ba</sup>





C13<sup>bb</sup>



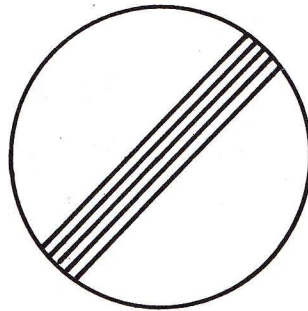
C14



C15



C16

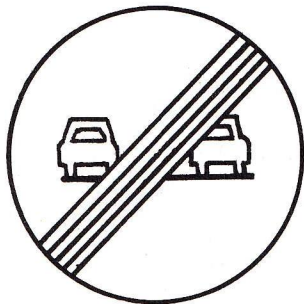


C17<sup>a</sup>



C17<sup>b</sup>

*C17<sup>b</sup>*



C17<sup>c</sup>



C18



C19



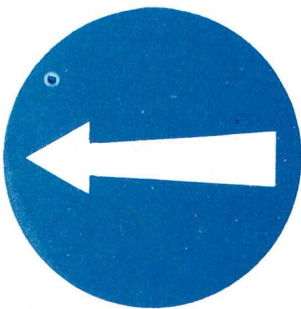
C 20<sup>a</sup>



C 20<sup>b</sup>



C 21



D 1<sup>a</sup>



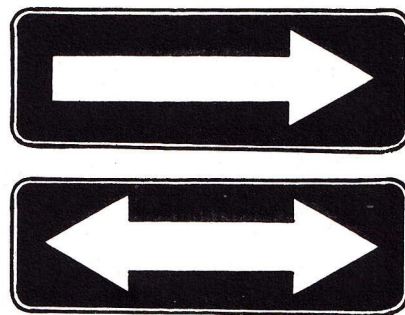
D 1<sup>a</sup>



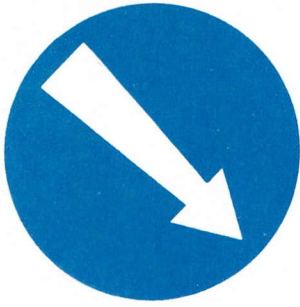
D 1<sup>a</sup>



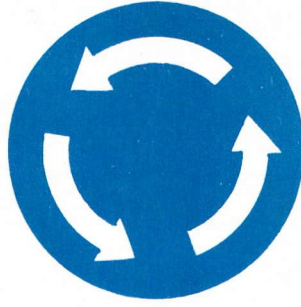
D 1<sup>a</sup>



D 1<sup>b</sup>



D2



D3



D4



D5



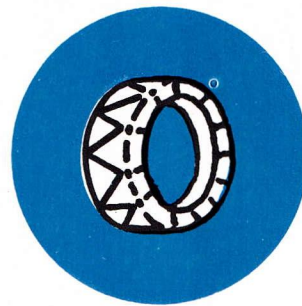
D6



D7



D8



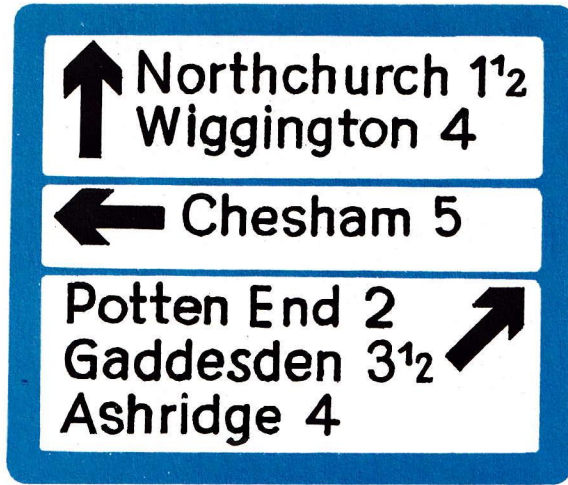
D9



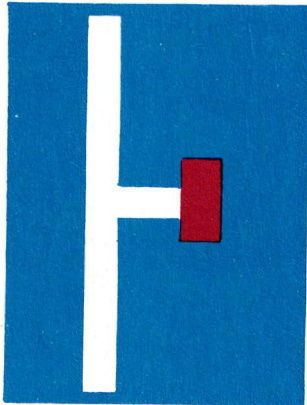
E1<sup>a</sup>



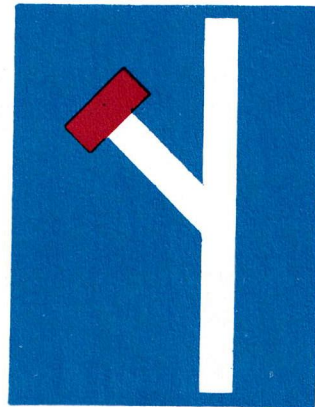
E1<sup>b</sup>



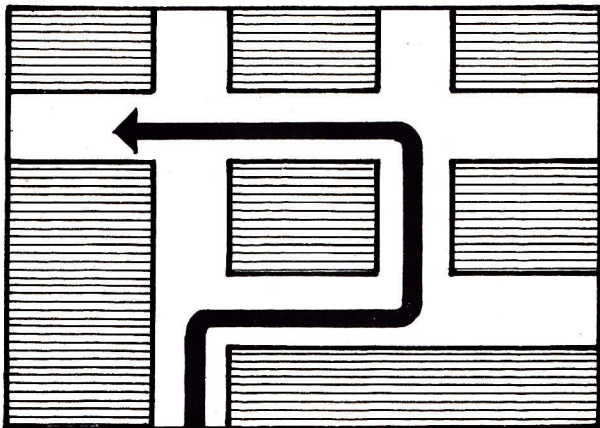
E1°



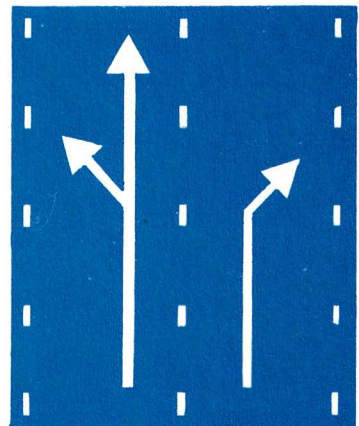
E2<sup>a</sup>



E2<sup>b</sup>



E3



E4



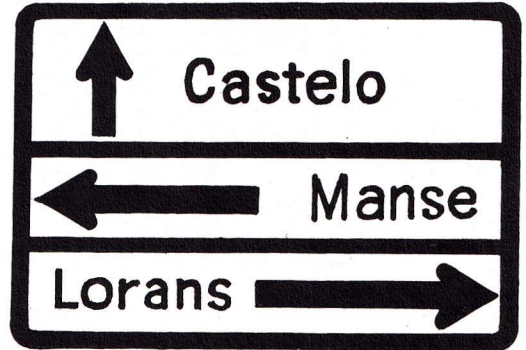
E 5<sup>a</sup>



E 5<sup>b</sup>



E 5<sup>c</sup>



E 5<sup>d</sup>



E 6<sup>a</sup>



E 6<sup>b</sup>



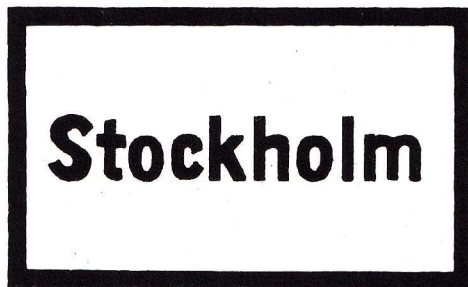
E 6<sup>c</sup>



E7



E8



E9<sup>a</sup>



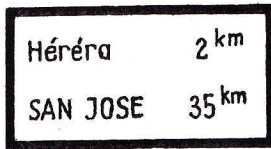
E9<sup>b</sup>



E9<sup>c</sup>



E9<sup>d</sup>



E 10



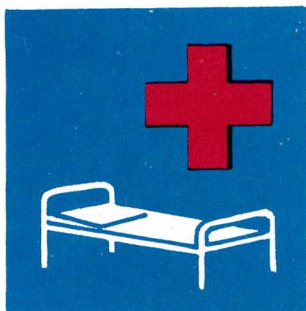
E 11<sup>a</sup>



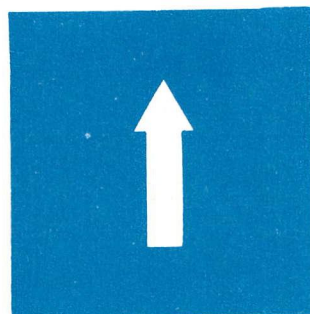
E 11<sup>b</sup>



E 12<sup>a</sup>



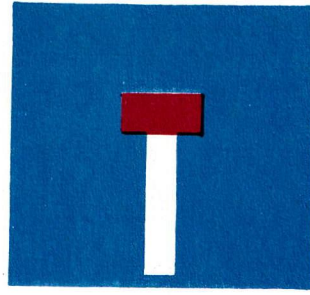
E 12<sup>b</sup>



E 13<sup>a</sup>



E 13<sup>b</sup>



E 14



E 15



E 16

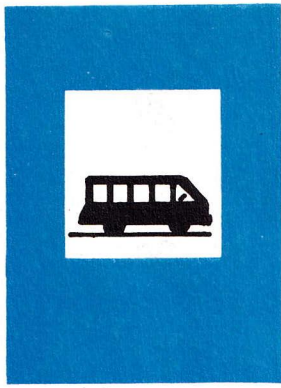


E 17

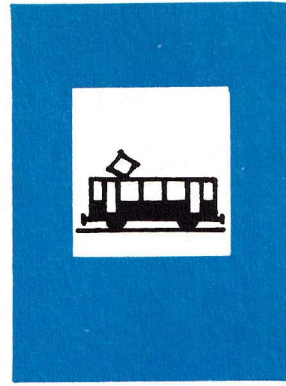


E 18

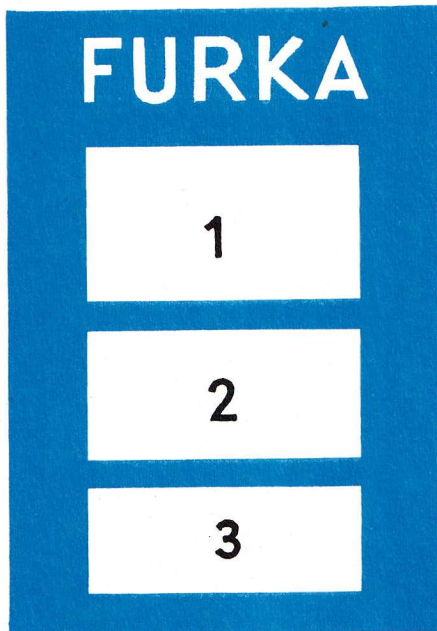




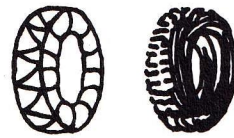
E 19



E 20



E 21



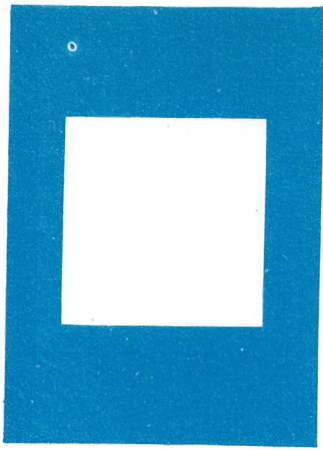
E 22



E 23



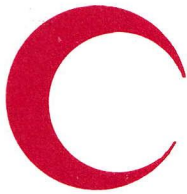
E 24



F



F1<sup>a</sup>



F1<sup>b</sup>



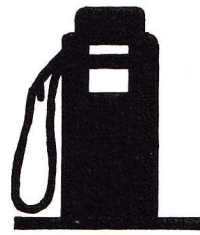
F1<sup>c</sup>



F2



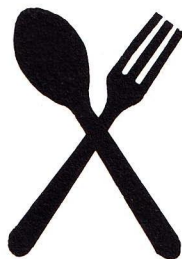
F3



F4



F5



F6



F7



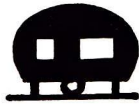
F8



F9



F10



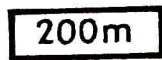
F11



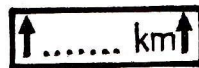
F12



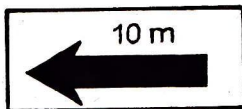
F13



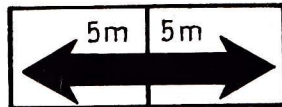
1



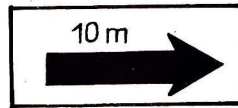
2



3<sup>a</sup>



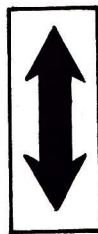
3<sup>b</sup>



3<sup>c</sup>



4<sup>a</sup>



4<sup>b</sup>



4<sup>c</sup>







1871



Zentral- und Landesbibliothek Berlin

N11<20734853109

